links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

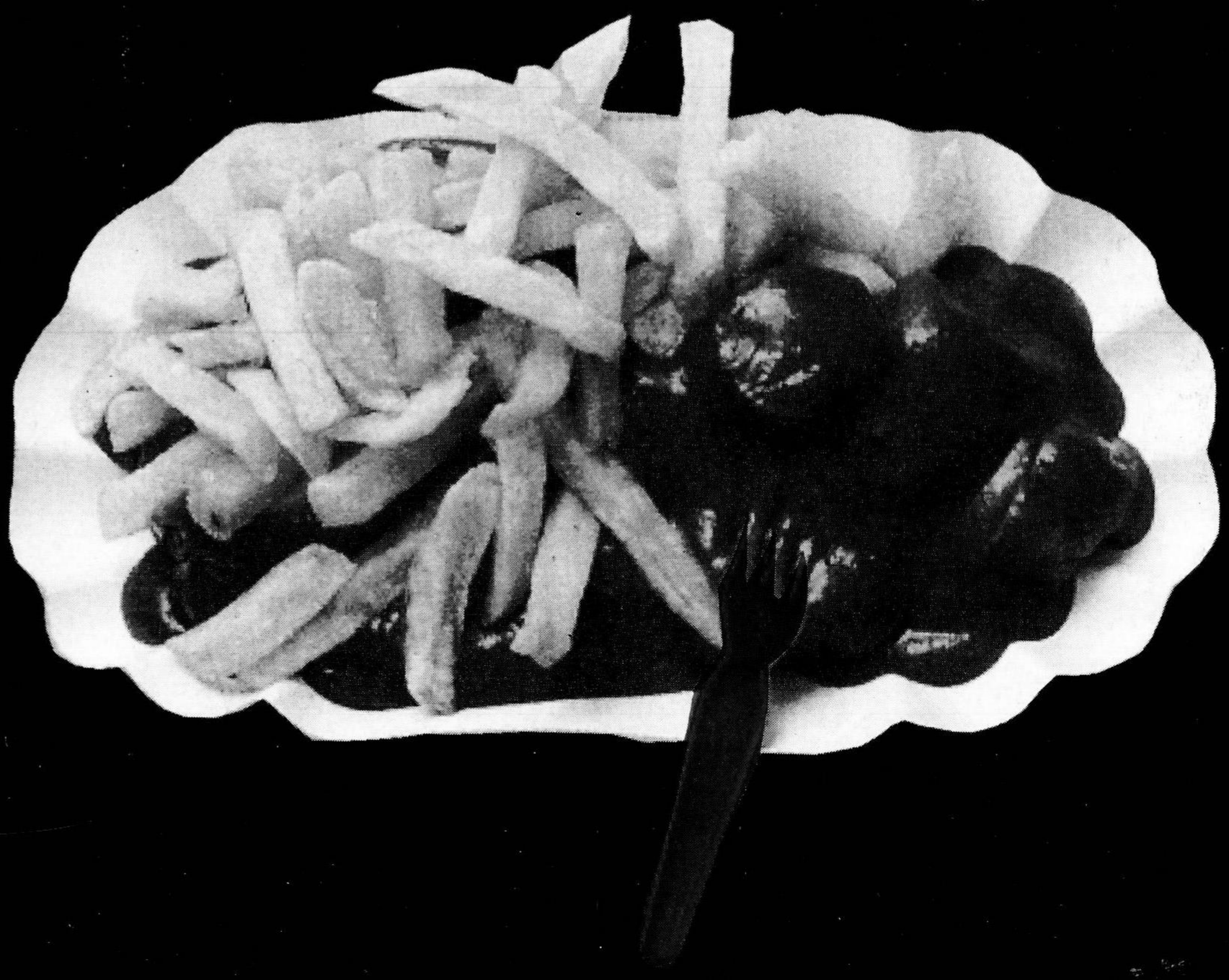
Zustand der Parteien

Deutsche Geister in den USA

Modell Kuba ?

Nordirland und (k)ein Ende

SCHON WIEDER DEUTSCHLAND



Offenbach Nr. 294 / 295 · 26. Jahrgang W: DM 13,– / O: DM 10,– November / Dezember '94

Verehrte Genossinnen und Genossen!

Zu ändern ist es nicht: Mit dem Einzug der Partei des demokratischen Sozialismus in den dreizehnten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur ein Nachwahlkommentar notwendig geworden (und es finden sich gar derer zwei in diesem Heft!), sondern desgleichen eine sich daran anschließende Parteiendiskussion. Wolf-Dieter Narrs Beitrag zur Lage des Parteiensystems soll einen Diskussionszusammenhang erschließen, der sich, auch unter dem Eindruck der mitunter harschen Reaktionen, die der als Wahlaufruf (miß-) verstandene Kommentar von Joachim Hirsch in der Sept./Okt.-Ausgabe nach sich zog, deutlicher auf die Funktion jener Partei zu beziehen hätte, von der ein erkleckliches Häuflein übriggebliebener Linker sich noch wünschte, sie erhielte ihre drei Direktmandate, über die hernach aber orakelt wird, als verkörpere sie den Anfang vom Ende außerparlamentarischer Alternativen – oder das Ende vom Anfang. Sei's vorerst drum.

Daß wir uns nicht geschlossen hinter die politischen Planziele der GRÜNEN zu stellen vermochten, erstaunt – man hofft es – nicht allzu sehr. Da dessen ungeachtet sich nun eine Diskussion, die niemand ernsthaft für möglich und nötig gehalten hat, abzuzeichnen beginnt, scheint es nicht unangebracht, den von Fülberth in Aussicht gestellten fünften Weg zum Sozialismus als das zu bezeichnen, was er sein will: zum fünften Mal das richtige Programm, die richtigen Kandidaten (Schriftsteller gar, unter denen einer einst großspurig von seiner ganz persönlichen „Lust am Sozialismus" dahersalbaderte) und die richtige Partei.

Vieles spricht dafür, daß die PDS kaum mehr verkörpert als biedersten Sozialdemokratismus, und da wundert es doch schon sehr, wenn die allerelementarsten Koordinaten einst geübter Parteien- und Staatskritik scheints abhanden gekommen sind: Lang zwar hat's gedauert, bis die Erkenntnis Bahn sich brach, daß die Sozialdemokratie zu vielem nützlich sei, nur nicht zur Überwindung der bestehenden Verhältnisse. Genützt aber hat es wohl wenig.

Dahingegen priesen Bisky und Gysi ihre Partei wie das alte Hemd an, das längst einmal gewaschen gehört. Ohne ein einziges Mal nur den Hauptbestandteil ihres Namens im Munde zu führen, schleimten sie die PDS als neue Sozialdemokratie ein. Von allem nur das Beste, und gegen Nazis sowieso, zur Rettung der Natur und für die Selbstbestimmung der Frau, für Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Und niemand hat's gemerkt?

Wer jetzt beginnt, die Inhalte der PDS mangelnder Radikalität (Gremliza: „PDS = SED minus Sozialismus", hört hört!) oder gar überheftiger Rückfälle ins Altvordere, des Rechtsabweichlertums zu überführen, sogar noch Nationalismus, Demokratie- und Sozialismusdefizite aufspürt, ohne den mit geringem Aufwand erkenntlichen Formierungsprozeß zum Staatsapparat in Frage zu stellen, klinkt sich dann doch nur in die Warteschleife zum sechsten Anlauf ein. Nach Tragödie, Farce, Formation, grüner commedia dell'arte ein – vorläufig mehr oder minder aufregendes und bedeutsames, aber dennoch nur: Nichts?

Wir bleiben dran. Drin in dieser Nummer ist u.a.: 5 Jahre sind genug. Dabei konnte es nicht ausbleiben, in Diktion, Zugang und Konsequenzen voneinander stark divergierende Hüben-wie-Drüben-Perspektiven nebeneinander stehen zu lassen. Gemeinsam ist allen Beiträgen, so auch jenen des heimlichen USA-Schwerpunktes, wohl nur dieses: daß allenthalben ein Zuwachs an Herrschaft, Gewalt und Ausbeutung zu konstatieren ist, der radikaler Kritik bedarf, dessen in seligeren Zeiten aber oft genannter Gegenentwurf in weite – auch begriffliche – Ferne gerückt ist. Mit diesen sich seit geraumer Zeit abzeichnenden Rahmenbedingungen wird ein Zeitschriftenprojekt wie die *links* zu rechnen haben. Mehr noch: Die Konzentration auf Kritik und Dokumentation müßte (wieder) zum Kernbestand dessen zu rechnen sein, was linke (Zeitungs-) Politik zu forcieren hätte. Die große Perspektive scheint ferner denn je, auch im Rahmen begrifflicher Anstrengung. Das muß kein Nachteil sein, gerade auch dann, wenn innerhalb der Redaktion darüber keineswegs Einhelligkeit besteht.

Vor diesem Hintergrund möchte die Redaktion zukünftig auch die in Planung befindlichen Schwerpunktthemen ankündigen, nicht zuletzt, um zur Mitarbeit einzuladen. Das nächste Heft wird sich mit dem Begriff des Faschismus und seinen schillernden Verwendungsweisen innerhalb der aktuellen linken Diskussion beschäftigen. Dabei ist es uns weniger um die Frage zu tun, in welcher Form die hiesigen Verhältnisse als „faschistisch" zu bezeichnen wären. Vielmehr sollen theoretische Positionierungen des *Begriffs* und seiner politischen Implikationen wie Gebrauchsformen untersucht, kritisiert und – wenn möglich – fortgeführt werden. Beiträge sind bis zum 8.12. jederzeit herzlich willkommen.

Das März/April-Heft wird aller Voraussicht nach der „Menschenrechtspolitik" gwidmet sein. Eine vorläufige Planungsskizze verschicken wir gerne.

Nach so viel Müh' nun einträgliches Lesen wünscht

Die Redaktion

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach,
Telefon 069 / 88 50 06, Fax 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Frieder Dittmar, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Luka Radenski, Jürgen Roth, Felix Schneider, Sigrid Schönecker, Urban Weber, Jens Winter
Unser Mann in Spanien: Holm-Detlev Köhler

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick

STÄNDIGE MITARBEITER:
Robert Detobel, Dieter Maier, Lothar Baier

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Currywurst mit Pommes

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

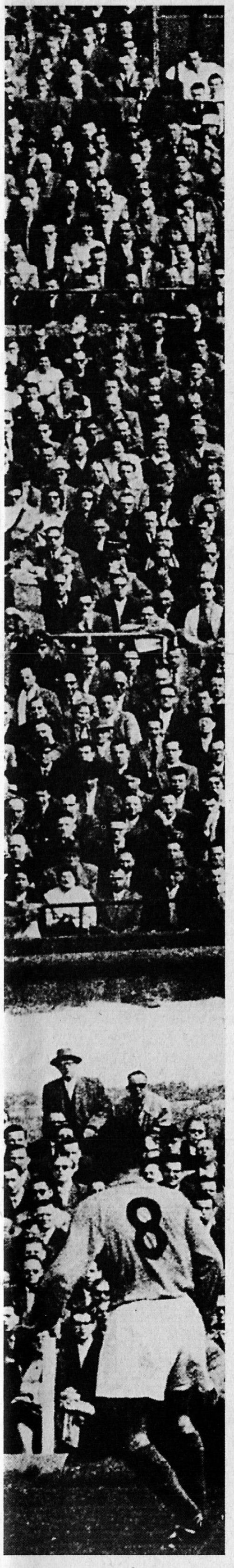
ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich,
6 Ausgaben im Jahr,
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die
Jan./Febr.-Ausgabe '95 ist der 8. Dezember '94

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplare W: DM 8,-/O: DM 5,-
Jahresabonnement W: DM 75,-/O: DM 50,-
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage
Ermäßigtes Abonnement (s.S.59) DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.9. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt. Texte können auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll-**HD**-Diskette (kein ASCI) eingeschickt werden.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habe-nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



KOMMENTAR

JÜRGEN ROTH: Vor allem, daß alle gesund geblieben sind! Ergebnisse der Bundestagswahl 4

EIKE HENNIG: „You feel the wild turkey's bite..." Kanzlerwechsel 1998? 5

AKTUELL

WOLF-DIETER NARR: Aufgeregtes Manövrieren in der Sackgasse. Zum Zustand der deutschen Parteien 7

AUFRUF: Für das Menschenrecht auf Asyl 58

SCHON WIEDER DEUTSCHLAND

HANS-JÜRGEN BIELING: Weder Bonn noch Weimar 11

JOSEF ESSER: Modell Deutschland in den 90er Jahren? 14

HANS-JOCHEN VOGEL: Nach dem Beitritt – der leere Himmel der politischen Begriffe 18

VOLKMAR SCHÖNEBURG: Gegen »Politische Justiz« 22

WOLFGANG FACH: Neue »Gewohnheiten des Herzens«. Zur politischen Mentalität im deutschen Osten 25

BUCHBESPRECHUNG

LUDI LODOVICO: Erste Fahndungserfolge: Neue Literatur zur Nation 27

THOMAS KUNZ: Wider das wohlfeile Geschwätz vom intellektuellen Einzeltäter 51

***LINKS*-REDAKTION:** Arbeitslose aufgepaßt! 51

INGO ZANDER: 45 an der Zahl 52

AUS DER DISKURSFABRIK

JÜRGEN ROTH: Wem fällt auf, daß sich in den ersten beiden und den letzten beiden Buchstaben des Namens eines bedeutenden deutschen Kolumnisten der vollständige Namenszug eines bedeutenden Theoretikers des Kommunismus verbirgt? 28

FRANKFURTER RUNDSCHAU: Letzte Ausgabe 30

INTERNATIONAL

JOHN ELY: Deutsche Geister in den USA. Einwanderungshysterie, Verbrechensbekämpfung, Rechtswende der Kritischen Theorie und aufgewärmte Reste der deutschen Historikerdebatte in den USA 32

ULRICH BRAND: „Es wäre ein Erfolg für die weißen Rassisten". Interview mit Rachel Quinn vom Movement for Immigration Rights 35

EDUARDO GALEANO: Haiti – eine Geschichte in Zahlen 37

BERT HOFFMANN: Modell Kuba? 38

RALF SOTSCHECK: „... ich kann mich bei der IRA für meinen Sportwagen bedanken ..." Nordirland-Konflikt vor dem Ende? 41

DOKUMENTATION

RAINER DEPPE: Vergangenheit, die nicht vergeht? Anmerkungen zum Aufsatz von János Bársony 44

JÁNOS BÁRSONY: Der vergessene Holocaust an den ungarischen Zigeunern 45

GEGENREDE

ANDREAS BURO: Um die politische Weichenstellung kämpfen 48

THEORIE

CHRISTOPH GÖRG: Bewegung als Institution – eine demokratische Innovation? 53

JENS ANDERMANN: Die Kakophonie der Revolte. Ricardo Piglias Roman *Die abwesende Stadt* 56

RUBRIKEN

Termine 47
Leserbriefe 50
Abo 59

Vor allem, daß alle gesund geblieben sind!

Am Abend danach: Ergebnisse der Bundestagswahl

Wählen heißt, man weiß es seit Bestehen der Bundesrepublik, nicht wählen können. Kaum daß es fast wurscht ist, wie sich der Bundestag zusammensetzt und welchen kosmetischen Differenzen vulgo Parteien, wie H.M. Enzensberger in seinen einst helleren Tagen anmerkte, man schlagkräftig die Stimme gebe – oder eben verweigere; prägnanter noch weist sich der graduelle Unfug der eben abgeschlossenen Veranstaltung durch die einmal mehr unter Beweis gestellte Tatsache aus, daß eine amtierende Regierung auf dem allgemeinen Abstimmungsweg halt einfach nicht abzuwählen ist. Den Wechsel von A nach A' muß die Exekutive schon selbst besorgen. Daran hat auch der Zuwachs des Wahlkörpers nichts ändern können: In den östlichen Bundesländern mochten sich aufgeregte Bürger vor der parlamentarischen Alternative partout sträuben, um mit unangefochten steilen Prozentzahlen der Koalition die Option zum Weitermachen zu garantieren. So muß es die SPD nun in der –historisch einigermaßen zuverlässigen –Version des Kanzlersturzes richten. Toi toi toi.

Was mithin, noch bevor sich die ersten Aufgeregtheiten über Koalitionspapiere und Verfallsdaten der Kohl-Mehrheit gelegt haben werden, bleibt, ist ein – wir gestehen – ernüchterndes wie erleichterndes Resümee. Die PDS hat den Einzug gepackt, das erfreut und läßt auf mehr hoffen: Wie weiland Gevatter Strauß, meldete sich der aus dem Münchner Parteizentrum zugeschaltete CSU-Großtuer Waigel mit geröteten Wangen und verkniffenem Mundwerk zuverlässig krachend zu Wort, als es galt, PDS-Vorsitz Lothar Bisky als „Alt-Kommunisten" zu beschimpfen und in solch gestochen unflätiges Gegacker einzufallen, daß es gar Siegloch, dem treuen Ich-stelle-jetzt-mal-eine-knifflige-Frage-Frager aus der Mainzer Anstalt, partiell beinahe zu bunt und also ein erster Ordnungsruf ins Bayernland fällig wurde. Daß infolge dieser ersten oralen Transgressionen im Hohen Hause eine grundehrliche Attacke auf die Würde desselben spätestens dann herabdonnern wird, wenn der designierte Alterspräsident und PDS-Spitzenmann Heym die konstituierende Sitzung eröffnet, ist ausgemacht oder, wie Rheinländer und Norddeutsche zu sagen pflegen, klar wie Kloßbrühe.

Komplett zu Recht ließ die (konservative) „Jerusalem Post" am 17.10. vernehmen: „Es hat immer etwas Erfreuliches, wenn in Deutschland demokratisch gewählt wird. Und je langweiliger es ist, um so beruhigender ist es für die Nachbarn des Landes. Ein langweiliges Deutschland ist wirklich ein Segen für die Welt." So weit also ist alles gut ausgegangen, ändern muß sich nichts, damit alles so wird, wie es war. Solcher Erkenntnis fügt sich allemal die gleichermaßen bekannte wie abermals zuverlässig dämliche Semantik (oder Semiotik) der Parteioberen, da sie zur Analyse und Präsentation von politischen Konzepten schreiten. Preschte GRÜNEN-Parteisprecher Vollmer noch mit einem engagierten, wie absichtslos und verloren im Studio herumwehenden „So kann es nicht weitergehen, das kann der Globus nicht verkraften" in die Elephantenrunde hinein und vor, dann nahm der ambitionierte Zukunftskanzler Scharping schon den steifen Wind gleich wieder aus der sich entfachenden Debatte über den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft – als sei bereits am Wahlabend er rundum zufrieden mit dem Erreichten und könne nun diebisch fortan in sich hineinmeckern; nun gut, „Wir werden die Integration der Landwirtschaft in die EG vorantreiben", lautete sein Vorschlag. Während dergestalt das zukünftige Reformbündnis in personae seiner Spitzenkräfte zu ersten Programmhöhenflügen ansetzte, beschied der Davongekommene, aber gleichwohl Hiergebliebene Kinkel seine analytische Kompetenz mit dem in alle Welt teletransportierten Hinweis, seiner Ansicht nach wurden „nach vorheriger Überlegung Stimmen abgegeben." Weil die Liberalen dergestalt „eine Veränderung des Akzents der Politik zu erfahren haben", werden „wir", zu guter Letzt, „sorgsam mit dem Ergebnis umgehen." Vom angedrohten neuen Kuschelkurs gegenüber Wählern und Politik und den Geschicken des Landes gar zu sehr verschreckt, hieb Waigel, nochmals seinen grunzdummen Bariton anschlagend, in die Runde: „Das ist doch hier der entscheidende Punkt, den man miteinander vergleichen muß." So geht Hermeneutik und Carl Schmitt.

Gegen Sinnvergreisungen dieses gerüttelten Ausmaßes wird kein Kraut gewachsen sein. Daß sich Kohl und Scharping wechselseitig versicherten, man werde auch nach dieser Wahl bei einem Glas Rotwein gemeinsam einkehren und die blöde Politik blöde Politik sein lassen, stimmt endlich unangeachtet aller politischen „Visionen" einmal mehr milde – Hartgesottene nur, die es vor solchen Offenbarungseiden erschaudern läßt. Auch wenn erneut der unvergleichliche Waigel mit einem jetzt schon bald entschieden an den großen Pinscher gemahnenden Ruf, oder besser: durch heiter-ausgelassenes Geplärre nach „Weißbier!!" die einkehrende Ruhe vorsätzlich zu zersetzen, wer weiß: zu stören sich anheischig machte, es bleibt dabei: Die augenscheinlichen Resultate der heurigen Bundestagswahl sind so unerheblich und langweilig, wie das verbale Gewürge hernach in bekannter Manier saukomisch, zum Totlachen witzig und insgesamt halt doch wieder zu einem einzigen riesengroßen Schenkelklopfen Anlaß genug gewesen ist.

Nein, auch die SPD-Vizevorsitzende Wieczorek-Zeul hat's zu später Stunde, als die Sieger, wie sie da alle waren, dem rauchenden Trümmerfeld im Studio 1 längst den Rücken zugekehrt hatten, nicht 'rauszureißen vermocht. Mit ihrem dezidiert harschen Credo, auch zukünftig gelte: „In der Praxis wird abgeräumt" ... – es war nichts mehr zu bestellen, im großen und ganzen schien die Sache doch schon deutlich gelaufen zu sein, seither gilt das Kanzlerwort „Im übrigen, ich bleib' bei meiner These." – oder jenes, Gott sei Ihnen und uns allen gnädig, seiner Gattin: „Vor allem, daß alle gesund geblieben sind." ●

JÜRGEN ROTH

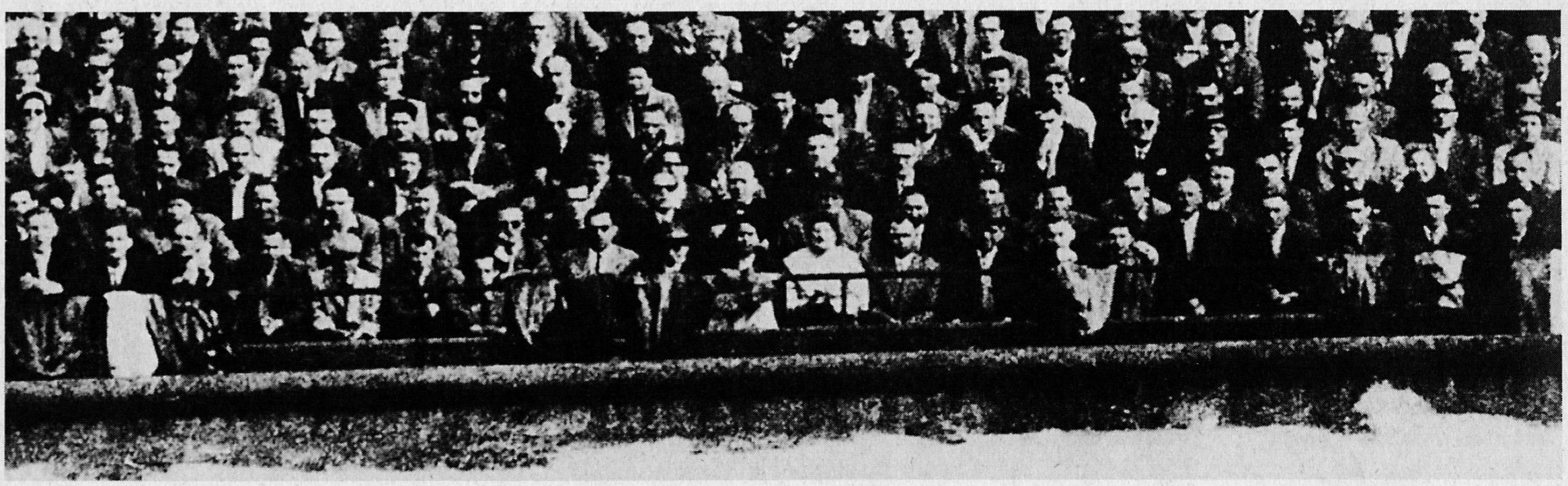
„You feel the wild turkey's bite ...“: Kanzlerwechsel 1998?

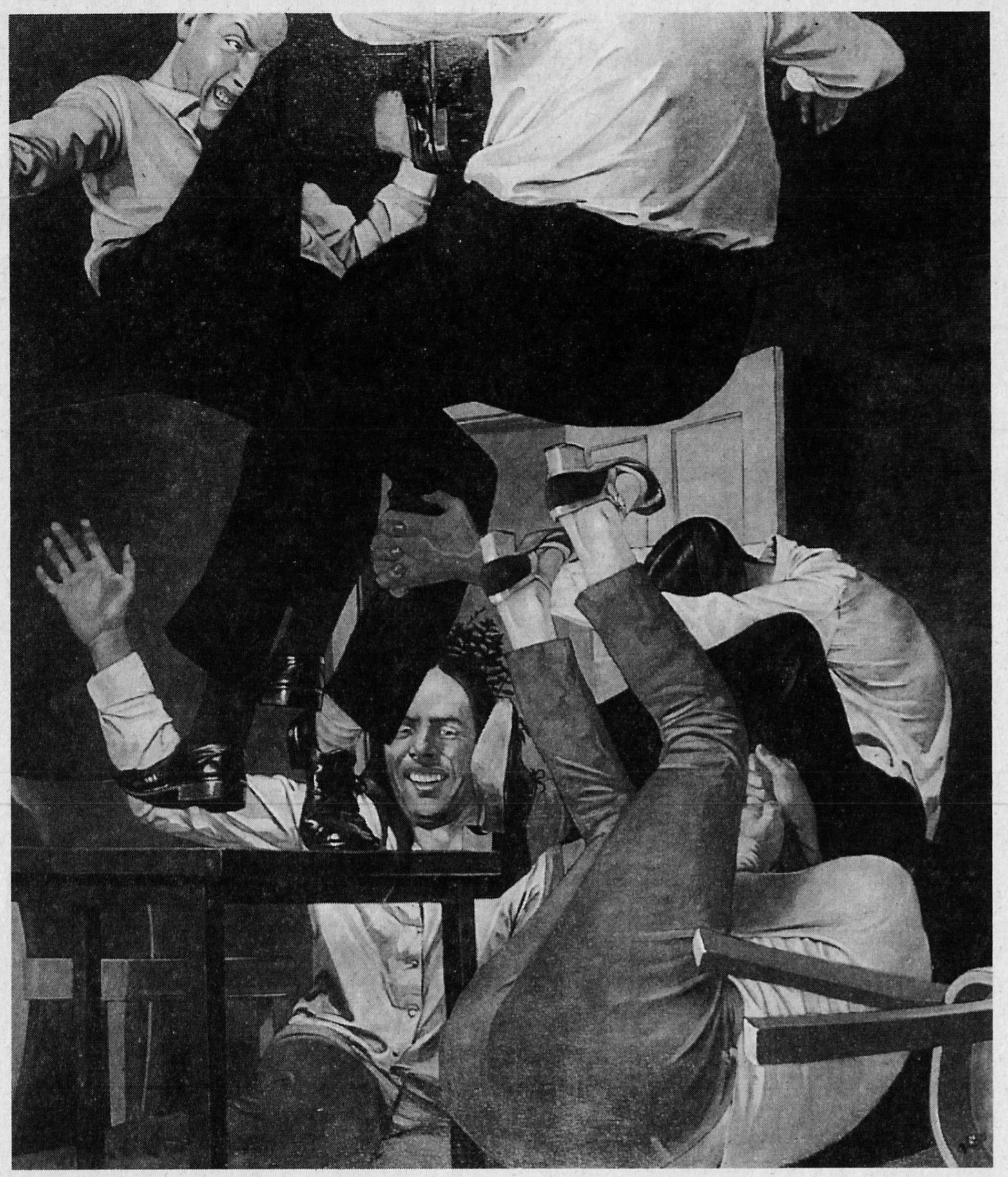
Wählen heißt: Frei, geheim und gleich wird aus dem Angebot der chancengleich vor den Wählermarkt tretenden Parteien auf Zeit allgemeines Vertrauen an die VolksvertreterInnen delegiert, die dann ebenfalls auf Zeit rechtsförmig kontrollierte Herrschaft an die Regierung delegieren. Hierfür leistet sich die Bundesrepublik das weltweit größte demokratische Parlament mit jetzt 672 Mitgliedern, die auf 4 Jahre rd. 400 Mill. DM wert sind. Am 16. Oktober 1994 gelingt die Operation Bundestagswahl, aber die Patienten, der demokratische Souverän und die Demokratie, siechen. Der Wahlkampf gilt als inhaltsleer, was jedoch nur für die Opposition zutrifft. Das Regierungslager vertritt seine Praxis mit dem alten Stab, das ist genug Inhalt (z.B. Asyländerung, out of area-Einsatz, Lauschangriff, Staatsquote); für die politische Willensbildung aber mangelt es an alternativ-realen Entwürfen. Der Gegensatz von Opposition und Regierung reduziert sich auf Personalaustausch, auf Moral und Ärger bzw. Spott über Kohl. „Wenn Du Dich nicht entscheidest, verlasse ich Dich! – Deine Demokratie“, inseriert, preisgekrönt, eine Aktion „Wählen gehen!“, ohne zu fragen, wie es um die mehr als nur formale Mitwirkung demokratischer Parteien an der Willensbildung steht. Wer hat da wen schon verlassen, bevor die Wähler seit 1990 nachziehen?

18.01 Uhr am 16.10.1994: Das Melodrama „Kanzlerwechsel“ verschwindet für 4 Jahre aus dem Repertoir des deutschen „Ohnesorg“-Theaters. Ab 18.23 Uhr wird hochgerechnet! „Kanzlerwechsel“: Das Wort muß man sich merken. In der Politikerfachsprache bedeutet 'jemandem den Kanzlerwechsel ausstellen', eine wichtige Sache unklar und nicht vor 1998 in Angriff zu nehmen. Experten bei infas, EMNID, Forsa, Allensbach und der Forschungsgruppe Wahlen streiten übrigens in langen Fernsehnächten, ob das Wort „Kanzlerwechsel“ nicht erst auf 2014 verweist.

Dennoch freuen sich alle über den Wahlausgang: Die SPD hat gewonnen (+ 2,9 Pünktchen), aber die Probe aufs Exempel (auf welches?) bleibt ihr erspart; die PDS ist wg. 4 Direktmandaten wieder dabei (von Heym bis Zwerenz), für Gysi ist das eine historische Leistung; den Grünen, laut L. Vollmer sind sie ökologisch, sozial, feministisch und radikal-demokratisch, gelingt mit 7,3 % das Comeback (7,3 % aber schafft die CSU allein in Bayern); der Union reicht es, knapp (41,5 %); die FDP freut sich sowieso, wenigstens in einem Parlament darf sie mit 6,9 % in den Rockschößen der Union noch mitmauscheln. Verloren haben immer die anderen – z. B. die REPs (1,9 %), aber, Gott sei's geklagt, auch die Marxistisch-leninistische Partei und die Bibeltreuen Christen. Wo Kohl ist, soll Scharping werden: Dieser waghalsig-kühne Schritte muß überlegt, kann nur schrittweise angebahnt werden. Nur keine dänischen Verhältnisse in Deutschland! Da haben 1994 alle noch einmal Glück gehabt, nichts wird sich schockartig ändern, dennoch aber bleibt nichts, wie es ist. (Dialektik!) Es bleibt beim muddling through und bei einer heimlichen großen Koalition von Union/FDP mit der SPD. Zwar hat die SPD 1994 den „Kanzlerwechsel“ mit breitem Grinsen plakatiert, aber so richtig vorbereitet hat sie ihn noch nicht. 1994 bezieht man die Stellungen (d.h. man gewinnt eine Schlacht und nähert sich der Macht), klärt Scharping, der Chef (Koch), auf. Er will als Fraktionsvorsitzender weitermachen und läßt, wie gewöhnlich gut unterrichtete Kreise wissen, jetzt schon den zweiten Westerwald-Werbefilm für 1998 vorbereiten. (Der Unterschied der REP-Werbung zu derjenigen der SPD besteht darin, daß eine REP-Familie Tracht trägt.)

Viel Freude gibt's auch bei den BündnisGrünen. Sie können sich im bloßen Anti von Fischer-Schnauze zum vertrauten Kohl ausruhen (nicht auszudenken, man müßte die eigene Moralsuada politisch jemals exekutieren). Fischer übrigens freut sich persönlich auch deshalb so sehr, weil er (vor der nächsten Niederlage) dem Bierernst der Kabinettsrunde Hans Eichels entkommen ist; für den Ausstieg aus dem Kampf gegen Siemens in Hanau, genannt hessische Umweltpolitik, lieferte der Kampf um ein Bundestagsmandat ein demokratisches Alibi. Bei all diesen Teilsiegen von SPD und Grünen ist es nicht aus-





zudenken, wie (ab 1998?) der Kapitalismus vor dem Brechen gebogen wird, wenn Scharping-Fischer erst richtig losregieren.

Spaß beiseite! Das Beste an der Wahl ist die nächste Bundestagswahl. Alle 4 Jahre ist man StaatsbürgerIn, sitzt vor dem Schirm und sieht die Elefantenrunde, lauscht hektischen Berichten, dummen Fragen nach der Regierungsbildung, labt sich an Tränen und Triumph, ist so richtig im Polit-Cyberspace und freut sich diebisch, wenn mal eine Graphik nicht kommt. Das ist Politik. Der demokratische Souverän ist in der Summe kein Freund/keine Freundin des rapiden Wechsels. Selbst Joachim Hirschs Vorwahlkommentar in der „links" vom September/Oktober 1994 vermochte es nicht, der PDS massenhaft (West)Wähler zuzutreiben. (Im Schnitt erhält die PDS in den Westländern 1,2 %, im Osten aber 18,3 % der Zweitstimmen.) Spannung hat man, in Maßen, nur dadurch ins Spiel gebracht, daß man den alt-neuen Akteuren den Riemen, heißt die Koalitionsmehrheit, enger schnallt; das alte Plus von 134 schrumpft auf 10 Mandate. Zur Sache: „Im Zweifelsfall für Kohl" inseriert die Unternehmensgruppe Tengelmann und trifft damit den Nerv. Gute (Wahl) Analysen sind kurz und treffend. „Da brauchen wir gar nicht lange herumreden", heißt es bei Badesalz. Lange könnte man/Frau über die Differenzen zwischen West & Ost bezüglich der Grünen und der PDS, der Wahlbeteiligung und so fort gelehrt schreiben – selbstverständlich auf der Basis einer Korrelationsmatrix und einen Faktorenanalyse mit Varimax-Rotation bei 24 Iterationen –, das wäre Wissenschaft.

Verloren hat die Wahl allemal! Keines der eigentlich notwendigen Themen findet in den Themenhaushalt des rot-grünen Wählerlagers Eingang, jenseits des Kindergeldes und der deutsch-deutschen Ergänzungsabgabe (wer ergänzt wen?), jenseits auch der grünen Umstellungsapokalypsen (wenn Antje Vollmer mit Joschka Fischer es nicht richtet, dann fliegt „uns diese Gesellschaft in Fetzen um die Ohren" – so zitiert die FAZ am 13. 9. aus einer Wahl(kampf)rede Antje Vollmers). Hinter all dem Getöse an Plakaten, Auftritten, talk shows, personalities und spots sind realistisch-analytische Alternativszenarien vorab vom Tisch. Beispielsweise: Ökonomische und kulturelle Globalisierung, Migration, der Aufbau ethnischer (gewerkschaftsfreier) Arbeitsmärkte, der immer dynamischere und kleinräumlicher erfolgende Wechsel vom Fordismus zum Postfordismus, verbunden mit Deindustrialisierung, Segregation und Fragmentierung, eine Konjunktur ohne Abbau der Arbeitslosigkeit, die große Krise des Wohlfahrtssystems angesichts der Schere zwischen öffentlicher Verarmung und privatem Reichtum ... solche Themen sind da, spalten, individualisieren, werte-wandeln, bewegen auch „die Leute" (ideologisch zumeist), glücklicherweise aber ist sich „die politische Klasse" und zu großen Teilen auch die medial hergestellte Öffentlichkeit einig, hieran nicht zu rühren. Moralische Anklänge an solche Themen finden sich am ehesten bei den Grünen (erst aber kommt das Fressen, dann die Moral, wußte Brecht); die SPD tut so, was ein aufgeklärter Wechselwähler nicht nur in Frankfurt a. M. nicht mehr glaubt, als könnte sie die Übel der Welt von der sozialdemokratisch besetzten Staatswarte aus korrigieren. Alles wird gerechter, wenn Scharping von Bonn aus zeigt, wer Koch & Kellner ist. Aber auch die Grünen überwinden ihren Zielmix zwischen Zivil- und Staatsgesellschaft nicht, ökonomisch haben sie zwar keine Diversifikationspolitik zu bieten (so wie die Arbeitsmarktpolitik der SPD über den nationalökonomischen Tellerrand eines globalfinanz- und geldpolitisch überholten Keynesianismus nicht hinausblickt), aber sie pochen auf die Segnungen der Staatsprogramme einer politischen Ökologie. Überzeugt man so, Frau Vollmer, „die tragende kulturelle Schicht" vom „Verkürzen, Verteilen und Verändern", so bleibt doch völlig offen, wie steht's nicht nur um die Kultur, sondern um die Ökonomie, z. B. um Ingenieure, Facharbeiter, Manager, Banker, alles Kulturbanausen, aber Rechenkünstler, die die Gegenwart gegen die Verheißungen aufrechnen?

Da wundert es nicht, daß der Souverän 1994 erst einmal das große Experiment, den Schnitt, vermeidet. Wenn schon zum „Kanzlerwechsel" geblasen wird, dann möchte man's doch ein wenig genauer wissen (unbestimmte Folgekosten gibt's eh schon genug). Ganz abgesehen davon, daß die andere Hälfte des Souveräns, die Frauen, von dieser Troika, von den vielen Männern und von Kohl (und Schäuble, dem Designatus) auch nicht so angeturnt sein mag? Mit 26 % stellen Frauen eine deutliche Minderheit der Bundestagsabgeordneten dar, allein die Grünen weisen mehr Frauen als Männer auf (57 %).

Ja, die Unternehmensgruppe Tengelmann hat recht: „Wir wissen, daß ... noch viele Opfer gebracht werden müssen ..." ●

EIKE HENNIG

WOLF-DIETER NARR

Aufgeregtes Manövrieren in der Sackgasse

Zum Zustand der deutschen Parteien

Die 13. Bundestagswahlen sind vorüber. Nach aufwendig geschwätzigem und hintergründig rangelndem Koalitions- und Positionsgeplänkel haben „wir" eine neue Regierung.

Neu-alt, alt-neu – ich weiß es noch nicht. Ich schreibe am 15. Oktober. Am Tag vor der Bundestagswahl. Hätte ich einen ungünstigeren Zeitpunkt wählen können, der sich aus meiner Zeitökonomie und dem Drucktermin der nächsten *links* ergibt? Ja. Ungünstig wäre die Schreibzeit nur dann, wenn die genauen Wahlresultate und ihre leicht-schwere Umsetzung in Regierungsämter die Analyse der Parteien und ihres politischen Vermögens veränderten. Das tun sie jedoch nicht. Ein sichtlicher Erdrutsch, der gar die Gesteinsschichten dominierender Interessen in der Republik durcheinanderschöbe, steht nicht bevor. In diesem nach seiner Klimax nun glücklicherweise rasch abbrechenden bzw. abgebrochenen „Superwahljahr" haben die vorausgehenden Wahlen allen rechtsweisenden Unkenrufen zum Trotz die Stärke der großen etablierten Parteien bestätigt, wenn sie nicht á la Sachsen und Brandenburg als merkwürdiges Führerplebiszit ausgefallen sind. Darum können Stärke und Eigenart der Parteien, unbeschadet des Wahlausgangs, geschätzt werden.

Der Wahlkampf selbst hat die im politischen Mittelpunkt stehende Rolle der Parteien noch einmal unterstrichen. Zwar gab es ein weitverbreitetes Unbehagen. Dasselbe scheint sich, verglichen mit den vorausgehenden Wahlen, verstärkt zu haben. Welche Partei soll man nur wählen, wenn selbst das kleinere Übel nicht mehr zieht? Und der Wahlkampf war so fernsehaufwendig unergiebig, daß die rationale Entscheidung der Nichtwähler befördert wurde. „So schlicht sind Wahlkampfmaschinen inzwischen gestrickt", stellte Otto Jörg Weis in einem Wahlkampfbericht fest, eine Feststellung, die sich tausendfältig wiederholen ließe, „gefühlige Botschaften aus einer nicht mehr durchschaubaren Herrschaftswelt" (FR vom 1.10.94). In diesem Sinne teilte wohl nur eine Minderheit die sanguinische Fröhlichkeit – oder war's mehr eine (Selbst-)Beschwörung – des Soziologen Ulrich Beck: „Wir alle sind Bundeskanzler. Wählen Sie sich selbst – wählen Sie den Wechsel!", eine hybride Devise, die geradezu als Quintessenz postmoderner Politik(verfehlung) mit einem Preis versehen werden könnte. Unbeschadet aller mehr in Dur oder Moll gehaltenen Wahlkampf- und Wahleinschätzungen jedoch – insgesamt ist es gelungen, die Bürgerinnen und Bürger in ihrer großen Mehrheit, alters- und schichtverschieden gewiß, auf den zentralen Mechanismus liberaler Demokratie zu konzentrieren. Als könnte jede und jeder mit ihrem/seinem Kreuz in eilig gewechselter Kabine an der „Souveränität" des „Volkes" teilhaben. „Wer nicht wählt", so mahnte und warnte Frau Süssmuth noch am Tag vor der Wahl, „stellt sich bewußt abseits." Wer könnte da zu Hause bleiben bzw. zu Hause geblieben sein. Ein anderer einge-Spiegel-ter Sozialwissenschaftler hat denn auch der „liberalen Linken", wem anders, vorgehalten, daß sie die Wahl und die mit ihr verbundenen Machtchancen fahrlässig ausgelassen hätten. „Machtvergessen" hätten sie den möglichen Machtwechsel verschlafen. Sie wollten lieber „Rechthaber" bleiben, als „Machthaber" werden und verfehlten so das „Zentrum der Macht", in das man nur parteigewandet dringen und in dem man nur als Partei „Macht" ausüben könne. „Aber sie sind nicht Partei geworden, haben nicht Partei ergriffen, den Wechsel nicht organisiert. Sie haben sich weismachen lassen, daß Parteien nicht mehr so wichtig sind, und vor allem unkonventionelle politische Partizipation zählt – von der Demo über die Lichterketten bis zur Unterschriftenaktion. ..."(C.L.: Die Stunde verpaßt, in: Der Spiegel Nr.39 vom 26.9.94).

Lassen wir die „realpolitische" Empfehlung eines selbstenttäuschten Linken einmal beiseite, der den selbstenttäuschten Liberalismus der Nach-1848er matt spiegelt (daher stammt bekanntlich der von Karl Ludwig von Rochau 'erfundene' Ausdruck „Realpolitik". Entgegen der 48er liberalen „Idealpolitik", ausgerichtet an Bürgerrechten und Demokratie, wird die aktiv resignative Hinwendung zur aktuellen Machtpolitik des preußischen Staates vertreten. Die Tragödie des deutschen Liberalismus hebt an). Wie verhält es sich mit dem von den Parteien eroberten und, je nach Wahlerfolg, besetzten „Machtzentrum"; welche Macht kann dort von den Repräsentanten der siegreichen Parteien ausgeübt werden?

Die Antwort auf diese Fragen hängt selbstredend davon ab, was unter Macht verstanden wird. Ein differenzierter Machtbegriff ist vonnöten. Damit verbunden ist anzugeben, zu welchem Ende die jeweils gegebene Macht eingesetzt werden soll. Was soll der Machteinsatz auf welche Weise für welche Interessen/Ziele bewirken? Mit welchen Reformen sind beispielsweise die Herren Beck und Leggewie zufrieden, wenn sie beide „den Wechsel" wollen und wenn dieser „Wechsel" durch einen Bundeskanzler Scharping bewirkt werden soll? Erstaunlich, mit welch kleinen und trockenen Brötchen die emphatischen Wechsler unter den zur Wahl Aufrufenden hinterher zufrieden sind. Sonst folgte die herbe Enttäuschung auf dem Fuß. Spätestens in vier Jahren indes besteht die Chance erneut, emphatisch „Wechsel" verheißend, zur Wahl von Parteien aufzurufen, von denen versprochen wird, sie reformierten machtbewußt, wenn sie endlich einmal den Napf des Regierungsfettes ausschlecken dürften.

Schauen wir uns die machtvollen Reformmuskeln der Parteien etwas genauer an:

I. Ich lege zuerst den Maßstab an, der sich aus den Aufgaben ergibt, die die Parteien in Massendemokratien ausüben sollen. Sie sind dazu da, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichen Akzenten zu artikulieren; sie sollen diese Interessen in unterschiedlicher Zusammensetzung organisieren (im sozialwissenschaftlichen Deutsch: aggregieren); und sie sollen die von ihnen gebündelten und politisch-programmatisch zugespitzten Interessen mittätig in die entscheidende Regierungsmühle eingeben. Anders ausgedrückt: Parteien in Massengesellschaften sind als vermittelnde Organe zwischen Bürger und politischer Administration erforderlich, da un-

verstellte direkte Demokratie und ein Volk von Berufspolitikern sich gegenseitig ausschließen.

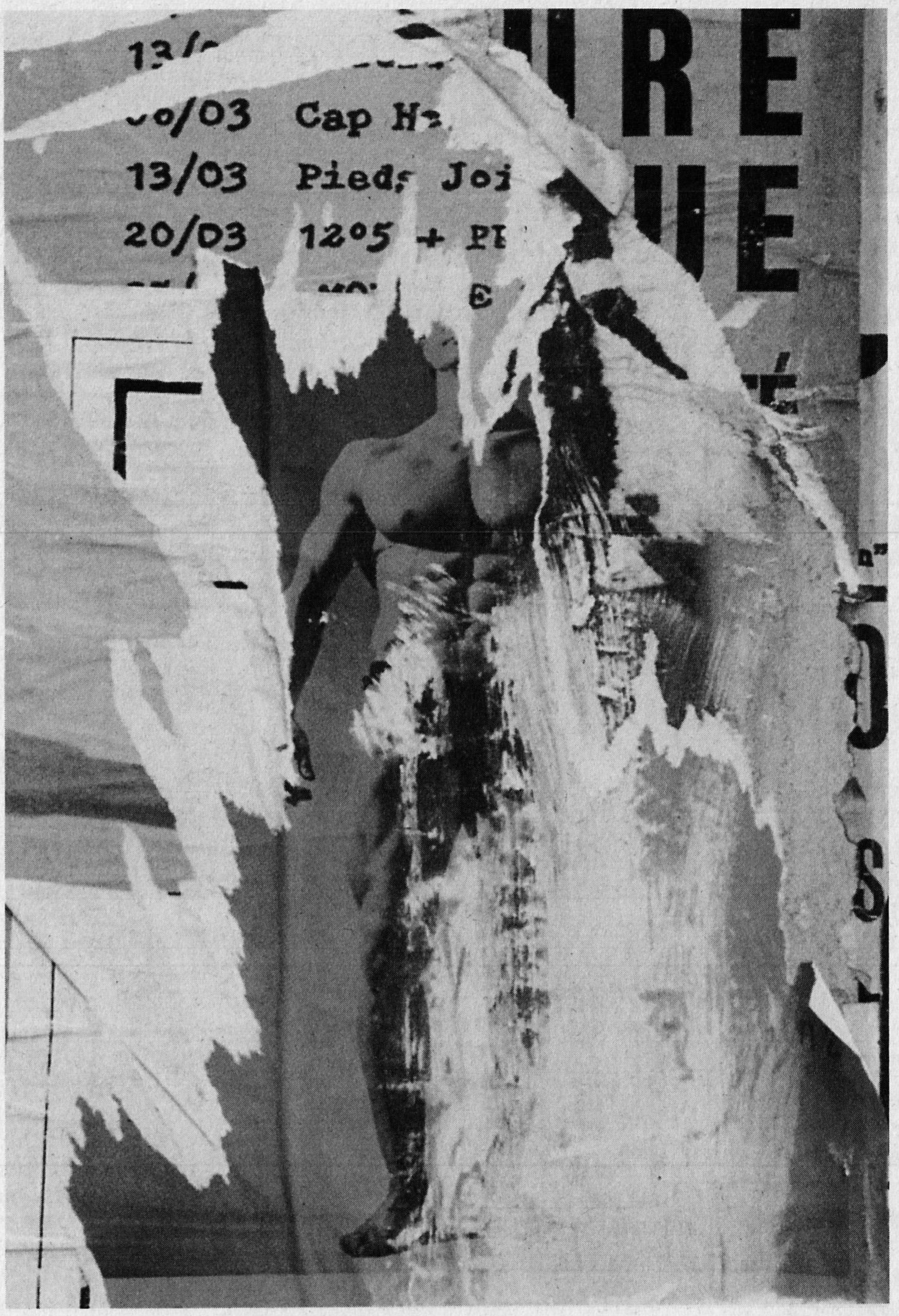
Indes: Wie steht es mit diesen bürgerpolitischen Aufgaben der Parteien? Holt man sich jenseits eigener Erfahrungen und Recherchen Rat von einschlägigen Parteienforschern, wird man, so denn deren Feststellungen zutreffen, angenehm überrascht.

Gerade die Flexibilität der Volksparteien in der Bundesrepublik", so faßt Eva Kolinsky, habe ich es recht verstanden, den Stand der Parteienforschung zusammen, „und ihre Fähigkeit, öffentlich und mit Blick auf relevante Wählergruppen brisante Themen wie Umweltschutz, Chancengleichheit von Frauen, Friedenspolitik und Abrüstung oder auch die Restriktionsmaßnahmen gegen Ausländer und Asylsuchende zumindest teilweise auf die eigene Tagesordnung zu setzen, schuf eine neue Dynamik im Parteiensystem: zwischen Parteien und Öffentlichkeit sowie zwischen Parteien und Parlamenten auf der einen und nicht-parteigebundenen, außerparlamentarischen Foren der Politik auf der anderen Seite. Eine Abkoppelung der Volksparteien von der Gesellschaft, die Kirchheimer befürchtete, ist so nicht eingetreten. Auch scheint die Sorge unbegründet zu sein, Parteien seien heute ruderlos einer Protest- und Alternativkultur ausgesetzt, welche die Kontinuität der programmatischen Orientierung zum Anachronismus mache und das Diktat der Straße oder der Wählergunst zum obersten Gesetz." (E.K.: Das Parteiensystem der Bundesrepublik: Forschungsthemen und Entwicklungslinien, in: Richard Stöss/Oskar Niedermayer (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S.43)

Alles bestens also: die Parteien bürgernah und doch nicht bürgeropportunistisch? Erfahrene Beobachter, die sich mitten in der „Parteienlandschaft" bewegen, sehen das anders. Und nicht nur für die Wahlkämpfe. Clausewitz' berühmte Feststellung gilt ohnehin analog: Die Politik zwischen den Wahlen ist die Fortsetzung des Wahlkampfes mit anderen Mitteln. Gunter Hofmann konstatiert wenig überraschend, daß die „Grenzen zwischen Politik, Medien, Werbung und Demoskopie" schwänden. „Das neue Zauberwort" laute „Inszenierung" (s. G.H.: Wenn Politik endgültig zur Schau wird, in: Die Zeit Nr.39 vom 23.9.94). Sprich: die Parteienpolitik wird zum Akzeptanzmanagement für Güter, die nicht mehr zur Disposition stehen. Auch in der Politik gilt die Angebots- und nicht die Nachfrageökonomie. Bürgerinnen und Bürger aber als eigen-mächtige Größen verschwinden. Sie sind so unabdingbar und so machtlos wie die Konsumenten in der Ökonomie. Nicht mehr und nicht weniger. Die Parteienvertreter, die ihrerseits zu Werbegigolos werden, betreiben eine professionelle 'Verkindischung' des demokratischen Souveräns. Was Wunder, daß Bürgerin und Bürger „keinen Faden durch das Labyrinth" der Politik finden (so der Titel eines Artikels von Konrad Adam, der trotz schwerer Wackersteine des Vorurteils im Bauch klarsichtige Beobachtungen enthält. In: FAZ Nr. 234 vom 8.10. 94). So überhaupt davon gesprochen werden kann, daß die Parteien die Funktionen der Artikulation und der Aggregation erfüllten, ihre Funktionen als Mittlergewalten zwischen vereinzeltem Bürger und den Entscheidungs- und Verwaltungsmechanismen, tun sie dies, demokratisch gesehen, richtungsverkehrt. Nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten. Diese Verkehrung ist nicht neu. Neu ist ebensowenig, daß die Parteien, weithin etatisiert – das gilt in der BRD qua Parteienfinanzierung in einem ganz wörtlichen Sinne –, kaum als Organisationen wirksam sind, die die soziale Ortlosigkeit der Politik auffingen. Beides: Richtungsverkehrung und a-soziale und damit paradox a-politische Politik haben erheblich zugenommen. Nicht zufällig hat die Kraft der Parteien, soziale Zusammenhänge zu bewirken, gleichzeitig mit der allgemeinen sog. Individualisierung nachgelassen. Daher kommt es, daß die Parteien „für keine zentrale Idee mehr" stehen, wie Adam beklagt, „sondern für eine Vielzahl fragmentarischer Gedanken, zusammengehalten durch den Willen zur Macht". Diese weit über Parteigedanken hinausgehende Fragmentierung ist es, die im Gegensatz zum konservativ-grünen Adam den linksliberal-grünen Ulrich Beck eine seltsam ätherische Hymne: „Alles ist möglich" intonieren läßt.

„Es spricht sich herum: Wähler und Wählerinnen sind mobil geworden. Auch die Parteiprogramme stehen dem nicht nach. Wenn auch noch die führenden Persönlichkeiten austauschbar werden, dann ergeben sich schwindelerregende Perspektiven: Wahlen werden Wahlen, werden Wahl-Thriller. Parteien können von heute auf morgen halbiert, verdoppelt, herauskatapultiert werden. Dasselbe andersherum: Es können absolutistische Mehrheiten entstehen, die vergessen lassen, wem sie sich verdanken – der Wiederkehr des Unberechenbaren.“ (U.B.: Voran oder Zurück, in: Der Spiegel Nr.41 vom 10.10.94)

Geht man dieser erstaunlichen Behauptung eines Soziologen ohne Gesellschaftsbegriff auf den Grund und verläßt den wohlbehüteten Spielkasten voll verwirrender Puzzlestücke, dann wird einsichtig, wie gering die Kraft der Parteien zur Kohäsion ist. Und mehr noch: Daß die Parteien trotz ihres ausgebauten Apparats an einer enormen institutionellen Schwäche leiden. Das, was in Italien, in Frankreich und anders in den USA kenntlich wird, gilt in eingeschränkter, aber dennoch erheblicher Weise auch in der BRD.



II. Die Frage, worin die parteiliche Potenz bestehe, habe ich mit der liberaldemokratisch negativ akzentuierten Qualifizierung der Parteien als Politikentfremdungsmaschinen noch nicht beantwortet. Unbeschadet ihres prekären demokratischen Untersatzes, worin besteht die Definitionsmacht der Parteien? Macht – gemäß der alten, in den fünfziger Jahren in den USA zuerst gestellten Frage – die Politik der Parteien inmitten der ökonomischen Daten und ihrer Dynamik einen Unterschied? Und wenn „ja“, sind die Differenzen zwischen den konkurrierenden Parteien über die Synkrasien ihrer Spitzenrepräsentanten hinaus von erheblichem Gewicht?

Alle angemessenen Antworten setzen ihrerseits Differenzierung voraus. Sie fallen unterschiedlich aus, ob die lokale, die regionale (in Deutschland: länderspezifische) oder ob die zentrale und supranationale Ebene der Politik gemeint ist. Anders sind die Fragen nach dem Einflußgewicht der Parteien auch im Hinblick auf die einzelnen Politikfelder zu beantworten. Die bildungspolitische Variabilität ist größer als die arbeitsmarkt- oder die wirtschaftspolitische.

Dennoch: dort, wo Reformen am meisten zählen, dort, wo sie über einzelne Maßnahmen und Akzentsetzungen hinausgehen sollen, dort, wo die „Logik“ der Politik und ihrer Reformen in Frage stehen, dort ist die Muskelkraft parteipolitischen Einflußes kläglich gering. Nicht umsonst ist der Parteienwettbewerb primär, ja fast exklusiv ein Wettbewerb von Personen geworden, die um allemal knappe „positionelle Güter“ (Fred Hirsch) konkurrieren. Becker vs. Stich. Politische Unterschiede verkommen zu einer Frage des „dressing“. Hier kann man vom „Zentrum der Macht“ (Claus Leggewie) nur reden, wenn man sich auf den personalpolitischen Narzißmus einläßt und Schaugeschäft, zeitgemäß, für das „dankbarste“ aller Geschäfte hält. Die dynamischen Rahmenbedingungen dieses „Machtzentrums“ werden so dicht und definitionskräftig von außen gesetzt, daß im Innern ein Zaunkönigtum und ein Zaunkönigsgehabe üblich werden. Von „dynamischen“ Rahmenbedingungen ist deshalb zu sprechen, weil die Definitionsmacht von Entwicklungen auf dem Weltmarkt bis in einzelne Entscheidungsdispositionen und deren Ziele hindurchschlagen. Die produktive Destruktion anderer sozioökonomischer Organisationsformen und eigener Ziele geht heute weit über den industriell-technischen Bereich hinaus, auf den Schumpeter einst sein Lob kapitalistischen Fortschritts begründet hat. Angefangen von der Wirtschafts-, der Wissenschafts- und Technologiepolitik über die abhängige Variable Arbeitsmarktpolitik zur noch abhängigeren Variable Bildungspolitik zur Restgröße der „gesponserten“ ‘Kultur’ – wo immer man, analytisch nüchtern, genauer hinsieht: die gegebenen Spielräume, die „alternativ“ gestaltbar wären, die gar dazu freimachten, etwa eine ökologische Politik zu inszenieren, sind geradezu erbärmlich gering. In diesem Sinne müßten die Parteien und ihre Mundschenke, wollten sie wahrhaft Politik treiben, in der Tat Niklas Luhmanns Aufforderung an erster Stelle Folge leisten, „beim Abfassen von Wahl programmen ihr Augenmerk zunächst ein mal auf das zu richten, was sie n i c h t kön-

AKP

Alternative Kommunal Politik

▪ Wenn mensch über alle Gebiete der Kommunalpolitik eine grundlegende und kompetente Einführung sucht,

▪ wenn die wichtigsten Konzepte, Programme und Diskussionsansätze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den zahlreichen Politikfeldern rund ums Rathaus abgesteckt werden sollen,

▪ wenn zudem der Bedarf nach weiterführenden Literaturhinweisen, Adressenverzeichnissen, schnell auffindbaren Stichworten etc. besteht

— tja, dann. Dann benötigt mensch einfach das

«Handbuch für alternative Kommunalpolitik»

Über 40 AutorInnen haben darin ihr Wissen für Ratsmitglieder, VerwaltungsmitarbeiterInnen und Aktive aus Initiativen zur Verfügung gestellt. Das Buch umfaßt 415 Seiten und kostet 45.- DM (zzgl. 4.- DM Porto). Ein vergleichsweise geringer Preis für das, was drinsteht!

****

Übrigens: Wer die «Alternative Kommunalpolitik» — die seit 15 Jahren erscheinende Fachzeitschrift der Grünen für "Kommunalas/Kommunalos" — noch nicht kennt, sollte Asche auf sein Haupt streuen, Buße tun und ganz, ganz schnell ein kostenloses Probeheft sowie unseren Gesamtkatalog anfordern.

Bestelladresse:
AKP-Redaktion und Vertrieb
Luisenstraße 40
33602 Bielefeld
Tel.: 0521/177517, Fax: 0521/177568

Fachzeitschrift für alternative Kommunalpolitik

nen“ (so referiert bei Adam). Hinzu kommt, die Form der Parteien im Innern zersetzend, die Medialisierung der Politik, die, unabhängig von ihren entdemokratisierenden Effekten, die Parteien zu seltsamen betrogenen Betrügern, sprich medialisierten Mediateuren werden läßt. Dieser Formeffekt wird bei fast allen Analysen über die Wirkung der Massenmedien, des Fernsehens insbesondere, meist ausgespart.

III. Wenn es zutrifft, wie ich unoriginell behauptet habe, daß es mit der demokratischen Kapazität der Parteien schlecht bestellt ist; wenn es zutrifft, was ich wirklichkeitswissenschaftlich hervorgehoben habe, daß die Definitionsmacht der Parteien in den am meisten wirksamen Politikfeldern eher gering ausfällt (mit der Tendenz fallend) und deswegen all das, was von Reformern kräftig alternativ behauptet wird, weithin zur Pose verkommt; – dann stellt sich die aufdringlich delikate Frage: Wie wäre dann Erneuerung möglich; wie könnten bitternötige Reformen in Gang gesetzt werden, ohne sich und andere nur im Reformjargon zu betören? Und wer könnte solche Reformen initiieren, ohne daß sie rasch verwelken wie abgepflückte wunderhübsche Anemonen?

Einen Königinnenweg gibt es nicht. Vor allem: die Bienen fehlen, die mit der Königin reformdauernd ausschwärmten. Gewiß ist nur: Alle Reformen, die sich allein auf Ziele (Inhalte) kaprizieren, jedoch versäumen, auch neue politische (Organisations-) Formen auszuprobieren, vertrocknen oder wirken kontraproduktiv. Darum ist es politisch schlimm, daß eine Verfassungsreform, die anläßlich der deutschen Vereinigung erforderlich gewesen wäre, so restlos versäumt worden ist. Zugleich ist dieses Versäumnis symptomatisch für die Indolenz der Parteien angesichts der sich auftürmenden Probleme.

Die für die abschließende Bewertung der Parteien entscheidende Frage lautet demgemäß: Wenn angesichts der weltweit herrschenden, tief in die Bundesrepublik durchschlagenden und von deren mächtigen Interessen verstärkten Bedingungen Reformen aufs dringlichste zu wünschen und zu erproben sind, können solche Reformen eher bewirkt werden, indem man Partei bildet und/oder in den etablierten Parteien aktiv wird. Oder ist die Chance dann größer, wenn man ohne Parteienprüderie außerparteilich oder, wie es in den 60er Jahren hieß, außerparlamentarisch aktiv ist? Unter der nicht resignativen, sondern Hybris vermeidenden Annahme, daß Freiheit, wie man gesagt hat, ebenso zentimeterweise stirbt, wie sie zentimeterweise verteidigt und errungen werden muß, behaupte ich, daß das außerparteiliche politische Engagement für Reform produktiver sei als das innerparteiliche.

Dafür sind eine Reihe von teilweise schon erwähnten Gründen ins Feld zu führen:

- die Parteien sind, wie dies jüngst Kevin Phillips für die amerikanischen Parteien festgestellt hat: ausgehöhlt und erschöpft (s. K.Ph.: Fat City. Americans have good reason to hate Washington, in: Time-international No.39 vom 26.9.94). Diese Beobachtung trifft trotz aller Unterschiede gleichermaßen für die deutschen Parteien zu;
- die Parteien und die etablierten Formen der Politik, das, was man mit dem Kürzel „Bonn“ (oder „Washington“) symbolisiert, deformieren und verändern alle Reformansätze. Anders formuliert: Wer sich auf die etablierten Formen der Politik im Sinne der Parteiform und auf den Füchsebau Bonner Prozeduren einläßt, der wird zunächst in der Form und dann auch im Inhalt weitgehend kooptiert. Seine/ihre Politik wird füchsisch;
- außerparteiliche Aktivitäten nicht allein, jedoch primär haben seit Mitte der sechziger Jahre habhaftere Veränderungen bewirkt. Gewiß: Diese Veränderungen wären ohne hinzukommende „objektive“ Faktoren z. B. in Sachen Umwelt oder (für eine kurze Weile) Bildungsreform u.ä. nicht möglich gewesen. Außerdem bleiben die Veränderungen angesichts der Probleme oft lächerlich gering und verzweiflungsvoll unzureichend. Wenn es aber trotz allem so etwas gegeben hat wie demokratische Lichtflecken nach der „Hallsteinzeit“ und den autoritären Tagen des ungebrochenen „CDU-Staats“, und wenn es überhaupt eine demokratische Chance geben soll, die anstehenden Probleme und Konflikte zu bestehen, dann aufgrund demokratisch gerichteter Aktivitäten außerparlamentarischer Gruppen. Nur über die von ihnen handelnd bewirkten Veränderungen von Bewußtsein und Verhalten gibt es auch die Chance, u.a. auf die Parteien einzuwirken und sie gegen ihre Indolenz zu allererst schmerzempfindlich für Probleme zu machen. Voraussetzung hierfür ist selbstverständlich, daß die schwere Aufgabe immer erneut gemeistert zu werden vermag: In politisch beschränkter Aktion und Organisation die „große“, definitionsmächtige Politik nicht außer acht zu lassen und der wohlgefälligen Resignation zu widerstehen, die aus der Erfolgsarmut wider den herrschenden Scheitel gerichteter Politik in der Regel unvermeidlich erwächst.

Was von Glanz und Elend der „neuen sozialen Bewegungen“ gelernt werden kann, steht auf einem anderen Blatt. Einigermaßen zuverläßig läßt sich nach einer kleinen „Machtanalyse“ der Parteien allein feststellen: „So nicht“. Selbst um die Parteien zu reformieren, muß man über außerparteilichen Grund verfügen. Sonst wird man in den gegenwartsfixierten, allein positionssüchtigen Flachsinn dieser (Peudo-)Politik so weit hineingezogen, bis endlich auch der eigene Habitus in ihm verschwindet. ●

Wolf-Dieter Narr ist Professor am Fachbereich Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.

HANS-JÜRGEN BIELING

Weder Bonn noch Weimar

Europapolitische Koordinaten der »Berliner Republik«

I. Mit dem Zusammenbruch des „Realsozialismus“ und der deutschen Vereinigung entfielen die alten Basisprämissen der westeuropäischen Integration. Vormals prägten im Kern drei Zielsetzungen den Integrationsprozeß: erstens die Formierung eines stabilen antikommunistischen Bollwerks; zweitens die politische Einbindung und Kontrolle Deutschlands; und drittens die Stärkung Westeuropas in der Weltmarktkonkurrenz durch effektivere Produktionsstrukturen im gemeinsamen Markt. Darin eingeschlossen war stets die politische Kooperation mit den USA. Die Umbrüche seit 1989/90 setzten die Neudefinition der integrationspolitischen Fixpunkte auf die Tagesordnung. Seither stellt sich die Frage einer tragfähigen gesamteuropäischen Architektur. Nach wie vor sind jedoch keine dauerhaften Strukturen erkennbar: das Verhältnis von West- zu Mittel- und Osteuropa, die Einbindung des vereinten Deutschlands und die sozioökonomische Reorganisation innerhalb der Triadekonkurrenz bleiben weitgehend ungeklärt. Ökonomische, soziale und politische Krisen und schwindende Regulierungsressourcen blokkieren übergreifende politische Projekte; Interessendivergenzen verfestigen und vertiefen sich. Unübersehbar hat das ehemals relativ stabile, komplementäre Interessengefüge Westeuropas Risse bekommen, und diese artikulieren sich politisch trotz der zunehmenden Vergemeinschaftung – zuletzt: EU-Vertrag und Erweiterung – in Form zwischenstaatlicher Konflikte. Angesichts der hilflosen Stückwerkpolitik verharrt Europa im „Schwebezustand“.

Hieraus kann jedoch nicht der Schluß gezogen werden, die Integration Europas verlaufe gänzlich als ungerichteter Prozeß, ohne die strategische Einflußnahme sozialer und politischer Kräfte. Die Politik des „muddling through“ gedeiht vielmehr noch immer auf dem Terrain, das in den 80er Jahren durch den neoliberal-stabilitätsorientierten Integrationsmodus abgesteckt wurde. Über die Stärkung des EG-Systems – vor allem das EWS und den EG-Binnenmarkt – europäisierten sich Strategien der gesellschaftlichen Reorganisation, die primär im Interesse des weltmarktorientierten Finanzkapitals standen: Monetäre Stabilität und die Freisetzung der Marktdynamik avancierten zu den Leitmaximen der integrationspolitischen Weichenstellungen des neoliberalen Blocks in Westeuropa. Die Bundesrepublik und Frankreich trieben diesen Prozeß als „Schrittmacher“ voran, während die herrschenden Kräfte der europäischen Peripherie über die sog. „package-deals“ (z.B. die diversen Strukturfonds) materiell und politisch-ideologisch eingebunden wurden. Seit Beginn der 90er Jahre brechen die im Integrationsmodus angelegten Widersprüche zusehends auf. In Gestalt sozialer Desintegration und regionaler Fragmentierung mehren sich die „Schattenseiten“ der weltmarktorientierten Modernisierung. Zusammen mit der Transformation Osteuropas erwächst damit ein Problempotential, das die Neuordnung des Kontinents und den Fortgang der europäischen Integration substantiell beeinträchtigt. Unter dem Druck innergesellschaftlicher Schwierigkeiten, national-populistischer Bewegungen und der „standortpolitischen“ Wettbewerbszentrierung renationalisiert sich die Politik: im Nachhall neoliberaler Sackgassen akzentuieren sich aggressiv-wohlstandschauvinistische Optionen.

II. Den Schlüssel hierfür liefert der europapolitische Strategiewechsel des vereinigten Deutschlands. Noch in der jüngeren Vergangenheit sahen viele, unter anderem die Nachbarstaaten, in der alten Bundesrepublik den Typus einer „Zivilmacht“, deren ökonomische, technologische, wissenschaftliche und finanzielle Stärke letztlich ganz Westeuropa zugute komme. Sie war demzufolge in einen Integrationsmodus eingebunden, der unterschiedliche Interessenlagen – die Stärkung des Finanzkapitals, Technologietransfer, Strukturförderung und machtpolitische Geltungsansprüche – in Übereinstimmung brachte und Schritt für Schritt, wenn auch nicht ohne Konflikte und Reibungen, die ökonomische und z.T. auch politische Verflechtung intensivierte. Die bundesdeutsche Politik unternahm hierbei keine größeren Anstrengungen, aus der ihr zugewiesenen Begrenzung, „ökonomisch ein Riese, politisch ein Zwerg“, auszubrechen. Seit der Vereinigung zeichnet sich jedoch ein doppelter Bruch ab: zum einen wirtschafts- und sozialpolitisch, zum anderen macht- und sicherheitspolitisch.

Auf den ersten Blick scheint es, da nach wie vor Deregulierungs-, Flexibilisierungs- und Privatisierungsinitiativen Konjunktur haben, als gäbe es „im Westen nichts Neues“. Diese Sichtweise ist trügerisch: Denn der Bruch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik manifestiert sich keineswegs in der Abkehr vom neoliberal-stabilitätsorientierten Kurs des letzten Jahrzehnts, als vielmehr in seiner radikalisierten Fortführung. Die Ursachen hierfür liegen nicht zuletzt in der ökonomischen „Überdehnung“ Deutschlands. Innerhalb der eingeschlagenen Strategie zeigt es sich immer weniger in der Lage, die Anforderungen der Triadekonkurrenz – Infrastruktur- und Industriepolitik – mit den Vereinigungslasten, sozialen Problemen und der Unterstützung Osteuropas in Einklang zu bringen. Wie immer es die Bundesrepublik auch wendet: die anstehenden Aufgaben wachsen ihr über den Kopf. Um der Zwangslage zu entkommen, wirft sie daher „Ballast“ ab. Dies erfolgt, wen sollte es wundern, zu Lasten der sozialstaatlichen Leistungen sowie der europäischen Peripherie.

Neorealistisch gesprochen, gleicht die Bundesrepublik einem alternden Eurohegemon, der – durch die Vereinigung ökonomisch zumindest kurz- und mittelfristig geschwächt – zusehends „räuberische“ Züge offenbart. Die in der ökonomischen Krise völlig kontraproduktive Hochzinspolitik (1992/93) und die verweigerte Stützung der Nachbarwährungen durch die Bundesbank liefer-

te dazu nur die Ouvertüre. Ohne Rücksicht auf europäische Turbulenzen (EWS-Krise) zog die Bundesrepublik ähnlich wie die USA in den 80er Jahren über die hohen Zinsen ausländisches Kapital an, um das vereinigungsbedingte Haushaltsdefizit zu decken. Zwar lockerte sie hernach den brutalen Kurs, und auch das EWS stabilisierte sich innerhalb sehr großer Spannbreiten; von einer transnational-kooperativen Wirtschaftspolitik hat sich Westeuropa seitdem aber weit entfernt. Zug um Zug, so auch in der Finanzierungsfrage der jüngsten Weißbuchvorschläge zu „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung", arrangiert sich die Bundesrepublik mit der freihändlerischen, gegen Strukturpolitik gerichteten Linie Großbritanniens. Zusätzliche Kredite sind einzig dann legitim, wenn sie aus nationalen Interessen, so im Fall der Vereinigung, unvermeidlich scheinen. Ansonsten wird vom Primat der restriktiven Geld- und Fiskalpolitik um keinen Deut abgewichen.

Für die ökonomisch schwächeren Länder haben das EWS und die Konvergenzkriterien von Maastricht gravierende Konsequenzen. Letztlich bleibt ihnen nur die Wahl zwischen Skylla und Charybdis: Entweder folgen sie der Route austeritätspolitischer Modernisierung und nehmen soziale Desintegrationsprozesse in Kauf, oder sie versuchen, über Abwertungen ihre Wettbewerbsposition zu verbessern. Dabei laufen sie jedoch Gefahr, daß die erweiterten Handlungsspielräume durch inflationäre Effekte konterkariert werden. Im letzten Jahrzehnt schien ihnen der erste Weg erfolgversprechender, zumal ein relativ stetiges Wachstum und die bescheidene Ausweitung von Finanztransfers die stabilitätspolitische Gleichrichtung in Westeuropa begleiteten. Diese Konstellation gilt für die 90er Jahre allerdings nicht mehr: war der Kohäsionsfond bereits in den Verhandlungen über die Europäische Union heftig umstritten, so drängt die Bundesrepublik zusehends auf eine Revision des Transfersystems. Im Zeichen innerer wirtschaftlicher und sozialer Probleme sowie der perspektivischen EU-Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa setzt Deutschland, ermutigt durch ähnliche Verlautbarungen Balladurs, auf ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten, oder schicker: auf eine „variable Geometrie", in der finanzielle Ausgleichszahlungen zurückgeschraubt oder sogar überflüssig werden. Ohne dieses „Zuckerbrot" knallt die „Peitsche" der Anpassungszwänge fortan umso härter. Obwohl die Reform des EU-Systems erst auf der Regierungskonferrenz 1996 zum Thema wird, sind die Umrisse der deutschen Leitvorgaben „Effizienz der Institutionen plus Erweiterung" bereits heute sichtbar. Indem die Bundesrepublik aufs Tempo drückt, korrigiert sie zugleich die Perspektive der Wirtschafts- und Währungsunion, die nurmehr für einen stabilitätspolitischen Kern gelten soll, der Deutschland, Frankreich und die BeNeLux-Staaten umfaßt. Ob einige der übrigen Länder, z.B. Italien oder Großbritannien, der Eintritt ins Zentrum gewährt wird, hängt von der strengen Befolgung der Konvergenzkriterien, d.h. einer rigorosen Austeritätspolitik ab; die wirtschaftlich schwachen Länder verkommen im Prozeß der finanzkapitalistischen Restrukturierung zur Dispositionsmasse.

Als Versuchsballon brachte die CDU/CSU-Initiative diese Orientierung unlängst auf den Punkt. Allerdings stellen die Stoibers, Gauweilers, Schäubles, Lammers und Waigels nur die proklamatorische Speerspitze der strategischen Reorientierung der deutschen Europapolitik dar. Wichtiger sind die eher stillschweigend, durch Kinkels Außenpolitik geschaffenen Fakten. Nachdem die Bundesregierung die Erweiterung um Österreich und die skandinavischen Länder vorantrieb, faßt sie bereits die selektive, schrittweise Integration – bilaterale Abkommen, Assoziierung, Vollmitgliedschaft – der mitteleuropäischen Staaten ins Auge. Angesichts der mangelnden Bereitschaft, diesen Prozeß strukturpolitisch zu begleiten, ist damit der Abschied von den „Vereinigten Staaten von Europa" unmißverständlich eingeleutet.

Die Öffnung nach außen, ein zentraler Eckpunkt der neuen deutschen Europapolitik, erzwingt notgedrungen die Lockerung und Fragmentierung des inneren Zusammenhalts. Konflikte sind vorprogrammiert: Während Deutschland als „Tor zur Welt" die engere Kernintegration bei gleichzeitiger Außenöffnung – Triade und Osteuropa – anstrebt, sehen die ärmeren EU-Länder – Irland, Spanien, Portugal und Griechenland – die ökonomische Kooperation gefährdet und fürchten aufgrund der ähnlichen Außenhandelsstruktur die osteuropäische Konkurrenz. Für Frankreich, von Italien ganz zu schweigen, wird es zugleich merklich schwieriger, die Mittlerrolle auszufüllen und das ökonomische Potential Deutschlands im Rahmen einer produktiven Arbeitsteilung nutzbar zu machen. An den neuen deutschen Spielräumen gemessen, ist das französische Einbindungspotential eine Nummer zu klein. In dem Maße, wie sich das westeuropäische Machtzentrum in die nordöstliche Richtung verlagert, bleibt Frankreich in vielen Fragen nurmehr die Rolle eines „Juniorpartners", der den deutschen Vorgaben zu folgen hat. Die Uruguay-Runde des GATT und die Erweiterungsverhandlungen brachten dies an den Tag. Zumindest in wirtschaftspolitischen Fragen läuft die Achse Bonn-Paris – demnächst: Berlin-Paris – nicht mehr so rund. Allein Großbritannien, das nach wie vor eine große Freihandelsunion befürwortet, kann, solange es von der Kernintegration nicht abgehängt wird, der Lockerung des Staatenverbunds etwas Positives abgewinnen. Zugleich sorgt es sich jedoch um die deutsche Dominanzposition, d.h. die Rolle einer zentralen europäischen Macht, die aufgrund der geographischen Lage, der größten Bevölkerung und dem stärksten Wirtschaftspotential zwischen mehreren strategischen Optionen wählen kann.

III. Die zwischenstaatlichen Konflikte speisen sich nicht nur aus divergierenden nationalen Wirtschaftsinteressen, d.h. der Struktur der europäischen Arbeitsteilung und dem Charakter des bislang dürftigen transnational-sozialintegrativen Ausgleichsmechanismus. Mindestens genauso kontrovers sind die Fragen der sicherheits- und machtpolitischen Aufgabenverteilung. Auch hier ist erkennbar, daß Deutschland sich nicht problemlos in die westeuropäische Kooperationsstruktur einbindet. Der Übergang von der außenpolitischen Richtschnur des vergleichsweise zurückhaltenden „Genscherismus", auch wenn dieser keineswegs mit machtpolitischer Abstinenz gleichzusetzen ist, zur „Souveränitäts"- und „Normalitäts"-Doktrin markiert den Bruch mit der alten außenpolitischen Selbstdefinition. Fortan bestimmt Deutschland seine neue Rolle in Europa nicht mehr primär durch die unterordnende Einbindung in die von den USA, Frankreich und Großbritannien vorgegebene machtstrategische Orientierung. Mehr und mehr macht es sich auf den Weg zu einem „global player", der selbst die Eckpunkte der Europa- und Weltpolitik bestimmen will. Obwohl erst in den Anfängen, war bereits bei den 2 plus 4-Verhandlungen, dem Vorpreschen beim Zehn-Punkte-Plan, über den Alleingang bei der Anerkennung Kroatiens und Sloveniens bis hin zu der Forderung nach einem Sitz im Sicherheitsrat, das Bemühen, die „neue Souveränität" in politischen Machtzuwachs umzusetzen, deutlich verspürbar. Die politischen Eliten und konzeptiven rechten Ideologen sehen die zukünftige Rolle Deutschlands als die eines starken Nationalstaats, der angesichts der amerikanischen und französischen Abstinenz das machtpolitische Vakuum in der Mitte Europas auszufüllen habe. Mit anderen Worten: Es geht um die sicherheitspolitische Absicherung von ökonomi-

schen Einflußsphären in Mittel- und Osteuropa. In gewisser Weise wird dabei an Bismarcksche Traditionen angeknüpft, ohne jedoch alte Mitteleuropa-Konzeptionen aufleben lassen zu wollen. Denn fern von territorialen Erweiterungsplänen, gelten feste Allianzen, insbesondere die Westbindung, als unhintergehbar. Die ökonomische Verletzbarkeit aufgrund der enormen Exportabhängigkeit setzt hier klare Schranken.

Eine „neo-gaullistische" Machtpolitik Deutschlands, die die EU-Integration gleichsam als Sprungbrett benutzt, wird bei allen Ambivalenzen grundsätzlich von zwei Seiten gestützt: Zum einen bemüht sich in erster Linie Frankreich, die neue deutsche Machtpolitik über den Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Aufwertung der WEU aktiv einzubinden. Zum anderen reden die USA der machtpolitischen Stärkung Deutschlands das Wort und fördern nach allen Kräften den deutschen Strategiewechsel. Denn da sich die Clinton-Administration auf gesellschaftliche Binnenprobleme konzentriert und Außenpolitik stärker als Welthandelspolitik betreiben möchte, sollen die Europäer ihre Angelegenheiten zunehmend selbst in die Hand nehmen. Zwar kommt dies nicht einem generellen Rückzug gleich, eine Gewichtsverlagerung innerhalb der NATO scheint aber unausweichlich. Führende US-amerikanische Politikberater, so das Carnegie Endowment for International Peace, sehen nach den tektonischen Verschiebungen in Europa demnach nicht mehr in Großbritannien, sondern in der neuen „Berliner Republik" den zukünftigen Hauptverbündeten. Als „Partner in Leadership" kommt ihr dabei insbesondere die Aufgabe zu, Sicherheit und Stabilität nach Osteuropa zu exportieren. Die „Attraktivität", die das deutsche Modell für die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften besitzt, kann dabei als Vehikel zur Osterweiterung der NATO genutzt werden. Da jedoch weder die NATO-Mitgliedschaft noch die eher kläglichen Kredite und Direktinvestitionen eine ausreichende Gewähr für die soziale und politische Stabilisierung des Ostens bieten, wird es aus amerikanischer Sicht unumgänglich, daß Deutschland darüber hinaus sein sicherheits- und militärpolitisches Potential ausbaut. Trotz der Westbindung werden dadurch unkalkulierbare Risiken heraufbeschworen, denn die Neugründung der Bundeswehr vollzieht sich in einem vollkommen gewandelten sicherheitspolitischen Umfeld. Im Übergang von der bipolaren Weltordnung zur regionalisierten Weltunordnung ist das Verteidigungs- längst einem neuen Sicherheitsparadigma gewichen. Dieses verlangt Armeen, die nicht nur vielseitiger – z.B. als „Blauhelme" für die Errichtung notdürftiger Infrastrukturen – eingesetzt werden können, sondern vor allem präventiv-intervenierend und flexibel-mobil operieren. Die militär-strategische Durchdringung des Ostens, die heute als stabilitätsfördernd verkauft wird, kann sich angesichts der ungewissen Entwicklung in Rußland und der Ukraine leicht zum Katalysator der Konflikteskalation verkehren.

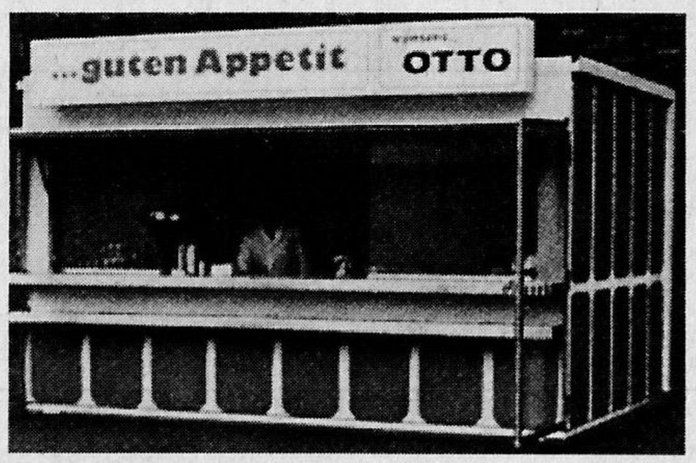
Bislang haben sich die Überlegungen, die Deutschland als die zentrale machtpolitische Schaltstelle in der atlantischen und osteuropäischen Kooperation sehen, nur partiell in der Tagespolitik niederschlagen. Zu gewichtig sind die Hindernisse, die diesem Kurswechsel entgegenstehen. Konkurrierende gesellschaftliche Ziele, begrenzte nationale Ressourcen sowie die Angst vor unnötigen Konflikten in der europäischen Integration sorgen dafür, daß Veränderungen in der machtpolitischen Struktur nur schrittweise, häufig über den Umweg externer „Zwänge" vorankommen. Zeitgleich wird hinter den Kulissen aber schon heftig daran gearbeitet, wie die deutschen macht- und sicherheitspolitischen Ambitionen über die EU-Integration – konkret: die GASP und WEU – verlängert werden können. Auch hier wird sich bis zur Regierungskonferrenz 1996 in die angedeutete Richtung einiges bewegen. In der Konsequenz geht es dann um einen gänzlich gewandelten Charakter der Politischen Union: Diese soll weniger die transnationale Regulierung der Sozial-, Umwelt, Infrastruktur-, Industriepolitik u.ä. zum Gegenstand haben, als vielmehr die intensivere und verbindliche, allerdings vorwiegend intergouvernementale außen- wie sicherheitspolitische Koordination. Während sich Frankreich mit einer derartigen Revision arrangieren könnte, dürfte der Widerstand Großbritanniens größer sein, letztlich aber durch amerikanische Rückversicherungen gebrochen werden. Die Interessen der süd- und nordeuropäischen Peripherie bleiben aufgrund der reduzierten Kernintegration relativ bedeutungslos.

IV. Vorerst stößt die Europäisierung der Staatsformen an ihre Grenzen. Die neue deutsche Leitlinie der EU-Integration lautet demzufolge: soviel Nationalstaat wie möglich, soviel Integration wie nötig. Im Zweifel werden die neuen deutschen Prioritäten anderweitig abgesichert, d.h. über bi- oder multilaterale Abkommen an den EU-Institutionen vorbei umgesetzt. Ungeachtet der inneren Widersprüche verdichtet sich damit der wirtschafts- und sicherheitspolitische Strategiewechsel des vereinten Deutschlands zu einer neuen Europa-Doktrin. Die Perspektive des westeuropäischen Bundesstaats ist längst gestorben; und auf den Pfad einer umfassenden, gleichmäßigen und allgemeingültigen Integration drängt kaum jemand zurück. Statt dessen realisiert sich die Renaissance des realistischen Denkens in einer „Politik der kooperativen Machtbalance". Deren primäres Anliegen besteht zum einen darin, den deutschen Geltungsanspruch zu festigen und auszuweiten; zum anderen aber auch darin, Allianzen gegen Deutschland zu verhindern. Die stabile Kooperation mit den USA, z.T. mit Rußland und vor allem mit Frankreich rückt damit in den Vordergrund.

Die offene Frage bleibt dabei, ob sich die angestrebten Veränderungen mit der inneren Struktur Westeuropas als grundsätzlich kompatibel erweisen. Oder anders formuliert: untergraben die Verschiebungen in der politischen Machtstruktur die sozio-ökonomischen Grundlagen der transnationalen Hegemonie des neoliberalen Blocks? Letztlich wird dies entscheidend davon abhängen, inwiefern die europäisierte Bourgeoisie als führende soziale Kraft der Herrschaftsstruktur nicht auseinander gerissen wird. Solange die Renationalisierung der Politik – „von unten" durch die soziale Desintegration, „von oben" durch die machtpolitischen Strategien vorangetrieben – nicht den erreichten Stand der ökonomischen Integration zurückschraubt und den gemeinsamen Binnenmarkt gefährdet, dürfte die Balance innerhalb eines prekären Gleichgewichts zu halten sein.

Fazit: Nach den welthistorischen Turbulenzen 1989/90 ist die europäische Geschichte keineswegs zur Ruhe gekommen. Die Bewegung resultiert aus der „chaotischen" Konstellation. Auf absehbare Zeit steht der Ungewißheit im Osten ein hilf- und planloser Westen gegenüber. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten Deutschlands haben dies durchaus erkannt. Ihr Versuch, die vielfältigen Blockaden einer durchgreifenden Neuordnung stärker durch eine neue nationalstaatliche Machtpolitik zu überwinden, läuft jedoch nicht nur an den Erfordernissen einer zukunftsweisenden sozioökonomischen Restrukturierung Ost- und Westeuropas vorbei. Er erzeugt zudem kontraproduktive Effekte, da er den Ausgleich gegensätzlicher Interessen weiter erschwert; und dies obwohl transnational-sozialintegrative und demokratische Perspektiven objektiv immer dringlicher werden. ●

Hans-Jürgen Bieling ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Marburg.



JOSEF ESSER

Modell Deutschland in den 90er Jahren?

In den letzten Jahren ist viel über das Ende oder die Abwicklung des 'Modells Deutschland' spekuliert worden – nicht nur in Deutschland selbst. Gerade wegen seines in der Vergangenheit so erfolgreichen weltmarktführenden privaten Kapitals und seiner Banken und Versicherungen, die dessen Strategie finanziell flankierten, wegen der gut funktionierenden Zusammenarbeit von Unternehmen, Gewerkschaften und Staat sowie schließlich des gesellschaftlichen Konsenses für einen politisch regulierten sozialen Kapitalismus hat dieses jüngst noch als 'rheinischer' Kapitalismus gefeierte Modell auch im Streit um die erfolgreichste oder nachahmenswerteste Variante der miteinander 'rivalisierenden Kapitalismen' (J. Hart) neben dem japanischen die besten Noten bekommen. Insofern wird auch international die Frage sehr ernsthaft diskutiert, was aus diesem Wunderkind der Nachkriegsgeschichte in den neuen turbulenten und unordentlichen Zeiten wohl werden mag.

Bei der Beantwortung dieser Frage muß das widersprüchliche Verhältnis von Kontinuitäten und Diskontinuitäten genauer bestimmt werden, bevor man zu plausiblen Einschätzungen gelangt.

Meine Ausgangsthese lautet, daß der Prozeß der Veränderung, mit dem die BRD seit längerem konfrontiert ist, nicht allein aus der Wiedervereinigung resultiert, sondern sich analytisch in vier Herausforderungen unterscheiden läßt:

- den Wandel von der fordistischen zur postfordistischen Produktionsweise;
- die neuen Politiken der Deregulierung, Kommerzialisierung und Privatisierung im Infrastrukturbereich, die durch die Versuche zur Herstellung eines westeuropäischen Binnenmarktes noch beschleunigt werden;
- die Auswirkungen der globalisierten Produktion auf den „Standort Deutschland";
- den Prozeß der 'Wieder'vereinigung.

Nach dem fordistischen Korporatismus

Seit den 70er Jahren ist der fordistische Kapitalismus als systematische Verknüpfung und gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis von Massenproduktion und Massenkonsumtion weltweit in eine säkulare Krise geraten. Die gegenwärtige Phase ist gekennzeichnet von harten Debatten, Kämpfen und wechselnden Strategien bzw. Suchprozessen um eine grundlegende Restrukturierung kapitalistischer Gesellschaften. Es geht darum, einen stabilen und dauerhaften postfordistischen Akkumulationsmodus mit entsprechenden sozialen und politischen Regelungsmechanismen in Gang zu bringen, nachdem die herkömmlichen Methoden nicht mehr in der Lage sind, die Reproduktion des Kapitalismus zu gewährleisten – etwa eine kontinuierliche und gesamtgesellschaftlich durchschlagende Steigerung der Profitrate.

Wie hierbei der „herrschende kapitalistische Sachverstand" im einzelnen auch argumentieren mag, die Krise wird als politische bestimmt: Die verkrusteten und inflexiblen Strukturen der monopolistischen Regulationsweise mit ihren mächtigen Gewerkschaften, den einem permanenten organisierten Interessensdruck ausgelieferten Regierungen, dem vermachteten Netz von Anspruchshaltungen und Sozialbürokratien behindere den Aufschwung der Kapitalprofitibilität. Deshalb sei eine grundlegende Veränderung der institutionellen Strukturen und der sich darin kristallisierenden Machtverhältnisse, speziell der darin eingeschriebenen strukturellen Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, erforderlich. Im Kern richtet sich der politische Angriff auf die von den Gewerkschaften angestrebte (und im fordistischen Kapitalismus weitgehend durchgesetzte) Egalisierung und Kollektivierung von Qualifikationen, Arbeitsbedingungen, Lohn- und Beschäftigungsverhältnissen sowie die sozialpolitische Absicherung im Krankheits-, Invaliditäts- oder Rentenfall. Dies alles soll zugunsten einer stärkeren Flexibilisierung und Differenzierung bis hin zu Ausgrenzungen verschiedener Arbeitnehmergruppen und zur Spaltung des gesamten Arbeitnehmerlagers verändert werden.

Der springende Punkt für Deutschland liegt nun darin, daß diese Strategie nicht etwa ein Resultat der sogenannten 'politischen Wende' bzw. des neokonservativen Wechsels von 1982 darstellt, sondern schon in den 70er Jahren unter der SPD-FDP-Koalition eingesetzt und in den 80er Jahren lediglich fortgesetzt wurde. Ich nenne dies wirtschaftliche Modernisierung durch die Formierung eines korporatistischen Blocks: Eine Spaltung der westdeutschen Gesellschaft in einen wirtschaftlich gesunden Kern von international konkurrenztauglichen Industriezweigen und entsprechenden Dienstleistungsbereichen auf der einen und eine marginalisierte, wirtschaftlich überflüssige, politisch eingezäunte und ideologisch ausgegrenzte Randbevölkerung auf der anderen Seite.

Weil sich die Gewerkschaften in den 70er Jahren dieser Politik beugten, wurde diese zur Ausgangsbasis dafür, daß gewerkschaftliches Integrationspotential, organisatorische Stabilität und Kampfkraft fortwährend abnahmen. Obendrein hat die gewerkschaftliche Bereitschaft, der Politik der korporatistischen Blockbildung zuzu-

stimmen und dabei mitzuwirken, einzelne sozialen Gruppen und Individuen von der Beschäftigung auszuschließen, die Spaltung der Arbeiterklasse in zwei machtlose Gruppen – einen für den Fall des Verlusts des Arbeitsplatzes unvorbereiteten und einen ohne Chancen, an Arbeit heranzukommen – vorangetrieben.

Die CDU-FDP-Koalition der 80er Jahre baute auf dieser Entwicklung eine Art Doppelstrategie auf. Einerseits unterstützte sie, freilich wenig erfolgreich, politisch und ideologisch alle unternehmerischen Vorstöße, die Flexibilisierung der Arbeitsorganisation, der Arbeitszeit, der Löhne, des Arbeitsmarktes, der Industriezweige und -regionen zu forcieren, und blockte alle Forderungen nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen und nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung, mit der die Interessen von Beschäftigten und Arbeitslosen verknüpft werden sollten ab. Andererseits war sich die Regierung sehr wohl bewußt, was die Bereitschaft von Arbeitern, Betriebsräten und Gewerkschaften, sich mit Lohnforderungen zurückzuhalten, und korporatistische Zusammmenarbeit mit den Unternehmern bedeutete, wenn es darum ging, neue Technologien schnell einzuführen: nämlich international einen erheblichen Wettbewerbsvorteil für die deutsche Wirtschaft. Deshalb räumte man jenen Gewerkschaften, die man als wichtig für die mikroelektronische Restrukturierung der Wirtschaft und deren politischer Legitimierung betrachtete, eine gewisse Mitwirkungsmöglichkeit ein.

Trotz einiger spektakulärer Konflikte setzen die Gewerkschaften bis heute ihre Bemühungen um die Zusammenarbeit mit den Unternehmern fort. Sie sind nach wie zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bereit und versuchen, ihre organisatorische Stärke durch die Ausdehnung der potentiellen Mitgliedschaft, d.h. der Gewinner bei den ablaufenden Veränderungen in der industriellen und Beschäftigungsstruktur, aufrechtzuerhalten.

So kann man behaupten, daß der Wechsel vom Fordismus zum Postfordismus das korporatistische 'Modell Deutschland' bislang nicht aufgelöst hat. Aber zwei wichtige Änderungen sind eingetreten. Sie bestehen einmal in dem, was ich *selektiven Korporatismus* nenne: die Gewerkschaften werden je länger desto mehr zu korporatistischen Agenturen privilegierter Gruppen von Arbeitern. Mit dem de facto-Verzicht auf das Prinzip der Einheitsgewerkschaft sind sie mitschuldig daran, die pluralistische Spaltung der Gesellschaft zu intensivieren. Zweitens schreitet die Entwicklung zum *Mikro-Korporatismus* voran: Der Prozeß der Flexibilisierung, Differenzierung und Spaltung zwischen Industriezweigen, -regionen, -firmen, Arbeitsorten und Arbeitskräften führt ohne jede politische Intervention von oben dazu, daß die bislang landesweit operierenden Gewerkschaften sich faktisch (nicht formell) in Betriebs-Gewerkschaften verwandeln.

Der regulierte Sektor

In der 'sozialen Marktwirtschaft' Deutschlands hat es neben dem international sehr wettbewerbsfähigen Sektor aus Kernindustrien wie Fahrzeug-, Maschinen- und Anlagenbau, Chemie und Elektrotechnik immer auch einen politisch regulierten Sektor gegeben, in dem aufgrund politischer Ziele, Nützlichkeitserwägungen und Legitimationserfordernissen der Marktwettbewerb durch staatliche Vorgaben oder Eingriffe eingeschränkt war: Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Energieversorgung, teilweise Banken und Versicherungen, Landwirtschaft, Kohle, anfangs auch Stahl. Seit Mitte der 80er Jahre ist vor allem um den Infrastruktur-Sektor eine heftige politische Debatte über Deregulierung, Kommerzialisierung und Teil-Privatisierung entbrannt.

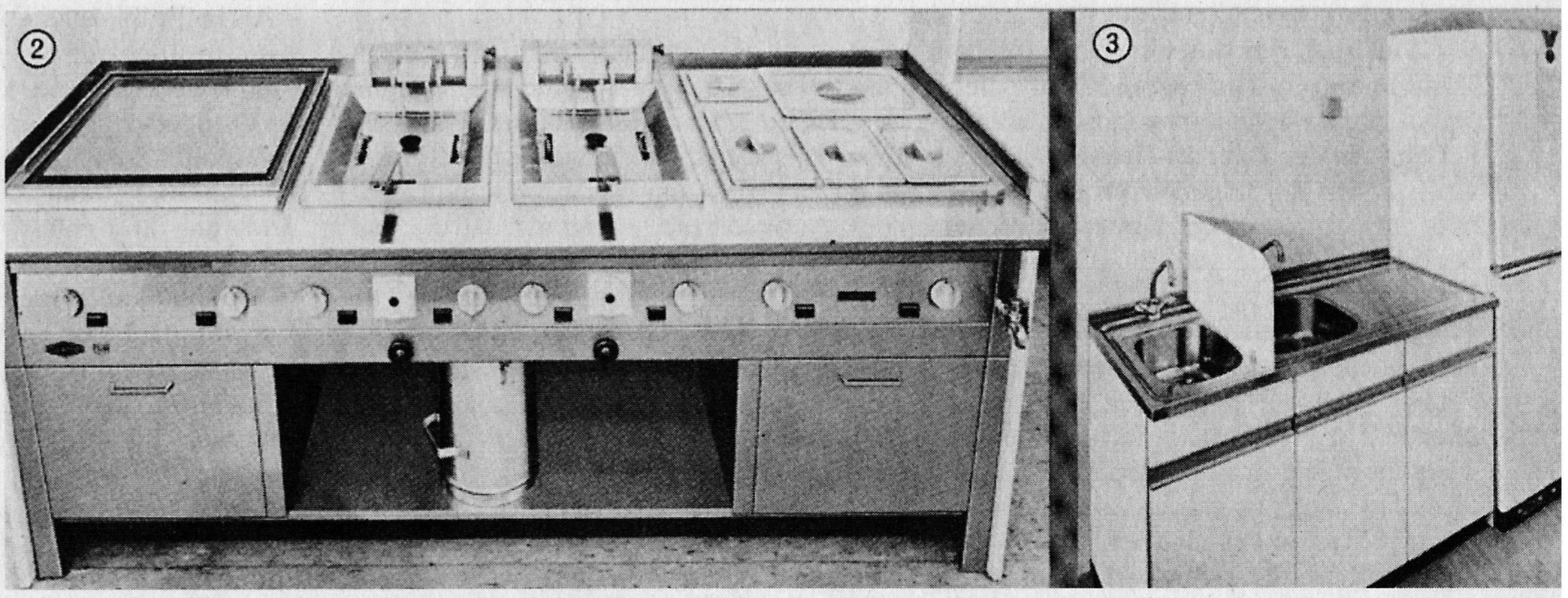
Obwohl die Regierung durch diese öffentliche Debatte einerseits und den marktliberalen Koalitionspartner FDP andererseits unter Druck geriet, steuert sie bisher einen eher zurückhaltenden, vorsichtigen und pragmatischen Deregulierungskurs. Für die Mehrzahl der weiterhin sozialmarktwirtschaftlich und korporatistisch orientierten ökonomischen, sozialen, lokalen und regionalen Interessen des deutschen politischen Systems, die über die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD, über die Politikverflechtung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie starke soziale Interessenorganisationen eng miteinander verknüpft sind, zeichnet sich das 'deutsche Modell' im internationalen Vergleich weiterhin durch seinen ökonomischen Erfolg und seine soziale Stabilität aus. Effektivität wie Stabilität werden als zwei Seiten derselben Medaille angesehen: einer dauernden volkswirtschaftlichen Modernisierung, die allgemein akzeptiert wird, weil sie Erfolg hat, und die Erfolg hat, weil sie allgemein akzeptiert ist. Daß diese voraussetzungsvolle Gleichung immer wieder aufgegangen ist, dafür haben die politischen und organisatorischen Reserven der 'Sozialen Marktwirtschaft' bisher immer ausgereicht. Warum sie also ohne wirkliche Not in Frage stellen?

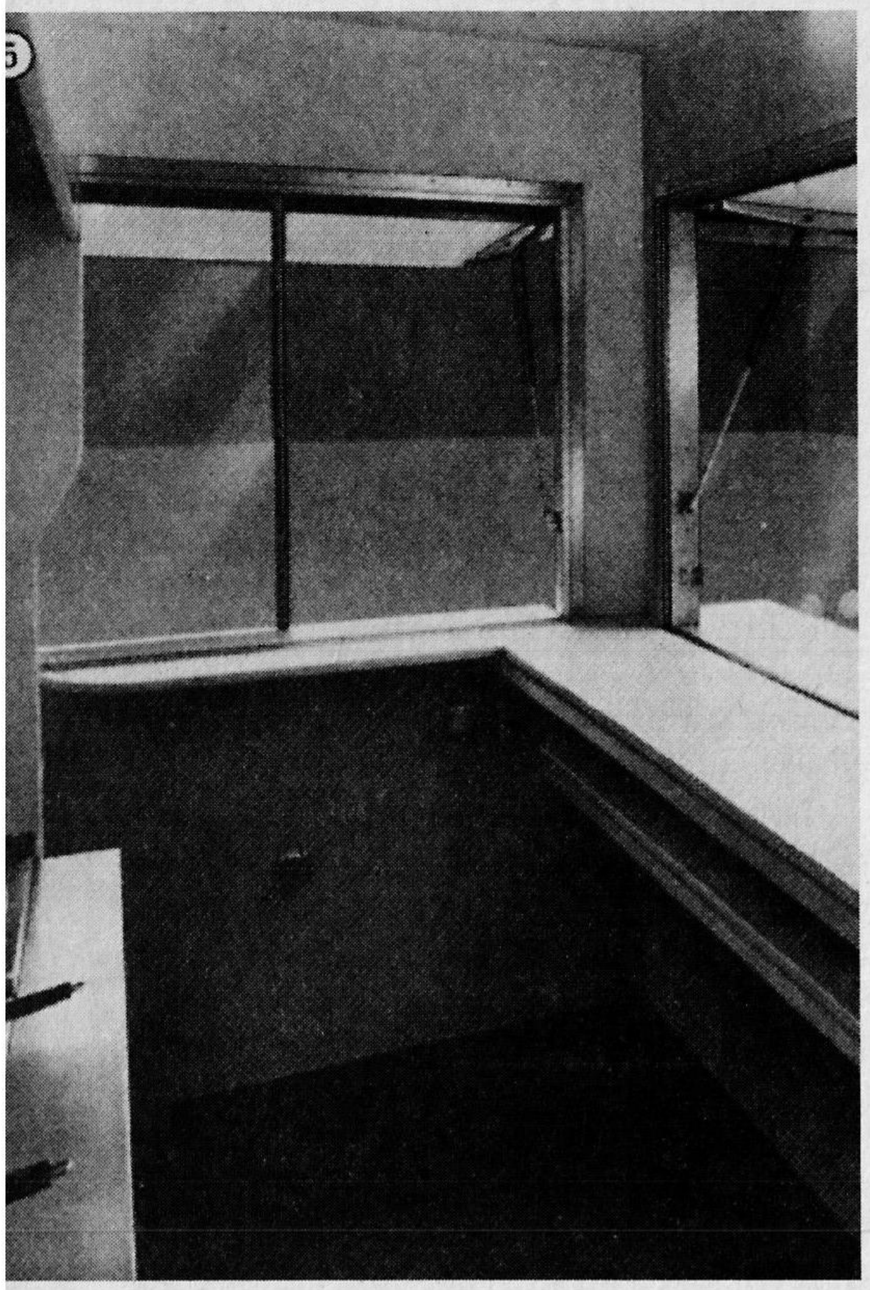
Die 1989 begonnene und derzeit mit der Postreform II fortgesetzte erfolgreiche Umstrukturierung im Telekommunikationssektor ist ein Beispiel für diese vorsichtige, pragmatische und korporatistisch organisierte deutsche Deregulierungs- und Privatisierungspolitik. Ohne auf Einzelheiten dieser Politik hier einzugehen zu können, kann man festhalten: Im Bereich der Deregulierung von Post und Telekommunikation haben die Mechanismen des Modells Deutschland bisher funktioniert. Und dies gilt auch für die Kommerzialisierung und Internationalisierung von Lufthansa und kommunalen Energieversorgungsunternehmen, oder die Privatisierung der Bundesbahn. Die Gewerkschaften tragen diese Politik trotz üblicher öffentlicher Kampf-Rhetorik mit, interpretieren sie als das kleinere Übel gegenüber der Voll-Privatisierung und tragen damit ihren Teil an dem nun auch in diesem bisher mehr abgeschotteten Sektor sich ausbreitenden selektiven Korporatismus.

Globalisierung der Produktion

Die Globalisierung der Produktion ist eine neue Erscheinung in der kapitalistischen Welt; sie setzte in den 70er Jahren im Gefolge der Weltwirtschaftskrise ein und beschleunigte sich in den 80er Jahren.

Analytisch kann man in diesem Prozeß





fünf Aspekte unterscheiden:

- ein rapides Wachstum ausländischer Direktinvestitionen im industriellen Sektor seit Mitte der 70er Jahre;
- eine dramatische Steigerung der ausländischen Direktinvestitionen im Finanz- und Dienstleistungssektor;
- die strategische Rolle der transnationalen Konzerne in diesem Prozeß als weltweit operierende 'global player' ohne eine bestimmte und herausgehobene Produktionsbasis in einem bestimmten Land;
- die Internationalisierung der Technologie-Entwicklung;
- die Entstehung globaler Unternehmensnetzwerke, deren Mitglieder auf der Basis neuer Zulieferbeziehungen, Anbieter-Systeme, Technologieentwicklungs-Abkommen, strategische Allianzen oder Joint Ventures zusammenarbeiten .

In dieser Lage existiert für alle Länder nur eine Alternative: sich im Kontext globaler Konkurrenz als lukrative Standorte für Produktion und Investitionen der transnationalen Unternehmensnetzwerke anzubieten. Und vor diesem Hintergrund lautet die in Deutschland wie anderswo heftig debattierte Frage: Ist der Standort Deutschland noch attraktiv für die eigenen großen Firmen oder für ausländische Direktinvestionen. Nicht zuletzt das Standort – Deutschland-Programm der konservativ-liberalen Bundesregierung von 1993 hat gezeigt, daß zumindest die politische Diskussion um den Umbau wichtiger politischer, sozialer und ökonomischer Ziele und Mechanismen und Ziele des bisherigen 'Modell Deutschland' in vollem Gange ist – bisher freilich mit wenigen konkreten Ergebnissen.

Aber selbst die erfolgreiche Anpassung an die sozio-ökonomischen und politischen Anforderungen der transnationalen Konzerne und die Sicherung des Produktionsstandortes Deutschland würde die bereits eingetretenen wirtschaftlichen, sozialen und regionalen Spaltungen verschärfen. Und wenn man die Gewerkschaften betrachtet, speziell die großen wie die IG-Metall oder die IG-Chemie – von den Oppositionsparteien SPD oder GRÜNEN ganz abgesehen – so findet man dort keinerlei ernstzunehmenden Konzepte und Strategien, um die negativen Konsequenzen dieser Globalisierungsprozesse zu durchkreuzen. Im Gegenteil – die Gewerkschaften akzeptieren die Strategie von Regierung und Einzelunternehmen, attraktiver Standort im globalen Investitionswettkampf zu werden bzw. zu bleiben und beklagen deren negative soziale und politische Folgen bestenfalls rhetorisch. Und das heißt, um nur das Mindeste zu sagen: Der selektive Korporatismus wird beibehalten und die Gesellschaftsspaltungen werden sich weiter vertiefen.

Am 3.10.1990 sind BRD und Ex-DDR zu einem Staat geworden. Eine Vereinigung zweier Gesellschaften hat jedoch noch nicht stattgefunden. Im neuen Staat ko-existieren vielmehr zwei Gesellschaften nebeneinander, zwei Gesellschaften mit unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen. Ob, wie und wann die reale 'Wieder'vereinigung stattfinden wird, und welche Folgen dies haben wird, kann heute von niemandem vorausgesagt werden – auch nicht von Sozialwissenschaftlern. Die Aufgabe der Wiederbelebung der ostdeutschen Industrie wird zehn oder mehr Jahre beanspruchen, wenn sie überhaupt je gelingt, und deshalb wäre es sinnlos, über ein stabiles Modell für die neuen Verhältnisse zwischen Kapital, Arbeit und Staat in den neuen Bundesländern zu spekulieren oder darüber, welchen Einfluß das haben könnte für das so lange Zeit erfolgreiche Modell im Westen.

Der Prozeß der 'Wieder'vereinigung

Klar kann aber gesagt werden, daß die politische Entscheidung für eine sofortige und gegen eine stufenweise Integration der östlichen Wirtschaft in die westlichen Strukturen die Zerstörung dieser Wirtschaft in einem Ausmaß beschleunigt hat, daß die Spaltung zwischen den beiden Landesteilen sich in den nächsten Jahren eher vertiefen als verringern wird. Gleichfalls ist bereits absehbar, daß diese Spaltung das bisherige Modell Deutschland mit neuen Integrationsproblemen und Instabilitätsrisiken konfrontieren wird.

Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom Juli 1990 beruhte auf politischen Vorgaben, die man als den großen Konsens der politischen und wirtschaftlichen Eliten in Westdeutschland beschreiben kann: Zunächst sollte dem politischen Zusammenbruch kein vergleichbarer wirtschaftlicher folgen, damit keine 17 Millionen DDR-Bürger fliehen und so das Chaos vom Osten in den Westen tragen würden. Zweitens, und wichtiger: die Eliten im Westen waren über alle politischen und ideologischen Trennungen hinweg der Meinung, daß das geordnete und funktionierende politisch-wirtschaftliche System der BRD mit seinen Strukturen, seinen Machtverhältnissen und seinem Geflecht von Interessen nicht zur Diskussion und schon gar nicht zur Disposition stehen dürfe.

Wirtschaftliche und monetäre Einheit bildeten die Eckpfeiler für die Transformation der östlichen Wirtschaft, die dadurch unvorbereitet dem kapitalistischen Weltmarkt und seiner Konkurrenz ausgesetzt und gleichzeitig an den Rand der dominierenden und dynamischen westdeutschen Wirtschaft gedrängt wurde.

Entsprechend der neoliberalen Ideologie, die bereits bei der Eingliederung Ostdeutschlands in den Staatsverband der BRD für den sozio-ökonomischen Transformationsprozeß bestimmend gewesen war, erklärte die Treuhand zunächst die Privatisierung sogenannter wettbewerbsfähiger und die Liquidierung sogenannter nicht-wettbewerbsfähiger Unternehmen zu ihrer prioritären Aufgabe. Für struktur-, industrie- oder gar sozialpolitische Ziele fühlte sie sich nicht zuständig. Mit dieser harten Kahlschlagspolitik hatte sie sich allerdings recht bald nicht nur bei der ostdeutschen Bevölkerung, sondern auch bei den politischen Repräsentanten in Kommunen und ostdeutschen Bundesländern sehr unbeliebt gemacht. Und auch die Gewerkschaften forderten bei Massendemonstrationen vehement, daß der Sanierung von Unternehmen der Vorzug vor deren Liquidierung oder Privatisierung zu geben sei. Vor allem gelte es, die industriellen oder 'strukturbestimmenden' Kernstrukturen Ostdeutschlands zu bewahren und die totale Deindustrialisierung aufzuhalten.

Als im Frühjahr 1991 die Arbeitsplatzverluste drastisch zunahmen und die Proteste von Gewerkschaften und politischer Klasse in Ostdeutschland gegen die Privatisierungspolitik immer schärfer wurden, zwang die Bundesregierung die Treuhand zu einer Änderung ihrer politischen Prioritäten.

Seitdem mißt die Treuhand der Sanierung nicht-rentabler Betriebe sowie der Sicherung strukturbestimmender Industriesektoren wie Stahl, Chemie, Schiffbau, Maschinenbau auch dann einen höheren Stellenwert ein, wenn sie dafür keine privaten Käufer findet.

Auch müssen jetzt industrie-, regional- und arbeitsmarktpolitische Aspekte bei der Entscheidung über das weitere Schicksal ei-

nes Unternehmens stärker berücksichtigt werden. Den ostdeutschen Landesregierungen gelang es, einen größeren Einfluß bei Liquidierungen zu nehmen. Als Ergebnis hat sich so etwas wie ein neues korporatistisches Aushandlungssystem herausgebildet, an dem neben der Treuhand und den Landesregierungen auch Gewerkschaften und Kommunalregierungen beteiligt sind, das aber mehr schlecht als recht funktioniert.

Die radikale Privatisierung ist abgebrochen worden, weil die Gefahr der totalen Deindustrialisierung des Ostens drohte. Stattdessen wird jetzt akzeptiert, daß die staatliche Stützung und Intervention für eine längere Zeit nötig sein wird und daß die Marktkräfte allein die ökonomische und soziale Integration der ehemaligen DDR in die BRD nicht bewerkstelligen können.

Gestritten wurde lediglich über das Ausmaß der staatlichen Intervention. Soll zu einer systematischen und umfassenden Industriepolitik mit der Schaffung staatlich finanzierter Industrieholdings übergegangen werden (so die Gewerkschaften, die SPD, Teile des Unternehmerlagers)? Oder genügt eine Mischung aus Landesbeteiligung und privater wie öffentlicher Bankenbeteiligung an sogenannten strukturbestimmenden Großunternehmen einer Region (so die Bundesregierung und die Mehrzahl der Wirtschaftsverbände)? Das Resultat dieser Debatte: Die Treuhand hat zusammen mit den politisch und sozial Handelnden in den Regionen über die sogenannten industriellen Kerne, die geschützt und zum Überleben und zur Modernisierung subventioniert werden sollen, zu bestimmen.

Die für unsere Fragestellung wichtige Schlußfolgerung besteht darin, daß nach anfänglicher Euphorie für neoliberale Privatisierungsmaßnahmen das Pendel inzwischen umgeschlagen hat: vom Neoliberalismus hin zum bekannten westdeutschen Modell der 'sozialen Marktwirtschaft' und des Korporatismus.

Der Prozeß der De-Industrialisierung hat in Ostdeutschland bereits zu einer hohen offenen und versteckten Arbeitslosigkeit geführt. Etwa sechs der zehn Millionen Beschäftigten in der Ex-DDR arbeiten heute noch. Mehr als eine Million ist in den Westen ausgewandert; mehr als 400 000 arbeiten als Tagespendler im Westen; viele sind in Arbeitsbeschaffungsprogrammen oder leisten Kurzarbeit, was nicht tatsächlich, aber statistisch als 'beschäftigt' zählt, weil sie ein staatlich finanziertes Entgelt erhalten; über 500 000 sind im Vorruhestand. Nur etwa 1,2 Millionen bleiben als offiziell registrierte Arbeitslose übrig. Die Opfer des Prozesses massiver De-Industrialisierung sind ungleich verteilt – sowohl regional wie sozial. Und dies dupliziert die soziale und regionale Spaltung der Gesellschaft, die wir von Westdeutschland her kennen. Aber die Extreme werden in der ostdeutschen 'Zweidrittelgesellschaft' wahrscheinlich weiter auseinanderliegen als in der westdeutschen.

All dies bedeutet, daß die soziale und politische Stabilität in der neuen BRD hinsichtlich der Wiedervereinigung von zwei Seiten herausgefordert wird: Eine langzeitliche Verschuldung zusammen mit steigender Inflation würde den wirtschaftlichen Erfolg des Exportmodells Deutschland bedrohen und innerhalb der politischen Klasse und zwischen den sozial Handelnden im westdeutschen Korporatismus zu unkalkulierbaren Konflikten führen. Ebenso gefährlich wäre eine massive Verringerung der Staatsquote, weil die Verteilung von Konflikten innerhalb des Staatsapparates (Bund, Länder, Gemeinden) und zwischen den sozialen Akteuren nicht mehr so friedlich ablaufen würde wie in der Vergangenheit.

Bislang wurde die Finanzierung der Einheit nach dem bekannten westdeutschen Modell des korporatistischen Bargaining gesteuert – insbesondere durch den Versuch, einen sogenannten Solidarpakt zwischen Bundes- und Länderregierungen, Gewerkschaften, Opposition und Unternehmern zu errichten, um die langzeitlich anfallenden Kosten der Vereinigung zu finanzieren, ohne die Wirtschaft in den Abgrund zu treiben. Das geht nach dem Motto: Im Westen sparen, um den östlichen Aufschwung zu bezahlen. Lohnverzicht der Gewerkschaften, Einsparungen im Bundes- und anderen öffentlichen Haushalten, Anreize zu Extra-Investitionen – alles gleichmäßig und sozialverträglich finanziert. Es ist wichtig zu erwähnen, daß viele Details in diesem Solidarpakt in geheimen Zirkeln mit vier hohen Gewerkschaftern und dem Kanzler ausgeheckt und abgesprochen wurden. Das ist deutscher selektiver Korporatismus pur. Aber viele weitere Kürzungen im Sozialetat sind geplant, um diese Politik zu finanzieren – und die Gewerkschaften unterstützen sie bisher. Freilich sind sie in einer heiklen Lage: Sie wollen die wirtschaftliche Gesundung und die soziale Integration des Ostens unterstützen, weil sonst die Möglichkeit eines Sozial-Dumping im Osten ihre Verhandlungsmacht im Westen zerstören könnte. Andererseits sind die Gewerkschaftsmitglieder nicht über Gebühr engagiert bei der Unterstützung des Ostens, wenn diese den eigenen Lebensstandard berührt. Dasselbe gilt für die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung. Deshalb wird die erfolgreiche Weiterführung des Solidarpakts entscheidend für die Frage sein, ob das Modell Deutschland die politische Kraft und die soziale Unterstützung für die Wiederbelebung und Integration Ostdeutschlands besitzt und als Modell eines international konkurrenzfähigen, selektiv-korporativen, politisch regulierten Kapitalismus überleben kann.

Gibt es also ein Modell Deutschland für die 90er Jahre? Die Antwort ist ja, aber dieses Modell ist dramatischen Erosionsprozessen mit ungewissem Ausgang ausgesetzt:

1. Der stark export-orientierte Sektor wird sich mehr und mehr globalisieren mit der Folge, daß sich die Spaltungen zwischen Regionen, Branchen und sozialen Gruppen weiter verschärfen werden. Und auch die so vorbildhafte sektorale Kohärenz der deutschen Industrie steht nicht mehr auf festem Grund.

2. Der politisch regulierte Sektor befindet sich im halbwegs selbstlaufenden, zum Teil politisch initiierten Prozeß der Deregulierung, Flexibilisierung und Kommerzialisierung. Dieser wird begleitet von einer umfassenden Reorganisation der Unternehmensstrukturen, die das Ende der sozialen Marktwirtschaft, so wie wir sie kennen, einläutet.

3. Der Korporatismus hat sich zum selektiven Korporatismus gewandelt, die Gesellschaft hat sich gespalten, die informellen Betriebsgewerkschaften haben an Gewicht gewonnen, die Gewerkschaften verloren.

4. Während eine schnelle soziale Vereinigung von zwei sozio-ökonomisch und politisch so verschiedenen Systemen nicht erwartet werden konnte, hat die politische Entscheidung für eine schnelle und gegen eine stufenweise Integration der östlichen Wirtschaft in die westlichen Strukturen die Zerstörung der östlichen Wirtschaft in einem Ausmaß beschleunigt, daß die Spaltung zwischen den zwei Gesellschaften für die nächsten zehn Jahre eher zu- als abnehmen wird. ●

Josef Esser ist Professor am Fachbereich Politikwissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt/Main.

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

...dahinter steckt immer ein renitenter Kopf

Die **Sozialistische Zeitung** wird von der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) herausgegeben. Sie

* bringt 14tägig Berichte und Analysen zum täglichen kapitalistischen Irrsinn.
* steht für eine demokratische sozialistische Alternative.
* sucht die solidarische Diskussion und Zusammenarbeit der Linken.

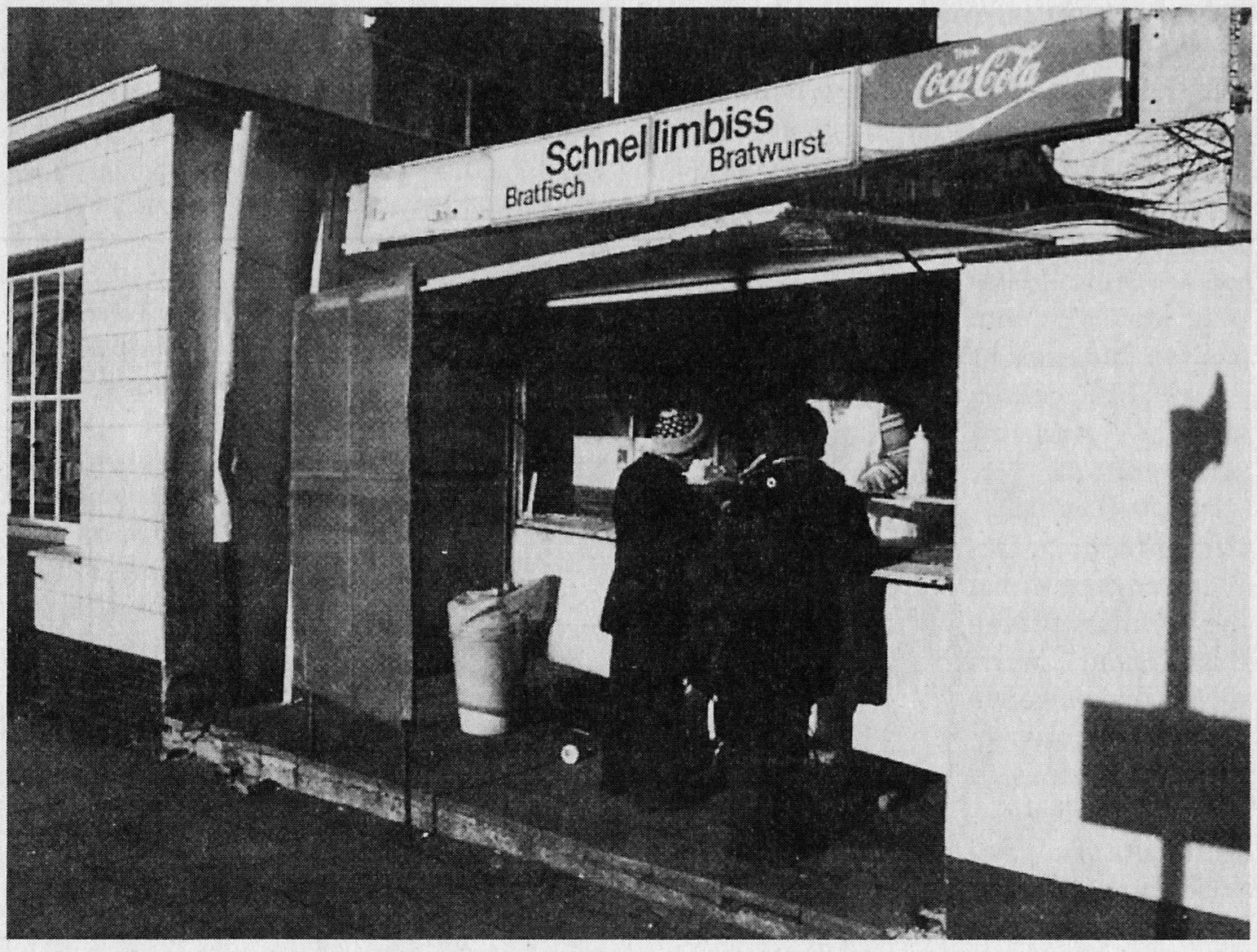
Schnupperabo (acht Ausgaben): 10 DM.
Probeausgaben gratis.
Bestellungen an:
SoZ-Verlag, Dasselstraße 75–77, 50674 Köln, Tel.: (02 21) 21 15 55

HANS- JOCHEN VOGEL

Nach dem Beitritt – der leere Himmel der politischen Begriffe

Die Zeit des Kalten Krieges, da sich zwei Gesellschaftskonzeptionen angeblich wie Feuer und Wasser unverträglich gegenübergestanden haben sollen, war eine Zeit der Schlachten im Himmel der Ideen. Die unterschiedlichen Begriffe von Freiheit, Demokratie, Recht und Gerechtigkeit standen einander in abstrakter Unversöhnlichkeit gegenüber. Ideologische Apparate sorgten im eigenen Terrain und grenzüberschreitend dafür, daß die Eigen- und Fremdwahrnehmnung gemäß den Offenbarungen aus dem Begriffshimmel erfolgte und nicht durch die Widerspenstigkeit unzensierter Erfahrungen verzerrt werden konnte. Auf diese Weise wurden Wunschbilder und Projektionen für die Wirklichkeit genommen, mit einem Effekt der wechselseitigen Verstärkung. Auf dem Felde der Wirtschaft herrschten im Osten angeblich rigide Planung und ausufernde Bürokratie, während der Westen durch freies Unternehmertum und das schöpferische Wirken des Marktes prosperierte. Die Realität hatte mit diesen Klischees wenig zu tun. Wie anarchisch die Verhältnisse in der angeblich rigide diktatorisch regierten DDR wirlich waren, ist manchem ihrer ehemaligen Bürger nach den Erfahrungen mit dem bundesdeutschen Rechtsstaat inzwischen deutlich geworden. Auch das Selbstbewußtsein und die Kreativität, die Mündigkeit, moralische Reife und Intelligenz, die von den DDR-Menschen in den Zeiten ihres Aufbruchs im Herbst/Winter 89/90 an den Tag gelegt wurden, paßten so wenig zu dem, was man von Menschen hätte erwarten können, die in der „zivilisatorischen Lücke" einer entindividualisierenden, kollektivistischen Tyrannei vegetieren hatten müssen – wie auch der sang- und klanglose Rückzug der staatlichen Gewaltorgane den Ruf des menschenverachtenden Unterdrückungsystems nicht bestätigte. Im Gegenzug kam die Konterrevolution nicht mit Blut und Schrecken daher, sondern mit Umtausch 1:1, Reisefreiheit und Leihbeamten. Viele von denen, die ehedem andere über die Übel des Kapitalismus aufgeklärt hatten, entdeckten nun für sich seine guten Seiten, während ihre ehemaligen Schüler, die ihnen damals nicht geglaubt hatten, plötzlich entdecken, daß die Realität der verpönten Theorie von einst immer ähnlicher wurde.

Es soll im folgenden um einige Begriffe gehen, die in den Geisterschlachten des Kalten Krieges heftig umkämpft waren und die uns nun, herabgestiegen aus dem Himmel der Ideen, in der irdischen Knechtsgestalt des kapitalistischen Alltags begegnen. Aus den Erfahrungen, die wir dort mit ihnen bisher zu machen Gelegenheit hatten, möchte ich einige vorläufige Schlußfolgerungen ziehen.



Grundrechte

Es waren die grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte, die in den bürgerlichen Revolutionen des Westens erkämpft worden waren und deren Nichteinhaltung auch der DDR vom Westen aus kontinuierlich vorgeworfen worden war, von deren endlicher Verwirklichung sich die Ostdeutschen großenteils viel erhofften, als sie den SED-Staat wegdemonstrierten und abwählten.

Erinnern wir uns: In der Zeit des Kalten Krieges hatte der Westen seine Menschenrechtspropaganda gegen den Osten vor allem an den individuellen Freiheitsrechten ausgerichtet, die jede obrigkeitliche Willkür, jede Unterdrückung und Bevormundung durch den Staat gegenüber dem einzelnen verhindern sollten. Im Gegenzug hatte der Osten immer wieder ins Feld geführt, daß erst die Gewährleistung grundlegender sozialer Rechte (Arbeit, Bildung, soziale Sicherheit) die Menschen überhaupt in die Lage versetze, von ihren individuellen Freiheitsrechten Gebrauch zu machen; insofern sah sich die DDR, offiziell jedenfalls, bei allen eingestandenen Mängeln im Detail, grundsätzlich in einer gegenüber dem Westen fortgeschritteneren Position. Der Vorwurf des Ostens gegen den Westen lief darauf hinaus, daß die formale Gewährleistung von Freiheitsrechten dort bei der Verteilung von Besitz und Macht, wie sie einmal gegeben war und ist, nur die faktischen Unterschiede und Ungerechtigkeiten befestigen und vergrößern und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sogar noch in den Augen der Ausgebeuteten selbst mit dem Schein des Rechts ausstatten würde.

Die gegenwärtigen Erfahrungen scheinen nun für Ostdeutsche in einem von ihnen nicht vorhergesehenen Ausmaß die östliche

Kritik an der westlichen Menschen- und Bürgerrechtsideologie zu bestätigen.

Das Urerlebnis von Emanzipation war für viele im Herbst 89 die Erfahrung dessen, was ich „Freiheit des Ausdrucks" nennen möchte. „Freiheit des Ausdrucks" bedeutete, daß Erfahrungen und Erkenntnisse mit der Absicht artikuliert wurden, die Wahrheit aufzudecken. Unterschiedliche Auffassungen wurden mit der Absicht in die Diskussion geworfen, Lösungen für die gemeinsam erkannten Probleme zu finden.

Es ging um die Sache, die ja allen auf den Nägeln brannte, und nicht um ein müßiges Verwirrspiel der Meinungen. Die Medien ließen Menschen zu Wort kommen, weil sie etwas zu sagen hatten, weil diese Erfahrung oder jener Gesichtspunkt für den Fortgang des Prozesses noch wichtig zu sein schien, und nicht, weil jemand im Namen einer großen Partei oder eines zahlungskräftigen Unternehmers sprach.

Mittlerweile sind die in der erneuerten DDR entstandenen Zeitungen und Zeitschriften wieder verschwunden. Wir erleben, wie in einem Überangebot an Information oft gerade jene Informationen und Ideen untergehen, die dringend gebraucht würden, um Menschen zu notwendigen Entscheidungen und Verhaltensänderungen zu bewegen. Die Tatsache, daß einem Abermillionen DM und/oder ein hocheffizienter Apparat zur Verfügung stehen, um vielen anderen klarzumachen, was er denkt und was sie tunlichst auch denken sollten, während die allermeisten nicht mehr als ihre Stimmen und ihre Kugelschreiber besitzen, um auszudrücken, was sie erfahren, denken und wollen, relativiert das Reden von der „Meinungsfreiheit" als dem Kernstück aller bürgerlichen Freiheitsrechte.

Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie das damit verbundene Streikrecht haben ebenfalls schnell ihren Glanz verloren. Gerade in den Auseinandersetzungen um die Erhaltung oder Schließung von Betrieben, ja ganzer Industrien, konnten wichtige Einsichten gewonnen werden. Vielfältige Kampfformen wurden erprobt. Im ganzen ebenso wie in vielen Einzelfällen sind die Aktionen der Betroffenen nicht ohne Einfluß geblieben.

Dennoch bleibt der Eindruck, daß auch spektakuläre Aktionen und ein hoher Mobilisierungsgrad bei den Mächtigen wenig Wirkung zeigen, wenn die Interessen der Machterhaltung und der Sicherung von Profit berührt sind. Der Fall Bischofferode ist ein trauriges Beispiel dafür. Zeigte sich doch hier, daß genau jene Organisation, von der sich die Kalikumpel Unterstützung und Interessenvertretung in ihrem Kampf erwartet hatten, viel zu stark in das System integriert war, in dem und nach dessen Logik der Produktionsstandort Bischofferode keinen Sinn mehr ergab. Die Gewerkschaft erwies sich, wenn überhaupt, als Vertreterin vor allem der westdeutschen Arbeiter. Eingebunden in Strukturen der „Mitbestimmung", handelte sie nicht vor allem als Anwalt der zur Entlassung anstehenden Arbeiter, sondern im Sinne des Wohlergehens eines mächtigen Konzerns und seiner Markteroberungsstrategie.

Die für die Menschen in der DDR so emotionsbeladene Forderung nach Reisefreiheit ist erfüllt, jedenfalls für Deutsche, die zahlungsfähig sind. Zu den Schockerfahrungen der letzten Jahre gehört, daß nun gar nicht alle Grenzen einfach offen, sondern neue Barrieren aufgerichtet worden sind. „Visafrei bis Hawaii" war im Herbst 89 auf Transparenten zu lesen.

Für wen? Und für wen nicht? Das sind jetzt die Fragen. Eben noch war Freizügigkeit ebenso ein hohes Gut wie die Gewährung von Zuflucht für Verfolgte. Inzwischen ist in Deutschland das Asylrecht faktisch fast beseitigt. Eine neue „Wacht an der Oder" schützt das größer gewordene Deutschland vor unerwünschten Zuzüglern aus dem Osten.

Nicht nur das! Im Zuge einer Politik der Verbrechensbekämpfung, die das erst fördert oder gar hervorbringt, was sie zu bekämpfen vorgibt, stehen das Post- und Fernmeldegeheimnis inzwischen ebenso zur sukzessiven Einschränkung und möglichen Beseitigung an, wie die Unverletzlichkeit der Wohnung oder der Schutz vor willkürlicher Festnahme. Menschen, die in der DDR unter Postkontrolle, Telefonüberwachung und „konspirativen" Wohnungsdurchsuchungen durch das MfS zu leiden hatten, erkennen hier vertraute Tendenzen und fragen sich, ob sich inzwischen auch in der neuen Groß-BRD Zustände herausbilden, die an die Endzeit der DDR erinnern. Politiker, die nicht in der Lage sind, die Ursachen krisenhafter Entwicklungen zu bekämpfen, versuchen mit repressiven Mitteln wenigstens die Symptome aus dem Blick zu schaffen.

Wenn nun aber gar noch ein Geheimdienst im Innern seine Aufgabe als „Verfassungsschutz" definiert, wenn Menschen auf „Verfassungstreue" untersucht, ihr Tun gegebenenfalls als „verfassungsfeindlich" eingeordnet wird, dann wird hier, angesichts des immer stärkeren Auseinanderklaffens von „heiligem" juristem Text und der Wirklichkeit der Welt, die bestehende gesellschaftliche Krise nur vertieft und ihre Wahrnehmung unmöglich gemacht.

Wie in wohl allen Verfassungen wird auch im deutschen Grundgesetz zweierlei zusammenmontiert, was zwei verschiedenen Kategorien angehört: einerseits wird ein Katalog von Grundrechten aufgereiht, die wegen ihrer universalen Geltung nicht hinterfragbare Voraussetzung der politischen und rechtlichen Ordnung jedes Staates sein sollten, andererseits werden Strukturen und Verfahren der konkreten staatlichen Ordnung eines, in diesem Fall: unseres Landes festgeschrieben. Daß es hier im geschichtlichen Prozeß Änderungen geben muß und faktisch auch gegeben hat, steht außer Zweifel. Wer unter veränderten Bedingungen an der grundsätzlichen Orientierung auf die Menschen- und Bürgerrechte in ihrem Sinne festhalten will, wird in die konkrete Staatsverfassung – bis hin zu ihrer radikalen Revolutionierung – eingreifen müssen.

Durch die Einführung einer rein formalen, von allen inhaltlichen Präzisierungen vordergründig erst einmal entblößten Begrifflichkeit (Verfassungstreue, verfassungsfeindlich etc.) wird einer inhaltlichen Auseinandersetzung um politische Zielsetzungen die Grundlage entzogen. Ein Faschist ist dann also nicht deswegen gefährlich, weil er faschistische Ziele verfolgt und diese Ziele klar benennbar gegen die Würde und die Unversehrtheit von konkreten Menschen gerichtet sind, sondern weil er die verfassungsmäßige Ordnung bedroht, eine Ordnung, die auf diese Weise in die Gefahr gerät, nur noch

BEHÖRDEN-UND UNTERNEHMER-UNFREUNDLICH

telegraph

Der "telegraph" ist einer der letzten Überbleibsel der DDR-Untergrundpresse. Er ist unabhängig und fühlt sich deshalb keiner politischen Gruppierung oder Partei verpflichtet.

Schwerpunkt-Themen sind:

Antifa, Stasi, Kriegsdienstverweigerung, Strukturen von Unten, wirtschaftliche- und politische Machenschaften der neuen (alten) "Herren" im Lande.

Aber auch kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen politischen Strukturen.

Dies alles betrachtet durch die "linke" Lupe und gemacht von unverbesserlichen Querulanten, die schon zu DDR-Zeiten Reißzwecken im Magen der Herrschenden waren.

Der "telegraph" erscheint monatlich, ist zu erhalten über Infoläden und ausgesuchte Buchhandlungen, oder im Abo über: Redaktion "telegraph", Schliemannstr.22, O-1058 Berlin (ab 1.7.93: 10437)

Einzelhandelspreis: 04 DM
Jahresabo: 45 DM
Halbjahresabo: 23 DM
Probeabo (2Nummern) 05 DM
Auslandsabo: 60 DM
Förderabo: 70 DM

als Selbstzweck verstanden zu werden, während womöglich in ihrem Rahmen faktisch schon längst eine von vielen gar nicht mehr als solche empfundene Barbarei wütet. Die Zersetzung der Gesellschaft geht einher mit einer Zersetzung der Sprache. Das Abhandenkommen aller moralischen Kriterien als Grundlagen für die politische Verfassung des Gemeinwesens entlarvt sich dann eben in jenem gleichsetzenden Gerede von „Rechts- und Linksextremismus" als gleichartigen Bedrohungen für die Verfassungsordnung, ebenso wie in der geschichtsrevisionistischen Nivellierung von deutschem Faschismus und DDR-"Sozialismus".

Demokratie

Auch das Wort Demokratie hat inzwischen seine Niederfahrt aus dem Himmel der reinen Ideen hinter sich.

Es war keine gute Stunde, als sich für das, was Kant die „republikanische Staatsverfassung" genannt hatte, endgültig die von ihm anders verstandene Bezeichnung „Demokratie" durchgesetzt hatte. „Demokratie" – Herrschaft den Volkes: die Ostdeutschen waren geneigt, diesen Ausdruck im vollen Wortsinn ernstzunehmen, der von denen, die ihnen die westliche repräsentative Demokratie brachten, so gar nicht gemeint war. Die Herrschaft des Volkes besteht nun faktisch weithin einfach darin, daß das „Volk" in Wahlen aus einer sehr begrenzten Auswahl und unter Voraussetzungen, die alle Risiken zu tiefgreifenden Änderungen ausschließen, das Personal wählen darf, das dann in seinem Namen herrschen soll. Sollte das Volk mit den einmal von ihm Gewählten unzufrieden werden, darf es sie beim nächsten Mal abwählen, was es sich allerdings beim gegenwärtigen Stand der Dinge getrost auch schenken kann. Denn inwiefern die realistischerweise in Frage kommenden Alternativen wirklich solche sind, ist nicht auszumachen. Bei nüchterner Betrachtung zeigt sich ohnehin, daß die wirkliche Macht im Staat in Kreisen angesiedelt ist, die jenseits des Wandels der Wählergunst ihre Wirtschaftsmacht still und nachdrücklich aus dem Hintergrund heraus ausüben.

Die Ex-DDR-Bürger mußten für sie erstaunliche Erfahrungen machen: Privilegien von sich selbst als Angehörige der Eliten („Leistungselite") verstehenden Leuten können in einer so verstandenen Demokratie viel größer sein, als sie das bishehr aus der von den echten Demokraten als so verabscheuungswürdig hingestellten Bonzendiktatur gekannt hatten.

„Keine Privilegien" oder „Privilegien für alle", hatten sie im Herbst 89 verlangt. Jetzt erleben sie mehr und größere Privilegien für wenige und ein Ausmaß an Unterprivilegierung für immer mehr Menschen, das ihnen aus der DDR unbekannt war. Dinge, von denen sie einmal gemeint hatten, sie stünden ihnen selbstverständlich zu, werden zu nicht mehr erschwinglichem Luxus.

Sie müssen außerdem erfahren, daß die neue Herrschaft oftmals im Hochgefühl ihrer „demokratischen Legitimation", wenn nicht einfach in der „Arroganz der Macht", eine größere Selbstherrlichkeit an den Tag legt, als die DDR-Staatsmacht und ihre Unterabteilungen an Bediensteten. In der Machtentfaltung des DDR-Staates schien es nicht selten so etwas wie eine letzte Unsicherheit, ein schlechtes Gewissen, einen inneren Widerspruch zu geben, was sich in einer gewissen Gequältheit und Verkrampftheit zu äußern pflegte. Die Staatsmacht war in ihren letzten zwei Jahrzehnten zunehmend zu versichern und unter Druck zu setzen; sie versuchte, es den Leuten recht zu machen, auch wo sie es nicht konnte, und verwickelte sich dabei in Widersprüche. Auf Eingaben an die Obrigkeit wurde in der DDR gelegentlich geradezu hektisch reagiert, heute bleiben Reaktionen aus.

Der Rechtsweg, der heute als das eigentlich Wahre gegenüber dem vergangenen Eingabenwesen empfohlen wird, ist wiederum so beschaffen, daß gerade jene, die allen Grund hätten, ihn zu beschreiten, von seiner Benutzung abgeschreckt werden. In der DDR wurden schließlich „Wehrdienst"-Totalverweigerer nicht mehr behelligt – der Staat verzichtete auf sein Recht, während sie heute in Ostdeutschland mit Verurteilungen zu exorbitanten Haftstrafen rechnen dürfen.

Wer in einem Bundesland zu leben das zweifelhafte Glück hat, in dem die CDU über die absolute Mehrheit im Landtag verfügt, kann feststellen, daß sie diese ihrem Wesen nach vorübergehende Situation hemmungslos dazu nutzt, vollendete Tatsachen zu schaffen und ihre Vorstellungen in einer Weise durchzusetzen, die den Eindruck erweckt, hier wisse sich eine Partei wieder einmal auf unabsehbare Zeit von der Geschichte mit einer „führenden Rolle" betraut.

Wie soll man auch über das Evangelium von der Gewaltenteilung denken, das uns als entschiedener Unterschied zwischen der richtigen Demokratie und der „sozialistischen" immer wieder gepredigt worden war, wenn man jetzt im wirklichen Leben feststellen muß, welch privilegierte Rolle die Exekutive in Deutschland bei der Gesetzgebung tatsächlich spielt oder wie schwerwiegende politische Entscheidungen im Ernstfall in die oberste Etage der Jurisdiktion delegiert werden bzw. schon erfolgte Gesetzgebung nachträglich wieder korrigiert wird?

Demokratie wird im Osten weithin in einem regelpositivistischen Sinne rezipiert. Eine Spannung, gar ein Widerspruch zwischen Legalität und Legitimität werden nicht gedacht. Daß es in der Politik immer um Interessen- und Machtkonflikte geht, die, wenn langfristiger Schaden abgewandt werden soll, nicht nur mit dem Recht des gerade Stärkeren nach formal exakter Einhaltung von Spielregeln erledigt, sondern fair gelöst werden sollten, ist weithin nicht im Blick. Demokratische Verfahrensregeln als Behelf, um möglichst sinnvolle, für die Gesellschaft insgesamt akzeptable und notwendige Problemlösungen zu finden – die Erfahrung der runden Tische. Vielfach wird diese Erfahrung von den Ostdeutschen mit dem westdeutschen Modell des Parlamentarismus gerade nicht gemacht. Das Wort Demokratie konnotiert für Ostdeutsche zunehmend unbefriedigende Erfahrungen mit dem gesellschaftlichen Entscheidungsprozeß. Sollte man deshalb nicht doch vielleicht dieser Vokabel über kurz oder lang einen ehrenvollen Abschied geben? Was bei „Demokratie" – und das könnte sowohl als Konstruktionsfehler als auch als Verschleißerscheinung verstanden werden – gegenwärtig nicht in ausreichendem Maße mitgedacht wird, das sind Selbstbestimmug und Partizipation. Würden diese beiden Kategorien im öffentlichen Bewußtsein an die Stelle eines verblassenden Begriffs der Demokratie treten, würde in ihnen sowohl das – im Hegelschen Sinne – aufgehoben, was repräsentative Demokratie zur menschlichen Emanzipation beigetragen hat, als auch jenes unfruchtbare Gegenüber zu dem überwunden, was als direkt oder Basisdemokratie jeweils versucht, gefordert oder verteufelt worden ist. Durch eine Stärkung von Selbstbestimmung und Partizipation aller Teilnehmer am gesellschaftlichen Lebensprozeß würden sowohl dem Begriffswechselbalg der „nationalen Selbstbestimmung" als auch dem Konzept einer „Mitbestimmung" pro forma als bloße Kaschierung der realen Ohnmacht der nur Mit-Bestimmenden erhebliche legitimatorische Potentiale entzogen.

Recht

Die Erfahrungen der Ostdeutschen mit dem gebilde, das als Rechtsstaat bezeichnet wird, sind alles andere als eindeutig. Tausende von Menschen, denen aus Gründen einer früheren angeblichen Systemnähe ihre Stellen im öffentlichen Dienst gekündigt worden sind, haben inzwischen in Prozessen, die sie vor Arbeits- und Verwaltungsgerichten geführt haben, Recht bekommen und die Erfahrungen gemacht, daß unabhängige Gerichte auch gegen die staatliche Verwaltung Klägern zu ihrem Recht verhelfen. Ehemalige Angehörige bewaffneter Organe der DDR, unter ihnen auch solche des MfS, haben gegenüber dem Staat in ihren Augen berechtigte Ansprüche, unter anderem Versorgungsansprüche, eingeklagt und sind mit ihren Klagen erfolgreich gewesen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist allerdings, daß sich viele Menschen einem Rechtssystem ausgeliefert fühlen, das sie nicht durchschauen und

das sie überfordert. Da wäre zu nennen die fast totale Verrechtlichung aller Lebensbereiche und Beziehungen, ein Wuchern und Ausufern von Gesetzen und Vorschriften, die niemand mehr annähernd überblicken kann. Dies führt im konkreten Falle dazu, daß der einzelne auf sein Recht verzichtet, weil er nicht weiß, daß er es hat, oder weil er nicht weiß, wie er zu seinem Recht kommt. Wer reich und clever ist, ist im Vorteil. So sind gerade auch einfache Menschen, denen in der DDR Unrecht geschehen ist, oftmals bitter enttäuscht, wie schwer es ist, sich Wiedergutmachung oder Rehabilitierung zu verschaffen und wie bescheiden und manchmal demütigend die Ergebnisse diesbezüglicher Verfahren ausfallen.

Das Rechtssystem erscheint weiterhin als großangelegtes Beschäftigungs- und Finanzierungsprogramm für eine riesige juristische Zunft. Die eigene Kompetenz der unmittelbar Betroffenen und in einem Konflikt Involvierten wird enteignet. Was von denen, die es angeht, selbst geklärt werden müßte, wird zur Quelle des Profits und der Bereicherung für ein Heer von Spezialisten.

Für zahlreiche Probleme, die sich aus dem Zusammenbruch der DDR und dem Anschluß Ostdeutschlands an die BRD ergeben haben (z.B. Staatssicherheit, Sysemnähe, Mauerschützenprozesse), gibt es keine juristische Lösung. Ein juristisches Vorgehen, das sich auf die DDR-Gesetzlichkeit als Kriterium für die Strafwürdigkeit einer Tat stützt, stößt auf die Kritik echter oder eingebildeter Opfer von gestern. Jeder Versuch, andere Gesichtspunkte verschärfend ins Spiel zu bringen, muß sich mit dem Vorwurf der „Siegerjustiz“ auseinandersetzen. Der „Rechtsstaat“ stößt an Grenzen der Zuständigkeit. Es mag eine Lücke in seiner Zuständigkeit nicht akzeptieren und kann sich, wenn er sie ausfüllen will, nur blamieren. Außerrechtliche Mechanismen der Konfliktbewältigung und Vergangenheitsbearbeitung sind nur beschränkt vorgesehen.

Als der harte Kern der bürgerlichen Freiheit erweist sich für die Ostdeutschen, wie sie es gelernt hätten oder haben sollen, die doppelte Freiheit des Lohnarbeiters: frei zu sein von leibeigenschaftlicher Abhängigkeit ebenso wie von den Lebensmitteln. Der wesentliche Skandal dieser Gesellschaft ist die Verankerung allen Rechts im Eigentumsrecht, und zwar nicht etwa so, daß jedem zu dem für ihn notwendigen Eigentum verholfen würde, sondern so, daß das Eigentum derer, deren Besitztümer groß sind, gegen den Zugriff der Habenichtse geschützt wird.

Die millionenfache Erfahrung der Ostdeutschen ist die der Abtrennung der Menschen von ihren Existenzgrundlagen. Die Welt ist aufgeteilt. Wer nichts hat, keinen Grund und Boden, keine Produktionsmittel, der ist auf die Gnade anderer Angewiesen, die darüber verfügen, um sich – wenn er denn

diese Chance erhält, was heute alles andere als selbstverständlich ist – durch Verkauf seiner Person als Ware Arbeitskraft seinen Lebensunterhalt verdienen zu können. Wer demgegenüber ausreichend Geld, Beteiligungen oder Immobilien sein eigen nennt, wird allein durch diesen Tatbestand immer reicher. Gleichzeitig sinkt das Realeinkommen derer, die auf ihre eigene Tätigkeit als Quelle des Einkommens angewiesen sind.

Der Bewußtseins- und Handlungsspielraum von Menschen, die dergestalt aus dem allgemeinen Reproduktionsprozeß ausgeschlossen sind, ist einer radikalen Einengung unterworfen, mit zerstörerischen Auswirkungen auf ihre Persönlichkeit. Es zeigt sich, in welchem Maße alle Freiheiten der bürgerlichen Gesellschaft von jener der Verfügung über die Mittel der Reproduktion der materiellen Existenz abgeleitet sind. Wie, wozu, zu welchen Bedingungen Arbeit stattfindet, wie sie verteilt wird, wie das Produkt verteilt wird, darüber zu bestimmen, ist die entscheidende Freiheit. Mag in Zeiten von Wachstum und Vollbeschäftigung auch der Eindruck entstehen, als könne diese Einsicht vernachlässigt werden oder als regelten sich diese Fragen im routinemäßigen Gang der Wirtschaft und der Institution quasi von selbst, so zeigt sich in einer krisenhaften Situation wie der unseren, daß der abhängig Beschäftigte (und diese Kategorie ist heute wesentlich weiter zu fassen als nur im Sinne von Lohn- und Gehaltsempfängern), der keine Verfügung über Produktionsmittel hat oder nur über geringe Produktionsmittel verfügt, jederzeit auf seine Funktion als Ware Arbeitskraft reduziert und dann wie jede Ware bei Mangel an Nachfrage unverkäuflich werden kann. In diesem Fall bedeutet diese Unverkäuflichkeit, daß seine eigene Reproduktion als physisches und gesellschaftliches Wesen auf dem Spiel steht.

„Klassenkampf“, nicht als Kampf um ein möglichst großes Stück vom immer wachsenden Kuchen, sondern als Kampf um die menschliche Existenz und ihre Würde in einem fundamentalen Sinn, ist dann angesagt. Grundrechte, Partizipation, Recht und Freiheit stehen aufs neue als Aufgabe an, müssen neu bestimmt und neu erkämpft werden. Alle Reden von der Zivilgesellschaft, wie sie nach dem Beginn der Umwandlungen im Osten so kräftig im Schwange waren, müssen sich darauf befragen lassen, ob ihnen nicht ein viel zu gemütliches Bild der Realität zugrunde lag, ein Bild, das schon in ruhigeren Zeiten vermutlich nicht gestimmt hat, das jetzt jedoch in dem Maße in sich zusammenzufallen droht, in dem uns die Verhältnisse zur Kenntlichkeit entstellt entgegentreten.

In diesem Sinne könnte die deutsche „Wiedervereinigung“ ihr Gutes darin haben, daß sie zur Entmythologisierung der politischen Begriffe Anlaß gibt. Sie zwingt dazu, nach rückwärts das einmal mit diesen Begriffen Gemeinte neu zu vergegenwärtigen und nach vorwärts über sie hinaus nach einer Politik zu suchen, die auf der Höhe der Herausforderungen, vor denen wir stehen, operieren kann. Es ist würdelos, sich mit dem Gang der Dinge in der gegenwärtigen Welt abzufinden, auch wenn wir die Chancen eher skeptisch einschätzen müssen, den weiteren Vormarsch der Barbarei aufhalten zu können. ●

Hans-Jochen Vogel ist evangelischer Pfarrer in Chemnitz.

Dieser gekürzte Beitrag ist mit Zustimmung des Autors und der Redaktion dem Jahrbuch 93/94 des Komitees für Grundrechte und Demokratie, 64759 Sensbachtal, entnommen. Das Schwerpunktthema dieses Jahrbuchs kreist um die Schwierigkeiten beim Nachdenken und Urteilen über das „vereinigte“ Deutschland. 528 Seiten, 30 DM.

„Ich sage nicht, daß es nicht mit Recht zugrundegeht: aber das Elend ist, daß das Bleibende so ganz ins Recht gesetzt ist. Schnitzler geht und Rühe kommt."
(Volker Braun 1991)

VOLKMAR SCHÖNEBURG

Gegen »Politische Justiz«

Für Wahrhaftigkeit im Umgang mit der Vergangenheit

Von politischer Justiz ist die Rede, wenn Gerichte für politische Zwecke in Anspruch genommen werden, so daß das Feld politischen Handelns ausgeweitet und abgesichert werden kann. So lautet das Fazit Otto Kirchheimers. Unbestritten ist, daß es generell ein kompliziertes Wechselverhältnis zwischen Recht und Politik, zwischen Macht und Recht gibt. Hinter den Rechtsfragen stehen immer gesellschaftspolitische Kontroversen. Rechtsverhältnisse sind in die Rechtsform übersetzte soziale Machtverhältnisse, schrieb der Rechtsphilosoph Gustav Radbruch. Insofern sind Gesetze nicht unpolitisch. Vielmehr drückt sich in nahezu jedem Gerichtsurteil eine bestimmte politische Entscheidung aus. Zugleich entwickelt die Rechtsform aber eine Eigengesetzlichkeit, die sich wenigstens zum Teil der Herrschaft des ökonomischen Interesses entzieht. Auch das betonte Radbruch. Recht ist dann sowohl Medium als auch Maß der Macht bzw. Politik.

Kirchheimer hatte aber eine „Politische Justiz" im engeren Sinne im Auge: Die justizförmig geführte Auseinandersetzung des Staates mit seinen politischen Gegnern. Bei einer solchen Form der Justiz, bei der der Einfluß der Politik auf das Recht am größten ist, geht es um die vorrangige Instrumentalisierung zur Festigung bestehender Machtstrukturen. Vor allem besitzt ein „politischer Prozeß" für den Staat Propagandafunktion, da die Auseinandersetzung mit einer großen öffentlichen Resonanz geführt wird. Oft ist es eine medienwirksame Vorverurteilung, die solche Verfahren bereits im Vorfeld auszeichnet.

Legt man diese Aussagen zugrunde, so sind Grenzer-, Spionage- und Wahlfälschungsprozesse, aber auch viele Arbeitsrechtauseinandersetzungen gegen ehemalige DDR-Bürger „Politische Justiz".

Keineswegs beinhaltet diese Begrifflichkeit einen subjektiven Schuldvorwurf gegenüber dem einzelnen Richter. Die Vorstellung von einer Art „Verschwörungstheorie", einem bis ins Detail abgestimmten Racheszenario, in dem der Richter als gleichsam letztes Glied bewußt agiert, ist falsch. Die für die Rechtsprechung so bedeutsame „herrschende Meinung" setzt sich aus vielen Faktoren zusammen. Unter diesen nimmt jedoch das durch die gegenwärtige sozialen Machtverhältnisse geprägte öffentliche Bewußtsein noch immer einen zentralen Platz ein.

Jenes Vorverständnis ist umso mehr von Gewicht und läßt die Charakteristik als „Politische Justiz" noch treffender erscheinen, bedenkt man, daß Richter (west) in den hier zur Rede stehenden Verfahren den Rechts- oder Unrechtsgehalt, die Rechtfertigungs- oder Erlaubnisgründe eines in seinen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Strukturen völlig andersartigen gesellschaftlichen Systems bewerten. Eines Systems, das immer als „Gegner" vermittelt wurde.

II. Einige Resultate der „politischen Prozesse" sind offenkundig. In vielen Verfahren kommt es nachweislich zu einer unzulässigen unmittelbaren Verknüpfung von politischen, moralischen und historischen Kategorien und Werturteilen mit denen strafrechtlicher Art. Pauschalisierungen wie „Unrechtsregime" werden zur Urteilsvoraussetzung. Der Einigungsvertrag verweist den Rechtsanwender auf das am Tatort zur Tatzeit geltende DDR-Strafrecht. Doch mit Hilfe naturrechtlicher Konstruktionen werden Rechtfertigungsgründe hinweginterpretiert, das Rückwirkungsverbot (Art. 103 Abs. 2 GG), die Bastion der Rechtsstaatlichkeit im Strafrecht, wird aus den Angeln gehoben. Die verfassungsrechtlichen Grundsätze der Gleichbehandlung und des Vertrauensschutzes werden verletzt. Bei vielen Grenzerprozessen wird die Frage nach einem möglichen „Verbotsirrtum" nur oberflächlich gestreift. Mangelndes „Unrechtsbewußtsein" wird zwar in der Regel jenen ehemaligen Soldaten konstatiert, aber für die Gerichte ist dieser Mangel gemeinhin vermeidbar gewesen. Eine tiefschürfende Analyse der Sozialisations- und Handlungsbedingungen der früheren Grenzer in der DDR sucht man oft vergeblich.

An die Rechtsunterworfenen der DDR werden von der bundesdeutschen Justiz Wertmaßstäbe angelegt, denen sie in der eigenen Praxis nicht genügte und genügt. Der Bundesgerichtshof (BGH) gesteht dies in seinem Grenzrevisionsurteil vom November 1992 mit seiner Kritik an der Schußwaffengebrauchspraxis in der BRD sogar ein. Beispiele aus dem Umgang mit Naziverbrechen unterstreichen diese Einsicht. An zwei sei erinnert: Wie windet sich die BRD bei der Entschädigung von Opfern der NS-Militärjustiz, die wegen Kriegsdienstverweigerung, Fahnenflucht oder Zersetzung der Wehrkraft verurteilt wurden. Noch 1986 konstatiert die Bundesregierung in Übereinstimmung mit der Rechtssprechung: Derartige Verurteilungen haben nicht gegen rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen, da solche Handlungen auch in Ländern mit rechtsstaatlicher Verfasssung während des Krieges mit Strafe bedroht waren. Das kann man auch anders lesen: Es werden Verurteilungen von denjenigen gerechtfertigt, die das Verbrecherische des mörderischen faschistischen Aggressionskrieges erkannt hatten und unabhängig von der geltenden Rechtslage aus diesem „Unrechtsbewußtsein" (!) heraus die „Knarre" wegwarfen. Den ehemaligen Grenzsoldaten wird nun gerade ein solches Verhalten abverlangt.

Oder: „Euthanasie"-Ärzten aus der NS-Zeit wurde über die herrschende Irrtumslehre in der BRD eine „goldene Brücke" gebaut: Da jene Ärzte subjektiv an die Rechtmäßigkeit des nationalsozialistischen Tötungsbefehls glaubten, hätten sie zwar tatbestandsmäßig und rechtswidrig, aber möglicherweise schuldlos gehandelt. Die Rechtssprechung bediente sich jener Argumente noch in den 70er Jahren und sprach Dr. Borm, der mindestens an der Tötung von 6652 sog. Geisteskranken beteiligt war, frei.

III. Die ohnehin fragwürdigen Strafzwecke der General- und Spezialprävention greifen in den Strafverfahren gegen vormalige Funktionsträger in der DDR schon gar nicht. Der Vergeltungsgedanke wird offiziell abgelehnt. Bleibt also lediglich ein symbolischer Zweck. In Ostdeutschland findet ein radikaler, ziemlich abrupter Systemwechsel statt. Dieser Wechsel ist von Schwierigkeiten, symbolischen, politischen und sozialen Machtkämpfen sowie von einem Austausch der „Eliten" im Osten gekennzeichnet. Die Schwierigkeiten und die Herrschaft der neuen „Eliten" muß gegenüber dem „Alten" legitimiert werden. Unter diesen Umständen scheint das Strafrecht ein besonders geeignetes Mittel zu sein, um durch symbolische Abwertung zu verdeutlichen, wie verwerflich das Alte und

– zwangsläufig – redlich das Neue ist. Nüchtern betrachtet, unterliegt das Strafrecht bei der „justitiellen Vergangenheitsbewältigung" einer dominanten machtpolitischen Instrumentalisierung. Ganz im Sinne Kirchheimers.

Jener in den „Prozessen" aufscheinende Moralismus von „Gut" und „Böse", jene falsch vereinfachende Freund/Feind-Logik verleiht der BRD in ihrer jetzigen Verfaßtheit die Legitimität des So-Sein-Sollens und „entsorgt" die nachfaschistische BRD samt ihren Widersprüchen. Heute wird beispielsweise ermittelt, inwieweit die Rolle der DDR-Führung als Mitinitiator des Einmarsches in die CSSR 1968 strafrechtlich relevant ist. Gleichzeitig unterstützte damals die Regierung der BRD den mörderischen Krieg der USA in Vietnam. Das wird völlig ausgeblendet, obwohl möglicherweise beide Aktivitäten unter die Kategorien der „Kriminalität der Mächtigen" fallen.

Und noch ein Aspekt ist zu bedenken. Rechtsstaat ist „die Meßlatte jeder Freiheitsbeschränkung – und nicht der Stab, mit dem man die Latte bequem überspringen kann" (Detlev Krauß). Von daher ist die Führung der meisten „politischen Prozesse" mit den oben aufgezeigten juristischen Folgen unter dem Banner der Rechtsstaatlichkeit einfach verlogen. Der Anschluß der DDR wird eher zur Absenkung dieser Meßlatte genutzt. Nicht nur auf dem Gebiet des Strafrchts. Doch die scheinbar nur auf die „Bewältigung des DDR-Unrechts" ausgerichteten Praktiken korrespondieren mit den Strafverschärfungsvorschlägen zur „inneren Sicherheit".

Deutlich zeigen sich Hauptkennzeichen modernen Strafrechts: Der Rechtsbegriff ist formal. Das Strafrecht ist durchgängig politisch abhängig, d.h. es unterstützt die politische Macht, statt sie zu begrenzen. Wie leicht das Normative zur politischen Disposition gestellt wird, offenbarte sich bei der Verlängerung der Verjährungsfristen für die „kleine Regierungskriminalität" im September 1993. Die in kürzester Zeit erfolgte Änderung wurde u.a. mit sogenannten Opferinteressen begründet. Aber das Strafrecht ist weder dazu bestimmt noch dazu geeignet, alle Gerechtigkeitserwartungen zu erfüllen. Mit einer verstärkten Rehabilitierung wäre den Opfern viel eher geholfen. Andererseits ist die Ansicht Radbruchs, daß die Rechtssicherheit ein Teil der Gerechtigkeit ist, gerade für das Strafrecht bedeutsam. Denn dieses ist das schärfste Instrument in der Hand des Staates. Bei seiner Anwendung geht es um elementare Interessen staatlicher Herrschaft, ums Eingemachte. Deshalb sind hier die Formalien zum Schutz des Bürgers von besonderer Wichtigkeit. Auch wenn sich die Sympathie für die ehemals Mächtigen in der DDR in Grenzen hält, dürfen sie keiner Ausnahmeregelung unterliegen.

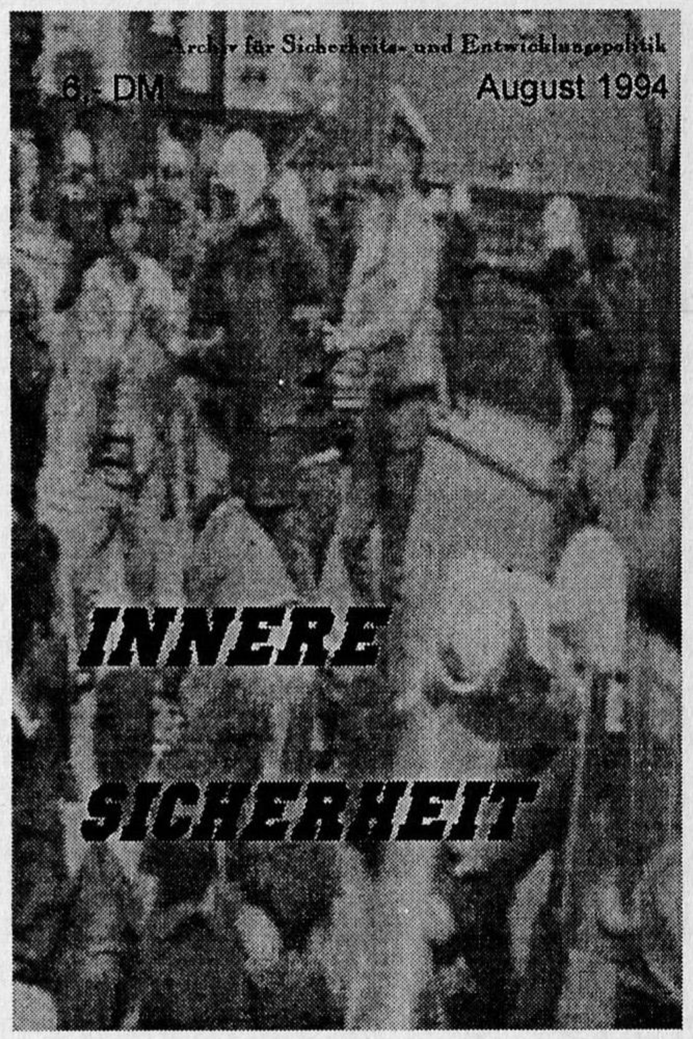
Natürlich hat es in der DDR gravierendes Unrecht gegeben. Doch das in der DDR geschehene Unrecht ist nicht mit dem des Faschismus gleichzusetzen. Hilde Benjamin hat eben in ihrer etwa 3-jährigen Zeit als Vizepräsidentin des Obersten Gerichts 3 Todesurteile verhängt, wohingegen Roland Freisler über einen ähnlichen Zeitraum über 2000 Todesstrafen zu verantworten hat! Im Gegensatz zur DDR gehörten unter den Nazifaschisten Verbrechen zum Staatsziel. Das hatte auch Radbruch im Auge, als er seine Formel vom „gesetzlichen Unrecht und übergesetzlichen Recht" 1946 niederschrieb. Die Durchsetzung der Rassen- und Herrenmenschen-Ideologie bis zur letzten Konsequenz, nämlich zum planmäßigen, bürokratisch inszenierten, kaltblütigen millionenfachen Völkermord, ist das Wesen des faschistischen Staates. Demgegenüber waren die Schüsse an der Mauer, so kritikwürdig sie auch sind, kein staatlicher Auftrag zum Töten.

Interessanterweise ist ja in der Praxis der BRD die Radbruchsche Formel zur strafrechtlichen Verfolgung von Nazifaschisten nicht in Anwendung gekommen. Mit gutem Grund.. Die bundesdeutsche Gesellschaft transformierte sich aus der nazifaschistischen, wie diese sich aus der Weimarer Republik transformiert hatte. Ein abrupter Systemwechsel und wirklicher „Elitenaustausch" fand damals nicht statt. Damit soll keiner primitiven Kontinuitätsthese das Wort geredet werden. Aber dies ermöglichte eben den alten juristischen Funktionseliten mit ihrer Interpretationsmacht, gestützt durch die sozialen Machtverhältnisse, einer Unterbrechung der Kontinuität der Trägerschichten der NS-Diktatur und einer völligen juristischen Entlegitimierung ihrer Rechtsordnung erfolgreich entgegenzuwirken.

Dagegen stellte die antikapitalistische, antiwestlich und antiwestdeutsch orientierte und regulierte DDR eine Herausforderung der bürgerlichen Gesellschaft dar. Darin liegt die eigentliche Ursache für das unterschiedliche Vorgehen der Justiz. Das nachgeschobene Argument, die deutsche Justiz habe aus den Fehlern der ungenügend bewältigten NS-Geschichte gelernt, kann getrost als Ammenmärchen abgebucht werden. Beispielsweise heißt es 1960 in einem Urteil gegen einen DDR-Richter, der Anfang der 50er Jahre in der DDR „Zeugen Jehovas" verurteilt hatte: „Der Angeklagte ist Volljurist, von dem erwartet werden kann, daß er ein Gefühl dafür hat, ob eine Strafe in einem unerträglichen Mißverhältnis zur Schwere der Tat und zur Schuld des Täters steht." Keine 10 Jahre später attestiert der BGH dem Volksgerichtshof-Richter Rehse, der an exzessiven Todesurteilen aktiv beteiligt war, daß „auch Richter und Staatsanwälte dem damaligen (NS-)Rechtsdenken erlegen sein" können.

IV. Doch wer von den Juristen, die aus der DDR stammen, über das Unrecht von heute lamentiert, hat zugleich die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, über das Unrecht und die Ungerechtigkeiten von gestern zu sprechen. In diesem Kontext stellt sich dann auch das Problem einer möglichen strafrechtlichen Verantwortlichkeit ehemaliger Funktionsträger der DDR. Zugleich ist das eine Frage der Glaubwürdigkeit einer „Aufarbeitung", die letztlich nur Sinn macht, wenn sie bis an die Kritik des bestehenden Systems herangeführt wird.

In der DDR wurde, auch gemessen an den systemeigenen Maßstäben, Unrecht verübt, das durchaus strafrechtlich zu verfolgen ist – nach dem zur Tatzeit am Tatort geltenden Strafrecht der DDR. Die Strafverfolgung sollte sich hier vor allem auf Straftaten konzentrieren, durch die individuelle Rechtsgü-



Mit Beiträgen zu folgenden Themen:

- Bundeswehreinsatz im Inneren
  Detlev Beutner
- Politische Polizei
  Jürgen Korell
- BND
  Erich Schmidt-Eenboom
- Organisierte Kriminalität
  Norbert Pütter
- Grundrechtsabbau
  Wolf-Dieter Narr
- Festung Europa
  Katina Schubert u. Monika van Ooyen
- Polizeiliche Kriminalstatistik
  Caren Blume

Für 7,-DM (Scheck/Rechnung; keine Briefmarken!) zu bestellen bei: Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik, Postfach 1219, 48348 Everswinkel, Tel/Fax: 02582/9321

ter wie Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder Vermögen verletzt wurden. Darunter fallen dann beispielsweise Exzeßtaten an der Grenze, die nicht vom Gesetzgeber der DDR gerechtfertigt werden. Wenn nachgewiesen würde, daß jene Exzeßtaten durch die Führung der DDR gewollt waren, würde auch hier eine strafrechtliche Verantwortlichkeit greifen. Um jedoch die oben beschriebenen Gefahren einzugrenzen, müßten die Gerichte auf der Basis eines restriktiven Positivismus agieren. Aber auch der Gleichheitsgrundsatz verbietet eine strafrechtliche Nichtverfolgung. Denn: Der kleine Hühnerdieb, der seine Tat zu DDR-Zeiten beging, wurde und wird selbstverständlich weiter verfolgt, wogegen sich (leider) keiner empört. Und: Die DDR hat sich als Gesetzesstaat ausgegeben. Die ehemals Herrschenden müssen es sich nun auch gefallen lassen, an den eigenen Maßstäben, über die sie sich möglicherweise willkürlich hinweggesetzt haben, messen zu lassen.

Außerdem gab es in der DDR einen Machtmißbrauch ohne das Recht und mit Hilfe des Rechts. Dieser ist aber strafrechtlich nicht erfaßbar. Gerade weil man bei der Betrachtung des Strafrechts in den Kategorien von Macht, Herrschaft und Gewalt denken muß, wird die vorurteilslose Diskussion aller über dieses Phänomen des Machtmißbrauchs durch eine extensive Strafverfolgung blockiert. Demgegenüber sollte man sich von einer Fixierung auf das Strafrecht lösen, das über kein Unwertbeurteilungsmonopol verfügt. Es ist die offene wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung um die Ursachen, Bedingungen sowie Erscheinungsformen jener Art des Machtmißbrauchs und die persönlichen Anteile daran zu führen. Hierdurch wird man den Opfern dieser Politik, die zweifelsfrei einen anderen Blick auf die DDR haben als die damaligen Träger staatlicher Macht, auch eher gerecht.

Dabei muß die Analyse die gemeinsame Vorgeschichte sowie die Geschichte beider deutscher Nachkriegsstaaten umfassen. Die isolierte Betrachtung der DDR bedient wiederum gegenwärtige Herrschaftsinteressen. In diesem Zusammenhang ist dann das Übergreifende (die Kontinuität) als auch das Spezifische des Machtmißbrauchs in der DDR herauszuarbeiten.

So bringt die Untersuchung des politischen Strafrechts der DDR hervor, daß die DDR (wie auch die BRD!) in der langen Tradition einer Verpolizeilichung des Strafrechts steht. Im Interesse größtmöglicher Sicherheit, die letztendlich die Sicherheit des Staates (und bestehender Macht-/Ohnmachtsstrukturen) vor seinen Bürgern beinhaltet, wird die „Gefahrenquelle“ vorbeugend bekämpft. Die Strafe knüpft hier bereits an frühe Realisierungsformen „böser Absichten“ und „Pläne“ an. Zu den Merkmalen dieses „Feindstrafrechts“ gehört die tendenzielle Aufhebung des verfassungsrechtlichen Analogieverbots durch Generalklauseln, wodurch die Handhabung der Norm nach aktuellen Zwecken möglich ist ebenso wie die tendenzielle Beseitigung des Bestimmtheitsgrundsatzes. Zwangsläufig produziert eine solche „repressive Verrechtlichung“ politischer Kommunikation neue Widersprüche und den erneuten Ausbau des politischen Strafrechts.

Zum anderen wird der Machtmißbrauch mit dem Recht durch eine besondere Macht- und Herrschafsform in der DDR geprägt, die die gesamte Organisation des sozialen Lebens der DDR durchdrang und auf der herrschenden Vorstellung vom Sozialismus als einem „Monosubjekt“ basierte. Der Grundgedanke dieses Paradigmas bestand in der theoretischen Zurückführung aller Subjekte der Gesellschaft auf ein einziges Subjekt – auf die Gesamtgesellschaft in ihrer staatlichen Form. Demzufolge brachte sich die SED in eine die gesellschaftliche Entwicklung maßgeblich steuernde Position. Erklärtes Ziel der SED war der Aufbau einer Gesellschaft der materiellen Gleichheit und Gerechtigkeit, der sozialen Homogenität. Dabei reklamierte die Führung der SED für sich ein exklusives Wissen um den Weg zu diesem Ziel. Sie nahm für sich in Anspruch, Exekutor historischer Gesetzmäßigkeiten zu sein. Dem lag die Vorstellung einer vorgegebenen gesellschaftlichen Dynamik, die sich mit naturgesetzlicher Notwendigkeit erfüllen müsse, zugrunde. Aus dem vorgeblich privilegierten Wissen um diese Notwendigkeit heraus legitimierte die SED die Monopolisierung der politischen und ökonomischen Macht in ihren Händen. Die Herrschaft dieses „Monosubjekts“ , die ständige Subsumtion der Individuen unter den „Apparat“, d.h. unter das abstrakte Gemeinwesen, vorgestellt durch die führende Staatspartei, verlangte u.a., andere individuelle und kollektive Basisobjekte der Gesellschaft in ihrer relativen Unabhängigkeit zu zerschlagen. Eigenständige Regelungsmechanismen wie Öffentlichkeiten wurden abgebaut. Die Konfliktlösung wurde demgemäß durch das geschilderte Machtmonopol geprägt. Die Zentrale versuchte in erster Linie mit den Mitteln der Repression, d.h. durch zwangsweise Unterordnung, Konflikte gegenüber anderen Teilsubjekten der Gesellschaft zu beherrschen.

Zugleich war der Gedanke von der naturgesetzlich bedingten und bestimmten Überlegenheit der „sozialistischen Gesellschaft“ mit der Annahme verknüpft, daß für Konflikte in der vermeintlich fortschrittlichsten Gesellschaftsordnung die Existenz externer Feinde und ihrer einheimischen Werkzeuge verantwortlich sei!

Damit im Zusammenhang steht auch der ‘Krebsschaden’ im herrschenden Rechtsverständnis in der DDR, wie er sich in den 50er Jahren endgültig festsetzt: Das Recht wurde auf den „Willen der Staatsmacht“ zurückgestutzt. Neben der Macht habe das Recht kein selbständiges Wesen und könne dem Staat nicht entgegengestellt werden. Damit blieb jedoch das Recht nur Medium, nicht aber Maß der Macht, was zur „Hypertrophierung der Rechtsgestaltung als Machtinstrument der Mächtigen“ (Herman Klenner), zur Eingrenzung des Rechts auf seine Funktionalität sowie seine tendenzielle Degradierung zum Leitungsinstrument des Staates führte. Zwangsläufig lief diese Reduktion einher mit der Unterbewertung, ja z.T. Leugnung subjektiver Rechte sowie formal-juristischer Prozeduren und korrellierte mit einer der Subjektwerdung des Individuums widersprechenden dominierenden „Demokratie“-Vorstellung, die auf die Einbeziehung der Bevölkerung in die Entscheidungstätigkeit anderer hinauslief.

Insbesondere im Strafrecht mußten sich die negativen Folgen dieser Auffassung zeigen. Wenige Beispiele sind die Verletzung des Verfahrensrechts und die Eingriffe in die richterliche Unabhängigkeit bei den „Waldheimer Prozessen“ 1950, die willkürliche und extensive Anwendung des ohnehin schon problematischen Artikels 6 der Verfassung von 1949 („Boykotthetze“) in den 50er Jahren oder auch die Verurteilung der Bürgerrechtler Ende der 80er Jahre. Sicherlich hat es auch Entwicklungsetappen und Brüche in der Geschichte der DDR gegeben, wie auch die die Handlungsspielräume eingrenzenden inneren und äußeren Bedingungen nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. Aber das Grundmuster jener Konfliktlösung blieb bestehen. Und: Aufgrund der spezifischen Machtmonopolisierung war es kaum möglich, eine erfolgte „Feinderklärung“ im Gerichtssaal zu durchbrechen.

Es ist gerade die Kentnnis um jene Legitimierung bestehender Herrschaftsstrukturen mit Hilfe einer „Politischen Justiz“ in der DDR, um die Folgen jener nur instrumentellen Rechtsauffassung, die es zuließ, die Normativität des Rechts in einer gegebenen Situation zugunsten der angeblichen Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung einzuengen oder partiell zu negieren, aus der meine Kritik an den gegenwärtigen „politischen Prozessen“ mit erwächst.

Doch aus der Erkenntnis heraus, daß sich die „Kriminalität der Mächtigen“ weitgehend dem Strafrecht entzieht, muß die Diskussion primär auf Strukturveränderungen zu ihrer Eindämmung zielen. Diese Veränderungen bestehen beispielsweise in der Einschränkung politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsmonopole. Das ist die Erfahrung des historischen Herbstsemesters. Doch die erbärmlichen Resultate der Verfassungsdiskussion dokumentieren: in diese Richtung verläuft – wen wundert es – der herrschende politische Wille nicht. ●

Volkmar Schöneburg, Potsdam, zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität Berlin, Fachbereich Rechtswissenschaft.

WOLFGANG FACH

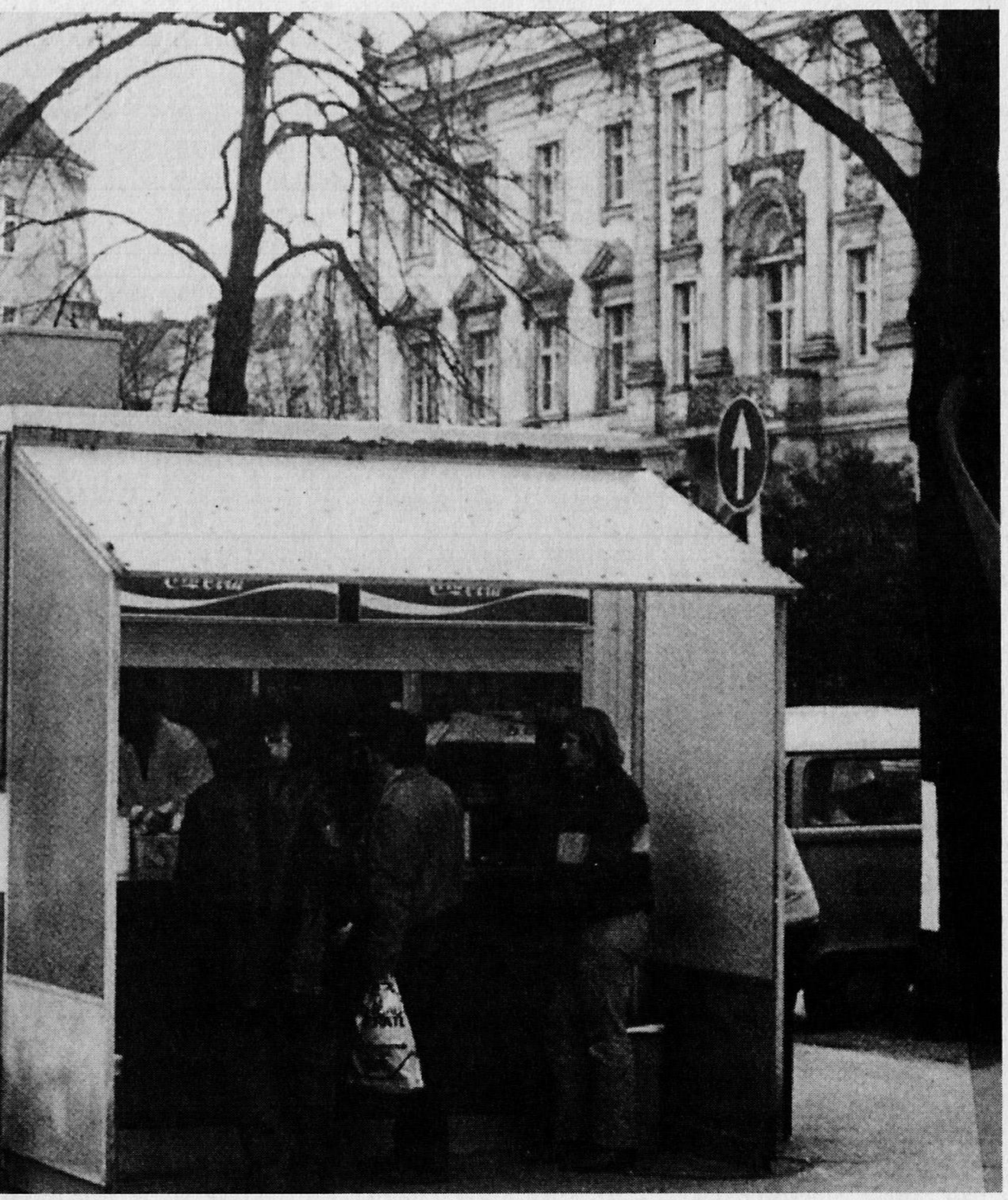
Neue »Gewohnheiten des Herzens«

Anmerkungen zur politischen Mentalität im deutschen Osten

Die Mentalität des »Wessis« ist vielfach untersucht worden. Zwar kennt man nicht sein ganzes Wesen, doch gibt es vielfältige Teilansichten, die sich zu dem Bild abrunden, er sei ein 'guter Demokrat' geworden. Von dem, was Menschen im neu demokratisierten Osten umtreibt, wissen wir dagegen herzlich wenig: „the East has not yet spoken", jedenfalls nicht unmißverständlich.

Soviel läßt sich rückblickend wohl sagen: Die deutsche Seele im sozialistischen Menschen war seit langem gespalten. Einerseits hat ihr eine belastbare *Solidarität* den Stempel aufgedrückt: Der Zusammenhalt unter Mühseligen und Beladenen, die sich, abgeschnitten von menschenmöglichen Lebenschancen, notdürftig über Wasser gehalten haben. Andererseits ist diese Seele auch fügsam der *Autorität* des ungeliebten Staates zu Diensten gewesen, hat sich mit kargen Verhältnissen arrangiert und war im extremen, gleichwohl häufigen Falle willens, jene solidarischen Lebenszirkel eilfertig auszuspähen.

Der autoritäre Part ist inzwischen häufig genug ans Tageslicht gezerrt worden: Freiwillige und erzwungene Geständnisse haben in Einzelfällen farbig ausgemalt, was verstaubte Akten an menschlicher Schwäche noch alles bergen mögen. Angesichts dieser Erblast nimmt es nicht Wunder, daß auch nach der Wende 'drüben' deutlich höhere Unterwerfungswerte gemessen worden sind: „62 Prozent autoritäre Bürger in Ostberlin stehen 30 Prozent in Westberlin gegenüber. Dieses Ergebnis entspricht der Vermutung, daß die Sozialisation in nicht-legitimen und autoritären Systemen Einfluß auf solche tiefsitzenden Persönlichkeitsmerkmale hat." (Fuchs u.a)



Die geradlinige Diagnose bestätigt das Erwartbare, und unsere besorgte Pädagogik hat ihre Arbeit schon begonnen. Doch wäre es nicht seltsam, wenn der solidarische Geist von damals keine Spuren hinterlassen hätte, mentale Rückstände mit spürbaren Auswirkungen aufs untertänige Bewußtsein? Neben bescheidener Sicherheit und sozialer Gleichheit wird dem alten Regime als dritte Tugend angerechnet, daß es, freilich nicht-intendiert, solidarische Verhaltensweisen gefördert habe. Herausgekommen sei dabei 'authentischer Gemeinschaftsgeist' – so ähnlich, wie er von den 'Überlebenden' lebhaft erinnert, ja zwanghaft beschworen wird:

Solidarität – nostalgisch und pragmatisch

„Da hilft einer dem andern, wenn irgend etwas ist, das ist auch jetzt noch so. Es ist schon ein wenig verschärfter geworden, weil ja jeder versucht, so gut wie möglich rauszukommen." Und: „Geld war ja interessant. Untereinander hat die Gemeinschaft jetzt doch gelitten. Die zwischenmenschlichen Beziehungen sind nicht mehr da. Wenn du Geld hast, kannst Du alles kaufen. Früher hattest Du einen Kollegen, der dir geholfen hat. Und später hast Du ihm eben geholfen." (Zwei Antworten ostdeutscher Bürger in: Gebhardt/ Kamphausen)

Aufschlußreich daran ist, wie selbstverständlich Hilfe mit Geld in Verbindung gebracht wird: Solange Freunde da waren, bedurfte es keiner Zahlungen, und wo bezahlt wird, hört die Freundschaft auf. Anders gesagt: Man hat funktionale Äquivalente vor sich – was wiederum impliziert, daß prä-moderne Verhältnisse geherrscht haben müssen, in denen Gefühls- und Tauschwelt noch miteinander vermischt waren. Gemeinschaften nehmen unter solchen Umständen den Charakter von 'Umverteilungsnetzen' an, markiert durch eine *profitable Freundlichkeit.* Hilfe leistet, wer Hilfe braucht – der Nutzen steht im Zentrum, doch ohne erprobte Vertraulichkeit käme kein Handel zustande:

„Wenn auch der Umgang in den Umverteilungsnetzen menschliche und freundschaftliche Solidarität freisetzen kann, wäre es ein Fehler, den Solidarisierungseffekt in diesen Netzen zu überschätzen. Die spontane, soziale Organisation, die sich hier als Schutz gegen die Dysfunktion des Systems entwickelt, ist vor allen Dingen eine Organisation von Schlechtversorgten" (Srubar), also in erster Linie eine pragmatische Veranstaltung. Für nostalgische Schwärmerei besteht wenig Anlaß, sie erscheint dem Betrachter eher als versuchte Selbsttäuschung.

Es sei denn, daß die Schlechtversorgten heute weder aufs Gefühl zurückgreifen können (wie früher) noch über genug Geld verfügen, um den Ausfall wettzumachen. Darauf läuft es häufig hinaus.

Autorität – kategorisch und konditional

Als letzte 'Revenuequelle', wenn Märkte nicht zugänglich und Menschen nicht freundlich sind, verbleibt dem kleinen Mann die bürokratische Hilfe des sozialen *Staates.* Auf ihn werden sich daher alle Augen richten – was jene prononciert 'autoritäre Persönlichkeit' der neuen Demokraten tatsächlich in ein anderes Licht taucht.

Konkret: Der ostdeutsche Untertanengeist ist, näher besehen, nicht nur stärker ausgeprägt, sondern auch ganz anders, nämlich egoistisch 'geladen": „Große Unterschiede charakterisieren", gemäß einer Umfrage kurz nach der Wende, „die Struktur des Institutionenvertrauens in beiden Teilen der Bundesrepublik. Sofern es im Osten überhaupt Vertrauensträger gab, fanden sie sich überwiegend unter den Organisationen der Interessenvermittlung, während im Westen Judikativ- und Exe-kutivorganisationen diese Rolle spielten." (Gabriel)

Der Unterschied liegt darin: Autorität-West wird zweckfrei, 'kategorisch', akzeptiert, von ihr wird nicht mehr erwartet, als daß sie ganz allgemein *Ordnung* garantiert, verbunden mit einem gewissen Maß an Gerechtigkeit. Dafür sorgen vor allem Gerichte und Polizei. Autorität-Ost hingegen hängt von *Leistung* ab, wird im Austausch gegen empfangene Wohltaten akzeptiert, gilt folglich 'konditional'. Daher profitieren, so lange jedenfalls, wie sie den Glauben an ihre Effektivität nähren können, vor allem Aquisitions-Organe: der Bundesrat etwa wird geschätzt, auch Gewerkschaften stehen relativ hoch im Kurs. Umgekehrt kosten Enttäuschungen sofort Legitimität: dem heilbringenden „Souverän" bringt man erwartungsfrohes Vertrauen entgegen – „Helmut nimm uns an der Hand, zeig uns den Weg ins Wirtschaftswunderland" –, das unversehens in abgrundtiefe Aversion umschlägt, als klar wird, wieviele Wünsche unerledigt bleiben.

Ausläufer dieser *instrumentellen Hörigkeit* lassen sich an vielen Stellen und bis in die jüngste Zeit beobachten. So vergab jetzt eine Umfrage, die wissen wollte, welche Politiker,.Regierungschefs oder Oppositionsführer sich um das eigene Bundesland verdient gemacht hätten (Leipziger Volkszeitung), folgende Ergebnisse (in Prozent der Befragten): Biedenkopf 69/Kunckel 4, Vogel 40/Schuchardt 6, Stolpe 73/Hartfelder 3, Seite 21/ Ringstorff 13, Bergner 19/Höppner 27. Was bedeutet, daß da, wo die Machtverteilung umstritten ist, niemand hohes Ansehen genießt, während bei klarer Lage der Stern des 'Machthabenden' hell erstrahlt und den Konkurrenten völlig überschattet: „Oppositionsführer kaum bekannt", lautet das ernüchternde Resümee, lediglich ein Drittel weiß mit ihrem Namen überhaupt etwas anzufangen (Leipziger Volkszeitung). Wer nichts bieten kann, handfeste Fortschritte (Biedenkopf) am besten oder wenigstens die Chance zur Identifikation (Stolpe), spielt eben keine Rolle.

Von profitabler Freundlichkeit zu instrumenteller Hörigkeit im Gefolge des gewandelten Regimes: Diese Entwicklung würde, auch wenn sie keine einfache Fortschreibung ist, einer klaren Linie folgen. Doch da gibt es noch jene mentale Verwerfung, die allgemein irritiert und nicht ins Bild zu passen scheint: das politische *Comeback* des verkleideten Sozialismus.

Wir erleben heute nicht das Elend *der* Opposition, sondern alleine ihres *staatsnahen* Lagers, das an dem 'tragenden' Part leidet, den unser Regime ihm zuweist. Daneben florieren *systemferne* Parolen totgesagter Sozialisten. Nach herrschender Meinung verdanken sie ihre überraschende Renaissance einem obskuren Gefühl – dem Ressentiment: „Die Wahlerfolge dieser Partei beruhen vor allem auf einer Mobilisierung des nämlichen Ressentiments – eines Minderwertigkeitsgefühls gegenüber den 'selbsternannten Siegern der Geschichte' (so die PDS in ihrem Programm). Hinzu kommt Zorn über tatsächliche Härten und Ungerechtigkeiten des Einigungsprozesses." (Winkler).

Mentalität – reaktionär und rational

Tiefer ausgelotet enthüllt diese Stimmungslage eine nachgerade primitive Rück-ständigkeit: „Die PDS ist eine Partei der Heuchelei. Ihre Wähler und Mitglieder eint ein diffuser, dumpfer, im Grund unpolitischer Haß gegen die demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik." (Wolle)

Andere Diagnosen sind vorsichtiger, begnügen sich damit festzustellen, diese Gruppierung zeige „wenig Neigung zur Demokratie" (Noelle-Neumann), verstehe ihre Organisation als schützende „Ersatzfamilie" in einer herzlosen Welt (Leipziger Volkszeitung). Wie auch immer, unweigerlich schwingt das Bild von Alter und Abschreibung mit: Solchen Leuten ist nicht mehr zu helfen, aber sie sterben irgendwann aus – worauf auch jener Optimismus setzen dürfte, demgemäß alles seinen gut-demokratischen Gang gehen werde.

Der Eindruck einer sklerotischen Radikalität stimmt teilweise; er trifft den organisierten Stamm. In dieser Hinsicht ist die PDS tatsächlich 'eine Partei der Alten': 38 Prozent sind über 65 Jahre, weitere 33 Prozent wurden zwischen 1930 und 1939 geboren- rund „zwei Drittel der heutigen PDS-Mitglieder könnten mithin als 'Pioniere' des Sozialismus bezeichnet werden, deren Lebenswerk nun gescheitert sei." (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Bei den Wählern freilich verkehrt sich das Bild: rund zwei Drittel sind noch keine 55, rund ein Viertel ist unter 35 – und je jünger diese Leute werden, um so weniger kann ihre sozialistische Loyalität das Resultat entwerteter Pionier- oder Lebensleistungen sein. Da rächen sich wohl keine reaktionären Gesinnungstäter; eher regiert eine *rationale Unverträglichkeit* die Wahlkabine: wer enttäuscht, soll enttäuscht werden, wer peinigt, soll gepeinigt werden. „Die PDS wählen heißt, den Nerv zu treffen" (Süddeutsche Zeitung) – eine Reaktion, die wieder ins Bild paßt (und sich übrigens in der hohen Wahlabstinenz, die seit neuestem sichtbar wird, konsequent fortsetzt).

95 Prozent der Ostdeutschen (gegenüber 93 im Westen) haben 1990 erklärt, zur Demokratie gehöre eine funktionsfähige Opposition – womit natürlich *nicht* ein verkappter und verlängerter Sozialismus als Systemalternative gemeint war. Dieses Datum hat damals Hoffnungen geweckt, weil es wie kein zweiter Indikator belegt, daß die Demokratie als 'Regime' unterstützt wird, also abstraktes Vertrauen genießt, ohne Rücksicht auf den 'Ausstoß' ihrer Institutionen, zu dem naturgemäß wenig beitragen kann, wer vom Regieren ausgeschlossen ist.

Hätte diese *Instant*-Überzeugung sich richtig gesetzt, wären auch unsere Landsleute 'gute Demokraten' geworden, und ihre 'Mentalitätslücke' (Lepenies) gehörte der Vergangenheit an. Doch das sozialistische Erbe – jener alltägliche Materialismus, dem einst nur Pressionen eine Abstraktion abringen konnten, bevor am Ende gar nichts mehr ging – gibt den „Gewohnheiten des Herzens" (Tocqueville) verzerrte Signale. Vom Systemvertrauen zur Ergebnisorientierung geht die Reise – für viele eine Fahrt ins Ungewisse: Daß wir „*ein* Volk" seien, glauben nur noch wenige, genau: 28 Prozent. Was aber sind wir sonst? ●

Wolfgang Fach ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig.

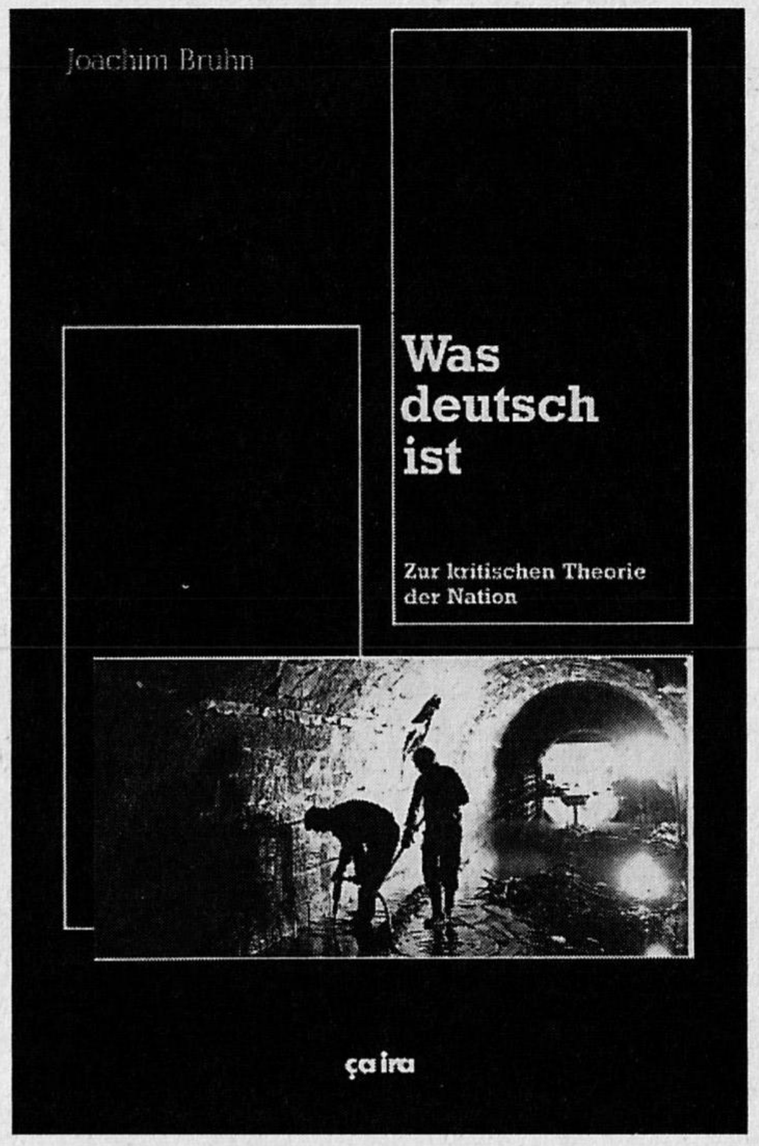
Literatur: *Fuchs/Klingemann/Schöbel 1991: Perspektiven der politischen Kultur im vereinigten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 32, 35ff. – Gabriel 1993: Institutionenvertrauen im vereinigten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 43, 3ff. – Gebhardt/Kamphausen 1994: Mentalitätsunterschiede im wiedervereinigten Deutschland.In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 16, 29ff. – Srubar 1991: War der Sozialismus modern? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43, 415ff.*
Winkler 1994: Das organisierte Vergessen. Die kalkulierte Unschärfe der PDS. In: FAZ, 30.7.94. – Wolle 1994: Hört die Signale. In: FAZ, 27.7.9

LUDI LODOVICO

Erste Fahndungserfolge: Neue Literatur zur Nation

Der Gemeinsinn hausiert seit einigen Jahren mit zwei Thesen, die zwar ebenso einfach wie gefährlich sind, aber trotzdem und wohl auch gerade deshalb Konjunktur haben. Martin Walser stellte die Frage: „Als wer wird man denn geboren?“ Und im rhetorischen ‘denn’ steckt die Antwort und der Wahnsinn. Selbstverständlich wird einer sowenig als Pole geboren wie als Muslim. Zu derlei wird man gemacht – durch Eltern, Schule, Kirche und andere Sozialisationsagenturen. Die zweite These läuft darauf hinaus, richtig verstandene Nation und richtig verstandene Demokratie hingen zusammen und könnten erhobenen Hauptes auf eine geglückte Geschichte zurückblicken. Dabei war der Zusammenhang zwischen Nation und Demokratie immer nur taktischer, kurzfristiger und oberflächlicher Natur: Die Nation ist ein Kampfprogramm gegen Andere und Fremde, während eine Demokratie, die ihren Namen verdiente, als libertär-egalitär-solidarische Rechts-, Wirtschafts- und Sozialgesellschaft, an der man als Person partizipiert und nicht nach irgendwelchen Regeln des Besitzes, der Klasse, des Standes, der Herkunft, des Geburtsorts, der Blutsverwandtschaft oder der stammesmäßigen Kampfgemeinschaft.

Joachim Bruhns Buch „Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation“ versammelt zehn bereits anderswo erschienene Aufsätze und Vorträge jetzt in einem sorgfältig edierten Band. Sein Fazit: „Der Nationalwahn ist die Maske vor der ökonomisch organisierten und politisch verwalteten sozialen Nichtigkeit des Individuums“. Der Autor zeigt die historischen Irrgänge und Holzwege, auf die zwangsläufig stößt, wer ‘Nation’ und ‘nationaler Identität’ Positives abgewinnen will. Da tun sich dann, wie Bruhn demonstriert, ziemlich schnell abgründige Verwandtschaften auf – etwa zwischen Martin Walser und dem Nazi-Pädagogen Ernst Krieck. Bruhns scharfe Urteile schießen manchmal über das Ziel hinaus. So wird man schlecht den Herausgeber – Jürgen Habermas – dafür verantwortlich machen können, was andere Autoren in einem Sammelband schreiben. Und Habermas’ Rolle im ‘Historikerstreit’ – den es ohne seine Intervention gar nicht gegeben hätte – entstellt Bruhn völlig. Dennoch zeichnen die Aufsätze die Geschichte der letzten fünf Jahre noch einmal so



nach, daß man mit dem Augenreiben über die Amnesie und den nationalen Taumel, in die Teile der deutschen Intellektuellen nach 1989 verfallen sind, kaum nachkommt. Terminologisch könnte man sich gelegentlich etwas mehr Präzision wünschen – etwa bei der forschen Rede über „Kollektivschuld“ oder bei der Behauptung, Auschwitz sei das „Gründungsverbrechen der bürgerlichen Gesellschaft der Deutschen“ gewesen. War Weimar keine „bürgerliche Gesellschaft“? – Die abschließenden Thesen zur „Abschaffung des Staates“ bzw. „zum Verhältnis von anarchistischer und marxistischer Staatskritik“ sind im theoretischen Zugriff geprägt vom Aufbruchsgeist der 70er Jahre und wirken in ihrer radikalen Empirieferne etwas matt.

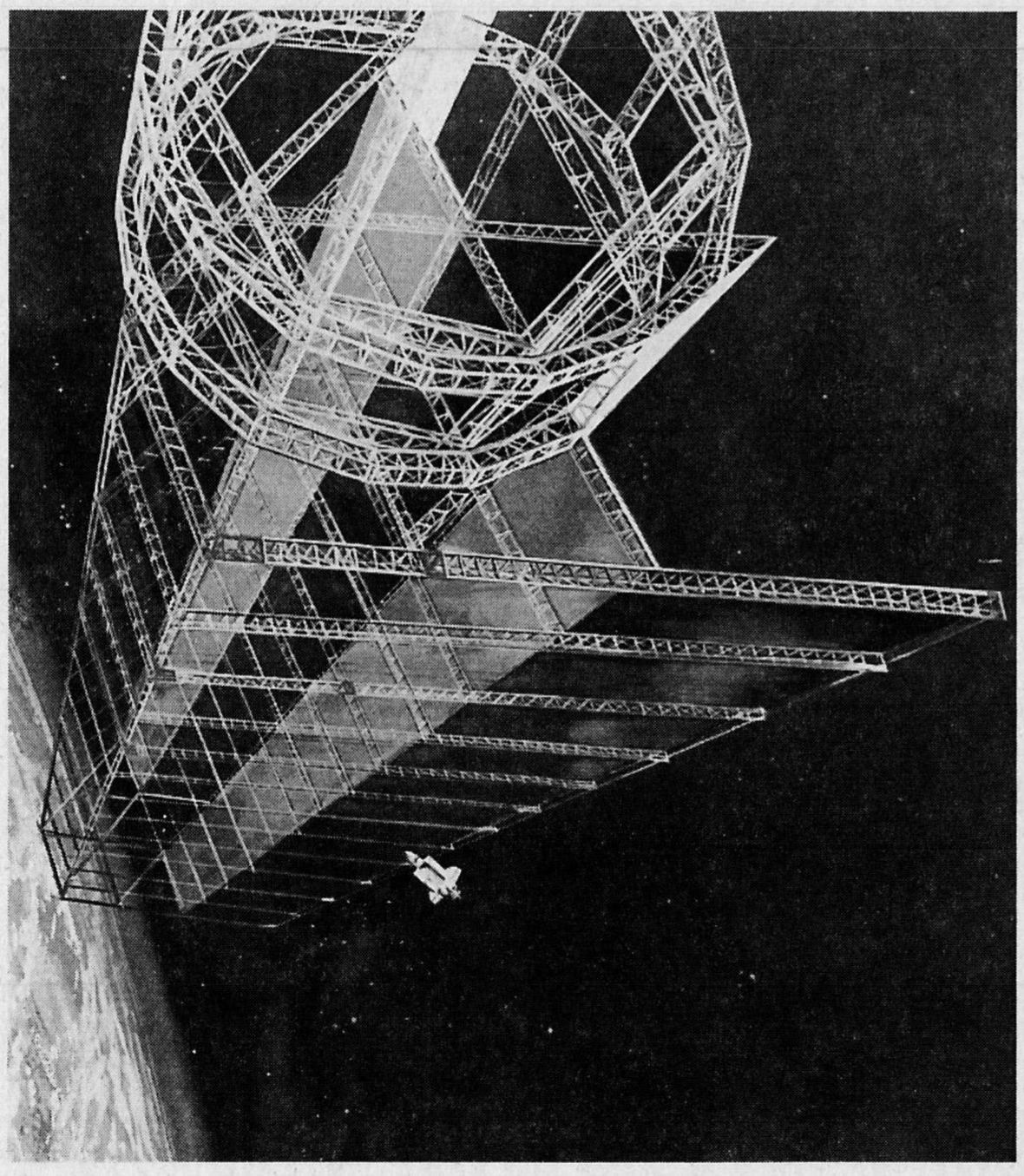
Der Band aus der Edition ID-Archiv vereinigt sechzehn Beiträge von Autoren und Autorenkollektiven zum Thema Nation. Sie entstanden im losen Zusammenhang mit einer Kampagne westlicher Wohlfahrtsausschüsse („Musiker, Intellektuelle, Antifas“) in Ostdeutschland gegen die „völkische Fusion von BRD und DDR“. Der Anspruch war hoch, aber der Troß stieß drüben auf „grenzenlose Gleichgültigkeit“. Praktisch ist „der Versuch des Hamburger Wohlfahrtsausschusses, die Zusammenarbeit zwischen Linksradikalen im Westen und im Osten zu verbessern ... gründlich gescheitert“. Theoretisch ist der Ertrag eines Kölner Kongresses vom Sommer 1993 „Zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels“ in dem Band dokumentiert und höher zu veranschlagen als die praktischen Ergebnisse der Osttour. Die Beiträge sind von recht unterschiedlicher Qualität. Die Bandbreite reicht von Flugblättern über eher einfach gestrickte Thesenpapiere und Kurzreden bis zu kleinen Aufsätzen. – Vor allem bei den offenbar ad hoc gehaltenen Reden drängt sich der Eindruck auf, daß oft nicht „sehr deutlich wurde, worauf er eigentlich hinaus wollte“ (so A. Fanizadeh über durchgehend Konfuses von D. Diederichsen). Das gilt auch für die verbal radikale, aber substanzlose Kritik, mit der Teilnehmer an Demonstrationen gegen die Morde in Mölln und anderswo im Windschatten der FAZ und B. Seebachers als „Volksgenossen“ denunziert werden: „Ein Spießer muß noch kein Faschist sein, und ein Lichtlein kann subjektiv auch anderes als Zustimmung zum sogenannten Asylkompromiß signalisieren“ (A. Fanizadeh).

Einzelne Beiträge beruhen mehr auf Improvisation und historischer Spekulation (Deutschland habe als „weltweiter Stichwortgeber für das ‘ethnische Prinzip’ gewirkt“ – so G. Jakob) als auf solider Analyse, aber im großen und ganzen vermitteln die Aufsätze einen anregenden Blick auf die Verhältnisse aus linker und linksradikaler Sicht. Die überzeugendsten Beiträge stammen von Isabelle Graw mit einem couragierten Plädoyer „Für Theorie“, von Jost Müller über „Rechtes Denken und linke Intellektuelle“ (sehr gut dokumentiert) sowie von Sabine Grimm über „Sexismus ohne Sex?“; sie kritisiert den vermeintlich radikalen Reduktionismus, in dessen Perspektive jedes Wort über Geschlecht in Biologismus abrutscht, weil nicht mehr differenziert wird zwischen Theorien über sexuelle Differenz und schlicht reaktionären Geschlechterideologien. ●

Joachim Bruhn, „Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation“, ça ira, 185 S., Freiburg 1994.
Wohlfahrtsausschüsse (Hg.), „Etwas Besseres als die Nation. Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels“, Edition ID-Archiv, Berlin 1994.

JÜRGEN ROTH

Wem fällt auf, daß sich in den ersten beiden und den letzten beiden Buchstaben des Namens eines bedeutenden deutschen Kolumnisten der vollständige Namenszug eines bedeutenden Theoretikers des Kommunismus verbirgt?



Erstmal und erstmals mir. Und deshalb beginne ich diesen kleinen Text mit einem kleinen Bekenntnis. Zwar, sage ich also, mag man ja nicht mehr hinhören. Will keineswegs wiederholt wahrnehmen, ja lesen. Doch man tut es. Warum? Weil ja irgendwie gelebt werden muß. Soviel als Vorwort.

Ich möchte dieses kleine Traktat (Wittgenstein) *mit einem Bekenntnis* (Laclos) *beginnen: Ich war Urbanist* (Descartes, der späte).

Um wen geht es? Zunächst: um *eine Selbstanzeige*. Von einem, der auszog – richtig: von einem, der wegzog, um zurückzukehren. Ein Gespenst geht um, stop! Ein Gespenst lief rund *durch Frankfurts links-alternative Kneipen, Politzirkel, Wohngemeinschaften und Beziehungen,* es *spukte in den achtziger Jahren eine hedonistische Utopie* (Marx, Engels)*: Frankfurt – die Metropole. Dann kam die Wiedervereinigung.* – Und aus war es mit Frankfurter Beziehungen, weil die urbane Vision hin ist. Wovon handelt mithin diese kleine Schelte?

Um grobem Unverständnis vorzubeugen: *Nicht daß Sie mich mißverstehen. Wir Urbanisten waren* (...) *eher ein bunt zusammengewürfelter Haufen* (Escher) *aus unterschiedlichen Lagern* (Trotzki) *mit unscharfen Rändern* (Baudrillard). Diese Truppe alter Gewürzgurken mit viel faulem Biß suchte *eine geistige Tinktur für ihr schlechtes Gewissen.* Da entdeckte sie, daß *große Städte* gemeinhin *Kraken, die ein Land* (...) *erbarmungslos zentralisieren*, und (...) *Anonymitätsmaschinen* (...) sind*, in denen die Menschen* (...) *entfremden. Kampf den Metropolen! dachten wir lange*, haha, *gleichzeitig lebten wir verdammt gerne* (Bukowski) *in der Großstadt.* Was tun, Verwirrnis groß!?

Man zog aufs Land. Quatsch, man machte weiter, aber mit Programm. Aus *bizarren Mißverständnissen und lebensgeschichtlichen Katastrophen* (Habermas), unter deren Räder die Auswanderer *in Richtung Provinz oder in die ländlichen Regionen Südeuropas* bald ja doch kamen, lernten letzthin alle. Mit der ollen Metropole war, jetzt wurde's deutlich!, ein Stück *andere Qualität, ihr unauflöslicher Wirrwarr, ihre unheilbare Widersprüchlichkeit* verloren gegangen. Vermißt worden das obige. Das nämlich *macht sie zu einem Gegenmittel gegen* (...) *den Nationalismus.* (...) *Daß dabei zuweilen gehauen und gestochen wird, liegt auf der Hand.* Egal, schon *liebten wir die Hochhäuser.* Vorbild: *das herrlich dekadente Berlin der Zwanziger.* Denn jeder wußte nun ja und *kann ein Lied davon singen, wie die Großstadt das Hirn durchspült* (Vischer, Fischer). Eine Sekunde nicht aufgepaßt, und schon nen Bullen plattgemacht.

Aber zurück zur Stadt. Ihr Eigentliches ist ihr Nichtsein, *das Fehlen einer waschechten deutschen Metropole*, ihre Zukunft die gegenwärtige *Hoffnung auf Brillanz* (Reif). Denn: *Brillanz ist nichts anderes als das Gegenteil von Durchschnitt.* Mit *dem Vorhandensein einer die Dinge (...) auf-den-Punkt-bringenden Metropole* wäre sozusagen alles klar gewesen. Sie, die Hoffnungen (Bloch) der *urbanen Visionen der Weißweinfraktion aus Geld* (Simmel), *Macht und Intellekt*, quasi – *ich wage das Wort nicht auszusprechen – Utopien* (Blechbloch) also, stützten sich im wesentlichen auf vier Pfeiler: *Echte Großstädte sind Erste, Zweite, Dritte Welt* und *ehrliche Abbilder der Ungleichheit.* Kommt hinzu, daß die Metropolen *gewissermaßen den Fußabdruck des gesamten Planeten in einer Nationalkultur* hinterlassen. Damit war der Weg endlich frei.

Er ging im großen und ganzen den *Weg über die großstädtische Kultur.*

So, wo sind wir angelangt –. Beim status quo ante praktisch, strukturell in der *Kritik an Krankfurt, Bankfurt, Gestankfurt* (Kant) jetzt doch schon. (Dieses Tempo nimmt einen ganz mit.) Warum *wir uns bald Frankfurt als moderne Großstadt mit internationalem Flughafen halluzinierten* (Benjamin), *als Knotenpunkt, in den Ideen, Designkonzepte* (Foucault), *Diskurse hinaus- und hineingingen*? Weil Artikel in den „Pflasterstrand" hineingeschrieben gehörten, *in denen wir* (...) (u.a.) *die multikulturelle Gesellschaft auch als Gesellschaft der Ungleichen, der Nicht-Assimilierten verteidigten.* Und das war sehr gut.

Und jetzt mal ein paar Thesen, die das Spätere bezeichnen und ausdeuten im Sinne nonchiliastischer Präferenzbedingungen fürs Kommende. 1) Das kompromißlose Bekenntnis zur Spaßguerilla: *Wir bekennen heute, daß es auch immer noch alte, linke Lust an der Provokation war, die uns umtrieb.* (...) *Die intellektuellen Degen richteten sich im Zweifelsfall auch gegen das eigene Lagerdenken.* So soll es sein. Schon Lenin lehrte, daß nur die Avantgarde ihrem Begriff nach recht umtriebig vorandenken wie vulgo handeln oder scharf schießen kann. These 2) *Es gab noch andere Faktoren.* 3) ist festzuhalten: Als die Linke der Stadt aus ihrem *Lebensart-Lager* auszog, vermochte sie den ollen kommunistischen Kamellen ade zu sagen, um gleichwohl an linker Hegemonie nicht ernstlich Schaden zu nehmen – nein, Blödsinn: *„Diskurs" war das Zauberwort dieser Jahre.* Wo wir sind? In der auratischen Rauschabzugshaube *unserer urbanen Euphorie: Die Stadt als Platz der permanenten Debatte, des Ideenstreits: ein Truppenübungsplatz der in Deutschland nie richtig erlernten Demokratie.* Indessen die 4) These behauptet: *Wir feierten Straßenfeste mit Costas und Luigi (...) in jenem wunderbaren Dunst aus Knoblauch, Rotwein und Cevapcici* (ALDI). Was ein Scheißtext. Aber weiter.

Die Stadt ist ein Mirakel und soziologisches Zentrum. In ihr gesellt sich zur *gastronomisch-hedonistischen Vision* (*– und destillierte sogar ein Amt daraus*) die *multikulturelle Idee; sie hatte damals eine revolutionäre Klammer. Als die Grenzen nach Osten sich öffneten* (...), *verlor aber die Multikulturalität ihre erotische Kraft.* Deshalb: These 5) *Gepflegt wird sie heute von den Herren in den Bankentürmen*, Damen bleiben außen vor. ZuRecht. Haben jene je von Kunst zu verstehen sich etwas anheischig machen können *und mit ihrem notorischen Hang zu den schönen Künsten* (...) *ein besserer Garant für das Weiterleben des urbanen Geistes in Deutschland* werden wollen? Sie wollten nicht.

(Leser, die jetzt nicht mehr weiterlesen wollen, lesen nicht mehr weiter.) Es geht hier um einen, der *sich dieser Tage als Frankfurt-Emigrant seiner alten Heimatstadt nähert, etwa im leise gleitenden ICE* (...) *oder im Anflug über den Stadtwald*, der säurezerfressen sein häßliches Geripp in die tief durchwelkte, von hundsföttischen Raupen umwölkte Himmelsansicht streckt. Dieser Mann muß leiden. *Über Nacht zerstob der Traum* (King), dem auch *ein übergroßer Flughafen* wenig mehr nützen mag. Frankfurt, seine Bewohner und Nächte: sind sie noch mehr als bloß *zurückgefallen in Mittelmaß* (Enzensberger)? Wohl kaum. *Wie auch? Wie* kann *„Brillanz" entstehen, wenn man auf den Parties immer die gleichen Gesichter sieht, weil es einfach nur eine Handvoll von ihnen gibt?*

Verlust Wehmut Schmerz Reigen. Das lustige Angesicht *einer wundervoll widersprüchlichen Stadt* ist kaputt, Schwere dräut, *die Schneider-Pleite, im circensischen Balanceakt zwischen Dom und Paulskirche* und *von Schoeler*. Was bleibt?

Wer weiß es sicher! Wurde zwei Jahrzehnte lang in existentialistischer Weise um die Frage der Radikalität gerungen – (*In Frankfurts Wohngemeinschaften, Kneipen, Beziehungen wurde zwei Jahrzehnte lang in existentialistischer Weise um die Frage der Radikalität gerungen* –), so sind die Erfolge gleichsam dessen ungeachtet stolz. *Zerbrechen der Frontlinien, das „Cross-Culture"-Projekt, die Auflösung der alten Dogmatismen*: *war harte Arbeit* und letztlich der Sieg. Mit dem dergestalt endlich doch errungenen-, nein, so geht der Satz nicht weiter.

Er geht so: Die Weißwein-Allianz *ist ein besseres Bollwerk gegen die Restauration als alle antifaschistischen Demonstrationen und Aufgeregtheiten, die wir in den letzten Jahren erleben durften und in denen die blöden alten Denkmuster wieder durchschimmern.* Deshalb zum Schluß eine Mahnung: *Wenn es* (...) *nicht gelingt, auch andere, emotionalere Energien an die Politik zu binden,* dann, *meine Damen und Herren, ziehe ich endgültig aufs Land.*

Sprechen wir das gräßliche Wort mutig aus, Utopie —

Der Aufsatz sollte erst „Über eine Arschgeige aus dem Höllenkreis der Anspielung oder Bekenntnisse eines nichtsnutzigen Trendfuzzis – Eine Stadt sucht ihren Mann" heißen. Der Verfasser ist davon aber abgekommen. ●

Kursiv gesetzte Passagen kennzeichnen Zitate aus: Matthias Horx: „Wir Stadtneurotiker", in: Journal Frankfurt, Nr. 16/17.

Von Jürgen Roth ist im Genista-Verlag gerade das Buch ***„Der Ball ist eine Totalität"*** *erschienen. Es wurde reichlich illustriert von Heribert Lenz (TITANIC), enthält einen Gastbeitrag von Thomas Gsella (TITANIC), hat einen gut lesbaren Umfang von 78 Seiten und kostet 14,80 DM. Erhältlich über den Buchhandel oder direkt bei: GENISTA-Verlag, Fichtenweg 3/701, 72076 Tübingen.*

Jürgen Roth

Der Ball ist eine Totalität

G

Frankfurter Rundschau: Letzte Ausgabe

Wir hatten uns zu früh gefreut.
Im September erschien die letzte Ausgabe der Frankfurter Rundschau. Die Herausgeber und Angestellten räumten ein, in der letzten Zeit viele Fehler gemacht zu haben. Ungewohnt selbstkritisch beleuchtete der Leitartikel den Beitrag der links-liberalen, sich ach so kritisch wähnenden Presse zu den von ihr bedauerten Verhältnissen. Die anschließenden Seiten waren denn auch ein erster und letzter Versuch, es besser zu machen und dem vielbeschworenen Informationsauftrag der vierten Gewalt ein wenig gerechter zu werden. Neben der Darstellung der herrschenden Abschiebepraxis und der Aufforderung, nicht nur zu jammern, sondern nach schweizerischem Vorbild praktische Unterschlupfmöglichkeiten für Abschiebekandidaten zu schaffen, wurde den LeserInnen ein Einblick in die Alltagsarbeit der autonomen Antifa samt deren Sabotage durch die Staatssicherheitsorgane gewährt. Ebenso wurde versucht, die gängige Verknüpfung von Kriminalität und Ausländern im städtischen Sicherheitsdiskurs zu durchkreuzen, an der die FR seit Jahren kräftig mitgewebt hat. Alles andere als sicher fühlte sich etwa ein Jugendlicher aus Marokko – wen wundert's –, wenn er heute auf die Konstabler Wache gehen will. Lieber macht er einen großen Bogen um die schöne neue Zeil. Das entsprechende Feindbild des Drogenhändlers wird nach Ansicht der letzten FR quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen willig akzeptiert: „Dealer verpißt Euch!" pinselten die Bewohner der Hafenstraße an ihre Fassade.
Leider kamen die wirklichen Verantwortlichen der FR dem Rat der „böswilligen Fälscher" nicht nach. Weder wurde die Produktion eingestellt, noch das journalistische Konzept überdacht oder gar verändert. Wohl um das hausinterne Telephonsystem zu entlasten, mußte die FR von der bloßen Existenz ihres autonomen Abkömmlings berichten und konnte so ihrer gewohnten Linie des Totschweigens aller nicht-militanten Aktionen der Autonomen gerecht werden. Über die schwesterliche Kritik der letzten FR schwieg sie sich bis heute aus.
Im folgenden dokumentieren wir den Leitartikel.

Liebe Leserinnen und Leser,
In der vor Ihnen liegenden Sonderausgabe möchten wir – die Herausgeber und Angestellten der FR – zu unserer Berichterstattung über die Themen Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß Stellung nehmen.

Wir – das heißt, alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dieser Zeitung haben in der Vergangenheit Fehler gemacht. Wir haben, ob bewußt oder unbewußt, das zu entscheiden bleibt Ihnen nach der Lektüre dieses Artikels selbst überlassen, unsere Machtstellung als Meinungsbildner mißbraucht. Denn mächtig sind wir. Wir haben uns, ohne übertreiben zu wollen, eine Position geschaffen, die ohne Bedenken als 4. Gewalt neben den drei bestehenden Staatsgewalten bezeichnet werden kann. Wir haben uns nicht der Aufklärung, sondern der Manipulation verschrieben. Die Methoden, derer wir uns bedienten, möchten wir nun schonungslos offenlegen.

Rassismus zeigt sich nicht nur in seinen „alltäglichen" Formen auf der Straße, wie Beleidigung, Angriffen, Anschlägen und Morden. Sondern Rassismus bedeutet auch, daß die Situation von Migrantinnen und Migranten, Flüchtlingen und allen Minderheiten maßgeblich von Machtinstanzen, die Einwanderung, Bleiberecht, Wohlfahrt, Arbeitsplätze, Wohnen, Politik, Kultur und Medien kontrollieren, bestimmt wird. Wir – die FR – sind eine solche Machtinstanz. Sie alle lesen Zeitungen, wenn nicht die FR, dann eine andere. Sie alle berufen sich bei Gelegenheiten auf einen Artikel, den Sie in unserer Zeitung gelesen haben, um Ihre eigenen Vorurteile wie allgemein anerkannte Urteile erscheinen zu lassen. „Das braucht man doch nur in der Zeitung zu lesen", pflegen Sie zu sagen, wenn Sie Ihren Diskriminierungen Autorität verleihen wollen, und die FR war immer eine dankbare und nicht endenwollende Zitatenquelle. Wir – die ZeitungsmacherInnen mit unserem Produkt – sind nicht neutrale Mittler zwischen anderen Machtinstanzen und Ihnen, der breiten Öffentlichkeit, sondern wir – die Eliten der Presse – leben mit den Eliten der Politik in einer Symbiose, einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Im Fall des Artikel 16 GG haben wir PolitikerInnengefasel vom angeblichen „Asylmißbrauch" aufgegriffen, durch 100 000 fache Vervielfältigung ein Klima von „Bedrohung" geschaffen und der bestehenden rassistischen Grundhaltung die Möglichkeit zur weiteren Entfaltung gegeben. Diese so produzierte „öffentliche Meinung", die als nationaler Konsens einhermarschiert, diente als Rechtfertigung der politischen Entscheidung, das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen.

Wir haben einen großen Anteil an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und nehmen aktiv an der Festschreibung und Bestätigung des Bestehenden teil. Wir spielen unsere eigene Rolle bei der alltäglichen Reproduktion von Ungleichheit, Diskriminierung und Rassismus und wir erzeugen und verfestigen Vorurteile und rassistische Haltungen und haben somit Mitverantwortung an der Eskalation von Gewalt. Wir – die FR, als ein Teil der Medienlandschaft – sind, wenn es um Rassismus geht, ein Teil des Problems.

Unästhetisch!

Schön, daß Frankfurts Straßen wieder sicherer sind. Überall kann man diesen netten Herren, meist ein kleiner Dicker und ein langer Hagerer, in ihren dezenten Uniformen begegnen. Und auch den eifrigen Hunden steckt man gerne hin und wieder ein Stückchen Wurst zu. Auch die Polizei gibt sich redliche Mühe, unsere Straßen zu säubern und die so notwendige Ordnung wieder herzustellen. Unschön ist allerdings, daß diese Säuberungsaktionen immer im Lichte der Öffentlichkeit stattfinden. Es ist einfach kein schöner Anblick, diese Demütigungen und Prügeleien bei Razzien und Festnahmen. Könnte das nicht etwas unauffälliger geschehen? Darüber sollten die Stadtoberhäupter einmal nachdenken. Erst dann wäre ein Spaziergang durch Frankfurts Straßen wieder ein Genuß.

Ihre Bastienne

Wir haben bislang das Leugnen unseres eigenen Anteils am Rassismus perfektioniert, wir fanden immer Schuldige, denen die Stimmung im Land angelastet werden konnte, es fanden sich immer sozial Benachteiligte, die für Anschläge verantwortlich gemacht werden konnten: Einzeltäter, mißgeleitete jugendliche, Betrunkene, die nicht wußten, was sie tun – als Opfer, die schon deshalb keine Täter sein konnte. Schon eher sahen wir die Schuld bei den Angegriffenen selbst, die durch ihre bloße Existenz diese Angriffe geradezu herausforderten.

Wir haben die Täter zu Opfern und die Opfer zu Tätern gemacht. Wir haben mit bemerkenswerter Einfühlsamkeit und Sachlichkeit über die „Ängste und Probleme“ der Deutschen um Umgang mit ausländischen Menschen berichtet, aber wir haben – wenn überhaupt – mit bemerkenswerter Unkenntnis und Unwilligkeit übe die Probleme und Ängste der Flüchtlinge selbst berichtet. Aber ist Ihnen noch nicht aufgefallen, daß wir selbst die Diskriminierung und Ungleichheit widerspiegeln, daß in den Reihen unserer Beschäftigten, bis auf die nächtliche Putzkolonne, kaum ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden sind? Daß daher die Situation der aus anderen Ländern stammenden Menschen immer nur aus unserer deutschen Perspektive wiedergegeben wird, daß wir selbst weit davon entfernt sind, die Vielfältigkeit und Verschiedenheit unserer Gesellschaft zu repräsentieren?

Die Grundstruktur rassistischen Denkens besteht darin, untereinander höchst verschiedene Menschen allein unter dem Aspekt ihrer angeblichen Zugehörigkeit zu einer bestimmten „Volksgruppe“ oder einem „Kulturkreis“ – also ihrer sogenannten „ethnischen Angehörigkeit“ – zu homogenen Gruppen, wie z.B. „die Türken“, „die Deutschen“ etc. zusammenzufassen. Dies zieht sich kontinuierlich durch unsere Berichterstattung. Bestehende gesellschaftliche Konflikte und Herrschaftsverhältnisse werden dann ganz einfach zu ethnischen „Unverträglichkeiten“ interpretiert.

Um unser liberales Image zu wahren, wiesen wir allzu dumpfe rassistische Schlagworte zurück: rassistischem Mord und Terror hielten wir aber nur die bekannten Nützlichkeitserwägungen bezüglich MigrantInnen entgegen. Als Argument gegen die Verfolgung von Menschen führten wir nur deren Leistungsfähigkeit in Wirtschaft, Kultur und beim Steuerzahlen an. Wenn Menschen ohne deutschen Paß diesen Maßstäben nicht genügten, gab es allerdings kein Pardon. Betätigen sie sich zudem in gesellschaftlich geächteten Bereichen, wie „Kriminalität“ oder „Drogenhandel“, lassen wir in unserer tagtäglichen Berichterstattung die Nationalität der „Täter“ zu ihrem wesentlichen Erkennungsmerkmal werden. Durch ständiges, penibles Auflisten der Nationalität werden gewissen Delikte in die angebliche „Natur“ einer Bevölkerungsgruppe gelegt. Das heißt, wenn Sie z.B. unserer Serie über organisierte Kriminalität Anfang 1992 aufmerksam gefolgt sind, dann wissen Sie, daß „Türken“ den Heroinhandel kontrollieren, „Italiener“ und „Exjugoslawen“ Schutzgelderpresser sind, „Kolumbinaer“ den Kokainhandel in der Hand haben und daß, wenn Sie chinesisch essen gehen, Ihre Kreditkarte für internationalen Kreditkartenbetrug mißbraucht wird. So können Sie sich – hochverehrte deutsche Leserinnen und Leser – in einer Gemeinschaft von „Bedrohten“ und „Opfern“ wiederfinden, und mit dieser „Wahrheit“ auf Ihrer und unserer Seite können wir, moralisch legitimiert und gleichsam zu unserem Schutz“, Maßnahmen zur Erniedrigung, Ausgrenzung und Abschiebung von Nichtdeutschen einfordern und billigen. Unsere liberale „Über“-parteilichkeit bietet uns die Möglichkeit, uns flexibel im rassistsichen Konsens zu bewegen. So können wir im Zeichen der Meinungsvielfalt, und um auch anspruchsvollere Geister zu bedienen, kritische Hintergrundberichte liefern, die aber in der Masse der lokalen „Alltagsberichterstattung“ zur Bedeutungslosigkeit verkommen.

Wir haben die Macht, Alternativen aufzuzeigen, haben sie aber dazu genutzt, eben diese Alternativen totzuschweigen; sehr auffällig ist unser Mangel an Bemühen, rassistischen Stimmungen entgegenzuwirken. Wir haben Minderheiten keine Chance gegeben, ihre Situation darzustellen, haben ihnen kein Forum gegeben, sondern haben selbstgerecht und oft genug zynisch über deren Lebenssituation berichtet.

Über anti-rassistische Bewegungen und Aktionen jenseits staatlich verordneter Lichterkettenscheinheiligkeit pflegten wir nichts zu schreiben. Wenn überhaupt, dann stellten wir anti-faschistischen Widerstand als gewalttätige, unpolitische Auseinandersetzung zwischen „links“ und „rechts“ dar.

Unser Sensationsjournalismus, ohne den viele – auch wir – nicht mehr glauben leben zu können, hat eine nicht zu übersehende Tendenz. Er dient der Ausgrenzung derer, die von der „deutschen Norm“ – die wir belieben, selbst zu definieren – abweichen und gilt als Rechtfertigung für Isolierung, Bedrohung, Bekämpfung und Ermordung dieser Ausgegrenzten.

Das Recht auf Asyl existiert nicht mehr – das haben wir gemeinsam erreicht. Wenn wir danach mitleidige Artikel über Einzelschicksale, Selbstmordversuche und Selbstmorde von AsylbewerberInnen verfaßten, über die erbarmungswürdige Situation von Flüchlingskindern in fensterlosen Abschiebeszimmern berichteten, so gab das uns und Ihnen immer das Gefühl, noch menschlich empfinden zu können. An der Situation der Menschen, die hierhergekommen sind und noch kommen wollen, ändert das überhaupt nichts mehr.

Wir möchten nun, liebe Leserinnen und Leser, daß Sie rückblickend Ihre eigene Haltung überprüfen, Ihre Zustimmung zur Änderung des Artikels 16 GG kritisch reflektieren.

Wir selbst ziehen die Konsequenz aus all dem oben genannten und stellen die Erscheinung der FR ab der Samstagsausgabe bis auf weiteres ein. ●

BAHAMAS

Zirkular der Gruppe K, erscheint alle 2-3 Monate mit Texten und Analysen zu Deutschland und der marxistischen Diskussion. Antinational, antikapitalistisch, marxistisch.

Bahamas 15

"Wir lieben unsere Heimat"

Die Linke und die Nation

Halluzi-Nation * KPD/SED und "nationale Frage" * Die Farben der DDR: Schwarz-Rot-Gold * Ostidentität: in der Tradition nationaler Geschichtspropaganda * Völkisches aus der PDS * Konferenz: "Links ist da, wo keine Heimat ist"
Außerdem: Gedenkfeiern 1994: Erinnerungen an die Zukunft * Plutoniumverwirrspiel: Griff zur Bombe * CDU-Europa: Drohung mit dem Sonderweg * Wozu wählen? * Kritik an K.O. Hondrich

Noch erhältlich:
BAHAMAS 14: Das Ende der Blockade: Sieg des Anti-Antifaschismus (Deutschland und Italien)
BAHAMAS 13: Neue Proletarität? Krise, Linke und revolutionäres Subjekt (Kritik der K.H. Roth-Thesen)
BAHAMAS 11: Krise und Intervention: Somalia, Jugoslawien. C. Türckes Rassismus.

Einzelpreis DM 6 (nur Vorauskasse/Briefmarken). Abonnement: DM 18,- für drei Ausgaben.

Büro K, Karolinenstr. 21/Hs. 2, 20357 Hamburg , Tel. 040-438846.
Konto: S.Roisch/K.Dreyer, HaSpa, BLZ 200 505 50, Kto. 1228/122 386.

JOHN ELY

Deutsche Geister in den USA

Einwanderungshysterie, Verbrechensbekämpfung, Rechtswende der Kritischen Theorie und aufgewärmte Reste der deutschen Historikerdebatte in den USA

Im Zeitalter des „global village" (R. Buckminster Fuller) oder des „information superhighway" (Clintons Propagandamaschine) bedarf der kulturpolitische Import und Export zwischen den Ländern besonderer Beachtung. In der Geschichte der Linken ist beispielsweise auf die Rolle gegenkultureller Impulse in den sechziger Jahren zu verweisen, auf die parallele Entstehung des deutschen und des us-amerikanischen SDS oder die Entwicklung eines maoistischen Sektierertums, die gegen Ende der 60er Jahre in allen industriellen Demokratien anzutreffen war.

In den letzten Jahren, ganz im Sinne des Zeitgeistes der „Neuen Weltordnung", sind solche Phänomene weit stärker auf seiten der Rechten zu verzeichnen. Das Ausmaß der Sympathie für die europäische Rechte in den USA ist bemerkenswert, noch bemerkenswerter ist jedoch das Auftauchen entsprechender Themen in der politischen Mitte der amerikanischen Öffentlichkeit.

Der Blick auf den rechtsradikalen ideologischen Austausch zwischen der Bundesrepublik und den USA verdeutlicht eine umfassendere globale Dynamik, innerhalb derer sich besondere Arten von Nativismus, Rassismus, Xenophobie und kulturellem Nationalismus ausbilden können. Der fortgesetzte, immer weiter um sich greifende rechtsradikale Diskurs in den USA offenbart in seiner Affinität zu deutschen rechtsradikalen Diskursen einen bedeutenden ideologischen Wandel in den metropolitanen Ländern. Wie bundesrepublikanische Beobachter bereits in bezug auf Ausländerfeindlichkeit und Wohlfahrtsstaatschauvinismus bemerkt haben, so ist auch in den USA diese Entwicklung aus der vormaligen Mitte oder der Linken gekommen. Ich möchte hier vier solcher Prozesse aufzeigen. Zwei davon sind von zentraler Bedeutung für die us-amerikanische Politik, während die beiden anderen Beispiele eher den Charakter von Indikatoren haben.

Das Ressentiment gegenüber der Immigration ist in den USA ein ebenso auffälliges wie junges Phänomen. Noch in den 80er Jahren, als die Reform der Einwanderungsgesetze ein zentrales politisches Thema war, waren alle Versuche, diese Diskussion rechtsradikal aufzuladen, z.B. durch die Einführung einer „Gastarbeiterideologie", ein deutlicher Fehlschlag.

Ein solches nativistisches Moment war nicht einmal im Reaganismus enthalten. Im Gegenteil, Reagan posaunte immerzu die Ideologie vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten aus, und man erinnert sich noch, daß er Mitte der 80er Jahre in einem Footballstadion einer Zeremonie beiwohnte, während derer 1500 EinwandererInnen ihren Bürgereid ablegten. (Dabei handelte es sich natürlich um „unsere" Übersiedler, d.h. kubanische EmigrantInnen. Aber das unterstreicht nur die Unmöglichkeit ethnisch begründeter Ausgrenzungen zu Zeiten des Kalten Krieges.) Wie die Politologin Barbara Yarnold aufgezeigt hat, verliefen trotz der Unterstützung rechter Regimes in Lateinamerika durch die USA in der damaligen Zeit alle Versuche, die Bewegung für das Bleiberecht für Flüchtlinge aus El Salvador oder Guatemala zu zerschlagen, erfolglos.

Dies alles hat sich in den letzten zwei Jahren entscheidend verändert. Das bekannte, im amerikanischen Sinne liberale Fernsehmagazin „60 Minutes", das außergewöhnlich hohe Einschaltquoten erreicht, weckte im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag auf das World Trade Center im vergangenen Jahr erste Anti-Einwanderungs-Emotionen. Seither setzen seine Macher diese Politik fort, indem beispielsweise diesen Sommer ein ausführlichen Bericht darüber ausgestrahlt wurde, wie billig und einfach man an gefälschte Aufenthaltsgenehmigungen (Green Card) kommen kann. Positv dargestellt wurde ein neues Überwachungsprojekt der Einwanderungsbehörde, das inoffiziell als „bug-hunt" (Jagd auf Ungeziefer) bezeichnet wird.

Die Ressentiments gegen die Einwanderung, die am deutlichsten in den Grenzstaaten Kalifornien, Texas und Florida geäußert werden, haben ihre ideologischen Wurzeln ebenso im Spektrum der politischen „Mitte" wie bei den Konservativen. In der Kritik an der Einwanderung treffen sich denn auch Figuren wie der „moderate" Republikaner und vormalige Bürgermeister der Grenzstadt San Diego, Pete Wilson, und Diane Feinstein, Vertreterin der demokratischen Partei und ehemalige Bürgermeisterin von San Francisco. Wilson schlug eine Gesetzesänderung vor, nach der die in den USA geborenen Kinder illegaler ImmigrantInnen nicht länger automatisch die amerikanische Staatsbürgerschaft und damit das Recht auf Sozialhilfe und medizinische Versorgung erwerben sollen. Darüber hinaus führte er die ersten Prozesse gegen die Bundesregierung, um von ihr die Kosten, die der Stadt San Diego durch illegale EinwandererInnen entstanden, zurückzufordern. Dem Beispiel folgt man inzwischen auch in Texas, Arizona und Florida. Die eingeklagte Summe beläuft sich auf mehrere Milliarden Dollar.

Obwohl New York von permanenten eth-

nischen Spannungen geschüttelt wird, hat es sich bisher noch nicht der Anti-Einwanderungsbewegung angeschlossen. Ausgenommen davon ist die „New York Times". Sie, die als Ursache der Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik die hohe Anzahl der EinwandererInnen sah, hat natürlich auch kein Problem, diese Diagnose auf die USA zu übertragen. In der Tat hat die Times längst jeden Anspruch auf rationale Argumente aufgegeben, wenn es darum geht, die Anti-Immigrationsbewegung zu fördern. So empfahl sie in diesem Sommer, die EDV-Erfassung aller ArbeiterInnen auf der Grundlage des bestehenden Sozialversicherungssystems. Es geht dabei um die Einführung einer nationalen Registrierung, die es in den USA bisher nicht gibt. Die Times wünscht sich offensichtlich ein funktionierendes nationales Erfassungssystem, mit dem unerwünschte ImmigrantInnen schnell identifizierbar wären.

Dieser Ausbruch einer neuen populistischen Restriktionspolitik ist Ausdruck des wachsenden Wohlfahrtsstaatschauvinismus. Schließlich legitimiert die Times ihre Vorschläge damit, daß eine Begrenzung der Zahl der ImmigrantInnen nur den amerikanischen ArbeiterInnen am unteren Ende der sozialen Skala zugute käme. In etwas verhüllterer Form finden sich derartige chauvinistische Vorschläge auch bei amerikanischen sozial-demokratischen Intellektuellen, was sich anhand von deren Zeitschrift „Dissent" leicht nachweisen läßt.

Welche Rolle die politische Mitte der amerikanischen politischen Szene im neuen Diskurs über die Verbrechensbekämpfung spielt, ist für die Betrachtung des internationalen rechtsradikalen Ideenaustausches ebenfalls von Bedeutung. Die Initiative für das neue Bundesgesetz ging von der Clinton-Regierung aus. Es verlangt unter anderem, daßjemand, der wegen drei Gewaltverbrechen verurteilt wurde, lebenslänglich (das ist in den USA wörtlich gemeint) ins Gefängnis kommt. Desweiteren definiert es Dutzende neuer Kapitalverbrechen, auf die die Todesstrafe steht.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo Innenminister Kanther und die FAZ die Notwendigkeit der Verbrechensbekämpfung in unmittelbaren Zusammenhang zur Einwanderungsfrage setzen, ist der Anti-Kriminalitätsdiskurs der USA nicht in der Folge der Anti-Immigrations-Ressentiments entstanden, sondern gleichzeitig mit ihnen. Ebenso wie der Immigrationsdiskurs wird der Verbrechensdikurs nicht nur von den Konservativen, sondern auch von der politischen Mitte getragen. Außerhalb der Gruppe der schwarzen Kongreßabgeordneten gab es praktisch keine kritischen Stimmen, die Jesse James' Analyse, das Gesetz sei eine Mischung aus „Wundpflaster und Zyanid", geteilt hätten.

Die amerikanische Zeitschrift „Telos" gehörte zu den wichtigsten Publikationen in englischer Sprache, die sich mit dem westlichen Marxismus und der Kritischen Theorie beschäftigt haben. Sie veröffentlicht neuerdings Beiträge zur „Tradition". Zu den AutorInnen gehört Alain de Benoist, der Begründer der Neuen Rechten in Frankreich. Neben dessen Essays finden sich dann solche von Theodor Adorno, die einen identischen Titel tragen.

Paul Piccone, der Herausgeber von „Telos", finanziert die Zeitschrift heute mit den Einnahmen aus seinem Immobilienbesitz im Norden des Staates New York. Er dürfte zu den bedeutendsten links-libertären Intellektuellen seit George Sorel gehören, die tendenziell mit faschistischen Regierungen sympathisieren. Piccone veröffentlicht seit Jahren Texte von und Diskussionen über Carl Schmitt, insbesondere in Verbindung mit Autoren wie dem altbewährten Rechten Paul Gottfried (der sich in internationalen ultra-rechten Schmitt-Journalen einen Namen gemacht hat, z.B. in Günter Maschkes „Etappe") und Georg Schwab (den Franz Neumann bereits in den 60er Jahren als rechtsradikalen Erneuerer der Schmittschen Theorie bezeichnete). Piccone wirbt nicht nur in seiner Zeitschrift für Benoists „Krisis", sondern geht sogar so weit, „Telos" in Maschkes „Etappe" zu annoncieren. Zwar wurde ein Artikel, der diese Entwicklung kritisierte, von „Telos" abgelehnt, dafür aber erschien eine hoch polemische Replik von Georg Schwab mit dem Titel „Carl Schmitt Hysteria in the US". Die deutsche Fassung dieses Textes wurde in der ultra-rechten Festschrift „Politische Lageanalyse" für Hans-Joachim Arndt publiziert, zu deren Autoren auch Neonazis wie Günter Maschke, Armin Mohler u.a. gehörten.

Es geht hier nicht allein um die Frage, inwieweit man sich schuldig macht, wenn man sich auf solche Verbindungen einläßt. Vielmehr deutet die rhetorische und publizistische Vermischung rechter und linker politischer Ansätze auf tieferliegende Probleme. Piccones publizistische Strategie der „Toleranz" ähnelt auf ungute Weise dem Konzept der „Jungen Freiheit" oder jenem der zahllosen Anthologien, die Rainer Zitelmann herausgegeben hat. Zitelmann ebenso wie die „Junge Freiheit" gewinnen gerne linksintellektuelle Dünnbrettbohrer wie Tilman Fichter, Bernd Ulrich, Heinz Ammon und Wolfgang Templin, um eine ähnliche „Mischung" in ihren Publikationen anzubieten. Dabei sind Zitelmann und Piccone eine Schmittsche Abneigung gegen den Liberalismus gemeinsam. Dennoch scheint Zitelmann genauer zu wissen, daß in einer Periode des Herumirrens zwischen linken und rechten Welten die Wanderungsbewegung immer eher zugunsten der Rechten verläuft. Dementsprechend muß man seine Publikationsstrategie als äußerst erfolgreich für die Rechtsradikalen betrachten.

Die lange Liste derer, die von der Linken (seien es Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten oder Libertäre) zur Rechten gewandert sind, verweist auf ein signifikantes Phänomen: der Proudhon-Kreis, Georges Sorel, Hugo Ball, Robert Michels, Mussolini, die Brüder Strasser, Hendrik de Man, verschiedene Mitglieder der Black Panther Bewegung, Maschke, Glucksmann und die neuen Philosophen, die Rot-Braunen in Moskau, die französische KP, Günther Nenning, Kallscheuer, Fichter, Wolfgang Kowalsky, Ammon, Templin, Bahro. Daß also eine Zeitschrift wie „Telos" diese „Mischung" von links und rechts betreibt und sich an diesem Weder-rechts-noch-links-Spiel beteiligt, ist nicht ganz unwichtig. Von Mussolini bis hin zu Benoists rechter Besetzung der Gramscischen Theorie kultureller Hegemonie wird deutlich, daß in Zeiten der Krise die Rechte als Parasit der Linken auftritt – und nie umgekehrt.

Daß die intellektuelle Migrationsbewegung von links nach rechts Teil eines strukturellen Neo-Rassismus ist, wird nicht nur in dem weltweiten Wiedererstehen des Bonapartismus (Perot, Berlusconi) deutlich. Auch das mangelnde Rückgrat, das der amerikanische Liberalismus gegenüber dem wiederbelebten italienischen Faschismus zeigt, und die mundgerechte Aufarbeitung der rechten Beiträge in der deutschen Historikerdebatte sind dafür Indizien. Nicht nur die englische „Financial Times" und der „liberale" Wirtschaftsteil der FAZ betrachteten die neue italienische Regierung als positive Kraft für die italienische Wirtschaft. Für Piccone (Telos, 97) ist diese Regierung darüber hinaus gut für die Zukunft im allgemeinen. Auch das New York Times Magazine stimmte in diesen Chorus ein, als es im Sommer den Leitartikel von John Lukacs veröffentlichte, in dem dieser sich zum Werdegang Mussolinis äußerte. Der Kern des Beitrags war, daß Mussolini ein „guter" Faschist war, der viel für sein Land getan habe.

Gewisse deutliche Sympathien, die die New York Times nicht nur in diesem Leitartikel öffentlich machte, sondern auch in dem der folgenden Ausgabe, der eine Neuinterpretation des Beginns des Kalten Krieges unterbreitete, entsprechen dem Zeitgeist. Dieser äußert sich in den USA darüber hinaus in der Wiedergabe verschiedener Teile der bundesdeutschen Historikerdebatte. So Richard Pipes, der Doyen der amerikanischen konservativen Historiker, der gerade ein 600-Seiten-Werk unter dem Titel „Russia under the Bolshevik Regime" herausgebracht hat. Er kommt in seinem ansonsten durchaus beachtlichen Werk zu dem Schluß, daß „der Holocaust eine der vielen unvorhergesehenen und nicht beabsichtigten Folgen der russischen Revolution gewesen sei" eine Argumentation, die auch Ernst Nolte zur Ehre gereicht hätte! Gegenwärtig bearbeitet ein anderer Historiker, dessen wissen

Blickpunkt BRASILIEN

Literatur & Politik

Der Brasilien-Schwerpunkt der Frankfurter Buchmesse bietet die Chance, dem hier herrschenden Klischee von fröhlichen und fußballverrückten Menschen, die immerzu Samba tanzen, ein differenziertes Brasilien-Bild entgegenzusetzen. Es steht allerdings zu befürchten, daß sich die BerichterstatterInnen wie immer nur an wenigen „großen Namen" abarbeiten und kaum über die Ränder des gängigen Familienfotos hinausschauen.

Denjenigen, die sich damit nicht zufrieden geben wollen, sei nach einer Lektüre über Chancen und Inhalte eines politischen Neuanfangs nach den Wahlen ein **alternativer Rundgang durch die brasilianische Literaturlandschaft** empfohlen. Begonnen werden kann dieser Rundgang an jedem beliebigen Punkt, nur sollte kein Punkt ausgelassen werden: Unser Panorama reicht von Literatur von Frauen und Schwarzer Literatur bis zu Texten über die Theaterszene, Kinderliteratur und Emigration nach und aus Brasilien – Aspekte, die in der offiziellen Medienbegleitung allesamt nur unterbelichtet zur Darstellung kommen werden. **Dazu gibt es sechs belletristische Texte in deutscher Erstveröffentlichung.**

ila 178 (September '94)

76 Seiten, 7 DM

BESTELLEN

Informationsstelle
Lateinamerika
Heerstr. 205
53111 Bonn
(0228) 65 86 13

ila

schaftliche und liberale Reputation bisher nie bezweifelt wurde, ein Werk über die „Russen in Deutschland". Diese Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 basiert auf Material aus neu zugänglichen russischen Archiven. Seine Schwerpunkte liegen auf der Darstellung der Vergewaltigung deutscher Frauen, dem Abbau der Industrieanlagen und dem Aufbau des Polizeistaates. Dabei benutzt er in unglaublicher Naivität die Argumente der neuen Verfechter Preußens, Pommerns und Schlesiens, von Gräfin Dönhoff bis zu Hillgruber und den FAZ-Redakteuren.

Aber nicht nur, daß Historiker Noltes und Hillgrubers Argumentationen aufnehmen, auch die „New York Reviews of Books", eine Bastion des Linksliberalismus, hat sich auf diesen Weg begeben. So läßt sie den reputierten Historiker Ost- und Mitteleuropas, Istvan Deak, den Widerstand des 20. Juli glorifizieren, Adenauer als eine denkbar schlechte Wahl der Alliierten bezeichnen und die Abwesenheit einer gesamtdeutschen Regierung wie einer kohärenten Politik der Alliierten als Ursache der deutschen Teilung definieren. Gordon Craig sympathisiert dort in der Rezension eines neuen Buches über die protestantisch geprägte Schuld-Kultur in Deutschland und deren erfreuliche Abwesenheit im konfuzianischen Japan mit Gräfin Dönhoffs Kritik an den exzessiven deutschen Schuldgefühlen.

Die aufgezeigten Entwicklungen zeugen von einem deutlichen Verfall der linken und liberalen Diskurse in den USA, der dem plötzlichen Auftreten des kulturellen Nationalismus in der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung vergleichbar ist. Daß die zutiefst antidemokratische und antiuniversalistische Ausprägung des deutschen kulturellen Nationalismus in den USA so nicht erkannt und diskutiert wird, hat seine Ursache in einem bestimmten grundlegenden republikanischen Konsens. Dieser läßt sich an folgenden Beispielen beschreiben.

Die außergewöhnlich erfolgreiche mehrstündige Fernsehserie über den amerikanischen Bürgerkrieg und das Baseballspiel von Ken Burn klagte zwar den Rassismus an und verteidigte den Multikulturalismus, dennoch präsentierte sie unterschwellige Formen eines kulturellen Nationalismus.

Das Smithsonian Museum in Washington plant, die Enola Gay, den Bomber, mit dem die Atombombe auf Hiroshima abgeworfen wurde, auszustellen. Während Atomkriegsgegner dieses Vorhaben unterstützen, sehen Veteranenverbände darin eine zu offensichtliche Zurschaustellung der Beteiligung amerikanischer Soldaten an Massenvernichtungen. Somit verläuft die Debatte darüber zwar unter anderen Vorzeichen als die über die Feierlichkeiten in Penemünde, dennoch entbehrt sie nicht einer ähnlichen Surrealität.

Wichtig ist auch der Hinweis darauf, daß mit der wachsenden Bedeutung einer christlichen Rechten in den USA eine Christianisierung des us-amerikanischen Patriotismus einhergeht. Dies muß im Zusammenhang mit einer Kommunitarismusbewegung gesehen werden, die zunehmend von Statisten getragen wird. Zu diesen gehören auch die Clintonberater Gallston und Etzoni. Dieser vormalige Systemtheoretiker ist in seinen zahlreichen Veröffentlichungen inzwischen dazu übergegangen, die American Civil Liberties Union anzugreifen und die nationale Identiät zu verteidigen.

Solche Entwicklungen vollziehen sich in einem Staat, dessen WählerInnen, so der Kolumnist George Will, heute wesentlich konservativer sind als 1980, als sie Reagan zum Präsidenten wählten. Eine Befragung Mitte September kam zu dem Ergebnis, daß in der öffentlichen Meinung keine deutliche politische Ausrichtung erkennbar sei außer der Frustration über das gegenwärtige System. Trotz des Wirtschaftswachstums zeichnet sich eine Wende hinsichtlich von sozialen und Minoritätenfragen ab. Eine wachsende ImmigrantInnenfeindlichkeit ist das Ergebnis. Zum ersten Mal seit sieben Jahren ist eine Mehrheit der weißen Bevölkerung der Meinung, daß die Sache mit den gleichen Rechten für alle zu weit getrieben werde. Im Gegensatz zu 71 Prozent im Jahr 1987 denken heute nur noch 53 Prozent der Bevölkerung, daß es Aufgabe des Staates sei, sich um die zu kümmern, die dazu selbst nicht in der Lage sind.

Solche Entwicklungen deuten auf den Charakter der „neuen Weltordnung" hin. Mit der parasitären Ausnutzung linksintellektueller Tendenzen durch die Rechte zeichnet sich eine Periode anti-demokratischer Mobilisierung ab. Die Verteidigung des Nativismus in der liberalen us-amerikanischen Presse zeigt, daß die Sicherheitsstaat-Seite des Liberalismus dabei ist, die libertäre Stimme zu übertönen. Die (un)bewußte Wiedergabe der deutschen Historikerdebatte deutet an, daß eine Nach-Kalte-Kriegs-Betrachtung der osteuropäischen und russischen Semi-Peripherie mittels eines neorassistischen Atlanticismus geschehen soll. Der nationale Partikularismus ist die alleinige Garantie dafür, daß auf den internationalen Märkten nur Waren und keine Menschen bewegt werden, wobei der islamische Fundamentalismus dafür Sorge trägt, daß die von ihm beherrschte Semi-Peripherie intakt bliebt. Das Weltsystem benötigt einen kulturnationalistischen Konsens und geschlossene Grenzen, um die Zentren von den peripheren Bevölkerungsbewegungen abzugrenzen und vor diesen zu schützen. ●

John Ely arbeitet an der Stanford University in einem Programm über Kulturen, Ideen und Werte.

Übertragung ins Deutsche von Eva-Maria Krampe.

Im nachstehenden Interview mit Rachel Quinn vom kalifornischen Movement for Immigration Rights geht es um das Ausmaß und die Auswirkungen der Anti-Immigrationsbewegung in den USA. Wie auch der Beitrag von John Ely in diesem Heft beschreibt, formiert sich dort wie hierzulande eine Koalition aus Rechten, Konservativen, Liberalen und ehedem Linksliberalen gegen die 'illegale' Einwanderung. Dabei gibt es bemerkenswerte ideologische Verbindungen mit der entsprechenden bundesrepublikanischen Szene. Gefordert werden Verschärfungen des Rechts und der Verwaltungspraxis, die an die hierzulande schon längst durchgesetzte Aufrüstung einer sicherheitsstaatlich armierten Wohlstandsfestung erinnnern.

Im Unterschied zu Deutschland waren die USA von Beginn an Einwanderungsland. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wird die Immigration zwar mit Länderquoten gesteuert, doch war die Politik gegenüber 'illegalen' ImmigrantInnen vergleichsweise liberal, z.B. in der Weise, daß auch deren in den USA geborene Kinder die Staatsbürgerschaft der Vereinigten Staaten erhalten. Der Zugang zu medizinischen und sozialen Vorsorgeeinrichtungen wird nicht vom Besitz offizieller Papiere abhängig gemacht. In den USA gibt es auch kein flächendeckendes Meldesystem wie bei uns, die polizeiliche und behördliche Überwachung ist deshalb viel lockerer. Eine systematische bürokratische Registrierung gibt es nur in der öffentlichen Sozialversicherung. Schon deshalb ist es schwer, 'illegale' ImmigrantInnen zu kontrollieren und zu beobachten. Sie fallen nur zufällig auf, z.B. wenn sie Gewaltverbrechen begehen oder bei gezielten Razzien aufgespürt werden. Im Unterschied zu Deutschland haben bürgerliche Freiheiten in den USA eine festere Tradition.

Eben diese wird angesichts der unbewältigten wirtschaftlichen Probleme, rapide wachsender sozialer Ungleichheiten und einem gleichzeitigen Wiedererstarken des Rassismus nun massiv in Frage gestellt. Die Einführung eines bundesweiten Meldesystems oder – wie in Kalifornien – das Umfunktionieren nicht zuletzt von sozialen Einrichtungen zu Agenturen der Einwanderungsbehörde werden als Lösung der drängenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme angeboten, als hätten diese ihre Ursache in der illegalen Immigration, die doch zugleich das Land immer schon mit billigen und profitabel einsetzbaren Arbeitskräften versorgt hat.

Das Interview mit Rachel Quinn führte *Ulrich Brand.*

„Es wäre ein Erfolg für die weißen Rassisten"

Zur Gesetzesvorlage gegen »illegale« Einwanderer in Kalifornien

Interview mit Rachel Quinn vom Movement for Immigration Rights

Am 8. November wird in Kalifornien über eine Gesetzesvorlage, die Proposition 187, per Volksentscheid abgestimmt, mit der die Rechte der „illegalen" ImmigrantInnen drastisch beschnitten werden. Um was handelt es sich dabei?

R. Quinn: Die Vorlage sieht vor, nicht registrierten EinwanderInnen oder deren Kindern soziale Dienstleistungen zu entziehen. Das betrifft die Sozialhilfe, den Zugang zum Gesundheitswesen – außer in Notfällen – oder zum Bildungssystem. Dazu kommt, daß PolizistInnen, LehrerInnen und im Sozialbereich Tätige dazu verpflichtet werden, „verdächtige" ImmigrantInnen zu melden. Damit werden diese Berufe zu Gehilfen der Einwanderungsbehörde INS (Immigration and Nationalization Service). Nur ein Beispiel: Die Vorlage sieht vor, daß ab dem 1. Januar 1995 an öffentlichen Bildungseinrichtungen alle BewerberInnen um einen Schul- oder Studienplatz nachweisen müssen, ob sie die Staatsbürgerschaft besitzen oder ordentliche Einwanderungspapiere haben. Noch 1982 hat der Oberste Gerichtshof entschieden, daß allen Bewohnern ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus der Zugang zu den 12 Jahre dauernden Schulen gewährt werden muß.

Woher kommt dieser politische Wandel, der eine verschärfte Einwanderungspoliitk durchsetzen will? Schließlich hat Kalifornien bis vor wenigen Jahren gut mit und von den „illegalen" ImmigrantInnen gelebt.

Quinn: Kalifornien befindet sich in der schwersten wirtschaftlichen Krise seit 60 Jahren; die Arbeitslosigkeit wächst, die Deindustrialisierung geht vor allem im Süden voran, denn viele Unternehmer siedeln sich auf mexikanischer Seite an, wo die Lohnkosten wesentlich billiger und die Umweltstandards geringer sind. Außerdem hat die unglaubliche gesellschaftliche Spaltung in den letzten 15 Jahren die Suche nach Sündenböcken verstärkt. Ein anderer zentraler Punkt ist die Finanzkrise des kalifornischen Staates, für die ebenfalls die EinwanderInnen ohne Aufenthaltserlaubnis verantwortlich gemacht werden.

Wird denn die Vorlage, wenn sie angenommen und damit zum Gesetz wird, an der „illegalen" Einwanderung als solcher etwas ändern?

Quinn: Nein. Was sich ändern wird, das ist die Behandlung der Menschen, die hierher kommen und keine Papiere besitzen. Die weißen Rassisten werden einen wichtigen Erfolg dabei errungen haben, die Probleme in diesem Land zu definieren. Es gibt dann Menschen, die kein Recht haben, in den USA zu leben – in diesem traditionellen Einwanderungsland.

Übrigens: Viele MexikanerInnen sehen sich gar nicht als EinwanderInnen, sondern sind der Meinung „We did not cross the border – the border crossed us", womit sie sich auf die Tatsache beziehen, daß Kalifornien bis ins letzte Jahrhundert hinein zu Mexiko gehörte. Sie sehen es als ganz natürlich an, in die USA zu kommen und am „american dream" teilhaben zu können.

Welche Gruppen unterstützen die Vorlage, die auch SOS (save our state) genannt wird?

Quinn: Dahinter steht vor allem eine Gruppe mit dem Namen Pioneer Fund. Ihre Idee ist, daß die Weißen eine überlegene Rasse seien, deren Vormachtstellung in den USA erhalten werden müsse. Die Kampagne wird unter anderem von ehemaligen hochrangigen Mitarbeitern der Einwanderungsbehörde INS durchgeführt. Dazu kommen Konservative, die meinen, daß die undokumentierte Einwanderung das Hauptproblem für die Finanz- und Wirtschaftskrise Kaliforniens darstelle. Aber selbst viele Prominente der Demokratischen Partei unterstützen die Vorlage. Am 8. November werden viele weiße ArbeiterInnen für die Vorlage stimmen, die ihre Jobs verloren haben und die sich von den Ar-

gumenten der Befürworter überzeugen lassen.

Menschen aus welchen Ländern werden am meisten von den neuen Gesetzen betroffen sein?

Quinn: Zuerst einmal natürlich die MexikanerInnen und Menschen aus anderen lateinamerikanischen Ländern. Aber in Nordkalifornien gibt es auch eine große Anzahl asiatischer ImmigrantInnen ohne offizielle Papiere.

Die „illegalen" MigrantInnen waren und sind wichtig für die kalifornische Wirtschaft, da sie als billige, unorganisierte und flexible Arbeitskräfte vor allem im Agrarsektor für wenige Monate im Jahr eingesetzt werden. Wie verhalten sich denn die Agrarkonzerne zu der Vorlage?

Quinn: Die „offizielle" Position dazu ist, daß diese EinwanderInnen den hier lebenden Menschen die Jobs rauben. Die Profiteure dieser billigen Arbeitskräfte sind zwar gegen die Vorlage, aber sie sagen das nicht öffentlich.

Welche Immigrationspolitik verfolgen andere Bundesstaaten in den USA?

Quinn: Ich will nur Texas als Beispiel nennen. Dort lautet die Strategie eindeutig, die Grenzen an manchen Stellen bis zu 60 Meilen ins Inland hinein zu militarisieren. Auf nationaler Ebene gibt es eine Politik, wie wir sie gegenüber Haiti beobachten können: Verarmte Schwarze sollen davon abgehalten werden, in die USA zu kommen.

Sprechen wir über den Widerstand gegen die Vorlage, der ja beträchtlich ist. Welche Argumente werden hauptsächlich vorgebracht?

Quinn: Moralische Gründe spielen eine sehr wichtige Rolle. Bildung beispielsweise wird in diesem Land als Recht angesehen, das niemandem grundsätzlich verweigert werden kann. Dasselbe gilt für den Schutz der Gesundheit. Es wird als moralisch verwerflich angesehen, daß ein Gesetz das Recht auf Gesundheitsschutz verweigert. Darüber hinaus besteht bei allen Gegnern Konsens darüber, daß die Vorlage rassistisch ist. Denn die Formulierung lautet, daß alle „verdächtigen" Personen betroffen sind. Das heißt, daß die Farbe der Haut, die Form der Augen etc. einen „Verdacht" begründen. Die mainstream-Koalitionen gegen die Vorlage argumentieren außerdem, daß die neuen Gesetze höhere Ausgaben bringen, da eine neue Bürokratie aufgebaut werden muß; Kalifornien wird vielleicht auf Milliarden Dollar an bundesstaatlicher Finanzierung für das Bildungssystem verzichten müssen, da es die US-amerikanische Verfassung verbietet, das Recht auf Bildung jemandem zu verweigern, der oder die keine Aufenthaltsgenehmigung oder keine Staatsbürgerschaft hat.

Das bedeutet, daß wesentliche Teile der Vorlage gegen die US-Verfassung verstoßen?

Quinn: Ja. Deshalb werden viele Einzelheiten wohl auch nicht in die Tat umgesetzt werden. Aber wichtig bleibt neben der teilweisen Umsetzung die Wirkung, denn die „illegale" Immigration wird zum Hauptschuldigen gemacht.

Du hast vorhin erwähnt, daß es einen mainstream der Opposition gibt. Du selbst arbeitest ja im linken Movement for Immigrants Rights. Welche Differenzen bestehen zwischen den verschiedenen Strömungen, die gegen die Vorlage sind?

Quinn: Gruppen wie der konservative Mexican-American Legal Defense and Education Fund, das Chicano Movement, das sehr mit der Demokratischen Partei verbunden ist, oder der konservative Sierra Club lehnen zwar die Vorlage aus den genannten moralischen Gründen ab, aber sie diskutieren die Sache nicht politisch: Sie fragen nicht nach den Gründen dafür, daß derart viele Menschen in die USA wollen? Sie sprechen nicht darüber, daß ein Viertel der „illegalen" Einwanderer vom Agrobusiness oder der Serviceindustrie als billige Arbeitskräfte angeheuert werden. Die Koalition, der ich angehöre, besteht aus linken, lateinamerikanischen und asiatischen US-Gruppen. Wir wollen die angesprochenen und anderen Punkte in die Öffentlichkeit bringen und zu einer weitergehenden Politisierung von Migration insgesamt beitragen.

Auf einer Demonstration hier in San Francisco, das vom Movement for Immigrants Rights organisiert wurde, war die Forderung nach „offenen Grenzen" zu lesen. Ist das ein zentraler Punkt?

Quinn: Wir hatten keine weiteren Diskussionen darüber, ob die Forderung nach „offenen Grenzen" als solche von dem gesamten Bündnis zu unterstützen ist. Ich persönlich denke, daß die Forderung nach offenen Grenzen nicht sehr relevant ist. Es geht konkreter darum, für ein Aufenthaltsrecht von politischen Flüchtlingen zu kämpfen; und zwar besonders aus Ländern, wo die USA aufgrund ihrer Politik die Flucht verursachen. Als Beispiel sei nochmals Haiti genannt. Ein anderer Punkt ist die Demilitarisierung der Grenzen.

Wir sind heute weit von einer Gesellschaft entfernt, die mit offenen Grenzen umgehen könnte. Vielmehr geht es darum, zu diskutieren, was für eine Einwanderungspolitik von den USA gemacht werden soll. Da müssen wir uns als Linke einbringen.

Welche Pläne gibt es für die Zeit nach der Abstimmung?

Quinn: Viele Klagen gegen die Vorlage und die dann folgenden Versuche, Gesetze zu schaffen, sind bereits geschrieben. Die Gerichte werden hoffentlich für die kommenden 15 Jahre beschäftigt sein. Alle LehrerInnengewerkschaften in Kalifornien haben bereits angekündigt, daß sie nicht als Spione der Einwanderungsbehörde tätig werden. Und selbst einige Polizeigruppen haben Widerstand angekündigt. Die Umsetzung wird auch davon abhängen, wie die Unterstützung oder Ablehnung der Proposition 187 in den einzelnen Orten war. Hier in der Gegend um San Francisco ist der Widerstand stark, so daß es schwieriger sein wird, MigrantInnen ohne Dokumente als Sündenböcke zu benutzen. Die Auseinandersetzung wird über den 8. November hinaus weitergehen. ●

US-Migrationspolitik seit 1980

● Die Reagan- und Bush-Administrationen erleichtern die Immigrationsmöglichkeiten für Flüchtlinge aus kommunistischen Staaten. Politischen Flüchtlingen aus US-gestützten Repressionsregimen wie El Salvador oder Guatemala wird jedoch Asyl verwehrt.

● 1986 – das US Immigration Reform and Control Act legalisiert den Aufenthalt von zwei bis drei Millionen „illegalen" EinwanderInnen ohne Aufenthaltserlaubnis. In Kalifornien wird dieses Gesetz vor allem vom Agrobusiness gestützt, der auf die Arbeitskräfte angewiesen ist.

● Clinton führt die Amtsübernahme gegenüber dem Haiti der brutalen Militärdiktatoren die Politik seiner Vorgänger weiter, keine Flüchtlinge anzuerkennen. Diese werden von der US-Küstenwache aufgegriffen und nach Haiti zurückgebracht.

● Die zunehmende Anti-Immigrationspolitik seit Beginn der 90er Jahre äußert sich unter anderem darin, daß im US-Kongreß allein für das Jahr 1994 einhundert gesetzliche Maßnahmen, die mit der Restriktion von Einwanderung verbunden sind, unerledigt sind.

● Die Proposition 187 in Kalifornien ist vorläufiger Höhepunkt der sich verschärfenden Anti-Immigrationspolitik. Es gibt bereits Vorschläge, das jährliche Kontingent „legaler" Einwanderer in die USA zu halbieren.

● Staatliche Stellen schätzen, daß seit Beginn der 80er Jahre jährlich zwischen ein- und dreihunderttausend EinwanderInnen ohne die erforderlichen Dokumente in die USA kommen: insgesamt seien es über drei Millionen, davon 40 % in Kalifornien. 1992 wurden nach offiziellen Angaben 1,1 Millionen Menschen an der 3000 km langen US-mexikanischen Grenze festgenommen, die "illegal" in die USA kommen wollten.

Quelle: Californians United Against Proposition 187, staatliche Statistiken.

Die US-Regierung hatte einen schwierigen Balanceakt zu vollbringen: Unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit mußte etwas gegen das Mörderregime der Putschgenerale unternommen werden, und gleichzeitig galt es zu verhindern, daß der nicht nur als verrückt, sondern vor allem auch politisch gefährlich eingeschätzte Aristide als gewählter Präsident wirklich wieder handlungsfähig wird. Daß dies gelungen zu sein scheint, beweist, daß die US-Politik der letzten Wochen viel weniger dilettantisch war, als es den Anschein hatte. Es gab keinen militärischen Überfall wie in Grenada oder Panama, sondern man arrangierte sich diplomatisch mit den Militärs. Das Problem, mit selbst aufgebauten Potentaten wie Noriega oder Saddam fertig zu werden, wurde diesmal eleganter gelöst. Die ratenweise Abdankung der Generale hat gewährleistet, daß die bestehenden Machtstrukturen erhalten geblieben sind. Statt dessen wurden ein paar Figuren ausgewechselt. Daß gegen die Todesschwadronen nur halbherzig vorgegangen wurde, verwundert nicht, waren sie doch zuverlässigem Vernehmen nach selbst ein Geschöpf der CIA. Und was vor allem zählt: die Oligarchie der herrschenden hundert Familien bleibt unangetastet. Daran kann Aristide in der kurzen Amtszeit, die ihm noch verbleibt, mit Sicherheit nichts mehr ändern. Und die Wahlen im nächsten Jahr wird man etwas sorgfältiger vorbereiten. Das ökonomisch, politisch und sozial ruinierte Land hängt mehr denn je am Tropf der Staaten, die an allem anderen als an Demokratie und Menschenrechten interessiert sind.

Die schon früh im 19. Jahrhundert befreite Sklavenkolonie Haiti ist ein ebenso altes wie hervorstechendes Exempel für die Praxis des Neokolonialismus. Diese setzt sich bis heute ungebrochen fort. Unter geflissentlichem Ausblenden einer Geschichte blutig unterdrückter Freiheitskämpfe und kolonialer Eingriffe wurde die US-Intervention hierzulande zwar mittlerweile etwas skeptischer, aber doch höchst wohlwollend kommentiert. Die lateinamerikanische Offentlichkeit hingegen hat sie scharf kritisiert, und die Regierungen weigerten sich fast durchgängig, sie praktisch zu unterstützen. Die Geschichte der letzten 500 Jahre ist da eben noch etwas lebendiger.

Zum historischen Hintergrund des haitianischen Dramas drucken wir nachfolgend einen Beitrag des Schriftstellers Eduardo Galeano ab, der in der mexikanischen Zeitung La Jornada am 9.8.1994 erschienen ist. Die Übertragung ins Deutsche besorgte Eva-Maria Krampe.

EDUARDO GALEANO

Haiti – Eine Geschichte in Zahlen

● **Zwanzigtausend** französische Soldaten fielen über Haiti her. Doch die Armee der befreiten Schwarzen siegte 1803 über Napoleon oder besser über seinen Schwager General Leclerc, der nach Haiti entsandt wurde, um die Sklaverei wieder einzuführen. Schwarzes Blut spuckend starb Leclerc an der Pest. So konnte er sein großes Projekt nicht mehr realisieren. Er hatte vorgehabt, Giftschlangen vom Festland in Haitis Berge zu bringen, wo sich der größte Teil der aufständischen Sklaven aufhielt. Während dieses Krieges verlor Haiti die Hälfte seiner Bevölkerung, während die ganze Insel dem Erdboden gleichgemacht wurde. Haiti lag in Ruinen als es seine Unabhängigkeit errang.

● **Dreiundzwanzig** Jahre dauerte der Handelsboykott, mit dem die Welt die junge Nation dazu zwang, eine gigantische Entschädigung an Frankreich zu zahlen. Diese Zahlung war sozusagen der Auslöser für die Lawine der nie mehr endenden Außenverschuldung Haitis. Dennoch reichte sie nicht aus, sich von der Sünde der Befreiung reinzuwaschen. Das weiße Europa hat Haiti den Sieg über die französische Armee nie verziehen.

● **Sieben** Schiffe, eine beträchtliche Zahl an Soldaten und Waffen und ziemlich viel Geld erhielt nach einer Niederlage (der lateinamerikanische Freiheitskämpfer, Anm. d. Übers.) Simon Bolivar von Haiti. Und alleine dank dieser Unterstützung konnte er seinen Kampf in Venezuela wiederaufnehmen. Die einzige Bedingung, die Haiti mit seiner Unterstützung verknüpfte, bestand darin, daß Bolivar auch die lateinamerikanischen Sklaven befreien sollte.

● **Zwei** Länder waren es, die Bolivar nicht zum Kongreß nach Panama einlud, nachdem er seinen Triumph errungen hatte. Wie allgemein bekannt, war das eine davon die USA. Das andere war Haiti, "da es unseren amerikanischen Gebräuchen so fremd ist." An Stelle Haitis lud Bolivar England ein.

● **Sechzig** Jahre lang zögerten die USA die Anerkennung der Unabhängigkeit Haitis hinaus. Haiti, das die Sklaverei abgeschafft hatte, war das erste Land des amerikanischen Kontinents, in dem die Menschen wirklich frei waren. Denn obwohl die US-amerikanische Unabhängigkeitserklärung die Gleichheit aller Menschen beschwor, lebten nichtsdestotrotz mehr als eine halbe Million Sklaven auf den Baumwoll- und Tabakplantagen Nordamerikas.

● **Neunzehn** Jahre war Haiti von den USA besetzt. 1915 marschierten die 'Marines' ein und regierten das Land bis 1934. William Philips, stellvertretender amerikanischer Innenminister, erklärte, daß die Haitianer "ein minderwertiges Volk seien, das nicht in der Lage sei; die Zivilisation zu bewahren, die ihnen die Franzosen beigebracht hätten."

● **Dreitausendzweihundertfünfzig** Haitianer kamen nach Aussage der amerikanischen Marine beim Widerstand gegen die Invasion ums Leben. Die haitianischen Historiker gehen dagegen von 15 000 Toten aus. "Wir haben die Rebellen gejagt wie die Wildschweine," erzählt der amerikanische Major Smedley Butler. Charlemagne Peralte, der Anführer der Rebellen, wurde auf einem öffentlichen Platz ans Kreuz geschlagen.

● **Fünf** Prozent der Haitianer beteiligten sich an dem 1917 von den amerikanischen Truppen oktroyierten Referendum zur Verfassungsreform.

● **99,9** Prozent der abgegebenen Stimmen votierten für die Abschaffung des Gesetzes, das den Erwerb von Plantagen durch Ausländer verbot.

● **Zwanzig** Centavos betrug der Tageslohn haitianischer Landarbeiter. Das behauptete die New Yorker Propaganda, die 1926 von den "traumhaften Bedingungen für amerikanische Investitionen in Haiti" warb.

● **Drei** zivile Präsidenten wurden in aufeinanderfolgenden Putschen von der Nationalgarde, die die Nordamerikaner nach ihrem Abzug 1934 hinterließen, gestürzt.

● **Fünfundzwanzigtausend** haitianische

Landarbeiter, die in der Zuckerregion der Dominikanischen Republik arbeiteten, wurden 1937 auf Befehl Trujillos zerstückelt. Der Generalisimo Trujillo, der sein Gesicht mit Reismehl weißte, wollte die rassische Reinheit seiner dominikanischen Bevölkerung erhalten, die er durch die haitianischen Arbeiter bedroht sah.

● **Neunundzwanzig** Dollar bezahlte Trujillo als Entschädigung für jeden gefundenen Leichnam an die haitianische Regierung. Nach langwierigen Verhandlungen gab Trujillo 18 000 Opfer zu. Damit belief sich die Entschädigungssumme auf 522 000 Dollar.

● **Sechzig** Dollar betrug das durchschnittliche Jahreseinkommen der Mehrheit der haitianischen Bevölkerung. Das gaben die Vereinten Nationen 1986 bekannt, als (der damalige Diktator, Anm.d.Übers.) Baby Doc, der Sohn Duvaliers, nach ausgiebigem Morden und Plündern nach Paris flüchtete.

● **Einhundertvierundfünfzig** nordamerikanische Firmen hatten sich bis zum Ende der Ära Duvalier in Haiti niedergelassen, um die billigen Arbeitskräfte für ihre industriellen Fertigungsfabriken auszunutzen.

● **Vierundzwanzigtausend** Haitianer erreichten während der Diktatur Duvaliers und seines Nachfolgers in den 80er Jahren die amerikanische Küste. Zwölf von ihnen erhielten politisches Asyl. Damit kam auf 2.180 Asylanträge eine Anerkennung.

● **Fünfundsiebzigtausend** Kubaner kamen im gleichen Jahrzehnt zwischen 1980 und 1990 in die USA. Alle erhielten politisches Asyl.

● **Siebenundsechzig** Prozent der abgegebenen Stimmen konnte der Pfarrer Jean-Bertrand Aristide bei den Wahlen Ende 1990 auf sich vereinigen. Sein Gegner Marc Bazin, ein Funktionär der Weltbank, der die Unterstützung des Nordens hinter sich hatte, erhielt nur 14 Prozent. Aristide plante einige Reformen, woraufhin sich ihm die nordamerikanischen Kreditquellen verschlossen. Gleichzeitig begann die US-amerikanische Presse eine Kampagne, mit der Aristide als gefährlicher Psychopath diffamiert werden sollte. Sofort begann sich das State-Department um die Einhaltung der Menschenrechte in Haiti zu sorgen, eine Frage, mit der es sich bis dahin noch nie beschäftigt hatte.

● **Sieben** Monate hielt sich die Regierung Aristide. Die Militärs, die bereits gegen seine Reformen mobilisiert hatten, stürzten ihn. Bereits in den ersten zwei Wochen nach dem Sturz Aristides wurden mehr als tausend Menschen umgebracht.

● **Zwei** Staaten der 186 in der UNO vereinigten erkannten die Putschregierung Cedras an – der Vatikan und die Dominikanische Republik.

● **Drei** Jahre nach seinem Sturz bleibt abzuwarten, ob es Aristide weiterhin gelingen wird, nicht zu einer Alibiperson zu werden für eine Invasion, die sich in üblicher Manier als Kampf für die Demokratie und den Frieden geriert.

Das Photo wurde uns freundlicherweise überlassen von der „Jugend in der IG Medien“

BERT HOFFMANN

Modell Kuba?

Für den Blick von außen war Kuba vor allem eines: Symbol. Ein Chiffre für Hoffnung. Ein Modell. Kuba, das dem ganzen Kontinent die Würde wiedergegeben hat. Auch heute gibt es für diese Sicht auf Kuba noch Triumphe gratis: Auch fünf Jahre nach dem Fall der Mauer ist Kuba nicht gefallen! Nur: Das Symbol Kuba hochzuhalten, ist eine Sache, in ihm leben zu müssen, eine andere.

Kuba ist nicht gefallen für die, denen „Kuba“ das politische System und Fidel Castro ist, die Herrschaft der Partei, der revolutionären, der einen, und das offizielle Bekenntnis des Staates zum „Sozialismus“. Wenn Kuba aber mehr ist, wenn Kuba eine Gesellschaft ist und eineKultur und das Leben und die Werte und die Hoffnungen von elf Millionen Menschen, dann zerfällt dieses Kuba derzeit in dramatischen Formen. Sicher, es gibt eine notwendige Solidarität mit dem Staat Kuba, sozusagen eine „Solidarität nach außen“: gegen das Wirtschaftsembargo der USA und die politischen Pressionen, gegen militärische Drohgebärden und reale Angriffe, gegen Okkupationsszenarien und ihre Wegbereitung durch eine rigide Strategie ökonomischer Erdrosselung. Nur ist neben der Solidarität gegen die Aggressionen von außen auch die nüchterne Betrachtung der Verhältnisse in Kuba selbst vonnöten.

Wo die Analyse der kubanischen Politik sich auf eine Kritik der jüngsten Regierungsentscheidungen beschränkt, auf die Öffnung des Landes für Dollars, das Werben um Auslandskapital etc., bleibt sie jedoch oft kurzatmig. Vor allem läuft sie Ge-

fahr, sich in diesen vertrauten Feindbildern einzurichten – und dabei en passant die Vergangenheit zu idealisieren, anstatt die jetzige, bittere Entwicklung als die Folge eben dieser Vergangenheit zu verstehen. (...)

Kuba war die Ausnahme

Modell Kuba. Lange Zeit trug Kuba dieses Wort fast wie seinen Vornamen. Modell für einen nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg in der Dritten Welt. Modell für Unabhängigkeit und Antiimperialismus. Modell des Sozialismus anstelle des Elends des abhängigen Kapitalismus. Nur: Gestimmt hat das nie. Kein Mißverständnis: In Kuba ist seit 1959 vieles erreicht worden. Aber 'Modell' impliziert per Definition Nachahmbarkeit. Und Kuba war definitiv für niemanden nachahmbar. Man braucht nur die Sandinisten zu fragen, von denen viele nach 1979 gerne auch in Nicaragua einen Sozialismus wie in Kuba aufgebaut hätten, ohne die Macht profithungriger Unternehmer und mit bescheidenem Wohlstand für alle.

Doch Kuba war nicht Modell, sondern die Ausnahme. Allein durch die Frontstellung der Großmächte im Kalten Krieg, die Fidel Castro wie kein zweiter auszunutzen verstand, war eine Entwicklung in dieser Form möglich. So konnte in Kuba tatsächlich eine Gleichung aufgehen, wie die Linke es ersehnte: Daß der radikale Konflikt mit den Mächtigen zu einem besseren Leben für die Vielen führt. Denn der revolutionäre Umsturz wird von der Mehrheit der Bevölkerung nie nur wegen der Aussicht auf mehr Würde unterstützt, sondern auch auf mehr Brot; wenn die Yankees und die Konzerne nicht mehr das Land ausbeuten, wenn die Elite entmachtet und die Großgrundbesitzer enteignet sind, dann wird der Reichtum der Nation endlich gerechter verteilt und die Armut überwunden werden können. Die Führung der kubanischen Revolution legte sich mit allen Trägern der alten Macht gleichzeitig an (und mit anderen, die es nicht waren), und trotzdem gab es Bildung und Gesundheitsversorgung für alle, Lebensmittelkarten und Wohnungsbauprogramme und Stipendien zum Studium im Ausland. (...)

In Kuba konnte der David dem Goliath trotzen und dabei auch noch gedeihen – doch nur, weil er seinen eigenen Goliath hinter sich hatte. Der atomare Schutzschirm der UdSSR sicherte die militärische Flanke, und die Fünf-Jahres-Pläne des RGW verschafften dem Außenposten in der Karibik eindrucksvolle Wachstumsraten. Die Milliarden-Subventionen der UdSSR sind inzwischen hinlänglich nachgerechnet worden. Allein das sowjetische Erdöl: 13 Milliarden Tonnen jedes Jahr, obwohl Kuba nie mehr als 10 Milliarden verbrauchte. 3 Milliarden eingeplanter Überschuß, der nicht einmal nach Havanna verschifft wurde, sondern den die kubanische Regierung gleich aus Moskau auf eigene Rechnung gegen Dollars weiterverkaufen konnte. In Kuba macht die Bemerkung die Runde, daß nie eine Kolonie es gründlicher geschafft habe, ihre Kolonialmacht auszubeuten und in den Ruin zu treiben. Und: Kubas 'Sonderperiode' hat nicht mit dem Zerfall der Sowjetunion begonnen, sie ist mit ihm zu Ende gegangen.

„Man hatte uns immer erzählt, daß der Sozialismus eine Produktionsweise sei", sagt ein kubanischer Freund, „aber in Wirklichkeit war er bei uns immer nur eine Verteilungsweise." Heute sind die Lieferungen aus der Sowjetunion Geschichte und kein noch so großes Wollen schafft Abhilfe gegen die Zwänge der Ökonomie. Das ist kein Kniefall vor dem Neoliberalismus, das ist der alte Marx: Kein Überbau kann auf Dauer bestehen, wenn ihm die materielle Basis abhanden gekommen ist.

Zwänge der Ökonomie

So kippen – mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung – auch in Kuba die Grund- und Glaubenssätze: Die Öffnung für das einst verfluchte Auslandskapital, das Werben um Investoren, die Legalisierung des US-Dollars etc. Und es wird noch Schlimmeres kommen. Hier soll es nicht um große Spekulationen gehen, nur in Kürze drei Punkte, die zwar hinausgezögert werden können, aber doch mit ziemlicher Sicherheit absehbar sind. Die Massenentlassungen: Ökonomen in Havanna rechnen mittelfristig mit einer bis anderthalb Millionen KubanerInnen (bei einer Erwerbsbevölkerung von vier Millionen), die zwangsläufig ihre Arbeitsplätze verlieren werden, wenn die nicht mehr finanzierbaren Subventionen für die Staatsbetriebe gestrichen werden. Der offene Ausbruch der zurückgestauten Inflation. Die Währungsreform, die bereits angekündigt ist. Das neue Geld soll konvertierbar und am US-Dollar orientiert sein. Wenn es halbwegs stabil sein soll, wird es sehr exklusiv sein müssen. Bei all dem steht die autoritäre Absicherung dieses Prozesses in der kubanischen Führung – die 'Reformer' eingeschlossen – nicht in Frage.

Das ist schmerzhaft, und wer's billig möchte, kann 'Verrat' schreien und Castro & Co als marktwirtschaftliche Wendehälse outen. Geschenkt. Er schreit vor allem gegen seine eigenen Illusionen an. Die „Kapitulation vor dem Kapitalismus" in der gegenwärtigen kubanischen Wirtschaftspolitik ist nicht das Gegenteil des jahrzehntelangen Staatssozialismus, sondern seine späte Konsequenz.

Das Problem der Auslandsverschuldung (und zwar der gegenüber dem Westen) soll dies verdeutlichen. Seit 1982 mit der Zahlungsunfähigkeit Mexikos die Schuldenkrise offen zutage trat, wurden die 80er Jahre zum „verlorenen Jahrzehnt" Lateinamerikas. Nur in Kuba präsentierte die Regierung weiterhin jährliche Wachstumsraten und kritisierte energisch die lateinamerikanischen Staatschefs, die sich den Anpassungsprogrammen von IWF und Weltbank unterwarfen.

Doch auch Kubas Verschuldung gegenüber dem Westen stieg, von 2,8 Milliarden US-Dollar 1983 auf 6,1 Milliarden 1987. Und 1986 konnte auch Kuba den Schuldendienst dafür nicht mehr leisten. Die Gläubiger antworteten mit einer Sperre der Kredite. Für kein anderes Land, schon gar nicht für ein so extrem importabhängiges wie Kuba, wäre diese Situation länger tragbar gewesen. Für die Wirtschaftsplaner in Havanna hingegen gab es einen einfachen Ausweg: So „beschließt die kubanische Regierung 1986, die Wirtschaftsbeziehungen mit den kapitalistischen Ländern auf ein Minimum zu reduzieren und sie statt dessen auf die UdSSR zu konzentrieren". Es geht weniger darum, daß dies aus heutiger Sicht ziemlich das fatalste war, was man tun konnte, als vielmehr darum, daß das Problem schon 1986 existierte und nur durch Kubas Ausnahmesituation – die Integration in den RWG – gelöst wurde. Mit zeitlicher Verzögerung schlägt die Krise nun umso unerbittlicher zu. Und mit dem Fortschreiten der Krise hat die kubanische Regierung zunehmend weniger Spielräume, über die Bedingungen der Anpassung zu verhandeln.

Was folgt nun aus alledem? Kapitalismus allüberall, und eh' alles egal? Und Solidarität mit Kuba ein Anachronismus? Nein, keineswegs. Solidarität und Hilfe tun Not. Nur: Wer die Solidarität mit Kuba mit dem kubanischen Staat und der Regierung identifiziert, der wird Kröten schlucken, die nicht verdaubar sind, oder er wird sich irgendwann enttäuscht abwenden. Dabei geht es nicht darum, den kubanischen Staat in Bausch und Bogen zu verdammen; auch wenn die Errungenschaften der Revolution mit der wirtschaftlichen Krise zunehmend zerfallen, kommen ihm noch immer unleugbare Verdienste zu, etwa im Bildungssystem oder der Gesundheitsversorgung. Die kritische Ernährungslage freilich kann er nicht beheben. Vor allem aber ändern diese Leistungen nichts daran, daß erst die Lösung von der Fixierung auf die Staatslogik mit ihren Dichotomien von Loyalität oder Verrat, Unabhängigkeit oder Kapitulation, Sozialismus oder Kapitalismus etc. auch den Raum freigibt für einen differenzierenden Blick, der der komplexen kubanischen Gegenwart gerechter wird.

Das Damoklesschwert der Illegalität

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt Freiburg

Eine der größten, unabhängigen entwicklungspolitischen Zeitschriften:

★ acht mal im Jahr auf 60 Seiten ...
★ kontinuierliche Länderberichte und Analysen zu Politik, Geschichte, Wirtschaft, Kultur, Rüstung...
★ Debatten zu internationalen und transnationalen Verflechtungen ...
★ Informationen über nationale und internationale Kampagnen, Solidaritätsprojekte, Initiativen ...
★ gemacht von politisch engagierten Gruppen und Einzelpersonen ...

Die aktuellen Schwerpunktthemen:
Nr.196: Rüstungsexportstrategien
Nr.197: 50 Jahre IWF/Weltbank
Nr.198: Bevölkerungspolitik
Nr.199: Drogenpolitik in den Anden
Nr.200: Internationalismus, quo vadis?

Der *'blätter'* Abo-Auftrag

◯ Schickt mir die iz3w-Materialliste
◯ Ich probiere das Einstiegsabonnement mit vier Ausgaben für 20,-DM. Das Einstiegsabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
◯ Ich will das Jahresabonnement: mit acht Ausgaben für 54,-DM.
◯ Als StudentIn abonniere ich die *'blätter'* für 46,-DM/Jahr.

Meine Adresse:
Vorname:

Name:

Straße/
Hausnummer:

Postleitzahl/
Ort:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von einer Woche widerrufen kann. Zur Fristwahrung gilt der Poststempel oder ein Anruf.

Unterschrift:

An: **blätter des iz3w, Abo-Verwaltung, Postfach 5328, 79020 Freiburg**
Tel.:0761/74003, Fax: 0761/709866

Mit der Krise der formellen Ökonomie ist in Kuba, wie in anderen Ländern der Dritten Welt auch, eine rasante Expansion des informellen Sektors einhergegangen. So gut wie jede kubanische Familie greift für die Organisation des alltäglichen Lebens in der einen oder anderen Weise auf ihn zurück oder hält sich durch ihn über Wasser. Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen Artikeln des Grundbedarfs ist in Kuba heute ohne den informellen Sektor praktisch nicht vorstellbar.

Der wesentliche Unterschied zu anderen Ländern liegt vor allem im Verhältnis des Staates zu diesem informellen Sektor. Er toleriert ihn, und eine Abschaffung wäre nur durch eine flächendeckend repressive Lösung denkbar und wäre ökonomisch selbstmörderisch. Dennoch ist der informelle Sektor in Kuba nur zu einem kleinen Teil legal, der weitaus größte Teil bewegt sich in einer Grauzone zwischen 'Nachbarschaftshilfe' und 'Schwarzmarkt', ohne rechtliche Absicherung und unter dem beständigen Damoklesschwert der Illegalität. Es ist also geradezu ein Euphemismus anzunehmen, dies sei eine Ökonomie „nach rein kapitalistischen Kriterien" (Eggers in iz3w Nr. 198). Es fehlt eine auch nur minimale Rechtssicherheit für ProduzentInnen und VerbraucherInnen, für KäuferInnen und VerkäuferInnen. Und vor allem gibt es keine öffentliche Konkurrenz des Angebots, sondern nur eine enorm große Nachfrage, die sich in der Regel mit dem zufrieden geben muß, was ihr angeboten wird. Den verlangten hohen Preisen ist die Bevölkerung weitgehend schutzlos ausgeliefert, gerade weil die Halb- oder Illegalität die AnbieterInnen in der Praxis oft konkurrenzlos macht. (Die einzige öffentliche Konkurrenz sind die Dollarshops des Staates – in denen aber auch dieser seine Monopolstellung ausnutzt und ebenfalls atemberaubende Preise verlangt.)

Schöne-Äpfel-Ökonomie

Die traditionelle Linke, die primär an den Konflikten der formalisierten Arbeitswelt zwischen Kapital und Lohnarbeit orientiert war, hat sich mit dem informellen Sektor in den Ländern des Südens schwer getan. Es hat bittere Erfahrungen gegeben, bevor man die Interessenvertretung der 'Informales' als einen der Kernpunkte linker Politik in der Dritten Welt akzeptiert hat. Für die Sandinisten etwa – um noch einmal auf das Beispiel Nicaragua zurückzukommen – war genau dies eines der Ergebnisse ihrer Selbstkritik nach den verlorenen Wahlen, und inzwischen ist es für sie selbstverständlich, fliegende HändlerInnen und informelle KleinproduzentInnen gegen staatliche Willkür zu verteidigen.

Kuba sei das einzige Land, so warb Fidel Castro unlängst um Auslandskapital, in dem Investoren nicht befürchten müßten, daß sie eines Tages durch eine Revolution enteignet würden – Kuba habe seine Revolution schließlich schon hinter sich, und es sei die Führung der Revolution selbst, die die Investitionen und den freien Rücktransfer der Profite garantiere.

Die Argumentation ist erschlagend. Und dennoch: Wenn diese und andere ähnliche Kehrtwenden als Entwicklung Kubas in Richtung Marktwirtschaft verstanden werden, wird gerade die entscheidende Schieflage übersehen, die den bisherigen Reformprozeß prägt. Es gibt für die kubanische Bevölkerung heute tatsächlich nicht mehr, sondern weniger legale Marktmechanismen als vor zehn Jahren. Zugespitzt gesagt: Öffnung gibt es nach außen, nicht nach innen. Kein 'reiner Kapitalismus' hält Einzug, sondern ein Kapitalismus für die ausländischen Investoren und die Kader.

Es ist vor allem diese Diskrepanz, die in der kubanischen Gesellschaft die entscheidende 'Gerechtigkeitslücke' schafft. Einst ins Exil gegangene KubanerInnen werden als potente Groß-Investoren umworben, während den KubanerInnen, die der Revolution treu blieben, noch der Betrieb einfacher Garküchen im Hinterhof verboten bleibt.

Nein, die US-Blockade ist bei all dem nicht vergessen. Sie verschärft die kubanische Krise in tausenderlei Form, sie ist für jegliche Wirtschaftsperspektive Kubas ein Hindernis allererster Ordnung; die Gleichung, daß die Konfrontation mit den Mächtigen wirtschaftliches Wohlergehen für das Volk ermöglicht, geht auch in Kuba nicht mehr auf. Das rechtfertigt in keiner Weise die Machtpolitik der Mächtigen: Den USA ist jede Legitimation für die Blockade abzusprechen, sie ist unmoralisch, völkerrechtswidrig, sie ist in aller Schärfe zu verurteilen. Und die Embargopolitik folgt nicht hehren Zielen von Demokratie und Menschenrechten, sondern der traditionellen Imperialpolitik der USA und den ökonomischen Interessen der alten kubanischen Elite im Exil.

Aber: Gerade wenn die erreichte und zu verteidigende Unabhängigkeit Kubas als wichtigste Legitimation, die Fidel Castro für die Einparteienherrschaft der Revolution ins Feld führt, ernst genommen werden will, dann muß die Politik der Regierung Castro als kubanische Politik auch unabhängig von der – wie feindlich auch immer gearteten – Politik eines anderen Staates diskutierbar sein. „Es scheint mir unmoralisch, die ernsthafte Suche nach Lösungen für die kubanische Probleme davon abhängig zu machen, daß die USA das Embargo aufheben", sagte Jesús Díaz unlängst bei einem Treffen mit kubanischen Schriftstellern, die noch auf der Insel leben; „die USA können sich den Luxus leisten zu warten". Kuba nicht. ●

Gekürzter Nachdruck eines Beitrag aus: blätter der iz3w, Nr. 201, Okt. 94

RALF SOTSCHECK

„... ich kann mich bei der IRA für meinen Sportwagen bedanken..."

Nordirland-Konflikt vor dem Ende?

Nach der Erklärung der Waffenruhe und dem Gesprächssignal aus London sind die Hoffnungen auf ein Ende des Nordirland-Konflikts gewachsen. Doch es sollte nicht vergessen werden, daß nach wie vor weder die Ursachen gelöst noch die Opfer vergessen sind. Der folgende Beitrag gibt einen Einblick in die Hintergründe und die Geschichte des Konflikts.

In der Ebene südlich von Belfast sind sechs H-förmige Gebäude zu erkennen, die von einem hohen Maschendrahtzaun umgeben sind – das Gefangenenlager „Long Kesh". Es gibt wohl kein Bauwerk, das in dem an Sinnbildern gewiß nicht armen Nordirland-Konflikt eine größere Symbolkraft besitzt als „The Maze Prison", wie es offiziell heißt. Der Gebäudekomplex beherbergt mehr als 500 Gefangene, die allesamt wegen terroristischer Vergehen verurteilt und fein säuberlich nach Organisationszugehörigkeit segregiert sind. Der Unterhalt des Gefängnisses kostet 42 Millionen Pfund im Jahr, das sind umgerechnet rund hundert Millionen Mark. Seit dem Hungerstreik von IRA und INLA, einer kleinen Abspaltung, im Jahr 1981, bei dem zehn Gefangene starben, sind die Haftbedingungen stark verbessert worden. Jeder H-Block hat einen Billardtisch, einen Mikrowellenherd und einen Fitneßraum, die Gefangenen dürfen ihre eigene Kleidung tragen und organisieren den Tagesablauf und Fortbildungskurse weitgehend selbst. Kritiker haben das Gefängnis deshalb als „Universität des Terrorismus" bezeichnet.

Viele aus der heutigen Führungsspitze Sinn Feins, des politischen Flügels der IRA, haben früher hier ihre Zeit abgesessen und irische Geschichte, Sprache und Kultur „studiert" – darunter auch Sinn-Fein-Präsident Gerry Adams. Die IRA-Gefangenen genießen – ebenso wie die loyalistischen Häftlinge – im eigenen Lager hohes Ansehen. Bei wichtigen Entscheidungen führt kein Weg an ihnen vorbei. Der britische Geheimdienst hat bereits vor einem Jahr aus abgefangenen Briefen die Erkenntnis gezogen, daß die IRA-Gefangenen auf ein Geschäft mit der britischen Regierung gedrängt haben – zur Not auf Kosten des bewaffneten Kampfes, der vor gut einem Vierteljahrhundert wieder entflammt war.

Der Prozeß, der zu dem IRA-Waffenstillstand führte, begann bereits vor acht Jahren. Damals beschloß Sinn Fein, den Boykott des Dubliner Parlaments aufzugeben. Die Partei gewann in Nordirland zwar regelmäßig elf bis zwölf Prozent der Stimmen, war damit jedoch an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen. Wenn sie ihren Einfluß vergrößern wollte, so konnte das nur über einen Zuwachs im Süden funktionieren. Diese Taktik blieb freilich in den Startlöchern stecken: 1987 war ein katastrophales Jahr für Sinn Fein und IRA. Die französische Marine beschlagnahmte ein Schiff mit libyschen Waffen und Munition, die für die IRA bestimmt waren, und in der Republik Irland hob die Polizei ein Waffenlager nach dem anderen aus. In Nordirland geriet eine IRA-Einheit in einen Hinterhalt, acht Mitglieder wurden von der Sondereinsatztruppe SAS erschossen. Die weitreichendsten Konsequenzen hatte jedoch der rücksichtslose IRA-Bombenanschlag auf eine Gedenkfeier für die Weltkriegstoten in Enniskillen, bei dem elf Protestanten getötet wurden. Sinn Fein wurde danach von sämtlichen Parteien in Großbritannien und Irland geächtet, die Friedensinitiative, die Sinn Fein sechs Monate zuvor eingeläutet hatte, ging völlig unter. Dabei enthielt sie erste Anzeichen für eine gesamtirische Verfassungskonferenz, die politische Lösungsvorschläge ausarbeiten sollte.

Trotz des Bannes über Sinn Fein nahm John Hume, der Vorsitzende der gemäßigten nordirischen Sozialdemokratischen und Arbeiterpartei (SDLP), zwei Monate nach dem Anschlag von Enniskillen Gespräche mit Gerry Adams auf. Zwar wurde der Kontakt später abgebrochen, doch der Grundstein für die Wiederaufnahme im vergangenen Jahr, die schließlich zu einem gemeinsamen Positionspapier führte und die Regierungen in London und Dublin in Zugzwang brachte, war gelegt. Gleichzeitig intensivierte die IRA 1988 ihre Bombenkampagne auf dem europäischen Festland und in England. Die britische Regierung strich daraufhin das Recht auf Aussageverweigerung und verbannte Sinn Fein aus Radio und Fernsehen – eine Maßnahme, die seit dem Waffenstillstand aufgehoben wurde, sich aber ohnehin als Farce entpuppt hatte: Sinn-Fein-Mitglieder wurden danach von Schauspielern synchronisiert. Die Londoner Regierung legte auch einen Köder aus. Der damalige Nordirland-Minister Peter Brooke räumte ein, daß die IRA militärisch nicht zu besiegen sei und versprach eine „ideenreiche und flexible Antwort" auf eine eventuelle IRA-Waffenruhe.

Während Sinn Fein 1990 mit der britischen Regierung öffentlich um die Vorbedingungen für direkte Gespräche stritt, fanden diese hinter den Kulissen längst statt. Als Brooke in einem Interview erklärte, Großbritannien habe kein „strategisches oder wirtschaftliches Interesse“ an Nordirland, verkündete die IRA über Weihnachten zum ersten Mal seit 15 Jahren einen dreitägigen Waffenstillstand. Und Sinn Fein gab sich im folgenden Jahr noch kompromißbereiter: Führende Parteimitglieder betonten, daß Sinn Fein Gewalt nicht unterstütze und nicht mehr länger für die IRA spreche. Darüber hinaus räumte man zum ersten Mal ein, daß die Zustimmung der Unionisten – sie treten wie die Loyalisten für die Union mit Großbritannien ein, jedoch nicht mit gewaltsamen Methoden – für eine Lösung in Nordirland unerläßlich sei.

Unterdessen gingen die Geheimkontakte zwischen Sinn Fein und der britischen Regierung weiter. Durch diese Kanäle versicherte London der IRA, daß man es „im Gegensatz zu 1975, als der Waffenstillstand scheiterte, diesmal ernst“ meine. Die britische Regierung bot direkte Gespräche im Gegenzug für einen befristeten IRA-Waffenstillstand an. Gleichzeitig forcierte sie die Verhandlungen mit der Dubliner Regierung, die im vergangenen Dezember in der „Downing-Street-Erklärung“ resultierten. Darin erkannten beide Regierungen das „Recht des irischen Volkes auf Selbstbestimmung“ an, schränkten jedoch ein, daß am Status quo nur gerüttelt werden könne, wenn eine Mehrheit in Nordirland dies wünsche.

Die Erklärung stürzte Sinn Fein in ein Dilemma: Einerseits wies die überwältigende Mehrheit der Parteibasis das Dokument als völlig unzureichend zurück, andererseits riskierte man bei einer Ablehnung die erneute politische Isolation und eine konzertierte Aktion der britischen und irischen „Sicherheitskräfte“ gegen die IRA. So spielte Sinn Fein zunächst auf Zeit und verlangte nähere Erläuterungen zu dem Dokument, fällte aber auch danach kein endgültiges Urteil. Als sich alle bereits mit einer Pattsituation abgefunden hatten, kam mit dem Besuch einer inoffiziellen US-Delegation Ende August eine neue Dynamik in der Friedensprozeß, der schließlich in dem IRA-Waffenstillstand gipfelte.

Obwohl die Arbeitslosigkeit sowie schon landesweit über 20 Prozent beträgt und in den katholischen Ghettos Belfasts zum Teil bei 80 Prozent liegt, wäre es ohne den politischen Konflikt um das Jobangebot noch schlechter bestellt: Zwischen 1973 und 1990 ist ein Viertel alle Arbeitsplätze in der Industrie vernichtet worden, die multinationalen Konzerne haben sich praktisch völlig aus Nordirland zurückgezogen, doch gleichzeitig stieg die Zahl der Beamten: Arbeitete 1971 noch ein Viertel aller Beschäftigten für den Staat, so waren es 1993 bereits 36 Prozent, die Mehrheit davon Protestanten – vor allem in den oberen Etagen. Die Regierung in London hat sich ihre „Teile-und-herrsche-Politik“ schon immer etwas kosten lassen. Der Beamtenapparat verschlingt pro Kopf der Bevölkerung etwa 40 Prozent mehr als im landesweiten Durchschnitt – und dabei sind Polizei und Armee noch nicht einmal eingerechnet.

Die nordirische Mittelschicht hat von einer Normalisierung der Situation denn auch am meisten zu verlieren. Polizisten gehören zu den größten Kriegsgewinnern. Beamte mit zehn Jahren Berufserfahrung kommen mit Überstunden und Gefahrenzulage leicht auf 30 000 Pfunde (rund 75 000 Mark) im Jahr. Das ist weit mehr als ihre KollegInnen in Großbritannien verdienen. So sehen sie den IRA-Waffenstillstand mit gemischten Gefühlen. „Ich kann mich bei der IRA für meinen Sportwagen bedanken“, sagte einer von ihnen, „wenn es Frieden geben sollte, muß ich den Gürtel enger schnallen“. Sollte die Zahl der Polizisten auf den britischen Durchschnitt heruntergeschraubt werden, müßten bis zu 6000 Beamte ihren Hut nehmen.

Neben dem staatlichen Sektor blühte auch die private Sicherheitsindustrie in Konfliktzeiten auf: Alarmanlagen, Überwachungskameras, Panzerglas, Fenstergitter und gepanzerte Türen – diese Bereiche hatten die größten Wachstumsraten in Nordirland zu verzeichnen. Im Sicherheitsbereich arbeiteten 1994 ebenso viele Menschen wie in der Industrie. Hinzu kommen die Berufssparten Bauunternehmen, Rechtsanwälte. Sie hatten bereits seit Ende 1993 den Rückgang der Gewalt am Geldbeutel zu spüren bekommen. „Vor zwei Jahren hatte ich ausschließlich Fälle, die mit der politischen Situation zusammenhingen“, sagte der Anwalt Barra McGrory nach Verkündung des Waffenstillstandes, „heute ist es nur noch die Hälfte.“

Graham Gudgin, der Direktor des Nordirischen Wirtschaftsinstituts, rechnet damit, daß etwa 20 000 Jobs verlorengehen werden. „Langfristig sind zwar 20 000 bis 25 000 neue Arbeitsplätze zu erwarten, die Hälfte davon jedoch im Tourismus“, sagt er. „Diese Jobs sind traditionell schlecht bezahlt und keineswegs ein direkter Ersatz beispielsweise für Stellen bei der Polizei.“ Während die Tourismusindustrie in der Republik Irland sechs Prozent zum Bruttosozialprodukt beiträgt, sind es in Nordirland lediglich zwei Prozent. Von 60 000 BesucherInnen, die 1993 mit dem staatlichen südirischen Busunternehmen CIE Tours nach Irland kamen, haben nur 2500 den Sprung über die Grenze gewagt.

1978 mußte der damalige Direktor des nordirischen Fremdenverkehrsamtes, Robert C. Hall, zugeben: „Bei dem Titel für das unbeliebteste Reiseland der Welt liegen wir mit Uganda gleichauf an letzter Stelle:“ Sein Nachfolger Hugh O'Neill ist seit dem Waffenstillstand optimistisch. Er prophezeit, daß die Zahl der Touristen innerhalb von drei bis fünf Jahren um 40 Prozent steigen könnte, falls sich der Frieden als dauerhaft erweist. Hilton International hat am selben Tag, an dem der Waffenstillstand verkündet wurde, bekanntgegeben, daß in Belfast ein Luxushotel mit 187 Zimmern und Arbeitsplätzen für 200 Menschen entstehen solle. Geschätzte Baukosten: 17 Millionen Pfund (etwa 42,5 Millionen Mark). Das derzeit einzige Luxushotel im Zentrum der nordirischen Hauptstadt, das Europa-Hotel, hält einen traurigen Rekord: Es ist das Gebäude, das die meisten Bombenanschläge der Welt über sich ergehen lassen mußte – nämlich mehr als 30.

Auch Michael Smyth, Wirtschaftsdozent an der New University of Ulster, sieht hoffnungsvoll in die Zukunft. Er ist davon überzeugt, daß die britische Regierung das Geld, das sie im Sicherheitsbereich einspart, anderweitig in die nordirische Wirtschaft stecken wird. Hinzu kommen Privatinvestitionen sowie Mittel, die von der Europäischen Union und der US-Regierung bereits zugesagt worden sind, so daß die Zahl der Arbeitslosen nach Smyths Einschätzung um 60 000 gesenkt werden kann. Den Einwand, daß das Verteidigungsministerium wegen der Haushaltskürzungen ohnehin 40 000 Soldaten zu Zivilisten machen muß und ausländische Investoren in Großbritannien immer noch mit einer größeren Rendite als in einem friedlichen Nordirland rechnen können, läßt Smyth nicht gelten. „Es werden sehr schwierige Anpassungen nötig sein“, räumt er sein, „aber am Ende muß die Friedensdividende einfach größer sein als der Multiplikationseffekt der Subventionen.“

Die britische Krisenprovinz hängt wirtschaftlich am Subventionstropf, vier Milliarden Pfund (rund zehn Milliarden Mark) werden jedes Jahr aus London überwiesen. Da ist fast ein Drittel des nordirischen Bruttosozialprodukts. Innerhalb von 25 Jahren ist Nordirland von relativer wirtschaftlicher Selbständigkeit zu einer „zutiefst wettbewerbs fähigen Regionalwirtschaft“ verkommen, wie das Dubliner Wirtschaftsinstitut ESRI im Herbst 1994 feststellte.

Ob es mit der wirtschaftlichen Entwicklung nun bergauf gehen wird, nachdem auch die Loyalisten die Waffen niedergelegt haben, bleibt abzuwarten. Die loyalistischen Organisationen – das sind vor allem die Ulster Defense Association (UDA) und die Ulster Volunteer Force (UVF). Bei der Wahl ihrer Mittel waren sie nie zimperlich: Beide Organisationen haben in den vergangenen drei Jahren mehr Menschen getötet als die IRA. Die UDA wurde 1972 gegründet und hatte schon ein Jahr später 25 000 Mitglieder. Obwohl sie von Anfang an unter ihrem Tarnnamen Ulster Freedom Fighters (UFF) mordete, wurde sie erst im August

1992 verboten und operierte seitdem im Untergrund. Mit der Ulster Democratic Party (UDP) und der Progressive Ulster Party (PUP) haben sich UDA und UVF „politische Flügel“ zugelegt, die auch den Waffenstillstand verkündeten.

1966 wurde die UVF von Gusty Spence und anderen neugegründet, um Nordirland – die Insel war 1922 geteilt worden – vor dem Papismus zu retten. Den ideologischen Unterbau dafür lieferte der junge Prediger Ian Paisley, der damals durch die Arbeiterviertel Belfasts zog und die Ängste und Vorurteile der Protestanten schürte. Ihre Vorfahren – die protestantischen Siedler, die im 17. Jahrhundert von der britischen Krone nach Irland geschickt worden waren, um die rebellierenden Iren unter Kontrolle zu halten – hatten schon damals eine Lagermentalität entwickelt, die sich über 300 Jahre gehalten hat. Paisley machte sich das geschickt zunutze. Er ist das typische Beispiel für einen Schreibtischtäter, der seine Leute durch Hetzreden zu Gewalttaten anstachelt, ohne sich dabei die Hände schmutzig zu machen. 1971 spaltete Paisley die alte unionistische Einheitspartei und gründete die Democratic Party (DUP) sowie seine eigene Kirche, die Free Presbyterian Church. Paisleys Demagogie kommt vor allem in den Arbeitervierteln an: kein Politiker erhält bei Wahlen soviele Stimmen wie er, auch nicht die Spitzenpolitiker der Ulster Unionist Party (UUP), der größten nordirischen Partei und Nachfolgerin der unionistischen Einheitspartei.

Eine seiner Hochburgen ist die Shankill Road. Sie führt von der Belfaster Innenstadt parallel zur Falls Road in Richtung Westen – die eine ins protestantische, die andere ins katholische Viertel. Die Querstraßen, die beide Straßen früher verbunden haben, sind mit einem Wellblechzaun – der „Friedenslinie“ – versperrt. Ins Niemandsland zwischen Falls und Shankill traut sich noch immer kein Mensch.

Das untere Ende der Shankill Road ist Wohngebiet, erst hinter dem Sportzentrum, einem großen, grauen Kasten und der gegenüberliegenden protestantischen „Gospel Hall“ beginnt die Einkaufsmeile. Die Straße ist tagsüber voller Menschen, Autos kommen nur mit Schrittgeschwindigkeit voran. In einem Schaufenster auf der linken Seite liegen bunte Schals, Wollmützen und T-Shirts aus. Was auf den ersten Blick wie der Laden eines Fußball-Fanclubs aussieht, entpuppt sich als „Historische Gesellschaft der Shankill Road“. Geschichte wird hier freilich recht einseitig interpretiert: Auf Schals, Mützen und Hemden prangt die Jahreszahl 1690, manchmal auch „Kind Billy“ auf einem weißen Pferd. Wilhelm von Oranien, der bei Nordirlands Protestanten familiär „Kind Billy“ heißt, besiegte am 12. Juli 1690 in der Schlacht am Boyne den katholischen König Jakob II. Und sicherte dadurch die protestantische Thronfolge in Großbritannien. Der Jahrestag wird noch heute in den protestantischen Vierteln Nordirlands gefeiert, als sei die Schlacht erst gestern gewonnen worden. Organisiert werden die Feierlichkeiten von den Orangeisten-Orden, die 1795 als protestantischer Geheimbund mit streng anti-katholischer Ausrichtung gegründet wurden. Noch heute funktionieren sie als klassenübergreifende organisatorische und ideologische Klammer hinter den Kulissen der unionistischen Parteien, deren führende Politiker allesamt Mitglieder im Orden sind.

Etwas weiter die Shankill Road hoch, an der Ecke Berlin Street, liegt rechts die Kneipe „Berlin Arms“. Frank, der in dem Pub schnell ein Bier getrunken hat, während seine Frau im Supermarkt ist, sagt: „Früher, bevor der Konflikt losging, war ich oft im Pub auf der Falls Road“, sagt er und zeigt auf die „Friedenslinie“, „und die Frauen von der Falls kamen zum Einkaufen herüber. Es wird Jahre dauern, bis es wieder so sein wird.“ Seine Frau Jean, die mit vier vollen Plastiktüten aus dem Supermarkt kommt, stimmt ihm zu: „Ich bin so froh, daß die Kinder jetzt eine Zukunft ohne Gewalt haben und ein normales Leben führen könne. Für uns Ältere ist es wohl zu spät, die Bitterkeit sitzt zu tief, als daß wir so tun könnten, als seien die letzten 25 Jahre nicht geschehen. Vielleicht hilft es ja, wenn Gusty sich tatsächlich mit Adams an einen Tisch setzt.“

Der UVF-Gründer Gusty Spence, der 18 Jahre lang wegen Mord an einem Katholiken im Gefängnis gesessen und die Waffenstillstandserklärung der Loyalisten verlesen hat, sagte danach über den Sinn-Fein-Präsidenten: „Ich glaube, wir können miteinander ins Geschäft kommen.“ Und Gary McMichael, dessen Vater John – ein ehemaliger Chef der loyalistischen Ulster Defense Association – 1987 von der IRA getötet worden war, sprach von der „Einheit der Arbeiterklasse“, die es jetzt zu schaffen gelte. „Während Paisley bisher jeden Kontakt mit Sinn Fein und IRA ablehnt“, sagt Frank, „bietet ein ehemaliger UVF-Mann ein Gespräch mit Adams an. Möglicherweise geschehen noch Zeichen und Wunder. Mir soll es recht sein – solange Nordirland Teil des Vereinigten Königreiches bleibt.“ ●

Ralf Sotschek ist taz-Korrespondent für Irland und Großbritannien.

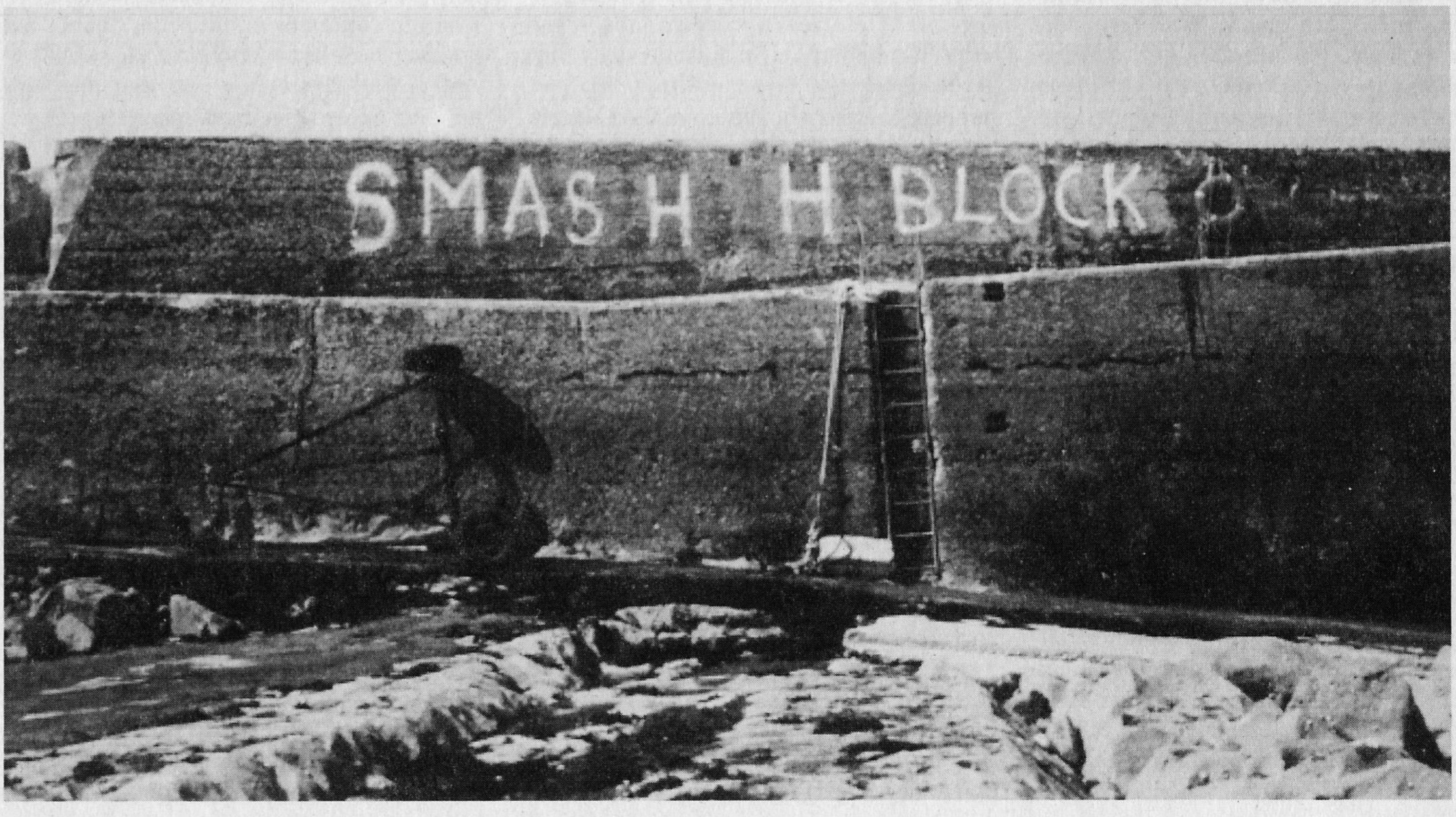


Foto: Christoph Görg

RAINER DEPPE

Vergangenheit, die nicht vergeht?

Anmerkungen zum Aufsatz von János Bársony

Mit der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht am 19. März 1944 steigerte sich der Antisemitismus des mit Nazi-Deutschland verbündeten Horthy-Regimes zum Holocaust an den ungarischen Juden. Mit aktiver Unterstützung der ungarischen Behörden gelang es dem „Sondereinsatzkommando Eichmann" binnen kurzem und wenige Monate vor der Befreiung Ungarns durch sowjetische Truppen, über eine halbe Million jüdischer Menschen in Gaskammern und Vernichtungslager zu treiben. Etwa zur selben Zeit begannen ungarische Behörden in eigener Regie mit der verstärkten Verfolgung, Deportation und Ermordung von Zigeunern. Daß dies nicht mit jener furchtbaren Perfektion geschah wie die Vernichtung der europäischen Juden, mag als vergleichsweise weniger schweres Schicksal erscheinen, ohne indes ein Jota des Leids zu relativieren, welches den Zigeunern in Ungarn und anderswo widerfuhr.

Über die Zahl der Opfer unter den damals etwa 200 000 ungarischen Zigeunern gibt es verschiedene Schätzungen. Noch relativ dicht am Zeitgeschehen, hat Kamill Erdös in den fünfziger Jahren die menschlichen Verluste unter den ungarischen Zigeunern auf etwa 50 000 geschätzt. In den siebziger Jahren nannte das „Komitee der Verfolgten des Naziregimes" ausländischen Wissenschaftlern eine Zahl von 28 000 Opfern. In der 1992 erschienenen Arbeit von László Karsai wird aufgrund von Archivquellen die Zahl der Opfer unter den ungarischen Zigeunern mit etwa 5000 angegeben. Karsai hat allerdings darauf aufmerksam gemacht, daß die bislang bekannten schriftlichen Unterlagen unvollständig sind. Unaufgearbeitet sind unter anderem eventuell noch erhalten gebliebene Akten der Gendarmerie, die einerseits das Schicksal der in Arbeitslager gesperrten Zigeuner und andererseits das Schicksal der den Deutschen übergebenen Zigeuner in Deutschland betreffen. Schadensansprüche hat nur ein Bruchteil der Überlebenden angemeldet.

Der nachfolgende Aufsatz von János Bársony ist am 11. Juni 1994 in der größten ungarischen Tageszeitung Népszabadság (Volksfreiheit) erschienen. Er erinnert an die Vorgeschichte und die Stationen des Leids, das den in Ungarn lebenden Zigeunern vor fünfzig Jahren angetan und anschließend – wie anderswo – von Tätern und Zuschauern der Mehrheitsgesellschaft vergessen, verdrängt oder gar mit uralten Stereotypen nachträglich noch gerechtfertigt wurde. Dabei verwendet Bársony, wenn er von Zigeunern spricht, jene Bezeichnung, die die politischen und sozialen Organisationen der Roma, Olah und anderer bis heute in Ungarn für sich selbst gebrauchen.

Die Erinnerung an das Leiden der Zigeuner in Ungarn und anderen, mit dem Nationalsozialismus verbündeten oder von ihm beherrschten osteuropäischen Ländern ist nicht bloß historische Reminiszenz. Zwar vermag solche Erinnerung die ausgebliebene Trauer der Mehrheitsgesellschaft nicht einfach nachzuholen; doch könnte sie vielleicht für die fortdauernden und wechselnden Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung sensibler machen, denen Zigeuner in den vormals staatssozialistischen Ländern ausgesetzt waren und die sie heute im Zeichen des Umbruchs in der gesamten Region bedrohen.

Obwohl nach dem zweiten Weltkrieg rassistische Gesetze in Ungarn abgeschafft wurden, blieben im Stalinismus der fünfziger Jahre Verordnungen in Kraft, die Zigeuner diskriminierten, und arbeiteten Sonderabteilungen der Polizei mit kaum veränderter personeller Besetzung weiter. Erst der mittelmäßig aufgeklärte Absolutismus des Kádáregimes machte den Zigeunern einige politische Zugeständnisse. Zwar blieb ihnen die Anerkennung als nationale Minderheit versagt, die rechtliche und finanzielle Ansprüche auf eine gewisse kulturelle Autonomie begründet hätte. Ihre Anerkennung als ethnische Gruppe und die Zulassung politisch kontrollierter Interessenvertretungen deutete indes ein etwas anderes Integrationskonzept als das der erzwungenen Assimilation an. Angesichts erschöpfter Arbeitskräftereserven, und um die Lage der Zigeuner als „sozial benachteiligte Schicht" zu verbessern, unternahm das Kádáregime seit Ende der sechziger Jahre gleichzeitig Anstrengungen, sie vermehrt als Hilfsarbeiter in der Bauwirtschaft und in Teilen der Schwerindustrie zu gewinnen. Indes gelang den meisten Zigeunern der versprochene Ausbruch aus ihren jahrhundertealten Ghettos nicht. Aus ihren am Rand von Dörfern und Städten gelegenen Lehmhütten wurden viele in ebenfalls randständig gelegene schlecht eingerichtete Hochhäuser umgesiedelt. Andere zogen in von Nicht-Zigeunern verlassenen Häuser, in zum Aussterben veurteilten Dörfern ein. Sicher gibt es auch einige wohlhabende Zigeuner. Die Musiker in den Städten sind weitgehend integriert und haben ihr Auskommen. Eine erste Generation von Zigeuner-Intellektuellen ist im Spät-Kádárismus herangewachsen. Doch die große Mehrheit der Zigeuner bilden nach wie vor die ärmste Schicht unter den Armen. Teilte sie viele Merkmale sozialer Ausgrenzung mit ungelernten Schichten ungarischer Lohnabhängiger, so blieb sie darüberhinaus den verächtlichen Stereotypen der Mehrheitsgesellschaft und den diskriminierenden Praktiken der Behörden ausgesetzt.

Im Zuge des Systemwandels hat sich die Lage der in Ungarn lebenden Zigeuner auf zwiespältige Weise dramatisch verändert. Einerseits bieten ihnen die demokratischen Institutionen erstmals die Chance zur politischen Selbstartikulation, die sich allererst in der Entstehung von weit mehr als hundert neuen Zigeunerorganisationen widerspiegelt. Gleichzeitig hat ein neues Minderheitengesetz ihre Rechtslage verbessert. Andererseits hat sich ihre sozioökonomische Lage noch einmal drastisch verschlechtert. Unter den zahlreichen sozialen Verlierern des Systemwandels sind die Zigeuner die größten. Als Hilfsarbeiter in der dramatisch geschrumpften Schwerindustrie sowie Bau- und Landwirtschaft gehören sie zu denen, die zuerst und am häufigsten entlassen worden sind. Oft haben sie ihr kärgliches Auskommen verloren und drohen ins schiere Elend zu stürzen. Gegenüber der allgemeinen Arbeitslosenquote von 14 % liegt die der Zigeuner bei schätzungsweise 50 %. Desto mehr sind sie zum Überleben auf staatliche Hilfen und Transferzahlungen angewiesen. Angesichts riesiger Staatsverschuldung und minimaler Verteilungsspielräume trägt dies zur Reproduktion stereotyper Vorurteile in der Mehrheitsgesellschaft bei. Anders als in Rumänien gibt es zwar

glücklicherweise in Ungarn keine Pogromstimmung und Lynchjustiz gegenüber Zigeunern. Doch ist es ein Warnzeichen, daß zu den von ungarischen Skinheads verletzten und in einigen Fällen getöten Personen auch Zigeuner gehören. Und obwohl die Wähler bei den Parlamentswahlen im Mai dieses Jahres der „Ungarischen Wahrheits- und Lebenspartei" des rechtspopulistischen Schriftstellers István Csurka eine Abfuhr erteilt haben, birgt dessen gegen die Zigeuner gerichteter biologischer Rassismus ein gefährliches Potential.

In Ungarn bilden die mehr als 500 000 vorwiegend ungarisch, aber auch rumänisch und ihre eigene Sprache sprechenden Zigeuner mit einem Bevölkerungsanteil von 5 % die bei weitem größte Minderheit. Mit etwa 70 % lebt die überwiegende Mehrheit aller Zigeuner in Ost-Mitteleuropa und auf dem Balkan. Folglich sind sie in all diesen Ländern in den Strudel des Systemwandels geraten, der vielerorts mit einem neuerlich geschürten Rassismus und Nationalismus schwanger geht. Deshalb gehören Zigeuner zu denen, die sich seit der Öffnung der Grenzen auf die Ost-West-, beziehungsweise Nord-Süd-Wanderung begeben haben, um ihrer alten und neuen Misere zu entkommen. Auch diese Hoffnung kann trügen, wie sich in Rostock und anderswo gezeigt hat. ●

Rainer Deppe ist Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main.

JÁNOS BÁRSONY

„Sie haben meine unschuldige Familie ermordet, hej!"

Der vergessene Holocaust an den ungarischen Zigeunern

Seit dem 14./15. Jahrhundert lebten verschiedene Zigeunergruppen mit den Völkern des Karpatenbeckens zusammen. Für die traditionell von Zigeunern ausgeübten Gewerbe bestand reger Bedarf. Dies galt für Metallhandwerk und Holzverarbeitung, Tierhaltung und Tierhandel, Unterhaltungsmusik und Goldwäscherei, Lehmziegelherstellung und Korbflechterei. Natürlicherweise entstand aus diesem Zusammenleben eine tiefe, über den Alltag hinausgehende Schicksalsgemeinschaft. Die Zigeunerschaft nahm an den Schlachten gegen die Türken teil und vergoß ihr Blut in den von Bocskai, Thököly, Rákóczi und Kossuth angeführten Freiheitskämpfen. Mit der aufkommenden Fabrikindustrie und der zunehmenden Seßhaftwerdung wurde indessen den Wanderhandwerken immer mehr die Existenzgrundlage entzogen. Die Bande in den Zigeunergemeinschaften lockerten sich, ihre Wertordnung wurde erschüttert. Als immer mehr Gruppen seßhaft wurden, kam es häufig zu Zusammenstößen zwischen deren Lebensgewohnheiten und den Normen ihrer Umgebung. Da die Behörden in solchen Konflikten rechtsstaatliche Prinzipien und individuelle Freiheits- und Verantwortungskriterien nur selten beachteten, wurde das Verhältnis zwischen ihnen und den Zigeunern immer gespannter.

Es genügt, auf den Vorfall im siebenbürgischen Danos aus dem Jahr 1906 zu verweisen. Damals raubten fünf oder sechs Leute eine örtliche Kneipe aus und ermordeten den Wirt und seine Familie. Zeugen sprachen von Zigeunern als Tätern. Daraufhin trieb die Gendarmerie in der nahegelegenen Puszta mehrere tausend Zigeuner zusammen und hungerten sie dort aus. Sie prügelte und peinigte sie und verlangte die Herausgabe der Täter. Wegen eines kommerziellen Raubmords und des Verbrechens einiger Leute mußte eine unschuldige Menge leiden. Viele Zigeuner kamen durch die Quälereien um oder wurden zu Krüppeln. Die Mehrheit des Khaldera-Stammes floh aus dem Land.

In der Presse, ja, selbst im damaligen Parlament gab es Stimmen, die die „Ausrottung der Zigeunerrasse" forderten, von Kollektivschuld und notwendigen Gewaltmaßnahmen sprachen. Vielleicht war es das erste Mal, daß so etwas in einem bürgerlichen Staat in diesem Jahrhundert geschah. Daß Endre Ady, Ungarns größter Dichter jener Zeit, gemeinsam mit anderen seine Stimme für die Verfolgten erhob, ändert nichts an der Schwere des Tatbestands.

Während des ersten Weltkriegs wurde eine Verordnung zur Maßregelung „herumstreunender" Zigeuner erlassen, die ihre Bindung an die Scholle vorschrieb. Zigeuner durften ihren Siedlungsort nicht verlassen, ihr Vermögen wurde beschlagnahmt. Außerdem wurde ihre vollständige und regelmäßige Registrierung, die Erfassung ihrer körperlichen Merkmale und ihre Zwangsimpfung gegen Pocken verfügt. Zigeuner, die ihre Siedlung trotzdem verließen, wurden auf Grundlage der Verordnung dorthin zurückgebracht, „Renitente" in staatlichen Arbeitslagern interniert.

Wer als „Herumstreunender" definiert wurde, hing von den örtlichen Behörden ab, deren guter Wille mit Geld oder kostenlosen Arbeiten erkauft werden mußte. Und wer war schon kein „Herumstreunender", wo doch die meisten der von den Zigeunern betriebenen Gewerbe häufige Ortswechsel erforderten, weil der Bedarf einer Gemeinde zum Lebensunterhalt nicht ausreichte. Die genannte Verordnung blieb bis 1945 in Kraft. Um die Registrierung auf dem laufenden zu halten, wurden ab 1920 mindestens zwei Mal im Jahr Zigeunerrazzien durchgeführt. Anschließende Verfahren konnten mit Ausweisung, Einsperrung oder Internierung enden.

Im Jahr 1934 forderte László Endre, „herumstreunende" Zigeuner in staatliche Konzentrationslager zu sperren und die Männer zu sterilisieren. Es war derselbe László Endre, der später von Amts wegen als Staatssekretär die Einlieferung der Juden in Konzentrationslager organisierte. Am 1. Januar 1939 regte der Parlamentsabgeordnete der damaligen Nationalen Einheitspartei, Gyözö Drózdy, eine Volkszählung unter den Zigeunern an. Angesichts des „Vermehrungswillens" und des „Schmarotzertums" der Zigeuner berief er sich auf „Rassenschutzgesichtspunkte". Zwar fand die Volkszählung nicht statt, doch führten die zentralen Ermittlungsbehörden der ungarischen Gendarmerie am 1. August 1940 eine auf Fingerabdrücken basierende gesonderte Zigeunerkartei ein. Nach Gendarmerieangaben wurden innerhalb von neun Monaten entsprechende Daten von 2475 Zigeunern aufgenommen, die eine Straftat begangen hatten – oder auch nicht (... „weil sie jederzeit eine solche begehen könnten").

Am 5. Februar 1941 forderte der Parlamentsabgeordnete der ungarischen Lebens-

partei, György Forster, „herumstreunende Zigeuner“ in Arbeitslager zu sperren und das Standrecht über sie zu verhängen. Die Zigeunerfrage habe für das ungarische Dorf dieselbe Bedeutung wie die Judenfrage für die ganze Nation. Im Juli 1941 empfahl der Vorsitzende der Ärztekammer, Professor Orsós, dem Oberhaus des Parlaments, jede Blutsvermischung zwischen Ungarn und Zigeunern gesetzlich zu verbieten. Orsós befaßte sich nach deutschem Vorbild mit Eugenik. Deutsche Wissenschaftler hätten „bewiesen“, daß Schwerstverbrecher „Mischlingskreisen“ entstammten.

1942 begann die staatlich organisierte Zusammentreibung und Ausrottung deutscher und österreichischer Zigeuner. Im fünf Kilometer vom ungarischen Sopron entfernten österreichischen Dorf Lackenbach wurde eins dieser Konzentrations- und Vernichtungslager eingerichtet. Hier sperrte man Verwandte und Geschwister von Zigeunern aus benachbarten ungarischen Komitaten ein. Nach Lackenbach gelangten Menschen mit ungarischen Namen und meist ungarischer Muttersprache. Von dort führte ihr Weg über das Burgenland ins Zigeunerlager von Auschwitz. In Ungarn selbst führten die örtlichen Behörden jedes Jahr Zigeunerrazzien durch. Von Fall zu Fall und an Ort und Stelle wurde das Leben der Zigeuner immer minutiöser reglementiert. So wurde beispielsweise 1942 im nordöstlichen Esztergom jedem Zigeuner vorgeschrieben, sich ausschließlich in einem abgeschlossenen Gebiet der Stadt aufzuhalten: „Als Zigeuner ist jede Person mit Zigeunerabstammung anzusehen, darüber hinaus jede Person, die mit Zigeunern zusammenlebt... Zigeuner dürfen das Gebiet nur zu Arbeitszwecken verlassen. Sie dürfen weder die städtischen Promenaden betreten noch sich auf städtischen Bänken niederlassen“.

Im Frühjahr 1944 ließ der Oberamtsrichter von Szigetvár alle im Kreisgebiet auffindbaren Zigeuner in der Zigeunersiedlung der Gemeinde Révfalu zusammentreiben. Ihrer Wohnung und Unterhaltsmöglichkeit beraubt, waren sie ab sofort „herumstreunende Zigeuner“, die man internieren konnte. Nach dem Einmarsch der Deutschen begann Ende April 1944 die Internierung der in der Provinz lebenden Juden. Viele Lokalverwaltungen schlugen vor, dem Beispiel zur „Lösung der Judenfrage“ zu folgen und die Zigeuner ebenfalls zu internieren. Im Juli 1944 berichteten Zeitungen in Somogy und Sopron, daß in mehreren Bezirken „zigeunerische Nichtstuer“ in Internierungslager gebracht worden seien. Man habe ihnen die Lebensmittelkarten weggenommen und bringe ihnen in Arbeitslagern die richtige Lebensweise bei.

Am 25. Juli 1944 ließ der Verwaltungschef von Sopron alle im Komitat lebenden Zigeuner registrieren. Er erklärte ihre Einlieferung in Arbeitslager für wünschenswert. Am 23. August 1944 ordnete das Verteidigungsministerium die Aufstellung von Zigeuner-Arbeitskompanien an, die hauptsächlich beim Flughafenbau eingesetzt werden sollten. Geplant wurde die Aufstellung von 15 – 16 Kompanien mit insgesamt 10 000 – 12 000 Leuten im Alter zwischen 18 und 52 Jahren. „Herumstreunende Zigeuner und niedergelassene Zigeuner ohne Beschäftigung sollten mit polizeilichen Mitteln aufgespürt werden. Daraufhin wurden Straßenrazzien durchgeführt. Daten über in Arbeitslager verschleppte Zigeuner liegen für die Komitate Zemplén, Tolna, Somogy, Csongrád, Zala, Fejér, Baranya, Pest, Heves, Borsod und Komáron sowie für das „Hochland“, dem damals zu Ungarn gehörenden Teil der Slowakei, vor. Auch im Gefängnis sitzende Zigeuner wurden in Arbeitslager gebracht. Flüchtlinge wurden als Deserteure verfolgt und erschossen.

Anfang Oktober 1944 berichtete das Journal des Komitats Fejér, daß im Komitat Zemplén alle Zigeuner im arbeitsfähigen Alter, selbst die Musiker, zusammengetrieben worden seien. Im Komitat Somogy ereilte dieses Schicksal nur die Arbeitslosen. Wir wissen von Arbeitslagern für Zigeuner in Szekszárd, Véménd, Szentkirályszabad, Pécsvárad, Marcaliba und Sárvárott. Zum Arbeitsdienst wurden Zigeuner im allgemeinen bis zur letzten Septemberwoche 1944 eingezogen.

Am 16. Oktober 1944, unmittelbar nach der Machtübernahme der ungarischen faschistischen Pfeilkreuzler, verfügte der Regierungsbeauftragte des Kriegsoperationsgebiets Süd, daß Zigeuner ihren Aufenthaltsort nicht verlassen dürften. Wer sich nicht daran halte, werde bestraft und anschließend interniert. Am 2. und 3. November 1944 begann die Zusammentreibung und Internierung der Zigeunerfamilien in den Komitaten Zala, Veszprém, Vas, Baranya, Somogy, Tolna, Komáron, Györ und Sopron sowie im „Hochland“. Ähnlich wie die Marschroute der jüdischen Bevölkerung, führte die der Zigeuner zur Festung Komáron. Dort wurden die Eingelieferten „selektiert“, von den Deutschen übernommen und in Waggons gepfercht, die in Richtung Konzentrations- und Vernichtungslager fuhren. Von Komáron aus begannen auch die Fußmärsche zur Grenze. Im November 1944 herrschte große Kälte. In den Gefängniszellen war kein Platz. Ein Großteil der Zigeuner mußte vor den Kasematten im Freien kampieren. Dutzende von Kleinkindern erfroren. Man warf sie in Latrinen. Im Freien und in den Gängen waren Tausende von Deportierten mit ihren kleinen Bündeln zusammengepfercht. Nach Überprüfung ließ man von den Arbeitsunfähigen, Frauen und Kindern mehrere laufen, die anderen wurden nach Deutschland verschleppt. Die Zusammentreibung und Internierung der Zigeuner fiel zusammen mit der Vereinbarung zwischen den ungarischen Pfeilkreuzlern und der deutschen Führung, welche die sofortige Übergabe von 50 000 Menschen zum Bau der deutschen Verteidigungslinie unterhalb von Wien vorsah. Aufgrund dessen wurden vom 2. November an hauptsächlich jüdische Frauen zwischen 15 und 40 und jüdische Männer zwischen 15 und 60 Jahren sowie 70 „übergebene“ Arbeitsdienstkompanien von Budapest aus dorthin getrieben. Unter den zum Tode Verurteilten, aus Tausenden von Fußgängern bestehenden Marschkolonnen, die man ohne jede Versorgung zur 180 Kilometer entfernten deutschen Grenze trieb, befanden sich auch die ehedem zusammengetriebenen Zigeuner. Zwischen November und Dezember 1944 wurden auf dem unter Pfeilkreuzler-Herrschaft stehenden Territorium vier Großrazzien durchgeführt, um die zu Deportierenden zu arrestieren. Bis zum November 1944 internierten die örtlichen Behörden nach Belieben Zigeuner ohne Wohnsitz, Landstreicher, „Herumstreunende“ und als „arbeitsscheu“ registrierte Zigeuner. Von diesem Zeitpunkt erwartete dieses Schicksal vor allem Zigeuner im arbeitsfähigen Alter.

Anfang Februar 1945 verfügte eine Räumungsverordnung der Abteilung X des Innenministeriums der Pfeilkreuzler-Regierung, Zigeuner und ihre Familien zusammenzutreiben und in Internierungslager zu sperren. Am 23. Februar verkündete der damalige Innenminister Gábor Vajna: „Ich habe mit der restlosen, wenn es sein muß, drakonischen Bereinigung der Juden- und Zigeunerfrage begonnen, die durch das Betragen beider nationfremder Rassen notwendig geworden ist.“ Was die Durchführung der Verordnung betrifft, sind für den Kreis Celldömölk Dokumente erhalten geblieben, wo die Gendarmerie in der Gemeinde Keléd ein Sammellager einrichtete. In Nagykanizsa benutzte man für diesen Zweck die ansässige Kaffeefabrik. Für die Zigeuner aus Zala gab es solche Sammellager auch in Kroatien. Von den wegen der näherkommenden Kriegsfronten in südlichen Provinzen verschleppten Zigeuner kamen viele um. Andere sperrte man zunächst in das Internierungslager Köszeg. Zusammen mit Zigeunern aus dem Komitat Vas wurden sie von dort aus in deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt. Nur wenige sahen ihre Heimat wieder.

Gendarmerie und Pfeilkreuzler ermordeten ganze Zigeunergruppen direkt an ihrem Wohnort oder während der Zusammentreibung. Dieses Schicksal ereilte im Herbst 1944 beispielsweise Zigeuner aus Váralja und Lengyel im Komitat Tolna und im Februar 1945 aus Lenti im Komitat Zala. Anfang März 1945 erschossen Pfeilkreuzler in der Umgebung von Várpalota ungefähr 150 Zigeuner. Die Opfer stammten aus

Székesfehérvár, Várpalota und umliegenden Siedlungen. Damals war Székesfehérvár erneut von deutschen Truppen besetzt worden. Als Vorwand für die Erschießung dienten Informationen, denen zufolge Zigeuner in der Nähe der vordringenden russischen Truppen gesehen worden waren, die Pferde requirierten.

Im Jahr 1974 wollten Zigeuner-Intellektuelle an der Mordstätte ein Erinnerungsmal aufstellen. Entsprechende Pläne scheiterten jedoch an den örtlichen Behörden, die sich auf die Meinung der Ortsansässigen beriefen. Die gaben kund, die Zigeuner seien wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Russen zu Recht getötet worden. Bis heute gibt es über dem Massengrab kein Erinnerungsmal.

Im Jahr 1984 haben dann als erste Zigeuner im Komitat Vas eine Tafel angebracht, die an die Opfer des Holocaust unter den Zigeunern erinnert. 1992 wurde in Nagykanzsa ein Denkmal eingeweiht, welches ihrer gedenkt. ●

Genarchiv Essen u. Ökologiestiftung N&W

Veranstaltungsort: Genarchiv Essen, Friederikenstr. 41, 45130 Essen, Tel. 0201/784248

Anatomie der guten Hoffnung

mit Barbara Duden
9. November 1994, 19.30 Uhr (im Genarchiv Essen)

Die Sichtung des Unsichtbaren, die Darstellungen des Ungeborenen, beginnen nicht erst mit den heutigen Methoden des Ultraschalls, die massenhaft vermeindlich wirklichkeitsgetreue Bilder der Leibesfrucht in Arztpraxen, Zeitungen und Wissenschaftsjournalen zur Verbreitung bringen. Anatomie steht am Beginn der modernen Medizin, die in den Menschen eindringt, Körper zerlegt und visualisiert, um seinen „Bauplänen" auf die Spur zu kommen. Wie wurden Frauen und ihre Leibesfrucht in der Geschichte der Anatomie dargestellt? Wie hat sich der Blick ins Körperinnere verändert?

Barbara Duden, Historikerin mit dem Forschungsschwerpunkt „Kulturschichte des Frauenleibes" hat die anatomischen Zeichnungen vom Ungeborenen um 1799 betrachtet und interpretiert. B. Duden ist Professorin a.d. Universität Hannover.

Die Antiquiertheit des Menschen mit Hajo Schmidt

15. Dezember 1994, 19.30 Uhr (im Genarchiv Essen)

Günter Anders entwarf in seinem Buch „Die Antiquiertheit des Menschen" eine philosophische Anthropologie im Zeitalter der Technokratie. Im Vorwort des zweiten Bandes schrieb er zum Verhältnis Technik und Mensch: „Unter Technokratie verstehe ich dabei nicht die Herrschaft von Technokraten..., sondern die Tatsache, daß die Welt, in der wir heute leben und die über uns befindet, eine Technische ist – was so weit geht, daß wir nicht sagen dürfen, in unserer geschichtlichen Situation gebe es u.a. auch Technik, vielmehr sagen müssen: in dem 'Technik' genannten Weltzustand spiele sich nun die Geschichte ab, bzw. die Technik ist zum Subjekt der Geschichte geworden, mit der wir noch 'mitgeschichtlich' sind."

Hajo Schmidt arbeitet als Philosoph an der Fernuniversität Hagen.

Bilder aus den Biowelten

7. Dezember 1994, 19.30 Uhr (im Genarchiv Essen)

Impressionen eines Streifzuges durch naturwissenschaftlich und populärwissenschaftliche Zeitschriften haben wir in einem Dia-Vortrag festgehalten. Das Fazit dieser Reise: Schöpfergeist und Größenwahn werden tagtäglich ins Bild gesetzt, DNA-Spiralen, die sich um Erdkugeln und in Welträume ranken, Zellen als Schaltzentren, die Welt im Reagenzglas und makellose Männerkörper, sie sich in tiefe Räume strecken, kann man und frau an diesem Abend auf sich wirken lassen.

Heydorn-Symposion „Der Mensch auf dem Weg"

Im Jahre 1994 jährt sich der Todestag Heinz-Joachim Heydorns zum zwanzigsten mal. Er war von 1951 bis 1955 Mitglied im Bundesfalkenring und von 1955 bis 1959 stellvertretender Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken.

Die Tagung soll die bildungstheoretische Diskussion beleben und voran bringen.

Sie sollte auch den Gedankenaustausch zwischen freiwilligen pädagogischen Mitarbeitern (nicht nur der Falken) und den pädagogischen Fachleuten ermöglichen. Drei Themenbereiche sind geplant:

1. Heinz-Joachim Heydorn – Der Mensch und sein Werk
2. Politik und Pädagogik – Die politische Relevanz von Pädagogik
3. Praktische pädagogische Konsequenzen aus Heydorns Theorien. Folgende Personen haben bisher ihre Mitarbeit zugesichert:

Irmgard Heydorn, Prof. Dr. Gernot Koneffke (TH Darmstadt), Prof. Dr. Thomas Meyer (Akademie der Pol. Bildung der Friedrich Ebert Stift.), Prof. Dr. Detlef Horster (Uni Hannover), Lorenz Knorr (Publizist).

Das Symposion findet vom 25. – 27. November 1994 im Salvador Allende Haus Sozialistisches Bildungszentrum, Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkerschwick statt.

Anmeldungen und nähere Informationen unter obiger Adresse oder telefonisch bei Theo Schneid unter der Nummer 02368/690651

Sozialpolitisches Forum 1994

„Die soziale Grundsicherung – ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur notwendigen Reform des Sozialstaatssystems"

Erklärtes Ziel dieser Veranstaltung ist es, einen kontinuierlichen Rahmen zu bieten, in dem die sozialpolitische Debatte in der BRD in den verschiedenen Arbeitsfeldern vertieft und weitergeführt werden kann und sich letztlich daraus auch praktische Veränderungen und Verbesserungen der sozialpolitischen Bedingungen und mehr Solidarität und Abbau von Armut und Ausgrenzung erreicht werden können.

Termin: 2. – 4. Dezember 1994
Ort: München, Fachhochschule für Sozialwesen
Info u. Anmeldung: AG SPAK, Adlzreiterstraße 23, 80337 München, Tel. 089 / 77 40 78; Fax 089 / 77 40 77

Tagung „Netzwerk zwischen Markt und Staat"

Während lange Zeit Markt und Staat einander dichotomisch gegenübergestellt wurden, werden seit einigen Jahren verstärkt die nicht-ökonomischen Voraussetzungen des Funktionierens von Märkten, die Bedeutung von Netzwerken und Institutionen zur Kenntnis genommen und die ökonomischen, politischen und sozialen Implikationen des „Dritten Sektors" diskutiert.

Termin: 9.- 11.12.94
Ort: SBZ Oer-Erckenschwick
Info: Tel. 0201 / 22 79 82; Fax 0201 /23 55 05

13 Jahrgänge KURS-BUCH (1980 – 93)

52 Bände gegen Höchstgebot abzugeben.

Chiffre: RGA 1700

Kapitalistische Marktökonomie und Demokratie ohne Transformationsperspektive?

Gemeinsame Tagung von IMSF e.V. und Z. - Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Frankfurt/M.

Frankfurt/M., 19./20. November 1994

Haus der Jugend, Deutschherrnufer 12

Anmeldung erforderlich. Tagungsbeitrag 30,-/15,- DM. Übernachtungsmöglichkeit im Haus der Jugend.

Diskussion zu:

I. Die Bundesrepublik nach den Wahlen - Linke was nun?

II. BRD und Metropolenkapitalismus - Aspekte heutiger Kapitalismusanalyse und -kritik

Ansatzpunkte und Konzeptionen verschiedener Projektgruppen

Einleitungsbeiträge u.a. von Uwe Kremer (Köln/Essen), Heinz Jung (Frankfurt/M./Weilrod), Horst Heininger (Berlin), Jörg Huffschmid (Bremen), Dietmar Düe/Karl Hermann Tjaden (Kassel), Charles Pauli (München), Joachim Bischoff Hamburg), Frank Deppe (Marburg)

Anmeldung bei:

IMSF e.V., Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069/739 29 34. Endgültiges Programm wird zugesandt. Tagungsbeitrag an IMSF e. V. überweisen: Kto. 1070 660 600 bei BfG Frankfurt/M., BLZ 500 101 11 oder Kto. 19 63 46-604 beim Postgiroamt Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

ANDREAS BURO

Um die politische Weichenstellung kämpfen

Wenn ich diese Überschrift zu meinen Thesen wähle, will ich damit keinesfalls Jürgen Seifert widersprechen, wenn er den politischen Kampf um Verfassungspositionen fordert. Der Kampf um die Gestaltung der Verfassung und die ständige Kritik der Verfassungswirklichkeit sind höchst wichtige Felder der Auseinandersetzung um die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung. Eine solche Einschätzung zeugt allerdings nicht „von einem ungebrochenen Glauben an die Macht des Rechts" (*links* Nr. 292/293, 1994 S. 11). Die Friedensbewegung wird sich deshalb auch nicht den Hut aufsetzen, den Jürgen Seifert bereithält, wenn er sagt: „Ein solcher Glaube an das Recht und die Bestätigung der eigenen Vorstellungen durch das Bundesverfassungsgericht hat wesentlich dazu beigetragen, daß politische Lösungen nicht gesucht wurden."

Es ist heutzutage Mode geworden, der Linken – wer ist das eigentlich? – und den sozialen Bewegungen pauschalisierende Vorwürfe zu machen, ohne Aussagen und Aktivitäten hinreichend zur Kenntnis zu nehmen und differenzierend zu analysieren. Auch der engagierte und erfahrene Kämpfer gegen Militarismus und für emanzipative Verfassungspositionen, Jürgen Seifert, ist davon nicht frei. Selbstverständlich haben viele die Verschiedenartigkeit „möglicher Einsätze der Streitkräfte im Rahmen der UNO" gesehen. Sie waren auch nicht nur fixiert auf die Blauhelme und deshalb schwachsichtig, sondern fürchteten, daß die rechtlich nicht festgelegte Rolle der Blauhelme in der neuen Dynamik der UN-Eingriffe sich zu einem Instrument militärischer Intervention wandeln würde. Der Einsatz in Somalia wie die Diskussion über den Begriff der „mission defense" haben solche Befürchtungen ebenso bestätigt, wie es gegenwärtig durch die allerdings noch sehr widersprüchliche Kooperation zwischen Blauhelmen und NATO in Bosnien geschieht.

Die Vermutung von Jürgen Seifert, es wäre möglich gewesen, wesentlich andere politische Lösungen in den Auseinandersetzungen vor dem Karlsruher Urteil zu finden, teile ich nicht. Erstens ging es der Koalition einschließlich der FDP immer um die „Normalisierung und Bündnisfähigkeit" der Bundeswehr und nicht nur um ihre Verwendung als Blauhelme. Der Prozeß der EU-Integration sollte für Deutschland auch im militärischen Bereich ohne wesentliche Einschränkungen durch das Grundgesetz weiter vorangetrieben werden. Man wollte wie die anderen Integrationspartner möglichst unbeschränkt über die militärische Komponente verfügen und damit das in anderen Feldern bereits vorhandene Übergewicht Deutschlands zum Tragen bringen können. Es ging und geht um die Festigung und Stärkung der hegemonialen Position der BRD im Rahmen von EU und WEU. Um Mißverständnissen vorzubeugen: das Ziel ist nicht, die Option auf deutsche militärische Alleingänge zu erreichen. Es ist das Ziel, im Rahmen von EU, WEU und NATO als voll gleich handlungs- und beteiligungsfähiges Mitglied agieren zu können. Gleichzeitig wird ein Prozeß vorangetrieben, der die Beschränkung der NATO auf Verteidigung aufhebt und faktische Optionen auf Intervention als Ordnungsmachtgruppierung eröffnet. Das heißt nicht, nun stünde für die Zukunft eine besondere militärische Aggressivität Deutschlands oder der Bündnisse auf der Tagesordnung. Die Optionen für Intervention werden allerdings vorbereitet. Damit ist man gezwungen, die qualitative Aufrüstung weiterzuführen und eine eigenständige Rüstungsbasis für die EU zu sichern und fortzuentwickeln, denn die Option für Intervention bezieht sich nicht allein auf die NATO, sondern auch auf die WEU. Vorbereitet wird auch eigenständiges militärisches Handeln der EU-Europäer (auch wenn noch nicht alle EU-Mitglieder der WEU angehören).

Zweitens spricht gegen die Möglichkeit einer wesentlich anderen politischen Lösung im Vorfeld des Karlsruher Urteils, daß die wichtigsten Kräfte aus der SPD-Führung mehr oder weniger der oben skizzierten Position der Koalition zuneigen. Wo bleicht ihr vehementes Eintreten gegen die Neudefinition der NATO-Aufgabe, der WEU-Integration der EU, gegen das deutsch-französische Korps und die Ausbildung der Krisenreaktionskräfte – dem Herz der out-of-area-Politik? Nur konnten diese SPD-Führungskräfte ihre Position lediglich klammheimlich – Ausnahmen bestätigen die Regel – vertreten, da es ihnen nicht gelungen war, die Basis der Partei auf ihren Kurs zu bringen. Angesichts dieses Dilemmas geht mir die Vermutung nicht aus dem Sinn, die Klage der SPD in Karlsruhe diente genau dem Zweck, durch eine schwer angreifbare 3. Instanz politische Ziele durchsetzen zu lassen, für die sie selbst nicht offen eintreten konnten. Die taktische Konstellation hierfür war äußerst günstig, denn im Superwahljahr konnte die Parteibasis nicht rebellieren. Meine hier vorgetragenen Argumente und Vermutungen schließen selbstverständlich nicht aus, daß die SPD vielleicht andere Vorstellungen in Hinblick auf die Kompetenzen des Bundestages vertreten könnte als die Koalition. Ich schließe aber auch nicht aus, daß hier über den Kern des Problems hinwegtäuschende rauchende Strohfeuer entzündet werden. Die Hoffnungen, die Jürgen Seifert in solchem Zusammenhang auf die FDP als Vertreterin liberalen Rechtes hat, teile ich nicht. Ich halte auch die Erwartung, die SPD würde dafür kämpfen, daß in einem Gesetz die Beschränkung festgelegt würde, daß jeder „militärische Einsatz deutscher Streitkräfte ... nur im Rahmen von Artikel 43 der Satzung

der Vereinten Nationen zulässig“ sei (3. Vorschlag von Jürgen Seifert) für unrealistisch. Wer die große Koalition als Juniorpartner anvisiert, kämpft nicht gegen die zentralen Elemente der herrschenden Politik. Wehner läßt grüßen!

Sicher sind anstehende gesetzliche Regelungen in bezug auf den Einsatz der Bundeswehr wichtig. Die kleinen Oppositionsparteien werden sich voraussichtlich im Bundestag mit Vehemenz dieser Fragen annehmen. Die Friedensbewegung jedoch, die sich als Bewegung des sozialen Lernens ganz anderen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sieht, kann sich nicht schwergewichtig auf solche Auseinandersetzungen konzentrieren. Ihr muß es vielmehr darum gehen, die Alternative zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik auszuarbeiten und in die gesellschaftliche Diskussion und (partielle) Praxis einzuführen. Erst wenn die Möglichkeit einer Alternative „zivile Konfliktbearbeitung“ als Aufgabe begriffen wird, kann der militärischen Orientierung und der Gläubigkeit, westliches Militär diene humanitären Zielen, entgegengewirkt werden. In den folgenden Thesen versuche ich, Elemente dieser Alternative anzudeuten. Die Weichenstellung in diese andere Richtung ist die zentrale Aufgabe der kommenden Jahre.

1. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurde nicht ein Weg der Demilitarisierung, sondern eine Politik der Umrüstung für neue militärische Optionen gewählt, obwohl eine aktuelle militärische Bedrohung nicht erkennbar ist und die tatsächlich bedrohlichen Probleme sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Natur militärisch nicht gelöst werden können. Die Bundesrepublik strebt danach, ihre hegemoniale Stellung in der EU auch über die militärische Schiene auszubauen.

2. Demgegenüber fordert die Friedensbewegung eine Weichenstellung zu einer Politik ziviler Konfliktbearbeitung, die in ihrem Entfaltungsprozeß mit einer ‘ausschleichenden Demilitarisierung’ zu verbinden ist. Unsere grundlegende Annahme lautet: Nur wenn eine überzeugende Alternative nichtmilitärischer Bewältigung von Konflikten gezeigt werden kann, wird es gelingen, einen wirklichen Prozeß der Demilitarisierung durchzusetzen.

3. Eine systematische Vorbeugung, die Deeskalation aktueller Konflikte und ihre Schlichtung, sowie die Nachsorge (aktuell z.B. Mostar) sind die drei großen Bereiche ziviler Konfliktbearbeitung. Da die internationalen Konfliktlagen zu unterschiedlich sind, ist es sinnvoll, die Anstrengungen zum Aufbau ziviler Konfliktbearbeitung zunächst auf die Region Gesamteuropa zu konzentrieren. Gelingt hier solche Arbeit, so wird dies große Auswirkungen auf die Außenpolitik der europäischen Staaten, aber auch auf die Politik der Konfliktbewältigung in anderen Weltregionen haben können. Als politischer Rahmen ist eine Gesamteuropäische Friedensordnung (GEFO) erforderlich. Dazu sind internationale Vereinbarungen und Institutionen unvermeidlich. Sie müssen sich auf zivile, nicht aber auf militärische Mittel stützen. Eine veränderte und ausgebaute KSZE könnte ein Ausgangspunkt sein..

4. Die Ziele ziviler Konfliktbearbeitung unterscheiden sich grundsätzlich von den militärischen. Es geht um Sicherung oder Wiederherstellung von Kooperationen und Versöhnung. Feindbilder sind zu überwinden; reale Probleme sind zu lösen; Perspektiven für eine friedlich anstrebbare gesellschaftliche Entwicklung müssen aufgezeigt und gesellschaftlich vermittelt werden; eine ‘Resozialisierung’ z.B. nationalistisch verhetzter Gesellschaften ist zu fördern.

5. Zivile Konfliktbearbeitung darf sich nicht auf das angeblich “letzte Mittel”, die militärische Gewalt, stützen. Oft wird ziviler Konfliktbearbeitung in dem Verständnis zugestimmt, daß sie am Anfang einer Eskalationsleiter zu stehen habe, deren anderes Ende von militärischer Drohung und dem Einsatz von Gewaltpotentialen gekennzeichnet ist. Die Formel vom „letzten Mittel“ stellt eine Dauerlegitimation für Aufrüstung dar.

6. Zivile Konfliktbearbeitung ist nicht allein Sache internationaler Institutionen und Regierungen. Sie soll auf vielen Ebenen entwickelt werden. Regionen und Kommunen sind ebenso mit je spezifischen Aufgaben einzubeziehen wie Verbände verschiedenster Art, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Stiftungen und soziale Bewegungen, BürgerInnen-Initiativen und viele andere.

7. Die Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung sind selbstverständlich den verschiedenen Ebenen anzupassen, wie auch den Bereichen Vorbeugung, Deeskalation und Nachsorge. Es ist hier nicht möglich, die Fülle der Handlungsmöglichkeiten aufzuzählen. Neben negativen Sanktionen (z.B. gezieltes Embargo) sind u.a. zu nennen: ‘Öffentlichkeitsintervention’, Organisierung von unilateralen Schritten, systematische Unterstützung demokratischer, gegen den militärischen Konfliktaustrag gerichteter Kräfte und Kooperationsangebot für eine zukunftsträchtige Entwicklung mit entsprechender Unterstützung.

8. Zivile Konfliktbearbeitung ist nicht illusionär. Auch wenn man die inhaltliche Innen- und Außenpolitik der EU grundsätzlich kritisiert, ist doch als historischer Fortschritt zu werten, daß die Konflikte zwischen den EU-Staaten nicht mehr militärisch, sondern zivil ausgetragen werden.

In der Bundesrepublik hat eine lebhafte Diskussion um die Einrichtung eines zivilen Friedensdienstes begonnen. Dieser ist grundsätzlich anders als das ‘Hilfskorps’, das sich die großen Parteien als eine Ergänzung der Bundeswehr vorstellen. Der Zivile Friedensdienst soll mit gewaltfreien Methoden im In- und Ausland arbeiten. Dies böte gute Chancen, die politische Kultur im Lande zu beeinflussen. Die Friedensbewegung muß sich deshalb – auch über europäische Grenzen hinweg – mit Kraft dieser Thematik widmen.

9. Da die Probleme, vor denen die europäischen Regierungen und auch die Regierung in Bonn stehen, nicht militärisch zu lösen sind, ist mit „historischem Rückenwind“ für den Aufbau ziviler Konfliktbearbeitung zu rechnen. Dabei kommt es darauf an, den Militärkomplex auf dem Weg der „Defensivierung“ der militärischen Optionen Schritt für Schritt zurückzufahren. Freilich wird es erhebliche Widerstände geben, denn es geht sowohl um die Umwidmung der finanziellen Ressourcen als auch um die Legitimation des Militarismus. Dabei wird gegen die Propagierung „humanitärer Intervention“ und des Militärs als „letztem Mittel“ zu kämpfen sein. ●

Andreas Buro ist emeritierter Prof. für Politologie.

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik

27

Sicherheit contra Solidarität

Law-and-Order-Staat, Innere Sicherheit statt BürgerInnen- und Grundrechte; Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht; Kurdistan: Staatsterrorismus gegen Völker- und Menschenrechte; Standortwettbewerb, Sozialabbau, Verteilungspolitik und Sozialpartnerschaft

P.Niggli, D.Vischer, R.Gössner, B.Leuthardt, M.Schubert, M.Bosonnet, W.Schöni, H.Baumann, A.Rieger

Diskussion

H.Kleger: Was heisst Solidarität?
R.Hungerbühler Savary: Politik mit Familie
R.Gruber/S.Howald: Moralpolitik gegen Frauen
M.Vester: Soziale Milieus und solidarische Praxis

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriften

Probeheft bestellen!

14. Jg./Heft 27 - Juni 1994

192 Seiten, Fr. 18.--
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich
Tel./Fax 01 / 273 03 02

Betr.: links 9/10, 1994

... enttäuscht

Seit über 20 Jahren bin ich Abonnent dieser Zeitschrift, die sich stets als Organ der undogmatischen Linken ansah, die im Gegensatz zu vielen anderen linken Organisationen die ehemalige DDR nie als sozialistisch angesehen hat, was sich ja als vollständig richtig erwiesen hat. Daß man in der *links* heutzutage zur Wahl der PDS aufruft, die m.E. doch wohl als Nachfolgeorganisation der unsäglichen SED, die nicht wenig zur Schwächung der westdeutschen Linken beigetragen hat, angesehen werden kann, ohne daß sich jemand in der Redaktion gemüßigt sieht, etwas dagegen zu schreiben, enttäuscht mich sehr. Die Begründung von Hirsch, eine große Koalition böte „Chancen für eine Neuformation der Oppositionslandschaft" erinnert mehr an Sonthofen als an ernstzunehmende sozialistische Alternativen. Warum dann nicht gleich zur Wahl der Reps aufrufen? Da hört für mich die Akzeptanz auf!

Außerdem muß ich leider feststellen, daß die Qualität vieler *links*-Artikel der letzten Zeit Grundkursseminar-Referate nicht übersteigt. Z.B. der Artikel von Krampe „Dioxinresistent ...". Die Probleme der Genforschung nur auf die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zurückzuführen, heißt doch wohl auch, in einer sozialistischen (was immer das heute heißen mag) Gesellschaft gäbe es diese Probleme nicht. Diese monokausale Betrachtungsweise komplexer Fragen ist völlig links-untypisch, wenigstens wäre es dies vor Jahren noch gewesen. Diese Art der Sicht hat sein Waterloo doch auch mit '89 erfahren. Die Anhäufung von Verbalradikalismen, wie sie in verschiedenen Artikeln anzutreffen sind, heißt noch lange nicht, Perspektiven einer alternativen Politik darzustellen. (...)

WOLFHARD NECKEL

Glückwunsch

Herzliche Glückwünsche, die *links* ist in den letzten Monaten viel besser und – im guten, ursprünglichen Sinn des Wortes – radikaler geworden. Nachdem ich über 20 Jahre Abonnent bin, hatte ich zeitweilig – vor allem zur Zeit des Golfkrieges, als in einigen *links*-Beiträgen die Irak-Intervention begrüßt wurde – mit dem Gedanken gespielt, die Zeitschrift abzubestellen. Inzwischen bin ich froh, daß ich es nicht getan habe. Jetzt gehört die *links* – trotz des inzwischen nur noch zweimonatlichen Erscheinens – zu den wenigen Organen echter Gegenöffentlichkeit. Es wäre schön, wenn es so bliebe, ohne Zugeständnisse an den Zeitgeist.

Besonders gefällt mir Euer Mut, auch in der Linken vernachlässigte, tabuisierte oder unkritisch behandelte Themenbereiche anzupacken. Ich denke da beispielsweise an die Beiträge zur Hurenbewegung. Und jetzt ganz besonders an das Schwerpunktthema „Gentechnologie" in der neuen Ausgabe (Heft 9/10, 94). Die Beiträge dazu sind in ihren kompromißlos kritischen und gleichzeitig fundierten Aussagen erste Sahne, um es neudeutsch auszudrücken (...)

Mir gefallen vor allem die Beiträge von Joachim Hirsch und Ludi Lodovico. Und über Fußball und „Sozialismus und Alkoholismus" sollte auch weiterhin in der *links* geschrieben werden.(...)

KLAUS BLEES

Bundestagswahl in der *links*

Schon seit einiger Zeit beobachte ich mit erheblichem Unbehagen die Abwertung der „Grünen" in *links*. Dem Faß den Boden aus schlägt für mich das Editorial der Redaktion und der Kommentar zur Bundestagswahl von Joachim Hirsch in der *links* Sepember/Oktober 1994.

Joachim Hirsch meint, wer das Wählen nicht lassen könnte, „muß diesmal PDS wählen". Folge könnte eine formelle große Koalition sein, die ähnlich wie 1966 Chancen für eine Neuformierung der Oppositionslandschaft böte. Dies ist nichts anderes als die illusionäre Hoffnung: je schelchter alles, umso besser für uns.

Das Editorial der Redaktion sagt in bezug auf die Bundestagswahl, daß „wirkliche Alternativen zur herrschenden Politik auf Parteienebene nicht zur Verfügung stehen". So wäre bewußte Nichtbeteiligung eine rationale Option. Wir können uns sicher trefflich darüber streiten, inwieweit „Bündnis 90/Die Grünen" eine wirkliche Alternative zur herrschenden Politik darstellen. Aber daß sie eine Alternative darstellen, wird sich kaum in Frage stellen lassen, wie vollkommen diese Alternative auch sei.

Das Editorial ist von der gesamten Redaktion unterzeichnet. Es ist also keine Einzelmeinung. (...) Mir will schwer in den Kopf, daß Leute wie Elmar Altvater, Andreas Buro, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Klaus Vack u.a. diese Politik unterstützen.

JÜRGEN KUPPERS

Betr.: links 9/10, 1994

Erwiderung

Liebe Leute,
anbei ein Geständnis, das Ihr abdrucken könnt. Eisfeld ist nicht der einzige Portugal-Experte.
Geständnis: Ich gestehe, Gedanken gestohlen zu haben. Hier eine Liste der Geschädigen über Eisfeld hinaus:

Lehnert, Detlev: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848 – 1983, Frankfurt 1983

Rothe, Bernd: Der verhinderte Übergang zum Sozialismus. Die sozialistische Partei Portugals im Zentrum der Macht (1974 – 1978), Frankfurt 1985

Sperling, Urte: Portugal – von Salazar zu Soares. Krise der Diktatur. Systemstabilisierung in einem europäischen „Entwicklungsland", Marburg 1987

ROLAND MÜLLER

Betr.: links 7/8, 1994

Sarajevo

Per Zufall kam mir hier in Belgrad die Ausgabe Juli/August 94 in die Hände; die *links* gibt es also immer noch.

Zum Artikel von Klaus Vack „Sarajevo heute – einige Eindrücke" ein paar Anmerkungen:

Tod und Haß kamen nicht aus der Stadt, sondern aus den Bergen, die Sarajevo einschließen, resümierte Klaus Vack. Eine gleichermaßen übliche wie schiefe Sichtweise. Als ob denn die Frontlinie nicht auch MITTEN DURCH DIE STADT, an der Miljacka entlang, verliefe, mit Heckenschützen (bzw. auf muslimischer Seite sind es in der Medien-Sprache immer nur „Scharfschützen") auf BEIDEN Seiten. Als ob denn nicht sogar das Befehlszentrum der muslimischen („bosniakischen") Armee in der Stadt Sarajevo wäre (oder meint Vack am Ende vielleicht, diese im Krieg befindliche 200 000-Mann-Armee bringe gar keinen Tod und Haß, sondern Leben und Liebe?!).

Da war selbst ARD-Korrespondent Friedhelm Brebeck weiter, als er in einem lichten Moment zugab nach welchem stupiden Schema der Krieg in Sarajevo abging: Die Moslems („Bosniaken") schießen eine Granate auf die serbische Seite herüber, die Serben schießen fünf zurück, die Moslems präsentieren zivile Opfer und rufen nach einem westlichen Militärschlag, bzw. einem entsprechenden NATO-Ultimatum. Und zu schlechter letzt – das nach wie vor ungeklärte Markale-Massaker vom 5. Februar gab den letzten Ausschlag – schien diese Taktik dann auch aufzugehen. Seitdem meint Izetbegovic, in und um Sarajevo weitgehend freie Hand zu haben, seitdem startet er dort und anderswo eine Militäroffensive nach der anderen. Aber dieser Kontext interessiert den Sarajevo-Helfer Vack anscheinend nicht sehr.

So unkritisch die Sichtweise insgesamt, so unkritisch offenbar auch der Umgang mit dargebotenen konkreten Zahlen bzw. Fakten: Die Zahl von 90 000 Serben, die nach Vacks Meinung noch im muslimisch kontrollierten (größeren) Teil Sarajevos leben, ist weit überhöht, realistisch dürfte eine Zahl in der Größenordnung von allenfalls der Hälfte sein. Und inwieweit dieses „friedliche Zusammenleben", dessen sich die Serben da angeblich erfreuen dürfen, wirklich als friedlich bezeichnet werden kann, steht noch auf einem ganz anderen Blatt ...

HAJO KAHLKE,
Heidelberg, z.Zt. Belgrad

Ein Lob

Die letzte *links* war wiederum spannend. Hoffe sehr, die *links* findet den Weg zu den 'Studis'...

PIERRE FRANZEN

Wider das wohlfeile Geschwätz vom intellektuellen Einzeltäter

Eine beträchtliche Energie wurde und wird darauf verwandt, die Schuld für die rassistische Gewalt dieser Gesellschaft im rechten Rand zu verorten. Dies beginnt bereits mit jenen RechtsextremismusforscherInnen, die durch ihre spezifische Brille das Phänomen des rechten Randes mit konstruieren. Dies kommt gleichzeitig dem Bedürfnis einer wie-auch-immer-gearteten Mitte entgegen, charakteristische Gemeinsamkeiten und Verbindungen mit alkoholisierten und unpolitischen Einzeltäterinnen im vermeintlich gesellschaftlichen Außen zu entsorgen, um sich im selben Moment den Ablaßschein des guten Demokraten ausstellen zu können. Das von Hans-Martin Lohmann herausgegebene Buch „Der Extremismus der Mitte“ ist ein Versuch, daß Ideologische dieses Endlagers offenzulegen.

Aus unterschiedlichen Blickwinkeln nähern sich die AutorInnen der Thematik. Die Beiträge widmen sich im ersten Teil u.a. dem sozio-historischen Hintergrund der Begrifflichkeit „Extremismus der Mitte“, dem Gründungskonsens der Ex-BRD sowie dessen gegenwärtiger neu-rechter Umdeutung. Selbstverständlich dürfen Fallgeschichten nicht fehlen und so begegnen wir auch Stellvertretern dieser ehrenwerten Mitte: der Historiker Nolte, Soziologie-Professor Hondrich, SPIEGEL-Herausgeber Augstein, Bundespräsident Herzog und schließlich Generalinspekteur Naumann stehen für die individuellen Spielarten des Extremismus der Mitte. Aber damit nicht genug: unter der Überschrift „Gewalt nach außen, Gewalt nach innen“ wird die aktuell betriebene Remilitarisierung der Außenpolitik ebenso kritisch gegen den Strich gelesen, wie das Gerede von der Inneren Sicherheit. Abgerundet wird das Ganze von einem Blick über den bundesdeutschen Tellerrand, nach Frankreich und Italien.

Zugegeben, ein sehr weit gespannter Bogen. Gleichwohl gelingt es, den gesamtgesellschaftlich vermittelten Zusammenhang zwischen nationalistischen, rassistischen und rechtskonservativen Strömungen, sowie den unabhängig voneinander bloß erscheinenden Aktivitäten mehr oder weniger aufrechten Demokraten sichtbar zu machen.

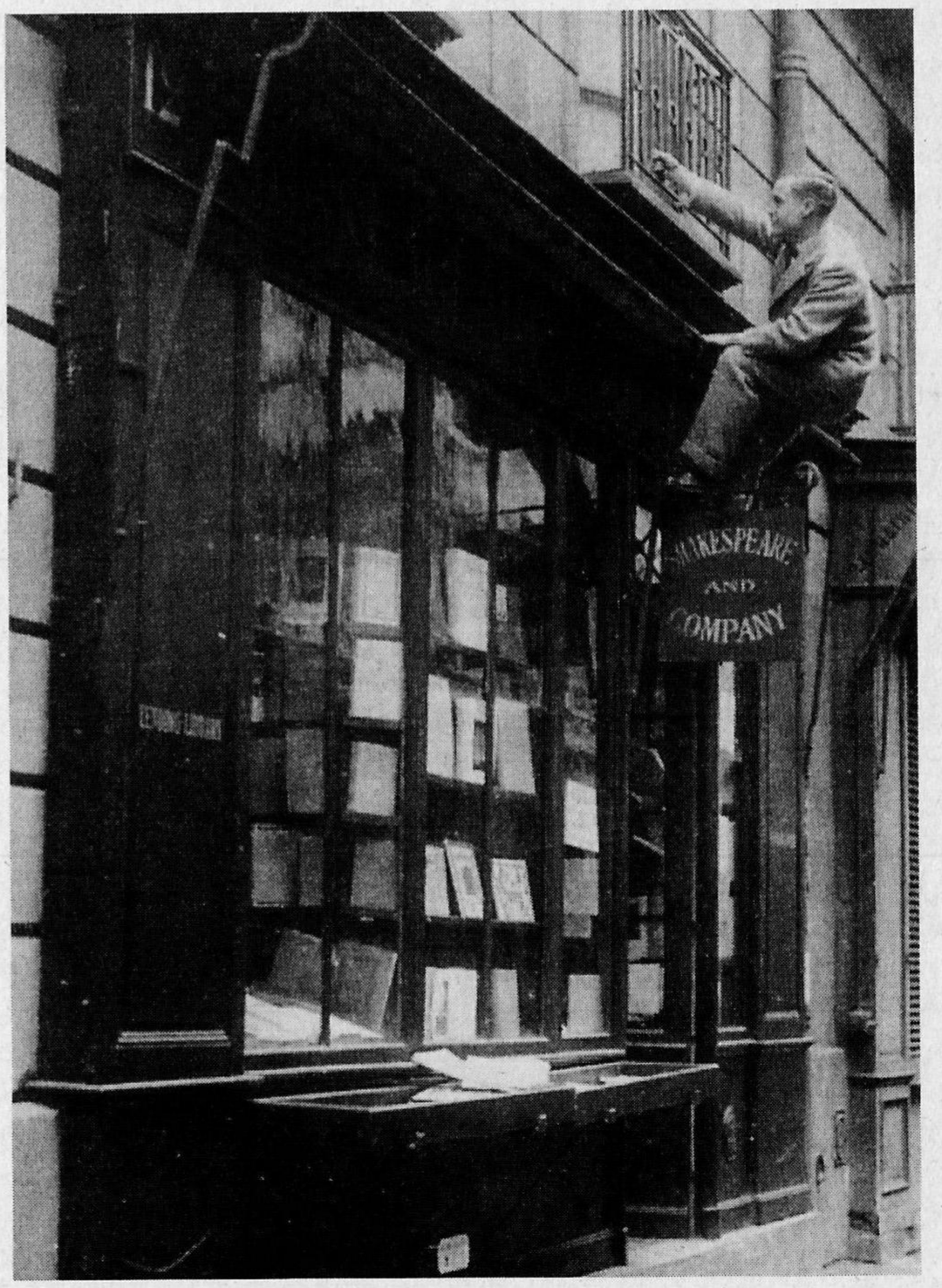
Genau hierin liegt das Verdienst des Buches: das Verwobensein einer Nation-triefenden Mitte und ihres rechten Randes zu verdeutlichen und dem Gerede vom rechten Rand als Endlager in der Parade zu fahren. Einen trefflichen Beleg für den Erfolg dieses Unterfangens, wenn auch unfreiwillig, lieferte bereits der anerkannte, mediale Brückenkopf der neuen Rechten, die FAZ. Selbige konnte das Buch nur mit Schaum vor dem Mund rezensieren.

THOMAS KUNZ

Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation. Herausgegeben von Hans-Martin Lohmann; Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1994, 271 Seiten, 18,90 DM.

Die *links*-Redaktion empfiehlt: Arbeitslose aufgepaßt!

Er sagt nicht nur, was die Arbeitslosen müssen und nicht dürfen, sondern vor allem, was sie dürfen und nicht müssen: Der Leitfaden für Arbeitslose vom Arbeitslosenprojekt „TuWas“, in der 11. Auflage erschienen im Fachhochschulverlag Frankfurt am Main (Stand März 1994, also brandnew). Dieser Rechtsratgeber zum AFG ist anschaulich (viele Beispiele, Musterbriefe), verständlich und manchmal sogar witzig. Er berät nicht von oben und spricht nicht die Amts- oder Gesetzessprache, wo es gilt, in den Lücken und zwischen den Zeilen seine Chancen zu erspüren. Er geht ganz im Gegenteil von den Fragen und Interessen der Arbeitslosen aus: Offen wird gesagt, was nicht möglich ist, aber ebenso offen, was geht und wo es sich lohnt, zu motzen, auf seinem Recht zu beharren, juristisch vorzugehen. Die Autoren sind prima informiert und – etwa was Gerichtsurteile angeht - auf dem neuesten Stand (auch die Aktenzeichen werden angegeben: macht nämlich Ein-Druck, wenn man/frau auf seinen Sachbearbeiter gleich mit den Aktenzeichen des einschlägigen Gerichtsurteils einschlägt). Das Ganze ist übersichtlich angeordnet und gut erschlossen durch Stichwörter am Rand und am Ende, so daß man bei Beratungen schnell Auskunft findet. Wer arbeitslos ist, wer Arbeitslose berät oder für sein Vereinchen auf ABM hofft: nix wie bestellen, denn billig ist das Ding auch noch.



Und so kriegt man ihn: DM 16,- auf Sonderkonto Schriftenreihe, Fachhochschule Frankfurt am Main, Konto-Nr. 1255-607, Postgiro Ffm, BLZ 500 100 60 überweisen, wobei UNBEDINGT in der Spalte „Verwendungszweck” die NUMMER DES TITELS (Bd. 3), die gewünschte Anzahl Exemplare und die Zustelladresse einzutragen sind.

Arbeitslosenprojekt TuWas, Leitfaden für Arbeitslose, Fachhochschulverlag, Bd. 3, 11. Auflage, März 1994.
Adresse: Fachhochschulverlag, Limescorso 5, 60439 Frankfurt/M
Tel. 069/1533-2820, Fax 069/1533-2840.

INGO ZANDER

45 an der Zahl

„Das Kriegsgeschehen 1933 – Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte im Jahr 1993“ von Klaus Jürgen Gantzel und Klaus Schlichte, Interdependenz – Materialien und Studien der Stiftung Enwicklung und Frieden und des Instituts Entwicklung und Frieden, Nr. 1, Bonn 1994, ISBN 3 – 927626-28-7 Die Studie ist auch im Buchhandel erhältlich.

Die Studie der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg trägt Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte für das Jahr 1993 zusammen. Sie stellt eine Ergänzung zum ebenfalls 1994 erscheinenden Buch „Die Kriege von 1945 bis 1992“ (hrsg. von K.J. Gantzel und T. Schwinghammer) dar.

Wer die Daten der Kriege im Jahr 1993 studiert, stellt schnell fest, wie selektiv Bonn und ein Großteil der Medien die Kriege in der Welt perzipieren. Während man hier auf Somalia starrte, wo seit 1992 300 000 Menschen Opfer der kriegerischen Auseinandersetzungen wurden, eskalierte zeitgleich der Krieg im Sudan. Allein von Anfang 1992 bis Mitte 1993 kamen dort 300 000 Menschen ums Leben. Obwohl sich auch im Sudan die Kämpfe ausweiteten und die Verteilung von Hilfsgütern fast unmöglich machten, wurde dieser Krieg in Deutschland kaum wahrgenommen.

Die beginnenden neunziger Jahre zeigen ein Ausmaß kriegerischer Gewalt, wie es seit 1945 nicht dagewesen ist. Allein 1993 wurden 45 Kriege registriert. Über 90 % der insgesamt 186 Kriege zwischen 1945 und 1994 wüteten in der sogenannten Dritten Welt. Die empirische Analyse der Kriege nach 1945 zeigt, daß der Ost-Westkonflikt rückblickend betrachtet nicht nur zur Verschärfung oder Verlängerung von Konflikten beigetragen hat wie z.B. in Vietnam, sondern auch zur Vermeidung direkter Konfrontation. Wei die Supermächte die unkontrollierte Ausweitung von Regionalkonflikten fürchteten, entschärften sie Konflikte, indem sie die unter ihrem Einfluß stehenden Regimes disziplinierten.

Die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die bis 1989 eine nahezu kriegsfreie Weltregion bildeten, sind nun Teil des Kriegsgeschehens in der Welt: ideologische, regionale und ethnische Gegensätze eskalieren zum Krieg. Für die Autoren bestätigen die Umwälzungen im ehemaligen Ostblock ein sich weltgeschichtlich wiederholendes Prozeßmuster kapitalistischer Modernisierung, wonach nur in Ausnahmefällen ein konfliktiver Modernisierungsprozeß ohne autoritäre oder gewaltsame Mittel möglich sei. Deshalb prognostizieren sie einen unvermeidlichen Zerfall des chinesischen Imperiums, indem sich dieser Transformationsprozeß wiederholen werde, „bevor sich der Kapitalismus in der bürgerlichen Gesellschaft verwirklicht und sich Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte, Wohlstand und eine Pazifizierung gesellschaftlicher Konflikte weitgehend verallgemeinern können...“

Bereits in der ersten Studie über Kriege von 1945 bis 1992 („Kriege der Welt“, Interdependenz – Materialien und Studien der Stiftung Entwicklung und Frieden und des Instituts für Entwicklung und Frieden Nr. 13) hatten die Autoren die verzerrte Perzeption des Kriegsgeschehens in der Welt in den Medien, aber auch in der wissenschaftlichen Interpretation kritisiert, die durch den Ost-Westkonflikt geprägt wurde. In den 90er Jahren muß die verzerrende Metapher „ethnischer Konflikt“ als Sammelbezeichnung und Letztbegründung herhalten und wird von den Scholl-Latours, Enzenbergers und Straußens zur Befriedigung des medial verstärkten Bedürfnisses nach dem faszinierenden und erschreckenden Irrationalen mehr oder weniger palavernd bedient. Die Autoren billigen dem Begriff „ethnischer Konflikt“ im Kontext der Untersuchung der Ursachen kriegerischer Konflikte, wenn überhaupt, nur eingeschränkte Erklärungskraft zu und warnen zurecht davor, „daß auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Krieg dem falschen Schein vermeintlicher Ursprünglichkeit erliegt und sich an der Remythologisierung der Welt beteiligt.“

Es ist eine aufklärerische Studie, die dazu beiträgt, die Flucht der Menschen in irrationale Behausungen, sei es Nationalismus, ethnische Identität – was auch immer das sein soll – oder religiösen Fundamentalismus im Kontext krisenhafter Entwicklungen des gesellschaftlich-sozialen Lebens zu analysieren. Der Historiker Stig Förster hat diesen Sommer während der Debatte über die Ursachen des 1.Weltkrieges noch einmal hervorgehoben, daß sich 1914 die deutsche Kriegsbereitschaft aus einem Gemisch von sozialdarwinistischen Vorstellungen und der Furcht vor dem Strukturwandel der Moderne ergab. Ist es da verwunderlich, daß auch in der sogenannten nachkolonialen Phase in Afrika die meisten Kriege stattfinden, auf einem Kontinent, der erst in den kapitalistischen Weltmarkt geprügelt wurde und heute von der Landkarte der multinationalen Konzerne gestrichen wird?

Das Beispiel Afrika zeigt aber auch, wie fragwürdig die Rubrizierung der sogenannten Dritten Welt unter den Begriff „Übergangsgesellschaften“ ist. Nicht nur deswegen, weil nicht unterstellt werden kann, daß viele dieser Staaten überhaupt noch den Übergang auf das Niveau entwickelter bürgerlicher Gesellschaften innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung schaffen. Mit dem Zerfall des Ostblocks ist der Druck auf die kapitalistischen Industriestaaten weggefallen, sich überhaupt noch auf Diskussion über die ungerechte Weltwirtschaftsordnung einlassen zu müssen. Auf der jüngsten UN-Konferenz in Kairo spielte dieses Thema kaum noch eine Rolle. Fragwürdig und ideologisch verzerrt ist diese begriffliche Einordnung auch deswegen, weil es eine gesetzmäßig vorgegebene historische Entwicklungslogik nicht gibt, wonach sich der Kapitalismus in Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte, Wohlstand und der Pazifizierung gesellschaftlicher Konflikte verwirklicht, wie die Autoren unterstellen. Dennoch bleibt sie eine empfehlenswerte Studie, weil von der Bonner Politik Kriege in der Welt nicht als wirkliche friedenspolitische Aufgabe genommen werden, sondern ihre Perzeptipon von dem unverkennbaren Wunsch angetrieben wird, Deutschland auch militärisch in der Welt zur Geltung zu bringen. ●

CHRISTOPH GÖRG

Bewegung als Institution – eine demokratische Innovation?

Der Demokratiebegriff ist zum Menetekel der Epoche geworden. Noch 1989 wurde er von den Apologeten bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse zur Signatur eines neuen Zeitalters erklärt. Nach dem Sieg über ihren Widerpart repräsentiere die westliche Staatsform das non-plus-ultra, das »Ende der Geschichte«. Doch nur wenige Jahre später hat dieses idyllische Bild un-übersehbare Risse bekommen. Eine Ahnung von der Rückbildung der Demokratie, ihrer »Involution« (Agnoli) im Gegensatz zur Evolution, ist inzwischen selbst bei ih-ren hartnäckigsten Verteidigern Gemeingut geworden. In der Regel wird diese Ahnung als »Funktionsproblem« moderner Staaten interpretiert, als abnehmende Fähigkeit des etablierten Institutionensystems, politische Integration und Gefolgschaft gewährleisten zu können. Doch diese Wahrnehmung ist selbst schon ein Rückbildungsphänomen, wird doch Demokratie mit der Realität moderner kapitalistischer Staaten identifiziert und ihr emphatischer Anspruch damit negiert. Die Globalisierung kapitalistischer Verhältnisse tut ein übriges dazu, daß der dem bürgerlichen Nationalstaat von Beginn an immanente Widerspruch zwischen politischem Universalismus und seiner partikularen Verwirklichung zur Seite des Nationalen hin aufgelöst wird. Mit dem Demokratiebegriff wird heute weniger eine positive Zukunftshoffnung ausgedrückt als vielmehr eine Drohung beschwörend abgewehrt, die sich aus den vielfältigen Krisensymptomen bürgerlicher Herrschaft speist. Ja, die »Volksherrschaft« selbst scheint mehr und mehr einen neuen Sinn zu bekommen – den der aggressiven Verteidigung der Ansprü-che eines imaginären Volkskörpers gegen-über allen inneren und äußeren Feinden.

Angesichts dieser Lage ein Buch über die »Demokratie von unten« zu schreiben, ist zunächst einmal mutig. Schon der Titel bereitet Probleme, stellt er doch bestenfalls einen Pleonasmus dar – »Demokratie von oben« erfaßt vielleicht mehr gesellschaftliche Realität der Bundesrepublik, gilt aber immer noch als sinnwidrig. Mehr noch droht eine Verkürzung und folgenreiche Verfehlung, wenn der Eindruck erweckt wird, es käme allein auf die Steigerung der Inklusion an: Wird die Bevölkerung »von unten« stärker beteiligt, dann kann sie aber gleichzeitig bleiben wo sie ist, nämlich unten – der egalitäre Anspruch eines Abbaus von Herrschaft ist erst gar nicht mehr vorgesehen. Den genuinen Bedeutungssinn erst durch einen Zusatz erhalten zu können, verweist auf tieferliegende Transformationen. Die »Demokratisierung aller Lebensbereiche« war ein Anspruch, der die sozialen Bewegungen seit den 60er Jahren bei aller Uneinheitlichkeit verbindet. Wie ist es um das Schicksal, um Gegenwart wie Zukunft dieses Protestzyklus bestellt? Wie weit prägt er die gesellschaftliche und politische Realität der Bundesrepublik? Oder ist der Zyklus einfach abgeebbt, die neuen sozialen Bewegungen Geschichte geworden? Indem sich Roth diesen Fragen stellt, versucht er jenseits vielstimmiger Abgesänge oder verzweifelter »Trotz-alledem«-Rufe den Blick zu öffnen für eine neue Betrachtungsweise: Bewegungspolitik sei in der Bundesrepublik selbst zu einer politischen Institution geworden, so lautet die zugegebenermaßen „optimistische und hoffnungsvolle“ Grundthese des Buches (13).

Damit sind sie nach wie vor »unten«: An ihren eigenen Ansprüchen gemessen sind die neuen sozialen Bewegungen auf breiter Front gescheitert, konnten sie die herrschaftlich organisierte Funktionsweise des Institutionensystems nicht tiefergehend verändern. Gerade deswegen, und weil die oben skizzierte Entwicklung weder naturgesetzlich-alternativlos noch politisch bedeutungslos ist, lohnt der von Roth eingeschlagene Weg einer genaueren Betrachtung. Wenn Demokratie im Moment in erster Linie ein Schlagwort ist, das die politischen Realitäten mehr zudeckt als daß es sie zu begreifen vermag: Welche Funktion haben dann Protest und Widerstand in der »geschlossenen Gesellschaft« wirklich? Gerade *weil* soziale Bewegungen die institutionelle Wirklichkeit nicht revolutionieren konnten, bleibt zu fragen, welche Rolle sie denn faktisch im Insitutionensystem haben und ob sich daraus nicht doch demokratische Innovationen ableiten lassen. Eine ohne Zweifel wichtige Fragestellung, die von Roth – jenseits aller modischen Verur-

Um die »neuen sozialen Bewegungen« ist es ruhig geworden. Einst als Hoffnungsträger gesellschaftlicher Erneuerung gehandelt hat es nicht erst des Vereinigungsprozesses bedurft, um die Ohnmacht der westdeutschen Protest- wie der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegungen offenkundig werden zu lassen. Doch vielleicht beruht das Urteil auch auf trügerischen Wahrnehmungen, weil es noch zu stark am sichtbaren und gewohnten Erscheinungsbild sozialer Bewegungen orientiert ist. Daß auf diese Weise ihre tatsächliche Bedeutung in der gesellschaftlichen Realität der Bundesrepublik unterschätzt wird, das besagt jedenfalls die zentrale These von Roland Roth, Bewegungspolitik sei inzwischen selbst zur Institution geworden. In seinem Buch »Demokratie von Unten« entwickelt Roth ein neues Verständnis der Rolle sozialer Bewegungen und versucht damit auch der Diskussion um eine Demokratisierung der Gesellschaft neue Perspektiven zu geben.

teilungen wie Lobhudeleien der »68er« und ihrer Nachfolger – zu beantworten versucht wird.

Das Hauptgewicht des Buches liegt dabei in der Rezeption und Verarbeitung der derzeitigen sozialwissenschaftlichen Diskussion um den Institutionenbegriff einerseits, zum Stand der Forschung zu den neuen sozialen Bewegungen andererseits. Parallel zur Krise des etablierten Institutionensystems sind die politischen Institutionen nach Jahren der Randständigkeit verstärkt zum Thema sozialwissenschaftlicher Debatten geworden. Darin drückt sich auf der einen Seite schon eine gesellschaftliche Nachfrage nach dem Stabilitätspotential aus, das Institutionen verkörpern. Doch neben dieser konservativen Funktionsorientierung haben auch linke Ansätze die Bedeutung von Institutionen für die politische Ausgestaltung kapitalistischer Entwicklung erkannt. Roth liefert einen informativen und gut lesbaren Überblick über die verschiedenen Ansätze und leitet daraus die »Umrisse einer kritischen Institutionentheorie« ab. Leitfaden sowohl des Durchgangs durch die Debatten wie seines eigenen Ansatzes ist dabei der Versuch, die abstrakte Gegen-überstellung von Bewegung vs. Institution zu überwinden: Zum einen sind Institutionen nicht so unverfügbar, so funktional unverzichtbar, wie dies die auf Gehlen oder Durkheim zurückgehende staatsfixierte Tradition behauptet hat. Vielmehr sind ihr Herrschafts- und Zwangscharakter und ihre inhaltliche Selektivität immer im konkreten gesellschaftlichen Kontext zu bestimmen. Roth versucht diese »Bewegung im Institutionenbegriff« anhand von 7 Gegensatzpaaren zusammenzufassen, die auf die Berücksichtigung der Subjektivität der sozialen Akteure ausgerichtet sind.

Zum anderen sind Bewegungen nicht allein als abstrakter Gegenpart zu Institutionen zu verstehen, wie dies noch für das Selbstverständnis beispielsweise der »Anti-Institutionellen-Bewegung« (Agnoli) der 60er – wenn auch nicht uneingeschränkt – repräsentativ war. Zwar ist von der grundsätzlichen Unberechenbarkeit und Spontaneität sozialer Bewegungen auszugehen, eine Eigenschaft, die auch der sozialwissenschaftlichen Erforschung der Bewegungen Schwierigkeiten bereitet und bis heute eine eindeutige Begriffsbestimmung der neuen sozialen Bewegungen verhindert hat. Nicht zuletzt haben sich einfache Ablaufmuster, die den Übergang von Bewegung zur Institution prophezeit oder andernfalls deren Ende vorhergesagt haben, nicht erfüllt. »Bewegung als Institution« zielt auch hier auf eine andere Betrachtungsweise.Unzutreffend ist die vorbereitete Vorstellung, daß sie angestoßen von sozialen Mißständen über die Mobilisierung von Protest zu neuen Institutionen führen. Nicht vorgesehen ist dabei, daß das herrschaftskritische Moment als solches erhalten bleibt.

Aber auch Bewegungen sind auf Strukturen angewiesen, die ihre personelle wie thematische Erhaltung wie Erneuerung, ihren spezifischen Bewegungscharakter sicherstellen. Zwar muß die Leitvorstellung, mit der Alain Touraine bis in die 80er Jahre hinein gearbeitet hat, fallengelassen werden: Die Suche nach einer einheitlichen sozialen Bewegung, die als historischer Akteur an die Stelle der Arbeiterbewegung treten könnte, muß als gescheitert angesehen werden. Gleichwohl bleibt die Frage, was denn die Identität der neuen sozialen Bewegungen auszeichnet, wie sichtbarer Protest sich mit Zeiten der Latenz verbinden läßt, wie die Abfolge von Themen zu erklären ist, welche Organisationsstrukturen und welche Lebensformen die Reproduktion begünstigen oder erschweren. Genauso wichtig sind die Reaktionen des institutionellen Umfeldes und die Besonderheiten des nationalen politischen Systems. Gerade in der Bundesrepublik sei dabei eine besonders günstige Konstellation für die Entstehung sozialer Bewegungen gegeben gewesen, wobei vor allem das Zusammenspiel von alternativen Lebensweisen, Projekten und Bewegungseinrichtungen mit der thematisch orientierten Protestpraxis von Bedeutung war (vgl. 159ff).

Die Ausprägung von Bewegungspraxis *als* Institution erfordert jedoch darüber hinaus ihre Anerkennung von Seiten des politischen Systems. Roth beruft sich dabei nicht nur auf Phänomene wie die fast schon selbstverständlich gewordene Redeweise von Medienvertretern oder Politikern, wenn „die Friedensbewegung“ mal wieder zu irgendeinem Krieg in der Welt schweigt und ihre Funktion als »Protestinstitution« nicht wahrnimmt. Geben solche Zuweisungen eher einen Vorgeschmack von der Funktionalisierung des Protestes, dann muß die Eigenständigkeit von Bewegungen umgekehrt gerade gegen solche Zuweisungen im »Immunsystems« der Gesellschaft (Luhmann) behauptet werden. Diesen Eigensinn erhalten Bewegungen sowohl durch *Ausgrenzung* aus den bestehenden Institutionen als auch durch eigene *Lernprozesse.* Verkörpert wird er sowohl durch Gegeninstitutionen (bsp. im Medienbereich), durch themenspezifische oder -übergreifende Einrichtungen und Projekte, aber auch durch lokale und regionale Bewegungsnetzwerke, in denen durch informelle Kommunikationskanäle ein unkonventionelles Handlungsrepertoire aufrecht- und aktivierbar gehalten wird. Gerade Bewegungsnetzwerke, von Roth anhand dreier sehr unterschiedlicher Beispiele – Frankfurt, Odenwald und Freiburg – sehr anschaulich beschrieben, stellen den infrastrukturellen Kern der »Institution Bewegung« dar. Insofern repräsentieren sie auch die Vielfalt und theoretisch sehr schwer faß-

bare Vielschichtigkeit der Bewegungszyklen in der Bundesrepublik.

Obwohl Roth ein theoretisch wie empirisch sehr informatives Bild des Bewegungssektors entwirft, stellt sich doch die Frage, welche politische Relevanz die These von der »Institution Bewegung« in demokratietheoretischer Perspektive wirklich hat. Grundsätzlich bieten sich einem etablierten Institutionensystem verschiedene strategische Möglichkeiten, auf die Herausforderung sozialer Bewegungen zu reagieren: mit mehr oder weniger repressiver *Exklusion,* mit der *Kooptation* ins Institutionensystem oder mit stärkerer *Responsivität* gegenüber Themen und Zielen des Protestes (vgl. 250). Exklusion begünstigte dabei vor allem in den 70er Jahren die Radikalisierung und den Eigensinn der Bewegungen. Wenn diese heute auch nicht mehr so stark sei, so stellt Roth gegen entsprechende zivilgesellschaftliche Idealisierungen doch fest: An den Machtverhältnissen zugunsten der etablierten Institutionen und am etatistischen Politikverständnis hat sich in der Bundesrepublik wenig geändert (vgl. 265). Auch wenn sich Repression nun nicht mehr gegen Protest im Ganzen richtet und sich insofern etwas abgeschwächt hat, so hat sie doch dem Protest dadurch auch die Spitze abgebrochen (vgl. 255), zu neuen Spaltungen – und nicht zu einem Machtzuwachs der »Zivilgesellschaft« geführt.

Von einer Kooptation ins Institutionensystem kann nur zum Teil gesprochen werden. Zwar sind die ursprünglich als Bewegungspartei gegründeten Grünen inzwischen zum festen Bestandteil des parlamentarischen Systems geworden und haben auf dem Weg dahin ihre institutionenkritischen Impulse mehr und mehr über Bord geworfen. Trotzdem führen auch sie nach der Einschätzung von Roth noch nicht den Status einer ganz normalen Partei und können auch immer weniger beanspruchen, den Bewegungssektor zu repräsentieren (vgl. 230). Vor allem eine Grenze der Kooptation sei hier wie im Bewegungsbereich generell zentral: Weder als Organisation noch in Klassen- oder Generationenform hätten die neuen sozialen Bewegungen eine (Gegen-)Elite hervorgebracht (229). Mit der Konzentration auf den Elitenbegriff zeigt sich jedoch ein erstes Problem mit der von Roth vorgenommenen Verortung der Bewegung im Institutionensystem: Sicher ist es eine Tatsache, daß sich die herrschenden Eliten bislang nur in Ausnahmefällen aus den Bewegungen der letzten 25 Jahre rekrutiert haben. Doch was sagt das aus? Gerade das Beispiel der Grünen zeigt doch, daß dem ein entscheidender Wandel korrespondiert: Den fast völligen Verlust der ursprünglich herrschafts- oder formkritischen Impulse der Bewegungen. Zwar haben sich die neuen sozialen Bewegungen nicht (oder nicht vollständig) als neue Klasse oder Partei institutionalisiert. Doch haben sie in ihrer heutigen Erscheinungsweise eine völlig andere politische Funktion. Dies zeigt sich vor allem auch bei der dritten Reaktionsstrategie des etablierten Institutionensystems: seiner Fähigkeit zur Responsivität gegenüber den Inhalten und Zielen des Protests.

Der modernisierungstheoretische Optimismus von einer Erneuerung der demokratischen Partizipationsmöglichkeiten durch die neuen sozialen Bewegungen hält einer Überprüfung dabei nicht stand: Zwar lassen sich durchaus responsive Politikformen (Runde Tische, neue Verhandlungssysteme etc.) ausmachen, doch sie bleiben eingespannt in eine Reaktionsstrategie, die versucht, „Widerspruch in einer Weise einzuhegen, die ihre Funktionsfähigkeit nicht negativ tangiert." (232) Zwar haben sich Veränderungen im Institutionensystem ergeben, die noch vor 20 Jahren als »systemverändernd« eingeschätzt wurden. Doch dadurch hat sich auch die Herausforderung abgeschliffen, die der Protest einmal verkörperte. Oder genauer: Er ist sowohl alltäglich-trivial geworden, wie er auch in wichtigen Aspekten unabgegolten ist oder sich in anderer Hinsicht sogar umgekehrt hat. Für den letzten Fall sind die „Grünen" sicherlich das beste Beispiel, ist doch genau das eingetreten, was dem einstigen Anspruch diametral widerspricht: Aus der »Kritik der Form parlamentarischer Politik« wurde zuerst eine »Partei neuen Typs« und dann eine Konkurrenzpartei mit klientelspezifischen Mobilisierungsformen. Von der „(Re-)Moralisierung von Politik" (267) – was nicht die Ersetzung von Politik durch Moral, sondern die Offenlegung der in Entscheidungs- und Wissensstrukturen eingelassenen Bewertungen meint – ging der Weg rückwärts zur etatistischen Professionalisierung.

Alltäglich-trivial müßte dagegen das institutionelle Schicksal der alternativen Lebensweise genannt werden. Was als wichtiger Impuls zur Infragestellung bürgerlich-kapitalistischer Lebensverhältnisse begann, endete als alternatives Lebensstilsegment einer pluralisierten und fragmentierten Sozialstruktur. Dabei dürfte die Trivialisierung noch die harmloseste Begleiterscheinung sein, kommt es doch zu einer sozialen Auf-splitterung des Protests mit Gefahren, die auch Roth erwähnt: „dann besteht die Gefahr der mittelschicht-exklusiven, sozial bornierten, thematisch eingeschnürten Rückbildung des Bewegungssektors" (255). Responsivere Institutionen *allein* sagen wenig aus über die wirklichen Partizipationsmöglichkeiten, die als neue Ungleichheitsstrukturen statt in neuen Funktionseliten eher in der Sozialstruktur ihren Niederschlag gefunden haben.

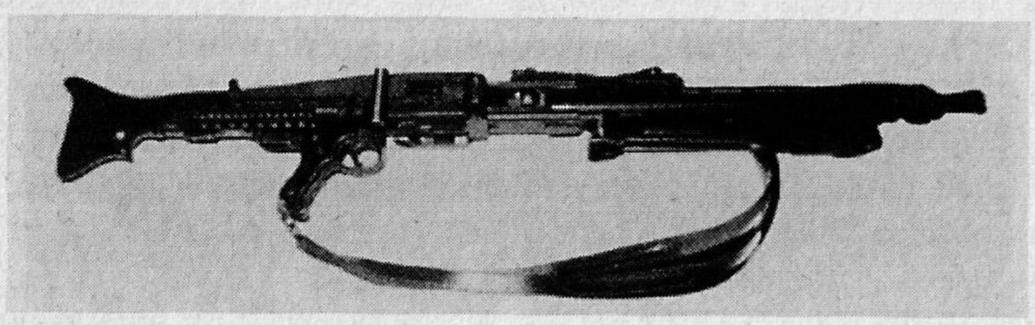
Doch selbst die zweifellos vorhandenen und auch hin und wieder artikulierten unabgegoltenen demokratischen Intentionen des Protestzyklus haben heute einen neuen Sinn bekommen. Dies zeigt die in Anschluß an Alain Lipietz vorgenommene Kontrastierung zweier Modelle: eines liberal-produktivistischen und eines alternativen Modells gesellschaftlicher Entwicklung (vgl. 271f). Ob auf diese Weise heute wirklich eine grundsätzliche Alternative begründet und als existent aufgezeigt werden kann, dürfte fraglich sein. Politisierung der Produktion, Umbau des Sozialstaats, egalitäre Geschlechterverhältnisse, Reduzierung der Lohnarbeitszeit, Entmilitarisierung der Politik u.a.m. sind sicherlich auch weiterhin wichtige politische Ziele. Daß ihr Abstand zu den realen Entwicklungen allerdings beträchtlich ist, gibt auch Roth zu. Doch darüber hinaus ist noch offen, ob in der Bundesrepublik überhaupt (noch) ein »Widerspruchskonsens« in dieser Richtung existiert, oder ob nicht die erwähnten sozialstruktruellen wie politischen Spaltungen im Bewegungssektor überwiegen.

Daß bei dieser Frage nicht sehr viel Optimismus aufkommen kann, hat seinen Grund vor allem darin, daß zunehmend Spaltungen entlang der nationalstaatlichen Scheidelinie zum Vorschein kommen. Nicht zuletzt die Auseinandersetzung um die Abschaffung des Asylrechts und die Reaktion auf die Einwanderungsthematik oder die auch von Roth immer wieder zitierten Proteste gegen den Golfkrieg haben gezeigt, daß der auch von Roth gegen Ende seines Buches erwähnte »nationalstaatliche Rahmen« von Politik immer mehr zur Grenze und zur Bedrohung demokratischer Perspektiven wird. Alle oben benannten Ziele müssen sich neu daraufhin befragen lassen, wie sie sich konkret zu den gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Verwirklichung im Rahmen der »internationalen Standortkonkurrenz« verhalten. Eine »Politisierung der Produktion«, die auf die Erreichung von Wettbewerbsvorteilen abzielt, ist im globalen Maßstab genauso undemokratisch wie eine »Verantwortungspolitik«, die sich im rhetorischen Gestus radikal gebärdet, aber die Beteiligung des 'eigenen' Landes an den internationalen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen ausblendet. »Demokratie von unten« muß in den internationalen Beziehungen eine völlig neue Bedeutung erlangen – und der alte Bewegungsslogan »Global denken, lokal handeln« verdeckt zuzeiten noch mehr diese neue Problemstellung, als daß er sie zu begreifen erlauben würde. ●

Roland Roth
„Demokratie von unten. Neue Bewegungen auf dem Weg zur politischen Institution";
bund-Verlag, Köln 1994;
303 Seiten, 34,– DM

JENS ANDERMANN

Die Kakophonie der Revolte



Oder Erzählstrategien des Guerillakriegs: Ricardo Piglias Roman *Die abwesende Stadt*

Literatur fälscht Geschichte. Oder, sagen wir, wenn die Geschichte Instanz der Institutionalisierung einer gefälschten Version von der Wirklichkeit ist, die sie vermeintlich im Verhältnis eins zu eins abbildet, so ist Literatur, wenn nicht die Wirklichkeit, so immerhin die offene Täuschung; die Instanz, welche sich vornehmlich mit Auskünften über und Modellen für Täuschungsverfahren beschäftigt. Zum Beispiel: Eine Wahnsinnige, ein Verbrechen. Emilio Renzi, der Redakteur für kulturelle Angelegenheiten, steht vor einem Dilemma. Die Aussage der einzigen Augenzeugin des Mordes, auf den die Zeitung, weil der Polizeireporter im Urlaub ist, ausgerechnet ihn angesetzt hat, besteht aus einem Wortwirrwarr, in dem sich das Geschehen mit den Delirien der alten Stadtstreicherin auf rätselhafte Weise verknotet hat. Wie ein Kreisel dreht sich ihre Rede, fängt am Ende wieder von vorn an, wiederholt die immergleichen Sätze und Wörter wie unter Zwang. Renzi gelingt es, mit psycholinguistischen Mitteln den Code der Wahnsinnigen zu dechiffrieren, oder vielmehr, ihn in eine schlüssige narrative Sequenz zu gruppieren. In der Redaktion aber stößt sein Bericht auf ebenso taube Ohren wie jener der Irren bei der Polizei: Als Mörder ist längst ein anderer dingfest gemacht, die Akte geschlossen. Renzi kündigt und schreibt eine Geschichte: Die Wahnsinnige und der Bericht über das Verbrechen. Die Erzählung schließt, wie sie begonnen hat. Eine unendliche, sich ständig wiederholende Geschichte ohne Ausgang setzt ein: eine Rede, die um sich selbst kreist, ein Delirium.

Emilio Renzi, der Autor und Protagonist dieser Miniatur über das Wesen der Sprache und des Erzählens, nennt sich zuweilen – in jener Wirklichkeit, die wir uns angewöhnt haben, das bürgerliche Leben zu nennen – Ricardo Piglia und gilt dort, in Argentinien nämlich, trotz eines eher knappen Oeuvres, als maßgeblicher Autor der letzten fünfzehn Jahre und als einer der luzidesten Theoretiker der einheimischen Kulturkritik. Nun liegt, nur zwei Jahre nach der Erstveröffentlichung, eine deutsche Fassung seines letzten Romans vor, und dieses – trotz etlicher Übersetzungspatzer – sehr verdienstvolle Unterfangen müßte, wenn es so etwas gibt wie den Engel der Literaturgeschichte, hierzulande eigentlich mindestens alles endzeitberauschte Bocksgesinge Junger Milder aus den Bücherregalen wehen, sowie ein für allemal das Verstummen jenes romantisierenden Credos zur Folge haben, das jahrein jahraus ein Bild der lateinamerikanischen Literatur als deftig barockes Sammelsurium von Geisterhäusern und Spiegelstädten, Mythos und Moderne, Indios und Avantgarde, eben von Wunder und Wirklichkeit in die Welt hinausfeuilletoniert, an welchem sich der abenteuerlustige Kulturbourgeois des alten Europa nach Lust und Belieben delektieren möge. So: Denn Piglia, um der Einfachheit halber bei diesem Alias zu bleiben, legt aller zeitgemäßen Wehklage über die Unmöglichkeit des Erzählens im postmodernen Weltenlauf zum Trotz einen Text vor, der von nichts weniger als der Möglichkeit erzählt, erzählend in die Wirklichkeit einzugreifen. Erzählen, so Piglia, bedeutet, den Guerillakrieg auf der Ebene jener vermittelten (erzählten) Wirklichkeiten zu führen, die uns im Spätkapitalismus eines Berlusconi oder Ted Turner tagtäglich – selbstredend gegen Bezahlung – verabreicht werden. Erzählungen – Flugblätter, Schmähreden, Zoten, Romane – das sind mithin winzige schlagkräftige Maschinen gegen die allgegenwärtige Maschinerie der multimedialen Überwachung: „Die Intelligenz des Staates (erklärt der Erfinder einer Erzählmaschine im Roman) ist im wesentlichen ein technischer Mechanismus zur Veränderung des Realitätskriteriums. Dagegen gilt es zu widerstehen. Wir versuchen, eine mikroskopische Replik herzustellen, eine weibliche Maschine, die uns gegen die Erfahrungen und die Versuche und die Lügen des Staates verteidigt."

Marx, gefragt, ob Ideen die Welt verändern könnten, entgegnete einst, sie könnten zumindest die Ideen über die Welt verändern. Davon, wie dies taktisch anzustellen sei, handelt Piglias Roman: In dessen Zentrum, einem „Museum des Romans", das nichts weniger ist als eine labyrinthische räumliche Ansicht der Weltliteratur von Borges'schen Ausmaßen (und ebenso wie bei diesem mit einer Vorliebe für Plagiate und Apokryphen eingerichtet), in welcher sich Leser und Protagonist gleichermaßen vorwärts, zurück und querfeldein bewegen können, steht eine Erzählmaschine, Kreatur des Dichters, Erfinders und Friedensrichters Macedonio Fernández, der in den dreißiger Jahren den „Letzten Schlechten Roman" *Adriana Buenosaires* und posthum den „Ersten Guten Roman" der Universalgeschichte vorgelegt hatte: *Museum des Romans der Ewigen* (ein Werk, das einzig aus Prologen, Anmerkungen und Kommentaren über seine niemals zum Handeln gelangenden Figuren besteht: die Ewige, den Nicht-Existierenden-Herrn und den Präsidenten). Macedonio, schreibt Piglia, war der größte Erzähler aller Zeiten, denn sein Werk ist eine einzige Poetik, wie man in Argentinien, an der Peripherie der Universalliteratur, zu erzählen habe: indem man kommentiert, umschreibt, plagiiert, fälscht. Indem man davon erzählt, was und wie man liest. Und dies, fährt Piglia fort, die klandestine Aneignung, das geheime Einnisten in der Rede anderer, sei das Wesen allen Erzählens im Guerillakampf: „Der Fälscher," kommentiert er an anderer Stelle das Werk Roberto Arlts, des anderen großen Außenseiters der argentinischen Moderne, „ist ein Künstler, der Poet des Kapitalismus. Die Fälschung ist die Kunst des Zeitalters der technischen Reproduzierbarkeit. Was ist das Falsche und was das Echte? Arlt denkt diese Frage vom Geld her. Wie kann man als legitim durchgehen lassen, was falsch ist? Hier konzentriert sich seine Poetik: die Fälschung ist das Modell der Arltschen Fiktion."

Die Fälschung ist die Poetik des Untergrunds im Kapitalismus und zugleich konstitutives Merkmal allen Schreibens an der Peripherie: Stellt sie doch zum einen eine Möglichkeit dar, von den Rändern, den Elendsquartieren der Moderne her die Hegemonie der Gattungen des Zentrums zu unterwandern und zugleich die Lichtgestalt des bürgerlichen Künstlers als einsam und unberührt von den Zwängen des Marktes Schaffenden nachdrücklich zu entzaubern. Das autonome Künstler-Genie ist eine Funktion, ein Zahnrad des Imperialismus, deshalb zieht die Fälschung, die plagiative Schreibweise schwarzer, lateinamerikanischer und anderer „peripherer" Autoren den diesem zugrundeliegenden bürgerlichen Eigentumsbegriff auf der Ebene des literarischen Textes in Zweifel: Die erste, grundlegendste aller dieser

Fälschungen ist natürlich die Übersetzung, zwingt sie doch den „zentralen" Text, in einer anderen Sprache, mit einer anderen Stimme zu sprechen. Folgerichtig ist auch die Erzählmaschine, die Piglias Roman konstruiert, nichts anderes als eine fehlerhafte Übersetzungsmaschine. Denn im Probelauf, als ihr Poes Doppelgängergeschichte „William Wilson" eingefüttert wird, produziert diese unerwartet eine völlig neue Erzählung mit dem Titel „Stephen Stevensen", die Doppelgängergeschichte einer Doppelgängergeschichte: „Junior begann zu verstehen. Am Anfang irrt sich die Maschine. Der Fehler ist das erste Prinzip. Die Maschine zerlegt auf 'spontane' Weise die Erzählung von Poe in ihre Bestandteile und macht daraus potentielle Kerne der Fiktion. So war das allererste Raster entstanden. Der Ursprungsmythos. Aus ihm sind alle weiteren Geschichten entstanden. Der künftige Sinn dessen, was jeweils gerade geschah, hing von jener Erzählung über den Anderen und über die Zukunft ab. Das Wirkliche wurde vom Möglichen bestimmt (und nicht vom Sein). Der Gegensatz Wahrheit-Lüge mußte durch den Gegensatz Mögliches-Unmögliches ersetzt werden."

Der hier skizzierte Funktionsmechanismus der Maschine ist zugleich ästhetisches Programm eines Romans, der narrativ Maschinen des Schreibens und des Lesens konstruiert, eines Baukastens der Fiktion, der an die peripheren Heterodoxien eines Borges, Arlt oder Macedonio ebenso anzuschließen sucht wie an Marksteine literarischer Innovation in der Moderne (hier könnten wir nun, angefangen bei Joyce, einen ganzen Absatz voller Namen herunterrasseln), die ohne falsche Bescheidenheit annektiert und geplündert werden. Wie der Text, den wir lesen, auf diese Weise zu einer Karte von Lektüren vorgängiger Texte gerät, die, indem sie ihn zitiert, einen potentiell unendlichen Globus des Erzählens topographisch anschaulich macht, so wuchert er zugleich nach vorn, in eine Zukunft, die ebenso Konstrukt einer innerfiktionalen, in beide Richtungen der Zeitachse ausgreifenden Simultanität ist, wie zugleich eine Zukunft der Kritiken, Kommentare und Plagiate auf den Roman, die dieser als rhizomatischer Text von vornherein antizipiert hat.

Die abwesende Stadt ist damit ebenso eine Karte, ein Stadtplan der großen urbanen Narrationen der Moderne, eine „verbale Stadt", zusammengeknüpft aus jenen literarischen und sozialen Erzählungen, welche Großstadterfahrung, und zumal die der peripheren Megalopolis Buenos Aires (bzw. Mexiko-Stadt, São Paulo, Kalkutta) unhintergehbar präkodieren, wie zum anderen ein Versuch, deren unkontrollierbares Wuchern über sich selbst hinaus bis jenseits des Darstellbaren in einer Kakophonie einander ablösender und überlagernder (Erzähl-)Stimmen auf der Ebene eines Textes, eines Romans zur Sprache zu bringen. Die Reise Juniors, des Helden und ersten Lesers, durch die Stadt ist so zugleich eine Reise durch eine Erzählmaschine, eine Reise durch die Schaltkreise, Widerstände und Transformatoren eines großen fiktionalen Komplotts: (Er betrat und verließ die Geschichten,) „während er in der Stadt umherlief, und versuchte, sich in diesem Gespinst von Erwartungen und Verschiebungen zu orientieren, in dem er bereits gefangen war. Was er sah, war schwer zu glauben, aber er merkte die Auswirkungen in der Wirklichkeit. Es war wie ein Netz, wie die Karte der U-Bahnlinien einer Stadt. Er reiste von hier nach dort, kreuzte dabei die Geschichten und bewegte sich gleichzeitig auf mehreren Sprachebenen."

Man kann *Die abwesende Stadt* als SF-Parabel und als Detektivgeschichte lesen, in welcher der Held, bewaffnet mit den Techniken der Indizienlektüre und der Hermeneutik, einer grausamen Wirklichkeit auf die Spur zu kommen versucht, die er hinter den Bonbonfarben der Fernsehbilder am Werk weiß. Denn Fernseher, weiß ein Barkeeper des nahezu stillgelegten Zentralbahnhofs Junior zu berichten, sind in Wahrheit Spiegel, die, während man in sie hineinschaut, tatsächlich in einen selbst hineinschauen und sich Gesichter und Gedanken merken: „Fernsehen heißt, die Gedanken von Millionen Leuten lesen. (...) Es wird nur das Denken der Leute gefilmt und übertragen, die aus freien Stücken betrachten, was sie denken. Das nennt man das Tagesprogramm des Fernsehens, eine Generalkarte des Geisteszustands. Der innere Monolog (...) ist jetzt das tägliche Programm auf den Fernsehbildschirmen, fragmentierte Zeit, Bewußtseinsstrom, Wortbilder. Aber es ist ihnen noch nicht gelungen, eine Maschine zu entwickeln, die so sensibel ist, daß sie ein telepathisches Fernsehen ermöglicht." Auf der Suche nach den Erzählungen aus einer Wirklichkeit, die unter der simulierten Echtzeitrealität des Fernsehens begraben liegt, geraten Junior alle Invarianten der klassischen Detektivgeschichte zu variablen Unbekannten. Das hatte bereits Brecht in einem Aufsatz zur Kriminalliteratur implizit vorgeschlagen: Denn deren logisches Modell, das die Katastrophe (das Verbrechen) im nachhinein wieder auf ihre Urheber zurückführen lasse, die schließlich zur Verantwortung gezogen würden, sei nur das Symptom einer gesellschaftlichen Wirklichkeit, in welcher die Kausalität längst nicht mehr transparent und durchschaubar funktioniere. Das grundlegend Kriminelle der kapitalistischen Gesellschaft, dessen „Indizien" die Schlagzeilen der Presse seien, sei aus diesen nämlich keineswegs durch detektivische Lektüremethoden zu ermitteln. Brechts Kritik der Detektivgeschichte schreibt Piglia, manischer Erzähler, zur Detektivgeschichte um: Versuchsweise schickt er Junior auf die Spur der „Geschehnisse hinter den Schlagzeilen" und liefert ihn damit gnadenlos einer konsistenten Realität aus, angesichts derer der Detektiv zum Paranoiker mutiert.

Das Komplott, das dieser in die städtischen Zeichen hineinliest, ist das Symptom einer in Wahrheit nicht mehr durchschaubaren Oberflächlichkeit, hinter der wir dennoch staatliche, militärische und ökonomische Kontrollinstanzen am Werk wissen, die sich freilich nurmehr in abstrakt-allgemeinen Begriffen wie „der Staat", „das System" usw. benennen lassen. Die Figuren aus *Die abwesende Stadt*, allen voran Junior, jagen daher in Sätzen von unaufhaltsamer Parataxe (auch diese Symptom einer planen Oberfläche ohne Tiefgang) immerneuen Indizien hinterher, die einen Blick auf das wirkliche Grauen erlauben könnten. Denn immer wieder bricht die Fassade zusammen, wenn ein Augenzeugenbericht der Massaker des Militärregimes oder der Mitschnitt eines Interviews mit einem heroinsüchtigen Rockstar in die Schaltkreise der Erzählmaschine geraten. Brüchige, rückgekoppelte Stimmen aus der Wirklichkeit, die sich in einen Roman einmischen und ihn neu ausrichten, der das Widerstandspotential einer so virtuellen Tätigkeit wie Erzählen auslotet.

Erzählen, schließt Piglia, ist das Ergebnis eines Verlusts, der Versuch, etwas Verlorengegangenes mit der Konstruktion imaginärer, potentieller Welten zu kompensieren. Nichts anderes löst in *Die abwesende Stadt* die Erfindung der Erzählmaschine als Begründung allen Erzählens im Roman aus: Macedonio konstruiert eine Maschine, um die verlorene Geliebte (die verlorene Welt) aufs neue zu erschaffen. In einer fiktiven „Tagebuchnotiz über Macedonio Fernández" notiert Piglia eine Reflexion Emilio Renzis: „Die Liebe als ästhetischer Gemeinplatz. Im *Museum* entfesselt die Geschichte von der Eterna, der verlorenen Frau, das philosophische Delirium. Es werden komplexe Konstruktionen und alternative Welten geschaffen. Dasselbe passiert im *Aleph* von Borges, das eine Art mikroskopische Version des *Museums* ist. Merkwürdigerweise erzählen viele der besten argentinischen Romane dasselbe. (...) Der Held beginnt, die Wirklichkeit an und für sich zu sehen, er nimmt ihre Geheimnisse wahr. Das gesamte Universum verdichtet sich in einem phantastischen und philosophischen 'Museum'." Dieses Museum, Produkt des Schmerzes und der Verzweiflung, heißt Literatur, und es ist das Museum einer Welt, die nicht in sieben Tagen erschaffen wurde, sondern in tausendundeiner Nacht. ●

Jens Andermann hat in Berlin Lateinamerikanistik und Vergleichende Literaturwissenschaft studiert.

Ricardo Piglia, Die abwesende Stadt. Aus dem Spanischen von Leopold Federmair und Maria Alejandra Rogel Alberdi. Köln: Bruckner & Thünker, 1994

Aufruf

Für das Menschenrecht auf Asyl!
Für die Abschaffung der Abschiebehaft!

Wir rufen hiermit öffentlich dazu auf, sich an der gewaltfreien Entzäunungsaktion der Abschiebehaftanstalt in Worms am Tag der Menschenrechte, dem 10.12.1994, zu beteiligen!

Seit dem 1.7.1993 gibt es nur noch ein zerstückeltes Grundrecht auf Asyl. In Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 heißt es: „Jedermann hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen." Durch das neue Asylgesetz und die Asylverfahrenspraxis wird diese Forderung weitgehend zunichte gemacht.

Besonders skandalös ist die Abschiebehaft, die aufgrund des §57 des Ausländergesetzes vorgenommen werden kann. Flüchtlinge, die keine Berechtigung haben, einen Asylantrag zu stellen oder deren Asylantrag abgelehnt wurde, werden oft ohne Benachrichtigung durch die Ämter, aus den Heimen heraus , auf offener Straße oder bei Besuchen von Behörden verhaftet und in die Abschiebehaftanstalten „verbracht". Dies geschieht auch ausländischen Frauen, deren Ehe nicht mindestens 3 Jahre bestanden hat. Sie werden gemäß §19 Ausländergesetz abgeschoben, wenn sie sich von ihrem Ehemann trennen.

In „Nacht- und Nebelaktionen" wird abgeholt und abgeschoben. Familien werden rücksichtslos getrennt, entweder weil nur die Familienväter inhaftiert werden oder aber weil die Verfahren für andere Familienmitglieder noch laufen. Die „Sicherungshaft zum Zwecke der Abschiebung" kann bis zu 18 Monate dauern.

Die Haftbedingungen sind oft schlechter als im normalen Vollzug. „Es herrscht räumliche Enge. Sechs oder mehr Personen in einer Zelle, verschiedene Nationalitäten, Verständigungsschwierigkeiten, teilweise gemeinsame Unterbringung mit Straftätern, Hygieneprobleme, Besuchsrecht nur eine Stunde, höchstens zwei Stunden pro Monat, kein Ausgang, teilweise weniger Hoffnung als Strafgefangene, meist keine Arbeitsmöglichkeiten, spurloses Verschwinden persönlicher Habe. Diskriminierung und Übergriffe seitens deutscher Häftlinge oder des Personals", so berichtet die Caritas über die menschenunwürdigen Zustände (zit. nach Süddeutsche Zeitung vom 17./18. September 1994). DolmetscherInnen stehen meist nicht zur Verfügung, eine soziale Beratung gibt es kaum. Frauen werden von ihren Kindern getrennt, über deren Verbleib sie häufig im unklaren gelassen werden. Die in Haft genommenen Flüchtlinge wissen oft gar nicht, warum sie im Gefängnis sitzen und wie StraftäterInnen behandelt werden. Die psychologische Belastung, die daraus folgt , ist groß. Suizide und Suizidversuche sind die Folge.

Die meisten Opfer bleiben ohne Namen. Einige wurden bekannt.

Wir trauern stellvertretend für alle Opfer um:
– Pfarrer Kwaku, Ghana, Selbsttötung am 4.1.93 in der Abschiebehaft München
– Massivi Daniel Lopez, Angola, Selbsttötung am 15.10.93 in der Abschiebehaft Trier
– Emanuel Thomas Tout, Sudan, Selbsttötung am 25.12.93 in der Abschiebehaft Herne
– Emmanuel Ehi, Nigeria, Selbsttötung am 10.12.93 in der Abschiebehaft Regensburg
– Son-Ha Hoang, Vietnam, verstorben am 27.1.94 in München; er starb an den Folgen einer Selbstverbrennung aus Angst vor der Abschiebung
– Kola Bankole, Nigeria, verstorben an den Folgen einer „Beruhigungsspritze" und/oder der Knebelung am 30.8.94 während der Abschiebung vom Frankfurter Flughafen.

Die Abschiebehaft gegenüber Zuflucht Suchenden ist nicht zu rechtfertigen. Vor allem seit Geltung des neuen Asylrechts wird verschärft von Abschiebehaft Gebrauch gemacht. Abschiebeknäste für Tausende von Menschen werden eingerichtet. Es besteht eine menschenverachtende, grundrechteverletzende Situation, die nicht ruhig hingenommen werden kann. Wir alle werden zu Mittätern und Mittäterinnen gemacht. Die Anordnungen der Abschiebehaft werden „im Namen des Volkes" vollzogen.

Wir wollen nicht stumme Mittäter und Mittäterinnen sein. Unser Protest und Widerspruch gegen die Abschiebeknäste muß unüberhörbar werden. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Abschiebehaft und die Auflösung aller Abschiebegefängnisse. Mit der Entzäunung des Abschiebegefängnisss in Worms am 10.12.1994 wollen wir ausdrücken: Alle diese Einrichtungen müssen wieder abgeschafft weden. Das neue Asylrecht und seine die Menschenrechte verletztende Praxis dürfen nicht bleiben.

Unsere Aktion Zivilen Ungehorsams muß gewaltfrei sein. Sie ist die Fortsetzung unseres Protestes, den wir am Tag X während der Bundestagsentscheidung zum neuen Asylrecht (26. Mai 93) begonnen haben. Wir verstehen unsere Aktion nicht als Gefangenenbefreiung (§120 StGB) sondern als eine symbolische Entzäunung eines Abschiebegefängnisses. Wir wissen allerdings und weisen potentielle „MittäterInnen" darauf hin, daß uns Landfriedensbruch (§125 StGB) und Sachbeschädigung (§303 StGB) vorgeworfen werden kann. Wir werden uns in diesem Fall vor Gericht zu verteidigen wissen.

Ziel ist eine politische Lösung des Problems. Deshalb versteht sich unsere Aktion als Aufruf an die Öffentlichkeit, verstärkt der menschenunwürdigen Haft- und Abschiebepraxis entgegenzutreten und als dringender Appell an die politisch Verantwortlichen: sie müssen dafür Sorge tragen, daß die Grundrechte verletzende Abschiebepraxis ein Ende hat.

InitiatorInnen: Anne Bahr, Gederfeldweg 41, 58453 Witten; **Prof. Dr. Joachim Hirsch**, Melemstraße 10, 60322 Frankfurt; **Hubertus Janssen**, Mainzer Str. 3, 65552 Limburg; **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr**, Potsdamerstraße 41, 12205 Berlin; **Prof. Dr. Roland Roth**, Fronhoferstraße 3, 12165 Berlin; **Prof. Dr. Albert Scherr**, Paul Münch-Straße 1, 76829 Landau; **Martin Singe**, Lennéstraße 45, 53113 Bonn; **Dr. Elke Steven**, Landgrafenstraße 47, 50931 Köln; **Klaus Vack**, An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal.

Ausführliche Aktionserläuterungen mit weiteren praktischen und rechtlichen Hinweisen sowie Aufruftexte zur Unterschriftensammlung können bei folgender Kontaktadresse angefordert werden: Martin Singe, Lennéstraße 45, 53113 Bonn.

Die Aktion beginnt am 10.12.1994 um 12.30 Uhr mit einer Auftaktkundgebung vor dem Amtsgericht in Worms.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Aktion eine Menge Geld kostet – sowohl in der Organisation als auch bei den möglicherweise anfallenden Rechtshilfekosten. Wir rufen auf zu **Spenden** auf das hierfür eingerichtete Konto:

Wolf-Dieter Narr, 12205 Berlin, Postgiroamt Berlin, Konto Nr. 267 106-106, BLZ 10010010.

„Jedes Jahr der gleiche Ärger," dachte er sich ...

... doch da fiel ihm das links-Geschenk-Abo ein.

Die links-Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern eine schöne Zeit!

Geschenk-Abonnement

Die *links* soll

☐ ½ Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 75,-/O:DM 50,-, incl. Porto, Versand und MWSt. Erm. DM 50,- (für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfempfängerInnen gegen Vorlage einer Bescheinigung)

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 102062, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Gisela Karau

Der gute Stern des Janusz K.

Verlag 1900 Berlin

Gisela Karau: Der gute Stern des Janusz K.

Eine Jugend in Buchenwald. Roman

160 Seiten, geb., ab 12 Jahre
ISBN 3-930278-01-4, 19,80 DM

„Janusz K." entstand nach vielen Gesprächen mit Robert Siewert, der authentischen Figur des Romans. Er war Kommunist, Widerstandskämpfer und Überlebender des KZ Buchenwald und hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die von der SS aus Polen nach Buchenwald verschleppten Kinder vor dem Tod zu retten.

Empfohlen von der „Stiftung Lesen" für den Unterricht ab 7. Klasse.

Neu im Verlag 1900:

„Deutschland krankt an der verratenen Revolution von 1918 noch heute" (Sebastian Haffner)

Kaum ein Buch hat eine so zentrale Bedeutung für das Verständnis der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Kaum ein Buch kann uns „in diesen Zeiten" mehr Mut und Orientierung geben. Gibt es doch so etwas wie eine – verschüttete – demokratische Tradition in Deutschland?

„Der Kollektivheld dieser Revolution, die deutsche Arbeiterschaft, hat sich von dem Nackenschlag, der ihr damals versetzt wurde, nie erholt. Die sozialistische Einigkeit, für die sie so tapfer kämpfte und blutete, ist 1918 für immer verloren worden. Von dem großen Verrat datiert das große Schisma des Sozialismus und der unauslöschliche Haß zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten – ein Haß wie zwischen Wölfen und Hunden. (Ein Hund ist bekanntlich ein ehemaliger Wolf, den der Mensch für seine Zwecke gezähmt hat. Die Sozialdemokratie ist eine ehemalige Arbeiterpartei, die der Kapitalismus für seine Zwecke gezähmt hat.) Dieselben Arbeiter, die sich 1918 – und auch noch 1919 und 1920 – so tapfer und glücklos geschlagen hatten, fanden ihren Kampfgeist gebrochen, als sie ihn fünfzehn Jahre später noch einmal gebraucht hätten – gegen Hitler. Und ihre Söhne waren 1945 nicht mehr imstande, die Tat ihrer Väter von 1918 zu wiederholen. Ihre Enkel von heute wissen nicht einmal mehr von ihr. Die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterschaft ist erloschen."-
(Sebastian Haffner)

„Wer Sebastian Haffners Darstellungsmethode kennt, die aus Geschichtsschreibung eine von der Gegenwart motivierte Inspektion der Vergangenheit macht, wird diese Veröffentlichung zu schätzen wissen." (B. Preisendörfer, zitty/Berlin)

„Es ist ein Glücksfall, daß der kleine Verlag 1900 ein Kabinettstück radikaldemokratischer Historiographie herausgibt (...), das erstaunlicherweise von einem eher liberalkonservativen Publizisten verfaßt wurde, nämlich von Sebastian Haffner. Bedeutsam ist die wohlbegründete, wenn auch gewiß bestreitbare These, daß es Friedrich Ebert und die damalige Mehrheitssozialdemokratie waren, die die Revolution verraten und somit den unheilvollen Gang der deutschen Geschichte vorgezeichnet haben." (Micha Brumlik, Frankfurter Rundschau)

„Seine Darstellung unternimmt eine Ehrenrettung der Arbeiterbewegung, deren öffentliche Abwertung seit der Vereinigung verstärkt betrieben wird. Zweifellos: Ein wichtiges Buch." (Rayk Wieland, Junge Welt)

„Eine publizistisch brilliantere und historisch tiefgehendere Darstellung der Ereignisse von September 1918 bis August 1920, die der gesamten folgenden deutschen Geschichte den Stempel aufdrückten, (...) ist mir zumindest unbekannt."
(Thomas Enke, Berliner Linke)

Sebastian Haffner

Der Verrat

Verlag 1900 Berlin

Sebastian Haffner: Der Verrat

1918/1919 – als Deutschland wurde, wie es ist.

208 Seiten, 61 Abbildungen, gebunden, 2. Auflage
ISBN 3-930278-00-6, 19,80 DM

Im „Verrat", der 1968 zuerst als stern-Serie erschien, schrieb Haffner, daß es der gesamten SPD-Politik jener Jahre entsprechen würde, wenn die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von der SPD betrieben worden wäre. Und genau das kann heute bewiesen werden – nachzulesen im Anhang der 2. Auflage.

Erhältlich in jeder Buchhandlung – oder direkt bestellen beim

Verlag 1900 Berlin

Goßlerstr. 27a, 14195 Berlin
Tel. 030-832 52 33, Fax 030-831 46 53

Ich bestelle ❍ „Der Verrat" von Sebastian Haffner
❍ „Janusz K." von Gisela Karau
zum Preis von je 19,80 DM (zzgl. Porto):

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____